

## MINISTERIUM FÜR ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

Regierungsrätin Dominique Hasler

*Auch in diesem Berichtsjahr wurden die Arbeiten im Bereich des Äusseren massgeblich von der Verschärfung von geopolitischen Spannungen, Kriegen, autoritären Tendenzen und der Schwächung des Multilateralismus sowie der volatilen Sicherheitslage geprägt.*

*Durch die zunehmend komplexer werdende geopolitische Situation verstärkte Liechtenstein erneut seine Bemühungen zur Pflege und Vertiefung der nachbarschaftlichen und internationalen Beziehungen sowie der Stärkung der Beziehungen zu den EWR/EFTA-Staaten. Mit den USA wurde der bereits im vergangenen Berichtsjahr vertiefte breite Austausch nochmals intensiviert.*

*Durch die globalen Entwicklungen hat sich die humanitäre Notsituation erneut verschlimmert, weshalb das Budget des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED) um CHF 1 Mio. für das kommende Berichtsjahr erhöht wurde. Auch haben Liechtensteins anrechenbare Beiträge zum ODA-Prozentsatz mit rund CHF 36 Mio. einen Höchstwert erreicht.*

*Im ersten Halbjahr wurden mit diversen Anlässen und Feierlichkeiten in Liechtenstein und der Schweiz das 100-jährige Jubiläum des Zollanschlussvertrages gewürdigt. Ebenso hatte Liechtenstein im Berichtsjahr den Vorsitz der EWR/EFTA-Staaten inne und im November übernahm Liechtenstein zudem den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates.*

*Trotz der kontinuierlichen Herausforderungen durch externe Effekte wie die Covid-19-Pandemie oder den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie seine Auswirkungen auf das liechtensteinische Bildungssystem wurde, gerade mit Blick auf die «Bildungsstrategie 2025plus», intensiv an der Weiterentwicklung des liechtensteinischen Bildungswesens gearbeitet. Dies zeigt auch ein im Berichtsjahr erarbeiteter aktueller Zwischenstand, der auf der Grundlage eines Workshops basiert, an dem sich Vertreter aus dem Bildungsbereich, der Gesellschaft und der Wirtschaft austauschten.*

*Auch im Berichtsjahr hat das Bildungssystem Liechtensteins viele schutzsuchende Kinder und Jugendliche aufgenommen. Die Organisation und Abläufe im eigens dafür geschaffenen Lernhub haben sich etabliert. Der Lernhub begleitet die schutzsuchenden Kinder und Jugendlichen während ihrer ersten Zeit in Liechtenstein. Im Anschluss werden die ukrainischen Schülerinnen und Schüler in die Regelklassen integriert. Grosse Fortschritte wurden bei der Einführung des neuen Liechtensteiner Lehrplans erzielt, dessen Einführungsphase im Sommer 2024 endet. Dazu wurde parallel bereits die Durchführung einer umfassenden Evaluation vorbereitet, die nach Abschluss der Einführung umgesetzt werden soll.*

*An den öffentlichen Schulen wurden im Berichtsjahr die neuen Leistungserhebungen «Check dein Wissen», genannt «Checks», flächendeckend eingeführt. Die Ergebnisse der Checks ermöglichen einen Einblick in die Qualität des liechtensteinischen Bildungswesens und fliessen in den Bildungsbericht ein.*

*Auch die Revision des Lehrerdienstgesetzes (LDG) zur weiteren Entwicklung des liechtensteinischen Bildungswesens wurde im Berichtsjahr auf Basis eines breiten Partizipationsprozesses weiterbearbeitet. Zur weiteren Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs wurde eine «Machergruppe Attraktivität Lehrberuf» ins Leben gerufen, welche mit einem Strategiepapier beauftragt wurde.*

*In der Berufsberatung und Berufsbildung konnte die Teilrevision des Berufsbildungsgesetzes abgeschlossen werden und weitere Projekte und Massnahmen zur Stärkung des Berufsbildungsangebotes umgesetzt werden.*

*Im Berichtsjahr wurden im Geschäftsbereich Sport insbesondere die Berichte der Arbeitsgruppen zu einem Sport- und Bewegungskonzept sowie zur Optimierung und Erweiterung der Sportinfrastruktur von der Regierung zur Kenntnis genommen und die darauf fussenden Empfehlungen an die Regierung zur Weiterverfolgung und Umsetzung verabschiedet.*

*Erstmals konnten in Liechtenstein fünf Personen als Leistungssportlerinnen oder -sportler über das LOC angestellt werden.*

*Schliesslich stimmte der Hohe Landtag dem Antrag des Vereins zur Förderung des nordischen Skisports auf Ausrichtung einer Landessubvention an das Infrastrukturprojekt Steg zu.*

## Äusseres

Das Berichtsjahr wurde erneut sehr stark vom russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine geprägt, welcher in zahlreichen nationalen und internationalen Treffen sowie Konferenzen Schwerpunktthema war. Aber auch der Kriegsausbruch im Gazastreifen hat das Berichtsjahr stark geprägt, das ohnehin bereits herausfordernde Umfeld für die internationale Gemeinschaft weiter komplex gestaltet und die Dringlichkeit verstärkt, nachhaltige Lösungen für diese Konflikte zu finden.

Im Berichtsjahr wurde erneut der aussenpolitische Fokus auf die Pflege der nachbarschaftlichen Beziehungen mit der Schweiz, Österreich und Deutschland gelegt. Aufgrund der zunehmend komplexer werdenden geopolitischen Situation wird dem Netzwerk mit befreundeten Staaten besondere Bedeutung beigemessen.

Ebenso wurde der zwischen den EWR/EFTA-Partnerstaaten regelmässige Austausch weiterverfolgt und die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) ausgebaut. Die weiterhin rasch autonom erfolgende Umsetzung der EU-Sanktionen verschaffte Liechtenstein den Ruf eines verlässlichen Partners bei der EU.

Im Berichtsjahr gelang den EWR/EFTA-Staaten der Abschluss des Freihandelsabkommens mit der Republik Moldau.

Auch die Modernisierung des Freihandelsabkommens mit der Ukraine wurde im Berichtsjahr angestrebt wurden die formellen Verhandlungen mit Indien zu einem Freihandelsabkommen wiederaufgenommen.

Mit der Wiedereröffnung des Honorarkonsulats in Singapur konnte auch die diplomatische Zusammenarbeit ausgeweitet werden.

Bei den internationalen Organisationen engagierte sich Liechtenstein weiterhin für die Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen und setzte sich für die Stärkung der Rechenschaftspflicht sowie ein mögliches Sondertribunal zum Aggressionsverbrechen ein. Auch die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Bekämpfung der Korruption standen im Zentrum Liechtensteins Bemühungen. Zudem steht Liechtensteins Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates im Zeichen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Im Bereich der Sicherheit und Verbrechensbekämpfung setzte sich Liechtenstein auch im Berichtsjahr weiterhin für einen raschen Nachvollzug der EU-Sanktionen im Zusammenhang mit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine ein. Auch besuchte Aussenministerin Dominique Hasler erneut die Ministersession der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Nordmazedonien. Weiters setzte sich Liechtenstein für die Strafverfolgung in Bezug auf das Verbrechen des Völkermords, auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere internationale Verbrechen ein. Zudem wurde Liechtensteins Co-Vorsitz in der Eusalp für das Jahr 2025 beschlossen und die Vorbereitungsarbeiten lanciert.

Im Menschenrechtsbereich wurde im Berichtsjahr der Ratifikationsprozess zum UNO-Übereinkommen von Menschen mit Behinderungen abgeschlossen und Regierungsrätin Dominique Hasler hinterlegte die Ratifikationsurkunde in New York. Auch präsentierte Liechtenstein seinen vierten Bericht zur Menschenrechtssituation in Liechtenstein und schloss das zyklisch erfolgende Überprüfungsverfahren im Berichtsjahr formell ab. Zudem setzte sich Liechtenstein auch in diesem Berichtsjahr für stärkere Regeln im Bereich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ein.

Gemeinsam mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der nicht-residierenden liechtensteinischen Botschaft in Tschechien und der diplomatischen Vertretung in Strassburg betreute das Ministerium die im August 2020 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereichte Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik weiter.

In der ersten Jahreshälfte des Berichtsjahres fanden die Termine und Feierlichkeiten des 100-jährigen Jubiläums des Zollanschlussvertrages statt. Das Ministerium hatte die Aufgabe der Gesamtkoordination der

Vorbereitungsarbeiten und der Durchführung der vielen Anlässe, welche im Juni ihren Abschluss fanden.

Ebenso hatte Liechtenstein im Berichtsjahr den Vorsitz in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) inne, welcher ebenfalls im Juni mit der Abhaltung des EFTA-Ministertreffens in Schaan erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Seit November hat Liechtenstein den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates übernommen und hat aufgrund der aktuellen geopolitischen Lage sowie der im Europarat vorherrschenden Themen eine intensive Vorsitzzeit begonnen. Bis November war das Ministerium in zahlreiche Vorbereitungsarbeiten involviert.

Im Berichtsjahr investierte Liechtenstein CHF 26.4 Mio in den Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Hiervon gingen nahezu 60% im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED). Geografisch gesehen verteilten sich die IHZE-Beiträge hauptsächlich auf Afrika (50%), gefolgt von Süd- und Zentralamerika (6%), Europa (17%), dem Nahen Osten (7%) und Asien (3%).

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2021 vor. Bei einem BNE von CHF 6'487 Mio. ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.39.

### Europäische Zusammenarbeit

Im Bereich der europäischen Zusammenarbeit setzte Liechtenstein auch in diesem Berichtsjahr seine autonome und rasche Umsetzung der EU-Sanktionspolitik fort, was von den europäischen Partnern positiv aufgefasst wurde. Zudem traf Regierungsrätin Dominique Hasler im Berichtsjahr erneut Kommissions-Vizepräsident Maroš Šefčovič für einen bilateralen Austausch in Brüssel, in welchem die Zusammenarbeit Liechtensteins im Rahmen des EWR mit der EU besprochen wurde.

Im Berichtsjahr wurde zudem wiederum eine hohe Zahl von 624 EU-Rechtsakten übernommen. Damit setzt sich der Trend einer hohen Übernahme aus dem vorangegangenen Berichtsjahr fort. Auch wenn der Rückstau von noch zu übernehmenden EU-Rechtsakten auf dem niedrigsten Stand seit Jahren ist, ist er weiterhin beträchtlich.

Im Bereich des EWR-Finanzierungsmechanismus werden aus der vergangenen Finanzierungsperiode 2014–2021 noch Projektgelder bis 2024 ausbezahlt und wurden im Berichtsjahr Verhandlungen mit der EU über den neuen Finanzierungsmechanismus geführt.

Im EWR-Rat war die strategische Unabhängigkeit der EU in den Bereichen Rohstoffe und Energie unter gleichzeitiger Wahrung der Ziele des grünen Wandels (Green Transition) ein wichtiges Thema. Beim

regelmässigen aussenpolitischen Dialog mit der EU wurde jeweils schwerpunktmässig die Situation in der Ukraine und im Nahen Osten diskutiert.

Aber auch Themen im Zusammenhang mit den westlichen Balkanstaaten, internationalen Organisationen oder Zentralasien fanden Eingang in den Dialog.

Im Berichtsjahr wurde auch das Verfahren zu der im Jahr 2020 von Liechtenstein eingereichten Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik weitergeführt. Das Ministerium hat die interne Koordinationsgruppe geleitet und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der diplomatischen Vertretung in Strassburg und der Botschaft in Wien, welche für die diplomatischen Beziehungen zu Tschechien zuständig ist, die weiteren Verfahrensschritte ausgearbeitet. Ebenfalls hat der Hohe Landtag im Berichtsjahr einen Nachtrags- sowie Ergänzungskredit für das Verfahren gesprochen.

### Aussenwirtschaftspolitik und Finanzplatz

Im Berichtsjahr wurde der Fokus erneut auf die Modernisierung und Erweiterung von EFTA-Freihandelsabkommen gelegt. Die Verhandlungen über die im letzten Berichtsjahr beschlossene Modernisierung des Abkommens mit der Ukraine konnten lanciert werden.

Ebenfalls wurden die Verhandlungen zur Modernisierung des Abkommens mit Chile weitergeführt und konnte eine Einigung in neuen Kapiteln erzielt werden. Es wird erwartet, dass die Verhandlungen Anfang 2024 abgeschlossen werden können.

Mit der Republik Moldau konnten im Berichtsjahr die Verhandlungen abgeschlossen werden und das Freihandelsabkommen im Zuge des EFTA-Ministertreffens in Schaan unterzeichnet werden.

Ebenfalls konnten weitere Fortschritte bei den Verhandlungen mit Malaysia erzielt werden. Bei den Verhandlungen mit Vietnam werden weitere Verhandlungsrunden notwendig sein.

Mit Indien erfolgte die formelle Wiederaufnahme der Verhandlungen und es fanden zahlreiche politische Kontakte sowie mehrere Verhandlungsrunden statt.

Mit Singapur konnten unter dem liechtensteinischen EFTA-Vorsitz die Verhandlungen über ein digitales Wirtschaftsabkommen virtuell lanciert werden.

Die im letzten Berichtsjahr ausgearbeitete Zusammenarbeitserklärung mit der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) wurde weiter vorangetrieben.

Auch in diesem Berichtsjahr wurde der handelspolitische Dialog mit den Vereinigten Staaten fortgesetzt und erfolgte ein Austausch über die Handelsstrategien und -entwicklungen.

Das EFTA-Ministertreffen wurde unter liechtensteinischem Vorsitz in Schaan abgehalten und das Freihandelsabkommen mit der Republik Moldau konnte unterzeichnet werden. Ebenfalls erfolgte die formelle

Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Indien am Ministertreffen und die Verhandlungen über die Modernisierung und Aktualisierung des bestehenden Freihandelsabkommens mit der Ukraine konnten lanciert werden.

In Bezug auf die WTO erfolgten im Berichtsjahr zahlreiche Folgearbeiten aus der 12. WTO-Ministerkonferenz. So wurde nach dem Abschluss des Abkommens über die Beseitigung schädlicher Fischereisubventionen im vergangenen Berichtsjahr, der Vorsitz der Verhandlungsgruppe über Fischereisubventionen besetzt. Liechtenstein leistete einen finanziellen Beitrag zur Umsetzung des Fischereisubventions-Abkommens. In den Vorbereitungsarbeiten für die 13. WTO-Ministerkonferenz, Anfang 2024 in Abu Dhabi, konzentrierte sich Liechtenstein auf die Themenschwerpunkte Landwirtschaft, digitaler Handel und Dienstleistungsregulierungen.

### Menschenrechte

Im Bereich der Menschenrechte setzte sich Liechtenstein erneut für stärkere Regeln im Bereich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit sowie für die Untersuchung von schwersten Kriegsverbrechen ein.

Liechtenstein ratifizierte zudem das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und hinterlegte Regierungsrätin Hasler die Ratifikationsurkunde im Berichtsjahr.

Aber auch in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurde im Berichtsjahr verstärkt auf die Förderung der Menschenrechte Wert gelegt.

Seit November 2023 hat Liechtenstein den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates inne und die Sicherstellung, Förderung und Weiterentwicklung der Menschenrechte stellen eine Priorität im Vorsitzprogramm dar. Auch die Stärkung des Europäischen Gerichtshofes, insbesondere die bessere Umsetzung der Urteile, wurde als Schwerpunkt des Vorsitzprogramms definiert.

Im UNO-Menschenrechtsrat setzte sich Liechtenstein mit Nachdruck dafür ein, dass Menschenrechtsverletzungen nicht ungestraft bleiben dürfen. Ebenfalls wurde im Berichtsjahr das vierte Überprüfungsverfahren der Menschenrechtssituation in Liechtenstein abgeschlossen. Auch die Stärkung von Untersuchungsmechanismen des UN-Menschenrechtsrates wurde seitens Liechtenstein unterstützt und Veranstaltungen hierzu abgehalten. Ebenfalls schloss sich Liechtenstein im Berichtsjahr zahlreichen Statements gegen Menschenrechtsverletzungen an und nahm an diversen (Neben-)Veranstaltungen zu diesem Thema teil.

### Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

Erneut verfolgte Liechtenstein im Bereich der Sicherheit und Verbrechensbekämpfung schwerpunktmässig die aufgrund des russischen Aggressionskrieges

vorherrschende Situation in der Ukraine sowie die Situation in Gaza. Aber auch Konflikte, in welchen schwerste Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ausgeübt werden u.a. Syrien, Myanmar oder Jemen standen im Zentrum von Liechtensteins Bemühungen.

Im Lichte des russischen Aggressionskrieges setzt Liechtenstein zudem auch im Berichtsjahr seine rasche und autonome Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland fort.

Regierungsrätin Dominique Hasler besuchte im Berichtsjahr erneut den OSZE Ministerrat in Nordmazedonien, an welchem sie auf das fehlende Vertrauen in multilaterale Lösungsfindungen sowie auf die Notwendigkeit hinwies, diesem Trend mit Entschlossenheit zu begegnen.

Aufgrund der sich erneut beschleunigenden Aufrüstungsspirale und nuklearer Bedrohung priorisierte Liechtenstein seine Teilnahme an den Abrüstungsdiskussionen und nahm auch am zweiten Vertragsstaaten-treffen des Vertrags zum Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) teil.

Im Bereich der Cyber-Sicherheit setzte sich Liechtenstein für eine internationale Konvention für Cyberverbrechen ein und bemühte sich um eine angemessene völkerrechtliche Regulierung eines immer stärker militarisierten Cyberspaces. In diversen Veranstaltungen präsentierte Liechtenstein Erkenntnisse aus dem Bericht des Expertenrats, der sich mit der Anwendung des Römer Statuts auf Cyberkriegsführung und den sich daraus ergebenden völkerrechtlichen Fragen befasst.

Im Zuge seiner Arbeiten zum Selbstbestimmungsrecht setzte Liechtenstein sein Engagement zu der Frage, wie der Klimawandel und der steigende Meeresspiegel sich auf dieses Recht auswirken, fort.

### **Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche**

#### **Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein**

Am 16. Januar tauschte sich Regierungsrätin Dominique Hasler mit der Präsidentin des Internationalen Roten Kreuzes, Mirjana Spoljaric Egger, aus.

Ebenfalls am 16. Januar war Christoph Heusgen, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, zu Besuch in Liechtenstein und sprach mit Regierungsrätin Hasler über die europäische und globale Sicherheitsordnung.

Anlässlich des diesjährigen 18. Holocaust Gedenktags der liechtensteinischen Regierung am 27. Januar wurde erneut den Opfern des Holocausts gedacht und erinnert auch der in Vaduz verlegte Stolperstein an die rund 6 Millionen Opfer des Nationalsozialismus.

Am 13. Februar tauschte sich Regierungsrätin Dominique Hasler virtuell mit dem US-Botschafter, Scott Miller, aus.

Ein weiterer virtueller Austausch erfolgte am 16. Februar im Zusammenhang mit dem Start von

Verhandlungen über ein Abkommen zum digitalen Handel zwischen den EFTA-Staaten und Singapur. Regierungsrätin Hasler leitete als Vorsitzende der EFTA-Staaten die Videokonferenz.

Um den 100-jährigen Jahrestag der Unterzeichnung des Zollvertrages Liechtenstein-Schweiz zu würdigen, fand am 29. März ein festlicher Gala-Abend statt, an welchem Regierungsrätin Dominique Hasler hohe politische Amtsträger und Beamte aus der Schweiz, ua damaliger Bundespräsident Alain Berset, begrüßte.

Im Rahmen des am 30. März stattfindenden Besuches in Liechtenstein tauschten sich Regierungsrätin Dominique Hasler und US-Botschafter Scott Miller in Vaduz aus.

Anlässlich des Zollvertragsjubiläums eröffnete Regierungsrätin Dominique Hasler gemeinsam mit Bundesrat Ignazio Cassis am 31. März die Sonderausstellung im Zollmuseum in Gandria.

Am 24. April besuchte Erzbischof Paul Richard Gallagher, Sekretär für die Beziehungen zu den Staaten des Heiligen Stuhls, Liechtenstein und erfolgte ein Arbeitstreffen mit Regierungsrätin Dominique Hasler.

Ebenfalls reiste am 5. Juni der EFTA-Generalsekretär, Henri Gétaz, für einen Arbeitsbesuch nach Liechtenstein. Mit Regierungsrätin Dominique Hasler besprach er die veränderten weltweiten Rahmenbedingungen in den Aussenhandelsbeziehungen und deren Folgen für die EFTA. Ebenfalls war das vom 26. bis 28. Juni 2023 in Liechtenstein abgehaltene EFTA-Ministertreffen Inhalt des Gesprächs.

Weiter wurde Liechtenstein am 21. August von US-Kongressmitarbeitenden besucht, welche sich unter anderem mit Aussenministerin Dominique Hasler austauschten.

Am 4. September weilte die österreichische Bundesministerin Karoline Edtstadler für EU und Verfassung in Liechtenstein und erfolgte unter anderem ein Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Dominique Hasler.

Gemeinsam mit I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein und Robert Mardini, Generaldirektor des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz eröffnete Regierungsrätin Dominique Hasler am 13. September die Veranstaltung «Klimaaktion in fragilen Kontexten». Liechtenstein unterstützt die Bemühungen des Internationalen Roten Kreuzes zu Klimaschutzmassnahmen und dessen Transitionsfonds für Klima und Umwelt. An der Veranstaltung wurden die Fortschritte des Fonds besprochen.

#### **Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland**

Von 19. März bis 22. März weilte Regierungsrätin in Singapur und tauschte sich mit ihrem Amtskollegen sowie dem Handelsminister und dem Bildungsminister aus. Bei diesem Aufenthalt wurde zudem das liechtensteinische Honorarkonsulat wiedereröffnet.

Am 19. und 20. April weilte Regierungsrätin Dominique Hasler zu einem Arbeitsgespräch in Litauen und

tauschte sich mit dem litauischen Aussenminister Gabrielius Landsbergis und seiner Stellvertreterin Jovita Neliupsiene aus. Ebenfalls erfolgte ein Treffen mit der litauischen Bildungsministerin Jurgita Siugzdiniene. Inhalte der Gespräche waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die geopolitischen Verwerfungen in Folge des Kriegs sowie die weitere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene und in internationalen Organisationen.

Auf Einladung des lettischen Aussenministers weilte Regierungsrätin Dominique Hasler am 8. Mai in Riga. Unter anderem erfolgte ein Austausch über den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarates, welchen Liechtenstein im Berichtsjahr von Lettland übernahm.

Im Rahmen der Kleinstaatenspiele reiste Regierungsrätin Dominique Hasler nach Malta und nutzte diesen Aufenthalt auch für ein Treffen mit dem maltesischen Aussenminister Ian Borg.

Am 9. Juni traf sich Regierungsrätin Dominique Hasler mit ihrem schwedischen Amtskollegen, Tobias Billström um die sich ständig weiterentwickelnden Beziehungen zwischen Liechtenstein und der EU, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie der Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates zu besprechen.

Auf Einladung weilte Regierungsrätin Dominique Hasler vom 11. bis 13. Juni in Georgien und traf sich unter anderem mit dem georgischen Aussenminister Ilia Darchiashvili, dem georgischen Premierminister Irakli Garibashvili sowie dem Vorsitzenden des georgischen Parlaments. Unter anderem waren die europapolitische Annäherung Georgiens sowie die territoriale Integrität des Landes Inhalt der Gespräche.

In der Hansestadt Hamburg erfolgte am 9. Oktober ein Treffen zwischen Regierungsrätin Dominique Hasler und dem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher. Zentrale Gesprächsthemen waren die geopolitischen Herausforderungen, Liechtensteins Vorsitz im Europarat und die Anwendung von künstlicher Intelligenz.

### **Multilaterale Zusammenarbeit: Besuche und Arbeitsgespräche**

#### **Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein**

Anlässlich des Europatages am 9. Mai begrüßte Regierungsrätin Dominique Hasler traditionell die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter der EU-Staaten zu einem aussenpolitischen Dialog. Der Europatag stand im Berichtsjahr im Zeichen des «Europäischen Jahres der Kompetenzen». Ebenso zählten der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine sowie weitere europapolitische Fragen zu den angesprochenen Themen.

Unter dem Vorsitz Liechtensteins fand am 27. Juni das Ministertreffen der EFTA-Staaten in Schaan statt. Im Zentrum der Gespräche stand die EFTA-Freizahndelspolitik. Während des Treffens wurde auch das mit Moldau ausgehandelte Freihandelsabkommen unterzeichnet.

Ebenso tauschten sich die EFTA-Staaten während des Treffens mit Singapur, Indien sowie der Ukraine über die Ausarbeitung und Aktualisierung bzw. Erweiterung von Freihandelsabkommen aus.

Am 26. und 27. Oktober weilte im Lichte des anstehenden Vorsitizes im Ministerkomitee des Europarats dessen Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić in Liechtenstein. Dabei erhielt sie unter anderem durch Regierungsrätin Dominique Hasler einen umfassenden Einblick über Liechtensteins Vorsitizprioritäten.

Auf Einladung von Regierungsrätin Dominique Hasler weilte die OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid am 6. November in Liechtenstein.

In einem Arbeitsgespräch am 17. November hat das Ministerium mit der UNHCR-Vertreterin für Schweiz und Liechtenstein Anja Klug in Vaduz die Integration von Flüchtlingen, besonders von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine im Bildungsbereich sowie das bevorstehende Globale Flüchtlingsforum in Genf erörtert.

Ebenfalls weilte auf Einladung von Regierungsrätin Dominique Hasler am 23. November eine Gruppe süd-amerikanischer Botschafterinnen und Botschafter in Liechtenstein.

Aufgrund des Vorsitizes im Ministerkomitee des Europarates hielt das «Enlarged Partial Agreement on Sport (EPAS)» am 29. November, eine seiner zwei Jahreskonferenzen in Liechtenstein ab. Das Ziel der Konferenz war es, den gegenwärtigen Zustand in Sachen Inklusion von Migranten- und Flüchtlingskindern im und durch den Sport zu evaluieren und Massnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen. Die Konferenz wurde von Regierungsrätin Dominique Hasler, Marja Ruotanen, Generaldirektorin für Demokratie und Menschenwürde des Europarats und Alexandre Husting, dem Vorsitzenden des EPAS Verwaltungsrats eröffnet.

#### **Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland**

Vom 17. bis 19. Februar nahm Regierungsrätin Dominique Hasler an der Münchener Sicherheitskonferenz teil und traf dort zahlreiche hochkarätige Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Schwerpunkt der Konferenz war der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und Wege zu mehr Sicherheit.

Vom 27. bis 28. Februar weilte Regierungsrätin Dominique Hasler beim hochrangigen Segment der 52. Session des UN-Menschenrechtsrates in Genf und betonte, dass die Wahrung der Menschenrechte eine rechtliche Verpflichtung sowie eine Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und Entwicklung sei.

Gemeinsam mit Amtskolleginnen sowie hochrangigen Beamtinnen europäischer Länder war Regierungsrätin Dominique Hasler am 8. März in der Republik Moldau und bekräftigte Liechtensteins Unterstützung für die Republik, welche aufgrund des Ukraine-Kriegs besonderen Herausforderungen gegenübersteht.



Zwischen dem 11. und 18. März besuchte Regierungsrätin Dominique Hasler die liechtensteinischen Projekte im Rahmen der IHZE in Sambia und verschaffte sich ein Bild von deren Wirksamkeit. Neben zahlreichen Organisationen und Behörden, traf sie auch Aussenminister Rogelio Mayta.

Am 27. April fand das jährliche Treffen der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister in Salzburg mit Österreich als Gastgeber statt. Im Zentrum des Austausches stand neben dem Krieg in der Ukraine der Zusammenhalt in Europa, insbesondere die Geschlossenheit der deutschsprachigen Staaten und die damit verbundenen notwendigen Massnahmen.

Anlässlich der Überprüfung der liechtensteinischen Menschenrechtssituation durch den UNO-Menschenrechtsrat weilte Aussenministerin Dominique Hasler am 9. Mai in Genf.

Gemeinsam mit Regierungschef Dr. Daniel Risch nahm Regierungsrätin Dominique Hasler am 16. und 17. Mai am 4. Gipfeltreffen des Europarats unter isländischem Vorsitz teil. Wichtigstes Ergebnis des Gipfels war die Errichtung des Schadensregisters für die Ukraine.

Am 24. Mai nahm Regierungsrätin Dominique Hasler am halbjährlich in Brüssel stattfindenden EWR-Rat unter schwedischem Vorsitz teil. Dabei tauschte sie sich mit den EWR/EFTA-Staaten sowie der EU über das Funktionieren des Binnenmarkts und wichtige EU-Agenden aus. Ebenfalls erfolgte ein Austausch zur Thematik des Aufbaus einer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes.

Zum ersten Mal in dieser Form veranstaltete die liechtensteinische Botschaft in Berlin am 14. Juni einen Empfang für hochrangige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, an welchem Regierungsrätin Dominique Hasler gemeinsam mit Regierungschef Dr. Daniel Risch teilnahm.

Am 16. Juni war Regierungsrätin Dominique Hasler am traditionellen Liechtenstein Empfang in Bern zugegen, welcher im Berichtsjahr ganz im Zeichen des 100-jährigen Zollvertragsjubiläums stand.

Im Rahmen der Special Olympics World Games in Berlin erfolgte am 19. Juni im Beisein von Regierungsrätin Dominique Hasler sowie I.D. Prinzessin Nora von und zu Liechtenstein, Präsidentin von Special Olympics Liechtenstein, ein Treffen zwischen der liechtensteinischen Delegation sowie der Delegation aus Burkina Faso. Gemeinsam mit dem LED unterstützt Special Olympics Liechtenstein seit Jahren seine Partnerorganisation (Special Olympics Burkina Faso).

Am 21. und 22. Juni nahm Regierungsrätin Dominique Hasler an der zweiten Wiederaufbau-Konferenz zur Ukraine in London teil. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Umsetzung der «Lugano Principles», welche im Juli 2022 in Lugano verabschiedet wurden. Regierungsrätin Dominique Hasler nutzte die Konferenz auch dazu, um sich unter anderem mit US-Aussenminister Anthony Blinken sowie dem japanischen

Aussenminister, Yoshimasa Hayashi auszutauschen. Ebenfalls traf sie Grossbritanniens König Charles III. sowie den Aussenminister des Vereinigten Königreichs James Cleverly.

Auf Einladung der mongolischen Aussenministerin Batmunkh Battsetseg nahm Regierungsrätin Dominique Hasler, gemeinsam mit ihren Amtskolleginnen aus Deutschland, Frankreich, Indonesien, Australien, Südafrika sowie Tansania vom 28. Juni bis 1. Juli am Treffen des Netzwerks der Female Foreign Ministers in der Mongolei teil. Themenschwerpunkte waren unter anderem der Klimawandel, die Ernährungssicherheit und die Rolle von Frauen bei der Förderung von Frieden und Sicherheit im internationalen Kontext.

Zwischen dem 11. und 14. Juli stellte Regierungsrätin Dominique Hasler am hochrangigen politischen Forum in New York den zweiten liechtensteinischen SDG-Umsetzungsbericht vor. Sie nahm auch an einer Sicherheitsdebatte zur Agenda über Frauen, Frieden und Sicherheit teil und organisierte Liechtenstein mit Deutschland eine hochrangige Diskussionsrunde zur Ausweitung der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofes.

Gemeinsam mit S.D. dem Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein weilte Regierungsrätin Dominique Hasler zwischen dem 18. und 24. September an der 78. UNO Generalversammlung in New York. Die diesjährige Session wurde von den Themenbereichen der aktuellen globalen Herausforderungen, darunter die ungenügende Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele, der Klimawandel und die zahlreichen Konflikte dominiert. Die liechtensteinische Delegation absolvierte zahlreiche bilaterale Treffen und lud Regierungsrätin Dominique Hasler erneut zum traditionellen Abendessen der Aussenministerinnen ein.

Am 26. September weilte Regierungsrätin Dominique Hasler zum traditionellen Empfang in Strassburg und traf sich anschliessend im Lichte des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates mit dessen Führungspersonen.

Nach intensiver Vorbereitungszeit übernahm Liechtenstein am 15. November den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates von Lettland, weshalb Regierungsrätin Dominique Hasler nach Strassburg reiste.

In Brüssel fand am 21. November im Beisein von Regierungsrätin Dominique Hasler der EWR-Rat statt. Die EWR/EFTA-Staaten tauschten sich über aktuelle Themen bspw. das Funktionieren des EWR-Abkommens, Sanktionen gegen Russland, der Ukrainekrieg und die Situation im Nahen Osten aus. Regierungsrätin Dominique Hasler nutzte diese Gelegenheit zudem um sich mit Maroš Šefčovič EU-Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen und Zukunftsforschung bilateral auszutauschen.

Am 30. November und 1. Dezember vertrat Regierungsrätin Dominique Hasler Liechtenstein am

Ministerrat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). An der Konferenz wurde erneut ein starkes Signal der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung gesetzt und die Zukunft der OSZE thematisiert.

Ebenfalls vertrat Regierungsrätin Dominique Hasler Liechtenstein vom 11. bis 13. Dezember an der 10. Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Konvention gegen Korruption (UNCAC) in Atlanta. Für Liechtenstein als internationaler Finanzplatz ist es besonders wichtig, die Zielsetzungen und Massnahmen der Regierung im Bereich der Transparenz und Kooperation der internationalen Staatengemeinschaft darzulegen.

Diesen US-Aufenthalt nutzte Regierungsrätin Dominique Hasler auch dazu, die Ratifikationsurkunde Liechtensteins zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen an der UNO zu hinterlegen.

Auf Einladung ihrer Amtskollegin Alicia Bárcena weilte Regierungsrätin Dominique Hasler vom 14. bis 16. Dezember erstmals in Mexiko und setzte sich unter anderem für eine Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich Freihandel und Doppelbesteuerung ein.

### Corporate Governance

Im Bereich des Äusseren ist der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) dem Ministerium zugeordnet. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben hat die Regierung den Monitoring-Bericht des Berichtsjahres zur Kenntnis genommen sowie das Budget des LED und den Leistungsauftrag für das Folgejahr genehmigt. Für das kommende Berichtsjahr 2024 konnte das Budget des LED um CHF 1 Mio. erhöht werden. Das Ministerium führte zwei ordentliche Corporate Governance Gespräche mit Vertretern des Stiftungsrates und der Geschäftsleitung des LED.

### Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

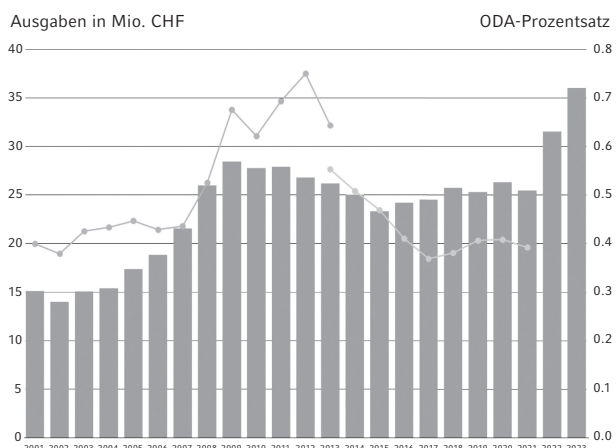
Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt CHF 26.4 Mio. für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch weitere anrechenbare Beiträge an internationale Organisationen sowie das entsprechende Engagement der liechtensteinischen Gemeinden und die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfließen, beläuft sich auf mehr als CHF 36 Mio. Dies entspricht einer Zunahme von rund 14% im Vergleich zum Vorjahr und markiert erneut einen historischen Höchststand. Grund hierfür ist insbesondere die grosse Anzahl an Schutzsuchenden, die im Inland betreut wurden.

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2021 vor. Bei einem BNE von CHF 6'487 Mio. ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.39.

### Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

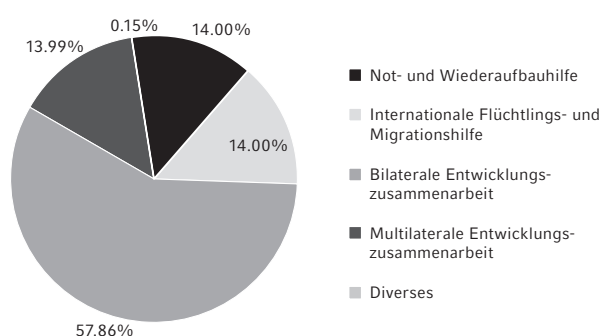
Jahr	BNE (in Mio. CHF)	ODA- anrechenbare Ausgaben	ODA-Prozentsatz
2001	3'782	15'114'860	0.40%
2002	3'698	14'010'065	0.38%
2003	3'538	15'055'869	0.43%
2004	3'554	15'395'590	0.43%
2005	3'893	17'381'933	0.45%
2006	4'397	18'843'051	0.43%
2007	4'946	21'563'049	0.44%
2008	4'949	25'984'138	0.53%
2009	4'210	28'434'531	0.68%
2010	4'470	27'772'298	0.62%
2011	4'025	27'914'033	0.69%
2012	3'571	26'781'303	0.75%
2013	<sup>1)</sup> 4'073 / 4'737	26'189'157	0.64% / 0.55%
2014	4'924	25'021'456	0.51%
2015	4'968	23'310'270	0.47%
2016	5'899	24'204'500	0.41%
2017	6'645	24'515'243	0.37%
2018	6'765	25'755'710	0.37%
2019	6'231	25'322'894	0.41%
2020	6'446	26'323'669	0.41%
2021	6'487	25'452'805	0.39%
2022	nicht bekannt	31'541'507	nicht bekannt
<b>2023</b>	<b>nicht bekannt</b>	<b>36'017'268</b>	<b>nicht bekannt</b>

<sup>1)</sup> Die Berechnungsmethode des BNE wurde für das Jahr 2014 von ESVG 95 auf ESVG 2010 umgestellt.



## IHZE-Beiträge 2023 nach Kategorien

Die IHZE-Mittel werden bei der Budgetierung nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Im Berichtsjahr gingen 57.86% des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder ([www.led.li](http://www.led.li)). Je rund 14% des Budgets wurden für die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe, die Not- und Wiederaufbauhilfe sowie die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden im Berichtsjahr 0.15% der Mittel aufgewendet.



## IHZE-Beiträge 2023 nach Regionen

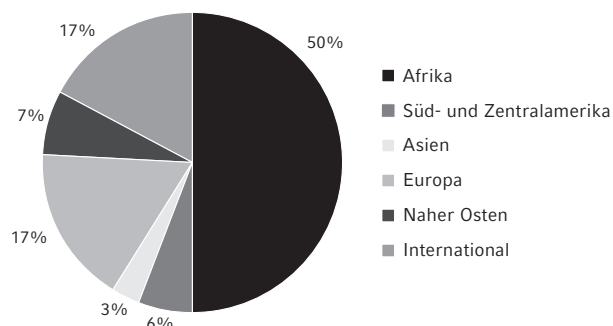
Im Berichtsjahr wurden 50% der IHZE-Gelder in Afrika eingesetzt. Das grösste Engagement erfolgte dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Burkina Faso, Mali, Mosambik, Sambia, Senegal und Tansania.

6% der Mittel wurden für Entwicklungsprojekte in Süd- und Zentralamerika, insbesondere in den LED-Schwerpunktländern Bolivien und Peru, verwendet.

Das Engagement in Europa ist mit einem Anteil von 17% weiterhin hoch. Dies hängt insbesondere mit den Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine zusammen. Daneben bleiben auch die Balkan-Region (Bosnien-Herzegowina und Kosovo) sowie die Republik Moldau geographische Schwerpunkte der internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Auch der Anteil der Projekte im Nahen Osten ist aufgrund der zunehmenden Krisen auf 7% gestiegen. Das Engagement in Asien hingegen beläuft sich auf lediglich 3% der IHZE-Gelder.

17% der Mittel werden nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese Beiträge, welche in der untenstehenden Projektliste in der Länderspalte als «International» bezeichnet werden, sind essenziell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und die Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.



## Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE): Projektliste 2023

### Not- und Wiederaufbauhilfe

(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag für Projekt der DEZA zur humanitären Minenräumung in der Ukraine	Ukraine	DEZA	250'000	250'000
Beitrag für Projekt der DEZA zur Winterhilfe in der Ukraine	Ukraine	DEZA	200'000	200'000
Beitrag an das Projekt «Windows for Ukraine»	Ukraine	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	47'815	47'815
Familienähnliche Waisenhäuser in der Ukraine	Ukraine	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	100'000	100'000
Betriebskosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	20'000	20'000
Mietkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	91'800	91'800
Transportkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	64'225	64'225
Soforthilfe nach Erdbeben Türkei/Syrien an IFRK	Syrien	IFRC	100'000	100'000
Beitrag an den Special Appeal «Disability and Mine Action» des IKRK	International	IKRK	150'000	150'000



## ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Hilfsprogramm des IKRK in Armenien/Aserbaidshan	Armenien; Aserbaidshan	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm des IKRK in der Demokratischen Republik Kongo	Demok. Republik Kongo	IKRK	75'000	75'000
Hilfsprogramm des IKRK in Israel und den besetzten Territorien	Israel; Palästina	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm des IKRK in Jemen	Jemen	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramm des IKRK in Nigeria	Nigeria	IKRK	75'000	75'000
Hilfsprogramm des IKRK in Syrien	Syrien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Irak	IKRK	100'000	100'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Unterstützung des Klima- und Transitionsfonds (Teil Nothilfe)	International	IKRK	100'000	100'000
Entsendung LRK Rettungssanitäter nach Erdbeben Türkei/Syrien	Türkei	LRK	4'491	4'491
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Nothilfeprogramm für Jemen	Jemen	MEDAIR	70'000	70'000
Nothilfeprogramm für Madagaskar	Madagaskar	MEDAIR	50'000	50'000
Nothilfeprogramm für Sudan und Südsudan	Südsudan; Sudan	MEDAIR	100'000	100'000
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	300'000	300'000
Beitrag an PIN zur Resilienzbildung geflüchteter ukrainischer Kinder in Georgien	Georgien; Ukraine	People in Need	100'000	100'000
Soforthilfe nach Erdbeben Türkei/Syrien an RET International	Türkei	RET	100'000	100'000
SECI/OSZE Nothilfeprojekt für die Ukraine	Ukraine	SECI	50'000	50'000
Nothilfebeitrag Tigray/Äthiopien	Äthiopien	SOS-Kinderdorf Liechtenstein	100'000	100'000
Soforthilfe nach Erdbeben Türkei/Syrien an UNICEF für die Türkei	Türkei	UNICEF	100'000	100'000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International; Palästina	UNRWA	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe für Mali	Mali	WFP	75'000	75'000
Nahrungsmittelhilfe in Afghanistan	Afghanistan	WFP	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe in Bangladesch	Bangladesch	WFP	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe in Gaza	Palästina	WFP	100'000	100'000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms (WFP)	International	WFP	200'000	200'000
<b>Total</b>			<b>3'698'331</b>	<b>3'698'331</b>

## ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

130 |

### Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
C4F: Cash for conflict-affected families	Ukraine	Caritas CH	100'000	100'000
IASI: Integrated Approach to Social Inclusion	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	250'000	250'000
MARDI: Municipal Action for Reintegration and Diaspora	Kosovo	Caritas CH	250'000	250'000
RAST: Local Economic Development in Rural Areas for Systemic Transition	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	150'000	150'000
SELLS: Socio-Economic and Livelihoods Support in the Upper Drina Region of Eastern Bosnia and Herzegovina	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	200'000	200'000
TAKE: Together Advancing Kosovo's Early Childhood Education & Employment	Kosovo	Caritas CH	250'000	250'000
Spendenaufstockung Flüchtlingssonntag	International	Caritas FL	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag an IDMC	International	IDMC	100'000	100'000
Response Plan für Sudan	Sudan	IOM – International Organization for Migration	100'000 100'000	100'000 100'000
Response Plan Ukraine	Ukraine	IOM – International Organization for Migration		
Hilfsprogramm für Vertriebene in Afghanistan	Afghanistan	NRC – Norwegian Refugee Council	100'000	100'000
Hilfsprogramm für Vertriebene in Sudan	Sudan	NRC – Norwegian Refugee Council	100'000	100'000
Unterstützung für ukrainische Flüchtlinge in Polen und Moldau	Moldau; Polen; Ukraine	NRC – Norwegian Refugee Council	60'000	60'000
Beitrag an PIN zur Resilienzbildung geflüchteter ukrainischer Kinder in Georgien	Georgien; Ukraine	People in Need	100'000	100'000
Bildungsprojekt für jugendliche Flüchtlinge und Einheimische	Türkei	RET	220'000	220'000
Sprachkurse für syrische und irakische Flüchtlinge	Türkei	RET	408'724	408'724
EMPOWER: Bildungsprojekt für Kinder auf der Flucht	Mali	Right To Play	100'000	100'000
Beteiligung an Schweizer Migrationspartnerschaften auf dem Westbalkan	Bosnien-Herzegowina; Kosovo; Nord-Mazedonien; Serbien	Staatssekretariat für Migration	500'000	500'000
Hilfsprogramm des UNHCR für Flüchtlinge in der Republik Moldau	Moldau	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm des UNHCR im Ukraine-Kontext	Ukraine	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm in Libanon	Libanon	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm in Libyen	Libyen	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme des UNHCR – Syrien-Kontext	Syrien	UNHCR	100'000	100'000
Nicht-zweckgebundener Beitrag an das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge	International	UNHCR	100'000	100'000
<b>Total</b>			<b>3'698'724</b>	<b>3'698'724</b>

### Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

(Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)

Für die Verwendung der Mittel wird auf die separate Berichterstattung des LED verwiesen.

	Betrag CHF	ODA CHF
<b>Total</b>	<b>15'290'000</b>	<b>15'290'000</b>

**Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit**

(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an Projekt zu sexueller und geschlechterspezifischer Gewalt in Konflikten	International	All Survivors Project	100'000	100'000
Projekt zu Korruption und Umweltverbrechen	International	Basel Institute on Governance	150'000	150'000
Beitrag an das DCAF Program «Gender Equality in Security and Justice»	International	DCAF	50'000	50'000
Beitrag zur Förderung des Dialogs zwischen Parteien in bewaffneten Konflikten	International	Dialogue Advisory Group	100'000	0
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in Armenien	Armenien	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in Bosnien und Herzegowina	Bosnien-Herzegowina	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in der Ukraine	Ukraine	Europarat	20'000	20'000
Projekt zur Unterstützung des Aktionsplans in Georgien	Georgien	Europarat	20'000	20'000
Beitrag zur Bekämpfung der Rekrutierung von Kindersoldaten sowie für Aktivitäten im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit	International	Geneva Call	100'000	100'000
Beitrag an den Grünen Klimafonds (Green Climate Fund)	International	Green Climate Fund	100'000	100'000
Beitrag zur Verbrechensverhütung in der Friedensmediation	International	HD Centre	100'000	100'000
Förderung und Einbezug von Frauen in Friedensmediationen	International	HD Centre	100'000	100'000
Softwarelösung zur Sammlung und Analyse von Menschenrechtsverletzungen	International	Huridocs	95'000	95'000
Beitrag Ausbildung von Experten des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	150'000	150'000
Beitrag zu Klimaschutzprojekt	International	ICG	100'000	100'000
Kapazitätsaufbau der ukrainischen Wahlkommission	Ukraine	IDEA	100'000	100'000
Unterstützung des Klima- und Transitionsfonds (Teil Klimafinanzierung)	International	IKRK	100'000	100'000
Stärkung von Menschenrechtsverteidiger	International	ISHR International Service for Human Rights	100'000	100'000
Beitrag zur Sicherstellung von Rechenschaftspflichten in der Ukraine	International; Ukraine	Justice Rapid Response	150'000	150'000
Projekt zur Sicherstellung von Rechenschaft bei Verbrechen gegen Kinder	International	Justice Rapid Response	100'000	100'000
Projekt Nachhaltigkeitsstipendium für Afrika	Algerien; Kenia; Uganda; Äthiopien; Lesotho; Malawi; Nigeria	LISD (LI Institute for Strategic Development)	75'000	75'000
Stärkung des Forschungsschwerpunktes «Menschenhandel»	International	Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte	70'000	0
Ausarbeitung von WPS-Instrumenten	International	OAS	70'000	70'000
Beitrag Anti-Corruption Network for Eastern Europe and Central Asia	International	OECD	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag	International	OHCHR	50'000	44'000
Arbeitsprogramm im Bereich Rechenschaftspflichten für Menschenrechtsverletzungen	International	OHCHR	300'000	264'000
Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	50'000	44'000

## ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

132 |

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Projekt zum Foltermonitoring in der Ukraine	Ukraine	OMCT	100'000	100'000
Projekt zur Vermeidung von Folter an Kindern	International	OMCT	100'000	100'000
Beitrag für den «Legislation Review Fund» des ODIHR	International	OSZE	50'000	50'000
Beitrag zur Bekämpfung des Menschenhandels aufgrund der russischen Aggression	International; Ukraine	OSZE	50'000	50'000
Programm Schutz von Menschenrechtsverteidigern	International	TI	80'000	80'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UN Women	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNAIDS	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an UNDP	International	UNDP	50'000	50'000
Globales Beschleunigungsinstrument zur Umsetzung der «Frauen, Frieden und Sicherheit» Agenda (WPHF)	International	UNDP	100'000	0
Allgemeiner Beitrag	International	UNODC	50'000	50'000
Beitrag an den freiwilligen Trust Fund für Opfer von Menschenhandel	International	UNODC	100'000	100'000
Liechtenstein Initiative on Finance Against Slavery and Trafficking (FAST)	International	UNU	200'000	200'000
Leitungswasser trinken. Trinkwasser spenden.	International	Verein Drink & Donate	85'500	85'500
Projekt zur Begrünung der Sahelzone	International	WFP	100'000	100'000
WTO Fischereisubventionen Fund	International	WTO	40'000	40'000
<b>Total</b>			<b>3'695'500</b>	<b>3'377'500</b>

### Öffentlichkeitsarbeit

(Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
IHZE-Veranstaltung zu humanitärer Hilfe und Klimawandel	Fürstentum Liechtenstein	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	7'185	7'185
IHZE-Website, Kommunikationsmaterialien und Übersetzungen	International	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	1'062	1'062
Projektreise mit dem LED nach Bolivien	Bolivien	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	23'074	23'074
Jahrestreffen mit der humanitären Hilfe der Schweiz	Fürstentum Liechtenstein	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	880	880
Jahrestreffen «International Centre for Asset Recovery» inkl. Öffentliche Veranstaltung	Fürstentum Liechtenstein	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	7'340	7'340
Weltwassertag	Fürstentum Liechtenstein	Verein Drink & Donate	803	803
<b>Total</b>			<b>40'344</b>	<b>40'344</b>

**Sonstige ODA-anrechenbare Beiträge an internationale Organisationen**

(Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen Liechtensteins)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an das Sekretariat des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT)	International	ATT	962	0
Jahresbeitrag an das generelle Budget der CITES	International	CITES	593	593
Beiträge an die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)	International	CTBTO	12'251	0
Deutscher Übersetzungsdienst der UNO	International	Div. Partner Kleinprojekte/Verdoppelungen	5'000	0
Beitrag zum Teilabkommen zu einem Schadensregister betreffend Ukraine	Ukraine	Europarat	3'560	3'560
Freiwilliger Beitrag für das Projekt für das Projekt «Ending violence against women: Multi-country programme (2022-2025)» des Europarats	International	Europarat	15'000	6'000
Freiwilliger Beitrag für das Projekt «Promoting children's rights, including through the Children's Rights Strategy 2022-2027» des Europarats	International	Europarat	15'000	6'000
Freiwilliger Beitrag für das Projekt «Reducing the backlog of out-standing unexecuted leading judgements of the European Court of human rights» des Europarats	International	Europarat	20'000	8'000
Freiwilliger Beitrag für das Spezialkonto des EGMR zur Reduzierung des Rückstaus in der Bearbeitung gut begründeter Fälle	International	Europarat	20'000	8'000
Freiwilliger Beitrag für den Aktionsplan des Europarats zu Aserbaidshan	Aserbaidshan	Europarat	20'000	20'000
Freiwilliger Beitrag für den Aktionsplan des Europarats zur Republik Moldau	Moldau	Europarat	20'000	20'000
Internetplattform zum Schutz von Journalisten	International	Europarat	20'000	8'000
Regulärer Beitrag Europarat	International	Europarat	403'519	161'407
Freiwilliger Beitrag für die technische Zusammenarbeit IAEO 8	International	IAEO	8'878	8'87
Regulärer Beitrag IAEO	International	IAEO	42'028	13'869
Beitrag Internationaler Strafgerichtshof ICC	International	ICC	31'019	0
Opferfonds des ICC	International	ICC Victims Trust Fund	10'000	10'000
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	International	ICG	10'000	10'000
Freiwilliger Beitrag ans International Center for Transitional Justice	International	ICTJ	10'000	10'000
Freiwilliger Beitrag an «International Institute for Democracy and Electoral Assistance» IDEA	International	IDEA	5'000	5'000
Freiwilliger Beitrag an das International Peace Institute	International	IPA	20'000	0
Jahresbeitrag IRENA	International	IRENA	1'823	1'203
Regulärer Beitrag an ITU	International	ITU	159'000	28'620
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	15'570	15'570
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	100'000	100'000
Sicherheits- und Menschenrechtsmonitor (SHRM)	International	Netherlands Helsinki Committee	10'000	7'400



## ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

134 |

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Freiwilliger Beitrag im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit	International	NGO Working Group on Women, Peace and Security	5'000	0
Beitrag an die Multilaterale Amtshilfekonvention (MAK)	International	OECD	2'333	0
Beitrag für «Base Erosion and Profit Shifting» (BEPS)	International	OECD	22'731	0
Beitrag Global Forum on Tax Transparency	International	OECD	19'269	0
Beitrag an die Welt-Tiergesundheitsorganisation (OIE)	International	OIE	30'480	18'593
Beitrag an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)	International	OPCW	6'715	0
Freiwillige Beiträge an OSZE-Projekte im Bereich Sicherheit und Menschenrechte	International; Ukraine	OSZE	110'000	110'000
Freiwilliger Beitrag zum Moskauer Mechanismus in Bezug auf Belarus	Belarus	OSZE	854	854
Freiwilliger Beitrag zum Moskauer Mechanismus in Bezug auf die Ukraine mit Fokus auf die Deportation von Kindern	Ukraine	OSZE	3'142	3'142
Regulärer Beitrag OSZE	International	OSZE	88'233	65'292
Allgemeiner Beitrag	International	Parliamentarians for Global Action	10'000	0
Freiwilliger Beitrag an die Organisation Security Council Report	International	SC Report	10'000	0
Jahresbeitrag Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention	International	Sekretariat Alpenkonvention	17'231	0
Jahresbeitrag Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	1'982	1'982
Jahresbeitrag an die Quecksilber-Konvention (Minamata)	International	UNEP	388	388
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	1'370	1'370
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	614	614
Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	21'637	21'637
Jahresbeitrag UNEP bzw. Environment Fund	International	UNEP	10'263	10'263
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	2'518	1'536
Jahresbeitrag Kyoto-Protokoll	International	UNFCCC	413	252
Jahresgebühr International Transaction Log des Klimasekretariats	International	UNFCCC	1'287	785
Beitrag an die Finanzierung der UN-Tribunale	International	UNO	5'727	0
Reguläre Beiträge an UNO-Peacekeeping Missionen	International	UNO	504'409	68'574
Regulärer Beitrag UNO	International	UNO	257'088	133'686
Beitrag an die Weltpostunion (UP-U)	International	UPU	43'500	6'960
Regulärer Beitrag an die WIPO	International	WIPO	22'789	684
Beitrag an das «PeaceWomen» Programm	International	Womens International League for Peace and Freedom	5'000	0
Beitrag im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit	International	Womens International League for Peace and Freedom	5'000	0
<b>Total</b>			<b>2'189'176</b>	<b>898'712</b>

	Betrag CHF	ODA CHF
<b>Total IHZE-Ausgaben</b>	<b>26'422'899</b>	<b>26'104'899</b>
Sonstige Beiträge an internationale Organisationen	2'189'176	898'712
Flüchtlingsbetreuung im Inland		8'069'719
Katastrophenfonds Gemeinden		100'000
Weitere ODA-anrechenbare Beiträge der Gemeinden		843'938
<b>Total ODA</b>		<b>36'017'268</b>

## Bildung

### Bildungsstrategie

Mit der «Bildungsstrategie 2025plus» wurde in den vergangenen Jahren unter der Leitung des Ministeriums in Zusammenarbeit mit dem Schulamt und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung die Bildungsstrategie erarbeitet. Im Berichtsjahr wurde auf Grundlage eines Workshops, an dem sich Vertreter aus dem Bildungsbereich, der Gesellschaft und der Wirtschaft austauschten, ein aktueller Zwischenstand erarbeitet. Dieser soll aufzeigen, wie weit die Umsetzung der Strategie bereits fortgeschritten ist und wo noch Potenziale liegen.

Die «Bildungsstrategie 2025plus» definiert die Mission, die Vision und das Bildungsverständnis des liechtensteinischen Bildungswesens und zeigt die strategischen Ziele zu deren Verwirklichung auf. Dafür wurden insbesondere jene Megatrends und ihre möglichen künftigen Entwicklungen berücksichtigt, welche sich auch auf den Bildungsstandort auswirken: «Globale Schwerpunktverlagerung», «Öffentliche Angelegenheiten: Demokratie und staatsbürgerliches Engagement», «Sicherheit in einer unsicheren Welt», «Länger und besser leben» und «Moderne Lebensformen». Dank der Identifizierung von Entwicklungspotenzialen wurde die Weiterentwicklung der Bildungsqualität im Rahmen eines Qualitätszyklus auf der Basis des Bildungsberichtes definiert. Weitere Potenziale bestehen bspw. auch im Ausbau der Inklusion, in der Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, im Schaffen von Standards in der frühkindlichen Förderung sowie im Erhalt eines sowohl horizontal wie vertikal optimal durchlässigen Bildungssystems. Für die Weiterentwicklung des Bildungssystems wurden sodann verschiedene Handlungsfelder zur Erreichung der strategischen Ziele aufgezeigt.

### Bildungsbericht

Die Zielerreichung der Bildungsstrategie wird in einem Bildungsbericht reflektiert, der erstmals 2024 erscheinen und dann alle vier Jahre veröffentlicht werden soll. Damit stehen der Bildungsbericht und die Bildungsstrategie in einer Wechselwirkung zueinander. Die Regierung hat bereits 2017 entschieden, dass alle vier Jahre ein Bildungsbericht Liechtenstein erscheinen

soll. Im Berichtsjahr wurde entschieden, den Bildungsbericht 2024 erscheinen zu lassen, nachdem ursprünglich die Publikation auf Ende des Berichtsjahrs geplant war. Grund hierfür ist die Einarbeitung der Erkenntnisse aus den Leistungserhebungen «Check dein Wissen», die erst Anfang 2024 vorliegen werden.

Ziel des Bildungsberichtes ist es, ein langfristig angelegtes Bildungsmonitoring aufzubauen. Vor allem im Hinblick auf die zunehmend eigenständige Entwicklung, welche den öffentlichen Schulen im Rahmen der Teilautonomie zusteht, gewinnt das gezielte Monitoring an Bedeutung. Aber auch mit Blick auf die Bildungslaufbahnen in der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung sowie die zunehmende Bedeutung der Individualstatistik soll das Bildungsmonitoring mittels des Bildungsberichtes ausgebaut werden.

### Liechtensteiner Lehrplan (LiLe)

Die Umsetzung des Liechtensteiner Lehrplans (LiLe) lief auch im Berichtsjahr weiterhin auf Hochtouren. Da aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie allerdings diverse Weiterbildungen nicht stattfinden konnten, entschied die Regierung bereits 2022, die Einführungsphase um ein Jahr zu verlängern. Damit wird die Umsetzung im Sommer 2024 abgeschlossen.

Im Berichtsjahr wurde auf diversen Ebenen an der weiteren Umsetzung gearbeitet. Dies umfasste vor allem Weiterbildungen für das Lehrpersonal, aber auch diverse andere Projekte, die im Zusammenhang mit der Einführung und Umsetzung des LiLe stehen. Dazu zählt unter anderem «Digiboost», welches eine medienpädagogische und -didaktische Begleitung und Unterstützung der liechtensteinischen Schulen durch externe Dienstleisterinnen und Dienstleister sicherstellt, oder das Gesundheits- und Bewegungsprojekt «Flickflack».

Nach Abschluss der Einführungsphase des LiLe wird eine Fokus-Evaluation vorgenommen. Die Planungen dazu sind im Berichtsjahr gestartet.

### Energie- und Klimapioniere

Mit dem Vorhaben «Pioniere für ein nachhaltiges Liechtenstein» werden erstmals Kinder und Jugendliche in einem ganzen Land zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz sensibilisiert und dazu motiviert, einen

eigenen Beitrag zu leisten. Das Projekt «Energie- und Klimapioniere Liechtenstein» bietet allen Klassen vom Kindergarten bis zum Gymnasium die Möglichkeit, die Themen Klima und Energie stufen- und lehrplangerecht zu behandeln.

Im Rahmen dieses Projektes werden junge Menschen ermutigt, ihren Handlungsspielraum zu entdecken, indem sie im Klassenverband Projekte zum Schutz des Klimas und der Umwelt entwickeln und umsetzen. Den Lehrpersonen wird mit dem Projekt direkte Unterstützung geboten, Teilbereiche der Leitidee «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» des neuen Lehrplans LiLe umzusetzen.

### **Sprachaufenthalte in England und Frankreich**

Sprachaufenthalten wird für die Förderung der Sprachkompetenz über den Unterricht hinaus grosse Bedeutung beigemessen. Bei den von den Schulen durchgeführten Sprachaufenthalten stehen die Erfüllung der Lehrplanziele, die gezielte Förderung der Sprachkompetenzen und der Bezug zur «Bildungsstrategie 2025plus» konkret im Mittelpunkt. Die Erfahrungen mit den bestehenden Aufenthalten weisen darauf hin, dass auch ein kurzer und gezielter Sprachaufenthalt erhebliche Verbesserungen der Sprachkompetenzen zur Folge haben kann.

Bis zu den Sparmassnahmen im Jahr 2013 wurden den Schülerinnen und Schülern des Liechtensteinischen Gymnasiums zwei Sprachaufenthalte ermöglicht, jeweils in England und Frankreich. Danach wurde nur noch ein Sprachaufenthalt von zwei Wochen nach Frankreich durchgeführt. Im Schuljahr 2022/2023 wurde aus oben genannten Gründen ein Pilot gestartet und es wurden wieder zwei Sprachaufenthalte, nach Frankreich und nach England, durchgeführt. So konnten die Schülerinnen und Schüler einen einwöchigen Intensivsprachaufenthalt in England absolvieren, welcher zudem mit mehr Unterrichtslektionen dotiert war, als es bereits vor 2013 der Fall war. Allerdings führten die gesetzlich vorgesehene Kostengrenze für den Landesbeitrag von CHF 1'200 pro Schülerin bzw. Schüler dazu, dass im Rahmen der Ausschreibung zum Aufenthalt in England kein Anbieter einen zweiwöchigen Aufenthalt anbieten konnte.

Die Erfahrungen aus dem Pilotjahr 2022/2023 zeigen, dass zwei Sprachaufenthalte, also in England und Frankreich, sinnvoll und zielführend sind. Aufgrund dessen hat die Regierung die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Berichtsjahr derart angepasst, dass künftig wieder jeweils ein Sprachaufenthalt in England und in Frankreich à 2 Wochen pro Schuljahr möglich sein werden. Dies, indem unter anderem die Kostengrenze für den Landesbeitrag auf CHF 1'500 angehoben wurde.

### **next-step Berufs- und Bildungstage 2023**

Bereits zum neunten Mal wurden am 29./30. September im SAL in Schaan die next-step Berufs- und Bildungstage durchgeführt. Insgesamt waren 50 Aussteller (Vorjahr 56) vor Ort. Die regionale Bildungsmesse bietet allen Bildungsinteressierten eine ideale Plattform des Austausches. An diesen Bildungstagen konnten sich Schülerinnen und Schüler, Lernende, Eltern, Lehrpersonen, Erwachsene, Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie Unternehmen einen Überblick über verschiedene Bildungswege sowie deren Durchlässigkeit verschaffen. Die next-step Berufs- und Bildungstage sind zu einem beliebten Event in der Liechtensteiner Bildungslandschaft geworden und werden gerne besucht. Nach wie vor zählen zu deren Hauptgründen der grosse Überblick über die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten, die verschiedenen Einblicke in die Berufspraxis und der Berufsbilder, die Inspirationen für die berufliche Zukunft, die verschiedenen Informationen über Aus- und Weiterbildungen, die wertvollen Entscheidungsgrundlagen, ein grosses Angebot an Ausstellern an einem Ort und die gute Erreichbarkeit der Ausstellung selber.

Die freien Lehrstellen in Liechtenstein mit Lehrbeginn Sommer 2024 waren ab dem 1. September auf [www.next-step.li](http://www.next-step.li) online abrufbar. Diese Plattform bietet den Web-Besuchern eine Übersicht an verschiedenen Berufsfeldern und den damit vorhandenen offenen Lehrstellen. Weiters sind verschiedene Informationen rund um das Berufsbildungswesen abrufbar. Auch die verschiedenen aktuellen Bildungsverordnungen sowie detaillierte Angaben zu den einzelnen Lehrberufen sind Bestandteil dieser Web-Plattform.

### **OST – Ostschweizer Fachhochschule**

Liechtenstein ist einer von sieben Trägern der «OST – Ostschweizer Fachhochschule» und ist in deren strategischen Organen, der Trägerkonferenz und dem Hochschulrat, vertreten. Als liechtensteinischer Hochschulrat der OST wurde Fabian Frick bereits 2019 von der Regierung bestellt. Der Hochschulrat besteht aus 15 Mitgliedern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Bildungsverwaltungen der Träger. Die Regierung des Kantons St. Gallen bestellt acht Mitglieder; die Regierung des Kantons Thurgau bestellt zwei Mitglieder; die Regierungen der weiteren Träger (Appenzell-Inner- und Appenzell-Ausser- rhoden, Schwyz, Glarus und Liechtenstein) je ein Mitglied.

### **Beitritt zur Interkantonalen**

#### **Universitätsvereinbarung IUV 2019**

Gemeinsam mit allen Kantonen der Schweiz ist Liechtenstein Mitglied der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 (kurz IUV 1997). Die IUV 1997 regelt die Zahlung von Pro-Kopf-Beiträgen für die Studierenden zwischen den Mitgliedern und garantiert Studierenden aller Kantone und des Fürstentums

Liechtenstein gleichberechtigten Zugang zu allen universitären Hochschulen in der Schweiz und Liechtenstein.

## Grundlagenforschungsbeiträge

Der Preis des Fürstentums Liechtenstein wird seit 1983 jährlich verliehen und zählt zu den renommiertesten Auszeichnungen für wissenschaftliche Forschung an der Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck. Die diesjährigen Preisträgerinnen und der Preisträger wurden aus insgesamt 29 Eingaben durch die Vergabegremien der beiden Universitäten ausgewählt. Gestützt wurde der Entscheid durch die Gutachten externer Experten, welche die eingereichten Forschungsarbeiten hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Qualität, Bedeutung und Aktualität überprüften. Die Qualität der eingereichten Arbeiten ist auch im Berichtsjahr durchgehend sehr hoch und damit dem Renommee des Preises auf jeden Fall angemessen. Der mit 14'000 Euro dotierte Preis wurde für das Jahr 2022 an einer feierlichen Veranstaltung in Innsbruck zu gleichen Teilen an Julian Schwärzler von der Medizinischen Universität Innsbruck sowie an Matthias Neuner, Gertraud Medicus und Jonathan Singerton von der Universität Innsbruck verliehen.

An den «Österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung» wurde wie in den Vorjahren ein Beitrag in Höhe von CHF 250'000 entrichtet. Ein Betrag in derselben Höhe wurde, wie in den Vorjahren auch, an den Schweizerischen Nationalfonds geleistet.

Zudem wurde im Berichtsjahr wie in den vergangenen Jahren ein Preis der Regierung für Nachwuchsforschung an der Universität Liechtenstein in Höhe von insgesamt CHF 10'000 ausgerichtet. Der Preis erging im Berichtsjahr zu gleichen Teilen an Matthias Herrmann-Romero für seine Dissertation «Information Dissemination in Financial Markets: Three Experimental Studies», Lindsay Howe für ihre Publikation «Towards a cooperative urbanism? An alternative conceptualization of urban development for Johannesburg's mining belt» und an Thomas Grisold für seine Publikation «Keeping pace with the digital age: Envisioning information Systems research as a platform».

## Regulierung/Parlamentarische Mittel

### Abänderung des Lehrerdienstgesetzes

Im Berichtsjahr wurde der Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Lehrerdienstgesetzes für die zweite Lesung vom Hohen Landtag vorbereitet (BuA 2020/93), nachdem der Hohe Landtag im Oktober 2020 die Vorlage in erster Lesung behandelt hat und im Mai 2021 eine erneute erste Lesung durchgeführt hat. Bei der Überarbeitung der Vorlage für eine zweite Lesung war es dem Ministerium und dem Schulamt ein zentrales Anliegen, den Prozess sehr partizipativ zu gestalten.

Dazu fanden im Berichtsjahr verschiedene Treffen und Workshops mit Interessengruppen auf Basis der im Vorjahr durchgeführten LDG-Workshops statt. Begleitet wurde der Prozess von Podcasts sowie diversen anderen Kommunikationsmassnahmen, welche eine Stellungnahme zu allen Punkten der Überarbeitung ermöglichte. Im Anschluss an die Auswertung der Rückmeldungen wird nach der legislatischen Prüfung das finale Ergebnis der Regierung und dann dem Hohen Landtag vorgelegt.

### Abänderung des Berufsbildungsgesetzes

Die Regierung genehmigte im Berichtsjahr die Stellungnahme an den Hohen Landtag des Fürstentum Liechtenstein betreffend die Abänderung des Berufsbildungsgesetzes. Im Wesentlichen wurde auf Gesetzesebene entsprechende Grundlagen geschaffen, damit eine gewisse Verarbeitungstätigkeit von personenbezogenen Daten für die Erfüllung der Aufgaben des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung legitimiert ist. Zudem erfolgte die Aufhebung der bislang vorgesehenen Altersbegrenzung für die Inanspruchnahme der staatlichen Laufbahnberatung. Auch wurden die fachlichen Anforderungen an den Berufsbildner sowie die Gebühren und Kosten aktualisiert. Der Hohe Landtag behandelte die Vorlage abschliessend im März in zweiter Lesung (BuA 2023/10). Die Abänderungen des Berufsbildungsgesetzes traten am 1. Juni in Kraft.

### Corporate Governance

Dem Bildungsministerium sind folgende öffentliche Unternehmen zugeordnet: Universität Liechtenstein, Liechtensteinische Musikschule, Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA), Stiftung «Erwachsenenbildung Liechtenstein», Stiftung «Kunstschule Liechtenstein». Im Berichtsjahr fanden jeweils zwei bis vier Corporate Governance Gespräche zwischen dem Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport und den jeweiligen öffentlichen Unternehmen statt.

In der Sitzung vom 19. September hat die Regierung neu Daniel Bargetze aus Schellenberg als Verwaltungsratspräsident und Lukas Lingg aus Eschen als Mitglied des Verwaltungsrates der AIBA bestellt, ebenso hat die Regierung die bisherigen Verwaltungsrätinnen Magdalena Frommelt und Doris Quaderer, beide aus Schaan, für eine zweite Amtszeit der Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA) wiederbestellt.

Im Oktober wurde Markus Bürgler aus Schaan als neuer Präsident der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein bestellt.

Bei der Universität folgte im April des Berichtsjahres neu Lothar Ritter als Präsident des Universitätsrats auf Dr. Klaus Tschüscher, der vier Jahre dem Universitätsrat als Präsident vorstand. Zudem wurde Isabelle Oehri per Jahresanfang als ordentliches Mitglied in den Universitätsrat benannt, sie folgte auf Michael Käppeli, der sich aufgrund der Amtszeitbeschränkungen nicht mehr zur Verfügung stellen konnte.

Im Berichtsjahr nahm die Regierung zum einen den Bericht zu einem Sport- und Bewegungskonzept sowie zum anderen den Bericht zur Optimierung und Erweiterung der Sportinfrastruktur in Liechtenstein zur Kenntnis. Aus den Berichten der breit angelegten Arbeitsgruppen, die als Grundlage die Resultate des «Sportmonitoring Liechtenstein 2021» heranzogen, resultierten Empfehlungen, die die Regierung ebenfalls zur Kenntnis genommen und zur weiteren Bearbeitung, Konkretisierung und schrittweisen Umsetzung in Auftrag gegeben hat.

Der Massnahmenkatalog in Form von Empfehlungen zur weiteren Bearbeitung umfasst im Bereich Sport- und Bewegungskonzept acht konkrete Projekte. Dies sind die Einsetzung von Sport- und Bewegungskoordinatorinnen resp. -koordinatoren, die Stärkung des Bereichs «Gesundheitsförderung und Prävention» beim Amt für Gesundheit, die Stärkung des freiwilligen Schulsports, die attraktive Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, die Schaffung konzeptioneller Grundlagen für die Inklusion im Sport, die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur zur Etablierung des Fahrrads als effizientes und effektives Verkehrsmittel im Alltag, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinssport sowie die systematische Weiterentwicklung des Leistungssports.

Der Massnahmenkatalog in Form von Empfehlungen zur weiteren Bearbeitung umfasst im Bereich Optimierung und Erweiterung der Sportinfrastruktur sechs konkrete Projekte. Dies sind die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen, das Sportanlagenkonzept, die Definition bestehender Sportstätten für den Spitzen- und Leistungssport, das Vorgehen bezüglich Nutzung bestehender Sportinfrastruktur durch den Spitzen- und Leistungssport, die Schaffung eines Sportcampus sowie das Vorgehen bezüglich künftiger konkreter Bauprojekte.

Die Arbeiten zur Verfeinerung, Konkretisierung und Umsetzung der Empfehlungen an die Regierung wurden bereits im Berichtsjahr gestartet.

Athletinnen und Athleten aus Liechtenstein nahmen im Berichtsjahr an einer Vielzahl an internationalen Wettkämpfen teil. Darunter insbesondere die European Youth Olympic Festivals (EYOF) in Maribor und dem Friaul, die European Games in Krakau, die Kleinstaatenspiele in Malta sowie die Special Olympics World Games in Berlin. Die Sportministerin wohnte den Kleinstaatenspielen in Malta als auch den Special Olympics World Games in Berlin persönlich bei.

Im Zweijahresrhythmus verleiht die Regierung das Goldene Lorbeerblatt für aussergewöhnliches Engagement und herausragende Leistungen im Sport. Den Preis durften Tina Weirather (Ski Alpin) und Peter Frommelt (Skibob, Tischtennis, Fussball) in Empfang nehmen.

Im Rahmen des turnusgemässen Vorsitzes von Liechtenstein im Ministerkomitee des Europarats wurde zum ersten Mal eine Diversitätskonferenz des Enlarged Partial Agreement on Sport (EPAS) des Europarats zum Thema Inklusion von Migranten- und Flüchtlingskindern im und durch den Sport abgehalten. Im Beisein der Sportministerin nahmen rund 50 Expertinnen und Experten aus ganz Europa an der hybrid durchgeführten Veranstaltung in Schaan teil.

Der Hohe Landtag genehmigte das Subventionsgesuch für das Infrastrukturprojekt Steg des Vereins zur Förderung des nordischen Skisports auf Grundlage der Sportstättenförderungsverordnung (SSFV).

### **Verbandsorganisierte Sportförderung – Anstellung Leistungssportlerinnen und -sportler**

Für die Weiterentwicklung des Sports – vor allem in Sachen Verbandsförderung im Breiten- und Leistungssport, Professionalisierung des Umfeldes für Athletinnen und Athleten und Erweiterungen des Leistungskatalogs im Einsatz für glaubwürdigen Sport – wurden die finanziellen Mittel ab dem Jahr 2023 auf jährlich CHF 3'030'000 erhöht.

Auf Grundlage dieser Leistungsvereinbarung konnte das LOC ab dem 1. Juli 2023 sechs Leistungssportlerinnen und Leistungssportler aus fünf verschiedenen Sportarten mit einem Pensum von 50% anstellen. Als erste in den Genuss der Unterstützung kommen Kathinka von Deichmann (Tennis), Robin Frommelt (Langlauf), Nico Gauer und Marco Pfiffner (Ski Alpin), Romano Püntener (Mountainbike) und Fabienne Wohlwend (Automobilsport).

Für die Sportlerinnen und Sportler in Liechtenstein mit internationalem Leistungsausweis oder ausserordentlichem Potenzial für eine professionelle Sportkarriere wurden mit der Anstellung Rahmenbedingungen geschaffen, die eine minimale soziale und finanzielle Absicherung ermöglichen. Voraussetzung zum Erhalt einer Anstellung ist unter anderem ein starkes Commitment zum Leistungssport, ein professionelles Umfeld sowie die Unterstützung des Verbandes.

### **Verleihung Goldenes Lorbeerblatt**

Die Regierung verlieh im Berichtsjahr zum 13. Mal in der Geschichte Liechtensteins das Goldene Lorbeerblatt. Sportministerin Dominique Hasler ehrte die ehemalige Skirennläuferin Tina Weirather sowie Skibobfahrer, Tischtennispieler und Fussballtrainer Peter Frommelt im Namen der Regierung und überreichte ihnen als Anerkennung und Wertschätzung für ihre herausragenden Leistungen im Sport das Goldene Lorbeerblatt. Das Goldene Lorbeerblatt wird alle zwei Jahre an Persönlichkeiten aus der Sportwelt für aussergewöhnliches Engagement und herausragende Leistungen vergeben. Es ist die höchste Anerkennung, welche die Regierung im Bereich des Sports vergibt.



Tina Weirather war bereits bei den Juniorinnen sehr erfolgreich und fuhr jahrelang in der Weltspitze des Skiweltcups. Sie belegte in der Saison 2015/2016 den vierten Platz in der Weltcupgesamtwertung und holte zweimal die kleine Kristallkugel für den Disziplinenweltcup im Super G. Tina Weirather gewann an den Weltmeisterschaften 2017 in St. Moritz die Silbermedaille im Super G und 2018 in Pyeongchang, Süd-Korea, ebenfalls im Super G eine olympische Bronzemedaille. Sie ist heute UNICEF-Botschafterin, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, für die Schweiz und Liechtenstein als auch beliebte Skiexpertin beim Schweizer Fernsehen.

Tina Weirather bestritt 222 Weltcuprennen und fuhr dabei 9 Weltcup Siege, 41 Podestplätze, 2 kleine Kristallkugeln sowie eine WM-Silbermedaille wie auch eine Olympia-Bronzemedaille ein. Ausserdem wurde sie acht Mal als Liechtensteins Sportlerin des Jahres ausgezeichnet, dabei sieben Mal in ununterbrochener Folge.

Peter Frommelt wurde 1971 Versehrten-Skibob-Europameister. Vor allem ist er dafür bekannt, dass er über 20 Jahre die Welt-Nummer 1 im Tischtennis in der Kategorie Oberschenkel-Amputiert (A2) war und dabei eine Vielzahl von nationalen und internationalen Titeln errang. So siegte er mehrmals beim Argentinien Open, beim US Open, beim Australien Open und beim Mexico Open. Peter Frommelt gewann fünf Mal den Europacup und wurde sowohl mehrfacher Liechtensteiner Meister als auch internationaler deutscher, österreichischer und britischer Meister. An Paralympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften errang er vier Podestplätze. Schliesslich erreichte er an der Tischtennis EM 1994 in Birmingham bei den «nichtbeeinträchtigten» die Hauptrunde der letzten 64 und wurde Schweizermeister im Senioren Doppel. Zudem belegte er auch den zweiten und dritten Platz im Einzelturnier.

Peter Frommelt war ausserdem bereits ab seinem neunzehnten Lebensjahr erfolgreicher Fussballtrainer. Er trainierte diverse Junioren und Juniorinnen Teams sowie die ersten Mannschaften von Gams, dem USV Eschen-Mauren, Schaan sowie Triesen und war Co-Trainer in Vaduz. Schliesslich trainierte er verschiedene Mannschaften des LFV. Seine Trainerkarriere war gezeichnet durch diverse Aufstiege in höhere Ligen und Turnierfolge. Schliesslich verfasste Peter Frommelt ein ganzheitliches Trainingskonzept, das auf seiner breiten Erfahrung beruht.

### **Diversitätskonferenz des Enlarged Partial Agreement on Sport (EPAS) zum Thema Inklusion von Migrant- und Flüchtlingskindern im und durch den Sport**

Das Enlarged Partial Agreement on Sport (EPAS) des Europarats hielt eine seiner zwei Jahreskonferenzen in Liechtenstein ab. Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit von EPAS und dem Ministerium für Äusseres, Bildung und Sport im Rahmen des liechtensteinischen

Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats organisiert.

Das Ziel der Konferenz war es, den gegenwärtigen Zustand in Sachen Inklusion von Migrant- und Flüchtlingskindern im und durch den Sport zu evaluieren und Massnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen. Die Konferenz brachte nationale und internationale Experten als auch Entscheidungsträger und Nichtregierungsorganisation, die im Bereich des Breitensports aktiv sind, an einen Tisch.

Die Konferenz wurde von Sportministerin Dominique Hasler, Marja Ruotanen, Generaldirektorin für Demokratie und Menschenwürde des Europarats, und Alexandre Husting, dem Vorsitzenden des EPAS Verwaltungsrats eröffnet.

Die Vortragenden Khalida Popal (Gründerin und Direktorin der Girl Power Organisation und Programm und Veranstaltungsmanagerin des afghanischen Frauenfussballnationalteams), Cyrille Tchatchet (Olympiateilnehmer) und Gerald Mballe (Berater von Special Olympics Europa und Eurasien) stellten ihre Lebensgeschichte beginnend mit ihrer Ankunft als junge Flüchtlinge und die wichtige Rolle, die Sport bei ihrem Integrations- und Inklusionsweg in ihrer Ankunftslander gespielt hat, dar.

Ausserdem wurden mit verschiedenen Expertenpanels die gegenwärtige Situation analysiert und der weitere Weg aufgezeigt, wie der Europarat eine bedeutende Rolle für die Inklusion von Migrant- und Flüchtlingskindern übernehmen kann.

### **Sport- und Gesundheitskonferenz**

Das Amt für Gesundheit und die Stabsstelle für Sport führten zusammen mit den Vertretern der jeweiligen Kommissionen der Gemeinden und weiteren Gästen die vierte Sport- und Gesundheitskonferenz im Technopark Vaduz durch.

Carmen Eggenberger, Verantwortliche für Gesundheitsförderung und Prävention sowie Jürgen Tömördy, Leiter der Stabsstelle für Sport begrüsst die über 30 Teilnehmenden aus den Gemeinden und geladenen Gäste. Mit den Grussworten aus dem Ministerium wurde die Konferenz eröffnet.

In diesem Jahr stand die Konferenz unter dem Titel «Sport- und Bewegungsimpulse». Sechs Impulsreferate rund um das Thema Bewegung und Sport wurden präsentiert. Die seit 2019 durchgeführte Konferenz bietet eine ideale Plattform das Thema Sport und Bewegung über die Gemeindegrenzen hinweg voranzutreiben und den Austausch zwischen Gemeinden, Land und Privaten zu pflegen.

### **Olympic Day**

Seit 2019 wird der Olympic Day in Form von Sportstationen im ganzen Land, die von den Schülerinnen und Schülern der 4. und 5. Klassen besucht werden können, durchgeführt. Die Stationen werden von den

liechtensteinischen Sportverbänden angeboten und betreut, um die Kinder ihre Sportart erleben zu lassen. Rund 800 Schülerinnen und Schüler aus über 40 Schulklassen nahmen am Olympic Day 2023 teil.

Für die Abschlussfeier gab es einen Einmarsch der Klassen nach Gemeinden auf den Peter-Kaiser-Platz in Vaduz und die Schülerinnen und Schüler stellten sich in Formation auf, um die olympischen Ringe zu bilden. Showacts der Tanzgruppen «Showtime» des Liechtenstein Gymnasiums und des Einradteams URSLI rundeten die Feier ab.

### **Kleinstaatenspiele (Games of the Small States of Europe, GSSE) in Malta**

Die XIX Ausgabe der GSSE Malta 2023 fand in Valletta, der Hauptstadt von Malta statt. Neun europäische Kleinstaaten (Andorra, Island, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, San Marino, Zypern und Montenegro) tragen seit 1995 in einem Turnus von zwei Jahren ein Multisport-Event aus. Die GSSE bietet den kleinsten europäischen Ländern eine einzigartige Gelegenheit, sich auf einem sehr wettbewerbsfähigen Niveau zu präsentieren und zu messen.

Für die GSSE Malta 2023 standen die Disziplinen Leichtathletik, Basketball, Judo, 7er Rugby, Segeln, Schiessen, Squash, Schwimmen, Tischtennis und Tennis auf dem Programm.

Im Beisein von Sportministerin Dominique Hasler konnte das aus 19 Athletinnen und Athleten bestehende Team Liechtenstein insgesamt neun Medaillen gewinnen. In den Medaillenträngen klassierten sich im Judo Mareen Hollenstein (Kat. bis 70 kg, Rang 3), Tristan Frei (Kat. bis 66 kg, Rang 3), Manuel Tischhauser (Kat. bis 60 kg, Rang 3), in der Leichtathletik Matthias Verling (Speer, Rang 3, 64.87m), im Schiessen mit dem Gewehr Leonie Mautz (Rang 1), Larissa Vanoni (Rang 2), im Squash David Maier (Rang 1), Luca Wilhelmi (Rang 2) und das Squash-Team der Männer (Rang 2).

### **Special Olympics World Games in Berlin**

Die liechtensteinische Delegation bestehend aus Fiona Pfeiffer (Reiten), Mathias Märk und Andrea Hardegger (Schwimmen), Nadja Hagmann (Leichtathletik) sowie Andreas Meile und Unified-Partnerin Franziska Gurschler (Tennis) nahmen unter Beisein von I.D. Prinzen Nora von und zu Liechtenstein, der Präsidentin von Special Olympics Liechtenstein (SOL) und von Sportministerin Dominique Hasler an den Special Olympics World Games in Berlin teil. Die Spiele wurden im vollbesetzte Olympia Stadion eröffnet.

An der 16. Auflage der World Games, nahmen rund 7'000 Athletinnen, Athleten sowie Unified-Partnerinnen und -Partner aus über 170 Ländern teil. Die Teilnehmenden massen sich in 24 verschiedenen Sportarten.

Zu Ehren der liechtensteinischen Special Olympics Delegation veranstaltete die Botschaft in Berlin einen

Empfang im Garten der liechtensteinischen Residenz, an dem auch die anwesenden Familienmitglieder der Athletinnen und Athleten, Vorstandsmitglieder von Special Olympics sowie alle Coaches und Verantwortlichen zugegen waren.

Team Liechtenstein glänzte mit hervorragenden Leistungen an den Special Olympic World Games und vertrat die Sportnation Liechtenstein ausgezeichnet.

Während ihres Aufenthaltes in Berlin besuchten die SOL-Präsidentin I.D. Prinzessin Nora von und zu Liechtenstein und Sportministerin Dominique Hasler verschiedene Wettkämpfe um die liechtensteinischen Athletinnen und Athleten persönlich anzufeuern.

Zudem informierten sich die SOL-Präsidentin und die Sportministerin über das Healthy Athletes Program (HAP), das weltweit grösste Gesundheitsprogramm, das sich auf die Bedürfnisse von Menschen mit geistigen und resp. oder mehrfach Beeinträchtigungen spezialisiert hat. Die teilnehmenden Athletinnen und Athleten können sich dort in den Bereichen Gesundheit- und Ernährung, Physiotherapie, Zahn- und Mundgesundheit, Fussdiagnostik und Ganganalyse, Sehfähigkeit, Hörvermögen und psychischem Wohlbefinden beraten, untersuchen und helfen lassen.

### **Empfänge der liechtensteinischen Sportdelegationen**

Sportministerin Dominique Hasler empfing im Fürst-Johannes-Saal im Regierungsgebäude die Athletinnen und Athleten, die an verschiedenen Sportanlässen Liechtenstein vertreten haben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der European Youth Olympic Festivals (EYOF) in Maribor und dem Friaul, der European Games in Krakau sowie der Kleinstaatenspiele in Malta als auch der Special Olympics World Games in Berlin fanden sich im Regierungsgebäude zusammen, um die erbrachten Leistungen zu würdigen und die Erfolge zu feiern.

Bei den Empfängen hob Sportministerin Dominique Hasler die Bedeutung der Athletinnen und Athleten als Botschafterinnen und Botschafter für Liechtenstein hervor und unterstrich, dass für herausragende sportliche Erfolge ein ganzes Team und ein optimales Umfeld nötig sind.

### **Ausrichtung einer Förderung für das Infrastrukturprojekt Steg des Vereins zur Förderung des nordischen Skisports**

Der Verein zur Förderung des nordischen Skisports beantragt eine Subvention von 77.8% der subventionsberechtigten Investitionskosten für das Infrastrukturprojekt Steg. Die Regierung anerkannte das gemäss Subventionsgesetz notwendige landesweite Interesse des Projekts und hat die Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Zweckmässigkeit des Projekts sowie die weiteren Förderungsvoraussetzungen nach der Sportstättenförderungsverordnung (SSFV) geprüft und kam zum Schluss, dass diese erfüllt sind.

Für das Infrastrukturprojekt Steg wurden Anlagekosten in Höhe von CHF 4'535'000 ermittelt. Die vom Hohen Landtag genehmigte Landessubvention entspricht 77.8% bzw. CHF 3'527'251 dieser Anlagekosten. Die weiteren 22.2% bzw. CHF 1'007'749, werden durch Eigenmittel des Vereins zur Förderung des nordischen Skisports finanziert. Die Eigenmittel des Vereins umfassen auch Beiträge im Umfang von CHF 100'749, die von den Standortgemeinden Triesenberg und Triesen zugesagt wurden.

Der Hohe Landtag stimmte dem Antrag des Vereins zur Förderung des nordischen Skisports auf Ausrichtung einer Landessubvention an das Infrastrukturprojekt Steg zu und genehmigte einen Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 3'528'000.

---

## Amt für Auswärtige Angelegenheiten

---

**Amtsleiter: Botschafter Dr. Martin Frick**

Zu den Hauptaufgaben des Amtes gehörten wiederum die Koordination und Ausrichtung der Aussenpolitik sowie die Vorbereitung von Regierungs- und Landtagsgeschäften mit aussenpolitischem Bezug, die Pflege und Vertiefung bilateraler Beziehungen und die Vertretung Liechtensteins in internationalen Gremien und an Konferenzen.

Das erste Berichtshalbjahr stand im Zeichen des 100-jährigen Jubiläums des Zollvertrags mit der Schweiz. In der zweiten Jahreshälfte nahmen die Vorbereitungsarbeiten und schliesslich die Übernahme des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats im November eine wichtige Rolle in den Arbeiten des Amtes ein. Ebenso prägten der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der terroristische Angriff der Hamas auf Israel im Oktober und der darauffolgende Kriegsausbruch im Gazastreifen die aussenpolitische Arbeit. In Bezug auf den Ukraine-Krieg war das Amt als koordinierende Stelle weiterhin massgeblich in den autonomen Nachvollzug der EU-Sanktionen gegen Russland involviert. Zudem war das Amt für die humanitäre Unterstützung der Ukraine und deren Nachbarstaaten verantwortlich. Im Juni konnte Liechtenstein im Rahmen der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine in London seine Solidarität mit dem Land unterstreichen. In der von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe zur Rolle Liechtensteins beim Wiederaufbau der Ukraine hat das Amt den Vorsitz inne.

Einen Schwerpunkt der Arbeiten des Amtes bildete wiederum die bilaterale Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Schweiz und Österreich sowie mit Deutschland. Zur Feier des 100-jährigen Jubiläums des Zollvertrags mit der Schweiz fanden mehrere Veranstaltungen in Liechtenstein und der Schweiz statt, darunter ein Gala-

Abend mit hochrangigen Gästen aus Politik und Wirtschaft und ein Volksfest auf der Rheinbrücke in Vaduz, ausserdem war das Amt in die Organisation und Eröffnung einer Gemeinschaftsausstellung involviert. In den Kontakten mit den wichtigsten Partnern Liechtensteins – neben den genannten Ländern auch die EU, die EU-Mitgliedstaaten und die USA – waren der Ukraine-Krieg und die damit einhergehenden geopolitischen Herausforderungen auch im Berichtsjahr prägende Themen. Gerade im Austausch mit Mitgliedstaaten des Europarats nahmen die Prioritäten und Ziele Liechtensteins für den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats ab November eine prioritäre Rolle ein. Zudem beschäftigte die Betreuung der Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik das Amt.

In der Aussenwirtschafts- und Finanzpolitik bildete das EFTA-Ministertreffen im Juni in Schaan einen Höhepunkt. Das Amt unterstützte die diplomatische Vertretung in Genf bei der Vorbereitung und Durchführung des Treffens. Weiters hatte das Amt die Leitung des Verhandlungsprozesses mit Singapur zu einem Abkommen über den digitalen Handel (ergänzend zum bestehenden Freihandelsabkommen) inne und beteiligte sich aktiv an Arbeiten innerhalb der EFTA im Nachhaltigkeitsbereich sowie an virtuellen Besprechungen. Für das Freihandelsabkommen zwischen Island, Norwegen und Liechtenstein und dem Vereinigten Königreich kam dem Amt weiterhin die innerstaatliche Koordinationsrolle zu. Im Bereich der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) unterstützte das Amt wie in den Vorjahren die zuständige Stelle bei der Aufgleisung von DBA-Verhandlungen und bereitete zudem die Unterzeichnung des DBA mit Italien sowie dessen Ratifikation und jene des DBA mit Rumänien vor. Der Bereich Korruptionsbekämpfung stand im Zeichen der vierten, der parallel dazu gestarteten fünften und der Vorbereitungen zur sechsten Evaluationsrunde von Liechtenstein durch die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO). Das Amt koordinierte die Berichterstattung und die innerstaatliche Umsetzung. Ferner nahm das Amt an mehreren Expertengremien im Bereich der internationalen Korruptionsbekämpfung teil. Auch war das Amt aktiv in die Arbeiten betreffend einen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) eingebunden.

Im Bereich Menschenrechte standen mehrere Länderbesuche an: Im Februar fand der erste Länderbesuch des Europarat-Expertengremiums zur Überprüfung der Umsetzung des Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) in Liechtenstein statt. Im März besuchte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats Liechtenstein. Schliesslich fand im Juni der Besuch der unabhängigen Expertin des UNO-Menschenrechtsrates zur Auswirkung von Auslandsverschuldung und anderer finanzieller Verpflichtungen auf die Menschenrechte statt. Das Amt koordinierte jeweils die Durchführung dieser Besuche. Ausserdem be-

fasste es sich erneut mit mehreren Berichterstattungen an internationale Gremien. So präsentierte Liechtenstein im Mai den vierten Bericht zur Menschenrechtssituation in Liechtenstein im Rahmen der Universellen Periodischen Überprüfung. Im Juni wurde der Bericht zur Umsetzung der Europaratskonvention gegen Menschenhandel eingereicht. Im September präsentierte Liechtenstein den dritten und vierten Länderbericht unter der Kinderrechtskonvention vor dem zuständigen Ausschuss. Im November wurde der Fragebogen des Komitees der Vertragsparteien der Europaratskonvention zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch eingereicht. Ebenfalls im November übermittelte Liechtenstein den sechsten Länderbericht über die Umsetzung des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Der Ratifikationsprozess zum UNO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde im Berichtsjahr unter Leitung des Amtes erfolgreich abgeschlossen. Des Weiteren nahm das Amt an zahlreichen Konferenzen und Expertentreffen teil.

Im Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung nahmen weiterhin die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eine grosse Rolle ein. In der Not- und Wiederaufbauhilfe lag ein besonderer Schwerpunkt auf vergessenen Krisen wie die Hungersnöte im Irak, in Jemen und Madagaskar. Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit fokussierte sich auf die Förderung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und den Schutz der Umwelt. In der internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe konnte die zweite Phase des Sprachlernprogramms für Flüchtlinge in der Türkei – das u. a. zusammen mit dem Verein «Liechtenstein Languages» durchgeführt wird – gestartet werden. Durch eine Projektreise von Regierungsrätin Dominique Hasler nach Bolivien, die das Amt in Zusammenarbeit mit dem LED organisierte, konnte die Visibilität der internationalen Solidarität Liechtensteins gestärkt werden. 2021 betrug der Anteil von Ausgaben für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit am BNE (Official Development Assistance, ODA) 0.39%.

Im Bereich Sicherheit und Verbrechensbekämpfung nahm die koordinierende Rolle des Amtes beim autonomen Nachvollzug der EU-Sanktionen gegen Russland eine zentrale Rolle im Tagesgeschäft ein. Mit der Einsetzung einer permanenten Arbeitsgruppe internationale Sanktionen wurde die Zusammenarbeit der Behörden in Liechtenstein weiter vertieft und institutionalisiert. Weiter leitete das Amt die Delegation zu den zwischenstaatlichen Verhandlungen zur Ausarbeitung einer UNO-Konvention gegen Cyberkriminalität. Das Amt nahm aktiv an den Verhandlungen zum multilateralen Übereinkommen von Ljubljana und Den Haag über die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung und Strafverfolgung in Bezug auf das Verbrechen des Völkermords, auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere internationale Verbrechen teil, welches im Mai verabschiedet wurde.

Im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung sind die Erarbeitung und Präsentation des zweiten freiwilligen Umsetzungsberichts zur UNO-Agenda 2030 über nachhaltige Entwicklung herauszustreichen, die in der Zuständigkeit des Amtes lagen. Im Berichtsjahr entschied die Regierung, im Jahr 2025 den Co-Vorsitz in der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) mit Österreich zu übernehmen; das Amt koordiniert die gemeinsamen Vorbereitungen, die im Berichtsjahr lanciert wurden. Die Teilnahme an der UNO-Klimakonferenz in Dubai (COP28) bildete einen Schwerpunkt der Arbeiten in der Umweltaussenpolitik.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit stellte die Kick-off-Veranstaltung zum Vorsitz im Europarat einen Höhepunkt dar. Für den Vorsitz wurde der Instagram-Kanal [liechtenstein.mfa](https://www.instagram.com/liechtenstein.mfa) geschaffen, welcher zu Berichtsjahresende knapp 9000 Konten erreichte. Zudem hielten Mitarbeitende des Amtes verschiedene Vorträge zur liechtensteinischen Aussenpolitik. Das X-Konto [@MFA\\_LI](https://twitter.com/MFA_LI) wuchs erneut und zählt nun rund 8'700 Follower.

### Bilaterale Zusammenarbeit

Eine Schwerpunktaufgabe des Amtes war wiederum die Pflege der bilateralen Zusammenarbeit mit den Staaten in der Nachbarschaft, sprich Schweiz, Österreich und Deutschland.

Die Beziehungen zur Schweiz standen im Zeichen des 100-jährigen Jubiläums des Zollvertrags, welches mit einer Reihe von Anlässen begangen wurde: Eröffnet wurden die Feierlichkeiten mit einem Gala-Abend mit hochrangigen schweizerischen und liechtensteinischen Gästen aus Politik und Wirtschaft im März. Kurz darauf wurden die Sonderausstellungen zum Jubiläum im Liechtensteinischen Landesmuseum und im Zollmuseum in Gandria (Tessin) eröffnet. Im April wurde ein grosses Volksfest auf der Rheinbrücke Vaduz/Sevelen veranstaltet und im Juni fand in Bern ein hochrangiger Empfang statt. Wie üblich erfolgten mit der Schweiz aber auch viele Kontakte auf Verwaltungsebene. So wurden Gespräche zu verschiedensten Themen geführt, z. B. zur Umsetzung der Vereinbarungen im Bereich Landwirtschaft oder zum geplanten Abkommen zur fürsorgerischen Unterbringung. Bei den genannten Prozessen war das Amt federführend tätig. Zusätzlich war das Amt bei einer Reihe von bilateralen Themen mit der Schweiz, die von anderen Ämtern betreut wurden, in unterstützender Funktion eingebunden. Mit dem österreichischen Nachbarn fand ebenfalls eine Vielzahl von Kontakten auf den verschiedensten Ebenen statt.

Einen Höhepunkt der Beziehungen zu den deutschsprachigen Staaten bildete wiederum das Treffen der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister am 27. April in Salzburg.

Die Verhandlungen zu einem Sozialversicherungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich – es handelt sich um den letzten noch ausstehenden Bereich,



bei dem eine Neuregelung aufgrund des Brexits notwendig war – konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Wie im Vorjahr bildete ein weiterer Schwerpunkt in der bilateralen Zusammenarbeit die Betreuung der liechtensteinischen Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik.

Im Berichtsjahr fand zum ersten Mal die von der US-amerikanischen Botschaft organisierte «Pop-up Embassy» in Vaduz statt. Der Austausch mit den Vereinigten Staaten konnte unter anderem durch den traditionellen Besuch von leitenden Kongressmitarbeitenden in Liechtenstein weiter gepflegt und vertieft werden.

Auch die Pflege der Beziehungen zu weiteren Staaten war Teil der Arbeiten des Amtes. Das Amt war zuständig für die inhaltliche Vorbereitung einer hohen Zahl von bilateralen Gesprächen, die in Liechtenstein, im Gastland oder am Rande von multilateralen Konferenzen stattfanden. Die bilateralen Kontakte wurden gezielt dazu genutzt, um liechtensteinische Anliegen und Positionen zu deponieren und für die Unterstützung liechtensteinischer Initiativen zu werben.

Auch in diesem Jahr beschäftigte der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine das Amt auf mehreren Ebenen und führte zu einem intensiven Austausch mit anderen Stellen. Ein intensiver Austausch war ebenso auf politischer Ebene zu verzeichnen, insbesondere mit der Ukraine und mit Staaten in deren näheren oder weiteren Nachbarschaft (Besuche der Regierungsrätin in der Republik Moldau, in Georgien, Lettland und Litauen).

Im Rahmen der Kontaktpflege zu den in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter organisierte das Amt den jährlich stattfindenden Botschafterinformationstag. Er beschäftigte sich im Berichtsjahr mit dem Liechtensteinischen Finanzplatz. Zudem erfolgte im Berichtsjahr die feierliche Eröffnung des liechtensteinischen Honorarkonsulats in Singapur.

### Konsularische Dienstleistungen

Das Amt betreute konsularische Fälle von liechtensteinischen Staatsangehörigen, die im Ausland in eine Notlage kamen, bei der sie auf Unterstützung angewiesen waren. Dabei konnte wie üblich auf die bewährte Zusammenarbeit mit der Schweiz zurückgegriffen werden.

### Europäische Zusammenarbeit

Die europäische Zusammenarbeit verläuft einerseits über die vom EWR-Abkommen vorgegebenen Gefässe wie dem halbjährlich in Brüssel stattfindenden EWR-Rat sowie andererseits über eine darüber hinausgehende Pflege von Kontakten. Im Berichtsjahr fanden mehrere Treffen mit hochrangigen Vertretern von EU-Institutionen, u. a. ein Treffen von Regierungsrätin Dominique

Hasler mit der für internationale Partnerschaften zuständigen Kommissarin Jutta Urpilainen statt. Der etablierte Austausch auf Aussenministerebene mit der jeweiligen EU-Präsidentschaft – im Berichtsjahr waren dies Schweden und Spanien – konnte mit Schweden (Aussenminister Tobias Billström) durchgeführt werden. Mit der österreichischen Bundesministerin für EU und Verfassung, Karoline Edtstadler, fand im September ein Treffen in Liechtenstein statt.

Auch in diesem Berichtsjahr trug Liechtenstein die Sanktionspolitik der EU autonom mit. Liechtenstein war damit der Teil der geeinten europäischen Antwort auf die russische Aggression in der Ukraine. Ausserdem leistete Liechtenstein im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus einen Beitrag zur Reduktion der Ungleichheit innerhalb Europas. Die Verhandlungen der EWR/EFTA-Staaten mit der EU über die nächste Finanzierungsperiode des Finanzierungsmechanismus auf Verhandlungsleiterebene konnten abgeschlossen werden.

### Aussenwirtschafts- und Finanzpolitik

Das Amt beteiligte sich wiederum aktiv an den Arbeiten der EFTA. Es hatte die Verhandlungsleitung inne für das EFTA-Abkommen mit Singapur über den digitalen Handel, unterstützte die Ständige Vertretung Genf bei der Durchführung des EFTA-Ministertreffens im Juni in Schaan und nahm an weiteren EFTA-Verhandlungen und an virtuellen internen Besprechungen der EFTA-Staaten teil. Im Berichtsjahr wurde das Freihandelsabkommen mit der Republik Moldau unterzeichnet.

Für das Freihandelsabkommens zwischen Island, Norwegen und Liechtenstein und dem Vereinigten Königreich kam dem Amt weiterhin die innerstaatliche Koordinationsrolle zu, zudem vertrat es Liechtenstein in der zweiten Sitzung des gemischten Ausschusses zum Abkommen.

Im Bereich der internationalen Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung stand insbesondere die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) im Mittelpunkt. Das Amt hat den Vorsitz in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Korruptionsprävention inne, leitet die liechtensteinische Delegation bei GRECO und koordiniert die Berichterstattung sowie die innerstaatliche Umsetzung der Empfehlungen von GRECO. Im Zuge der vierten GRECO-Evaluationsrunde reichte Liechtenstein einen Situationsbericht ein, welcher von GRECO geprüft wurde. An der 95. Plenarsitzung verabschiedete GRECO einen Zwischenbericht über den Umsetzungsstand und anerkannte die signifikanten Fortschritte Liechtensteins. Der Umsetzungsstand wird nicht mehr als gesamthaft unzufriedenstellend erachtet. Parallel zur vierten Evaluationsrunde startete bereits die fünfte Runde, welche sich mit der Regierung sowie den Strafverfolgungsbehörden befasst. Das Amt koordinierte die Beantwortung des



Fragebogens von GRECO, welcher im Dezember von der Regierung genehmigt und bei GRECO eingereicht wurde. Zudem beteiligte sich das Amt aktiv an der Vorbereitung der sechsten Evaluationsrunde, welche die subnationale Ebene betreffen wird.

Das Amt nahm an der 10. Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Konvention gegen Korruption (UNCAC) in Atlanta, USA, teil. Die liechtensteinische Delegation wurde von Regierungsrätin Dominique Halser geleitet. Liechtenstein nutzte die Vertragsstaatenkonferenz für bilaterale Treffen, unter anderem mit dem Koordinator des US-Aussenministeriums für Korruptionsbekämpfung, Richard Nephew.

Am 12. Juli erfolgte im Rahmen einer Videokonferenz zwischen Regierungschef Dr. Daniel Risch und dem italienischen Finanzminister Giancarlo Giorgetti die Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit Italien, welche das Amt vorbereitet hatte. Der Landtag erteilte im Oktober den DBA mit Italien und Rumänien seine Zustimmung, womit das Amt im November 2023 die jeweiligen Ratifikationsurkunden an Italien und Rumänien übermitteln konnte. Die beiden DBA können erst in Kraft treten, nachdem Italien und Rumänien ihre internen Verfahren abgeschlossen haben. Das Amt war ausserdem an den Verhandlungen zum Abschluss eines DBA mit Lettland und Estland beteiligt, welche im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Es unterstützte zudem die zuständigen Stellen aktiv bei der Aufgleisung von weiteren Verhandlungen und nahm Einsitz in die Arbeitsgruppe DBA.

Im Berichtsjahr fanden an der UNO in New York Verhandlungen über die mögliche Ausarbeitung einer UNO-Steuerkonvention statt. Das Amt koordinierte dabei die Positionierung Liechtensteins und arbeitete eng mit dem Ministerium für Präsidiales und Finanzen, der Steuerverwaltung sowie der Diplomatischen Vertretung in New York zusammen. Gemeinsam mit anderen Staaten setzte sich Liechtenstein für eine Kompromisslösung ein. Anstelle der Erarbeitung einer Rahmenkonvention sieht dieser Kompromiss vor, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die konkrete Vorschläge zur Verbesserung der internationalen Steuerkooperation vorbereitet. Ziel ist es dabei, dass es zu keiner Duplizierung mit bestehenden Bemühungen, insbesondere jenen der OECD, kommt.

Auch war das Amt aktiv an der Ausarbeitung des Berichts und Antrags der Regierung betreffend die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beteiligt und ist Teil der Verhandlungsdelegation.

Weiter bereitete das Amt Hintergrundinformationen und Gesprächspunkte zu Liechtensteins Positionierung in der Aussenwirtschafts- und Finanzplatzpolitik für diverse politische Treffen auf bilateraler und multilateraler Ebene vor. Ziel dieser Gespräche ist es, die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen als festen Bestandteil der aussenpolitischen Aktivitäten zu etablieren.

Im Berichtsjahr organisierte das Amt den traditionellen Austausch mit den strategischen Gebern des «International Centre on Asset Recovery» (ICAR). Im Rahmen des ICAR-Gebertreffens veranstaltete das Amt am 31. Oktober eine Veranstaltung zum Thema «Kampf gegen internationale Finanzkriminalität: Entwicklungen und Lösungsansätze».

### Menschenrechte

Die Erarbeitung von Berichten an internationale Gremien, die Beobachtung und Beurteilung der Menschenrechtslage sowie das Eintreten für den Schutz der Menschenrechte in multilateralen Organisationen, Menschenrechtsgremien und an weiteren Konferenzen gehörten zu den Hauptaufgaben in diesem Bereich. In internationalen Organisationen – insbesondere im Europarat – war das Amt zudem in Expertenausschüssen aktiv. Weiter verfolgte das Amt aktuelle Entwicklungen im Menschenrechtsbereich und bereitete die Ratifizierung von neuen Abkommen vor.

Vom 14. bis 17. Februar fand der erste Länderbesuch des zuständigen Expertengremiums des Europarats (GREVIO) zur Überprüfung der Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) in Liechtenstein statt. Die GREVIO-Delegation traf sich dabei mit den relevanten staatlichen Akteuren sowie mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das Amt war mit den Vorbereitungen und der Durchführung des Besuchs sowie mit der Koordination der schriftlichen Stellungnahme zum Bericht von GREVIO befasst. Der Bericht, welcher auch eine Reihe von Empfehlungen an Liechtenstein enthält, wurde im Dezember veröffentlicht.

Vom 8. bis 10. März führte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats ihren sechsten Länderbesuch in Liechtenstein durch. Das Amt war mit der Organisation des Besuchs sowie der Begleitung der Delegation und der Rückmeldung auf den Bericht der Delegation betraut. Die Delegation traf neben Vertreterinnen und Vertretern von Landtag, Regierung und Verwaltung auch die Zivilgesellschaft in Liechtenstein. Der Länderbesuch fokussierte sich insbesondere auf die Themen effektive Gleichstellung und Zugang zu Rechten, Hassrede und hassmotivierte Gewalt sowie Integration und Inklusion.

Im Mai präsentierte eine Delegation unter der Leitung von Regierungsrätin Dominique Halser im UNO-Menschenrechtsrat den vierten Bericht zur Menschenrechtssituation in Liechtenstein. Im Rahmen dieser in einem Fünfjahres-Zyklus bei allen Staaten vorgenommenen Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) haben 75 UNO-Mitgliedsstaaten insgesamt 184 Empfehlungen zur Stärkung der Menschenrechte an Liechtenstein ausgesprochen. Im Oktober nahm der

UNO-Menschenrechtsrat die Reaktion und Positionierung der liechtensteinischen Regierung zu den Empfehlungen zur Kenntnis und schloss damit die vierte Überprüfung Liechtensteins formell ab. Liechtenstein hat mit 132 von 184 Empfehlungen einen Grossteil der Empfehlungen akzeptiert.

Im Zusammenhang mit Liechtensteins «ständiger Einladung», welche an alle UNO-Sonderverfahren gerichtet ist, fand im Juni der siebentägige Besuch der unabhängigen Expertin des UNO-Menschenrechtsrats zur Auswirkung von Auslandsverschuldung und anderer finanzieller Verpflichtungen auf die Menschenrechte statt. Es handelte sich dabei um den zweiten Besuch einer Mandatsträgerin der UNO-Sonderverfahren in Liechtenstein, nachdem eine Sonderberichterstatteerin zu Gewalt gegen Frauen zuletzt im Jahr 1998 einen Besuch absolviert hatte. Der Besuch wurde vom Amt koordiniert und begleitet. Nach Gesprächen mit einer Reihe von staatlichen Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern des Landtags, der liechtensteinischen Zivilgesellschaft, Akademie und dem Privatsektor stellte die unabhängige Expertin zum Abschluss ihres Besuchs anlässlich einer Pressekonferenz einzelne vorläufige Schlussfolgerungen vor, welche die Grundlage für einen Bericht mit unverbindlichen Empfehlungen an Liechtenstein bilden. Im Folgejahr wird die Expertin den Bericht zum Besuch in Liechtenstein während der 55. Session des UNO-Menschenrechtsrates in Genf vorstellen.

Im Juni reichte Liechtenstein den Bericht zur Umsetzung der Europaratskonvention gegen Menschenhandel bei der zuständigen Expertengruppe des Europarats (GRETA) ein. Die sogenannte dritte Evaluationsrunde konzentriert sich auf die Konventionsbestimmungen, die materiell- und verfahrensrechtliche Verpflichtungen festlegen, konkret insbesondere auf den Zugang zur Justiz und zu wirksamen Rechtsbehelfen. Das Amt hat die Beantwortung der Fragen durch die zuständigen Stellen koordiniert. Dies waren insbesondere die Mitglieder des Runden Tisches Menschenhandel (Landespolizei, Amt für Volkswirtschaft, Ausländer- und Passamt, Opferhilfestelle, Staatsanwaltschaft). Die Beantwortung des Fragebogens bildet die Grundlage für einen GRETA-Länderbesuch, welcher im ersten Quartal 2024 durchgeführt wird.

Im September präsentierte eine liechtensteinische Delegation unter der Leitung des Amtes den im Vorjahr eingereichten dritten und vierten Länderbericht Liechtensteins unter der Kinderrechtskonvention vor dem zuständigen UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes und beantwortete dessen Fragen. Im Nachgang zum Dialog erstellte der Ausschuss sogenannte «Abschliessende Empfehlungen» zur Weiterentwicklung der Kinderrechte in Liechtenstein. In seinen Empfehlungen fokussierte sich der Ausschuss auf die Themenbereiche Ausarbeitung verschiedener Aktionspläne, verbesserte Datensammlung und legislative Anpassungen.

Im November reichte das Amt die liechtensteinischen Antworten zu einem Fragebogen des Komitees der Vertragsparteien der Europaratskonvention zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Komitee) ein. Der Fragebogen konzentriert sich darauf, wie die Vertragsstaaten die rechtlichen Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Verfahren in Bezug auf den sexuellen Missbrauch von Kindern im Vertrauenskreis umsetzen.

Weiter reichte Liechtenstein im November seinen sechsten Länderbericht über die Umsetzung des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ein. Darin wird über sämtliche Aktivitäten, Fortschritte sowie Herausforderungen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und Frauenrechte in Liechtenstein zwischen 2018 und dem Berichtsjahr informiert.

Im Berichtsjahr wurde auch der Ratifikationsprozess des UNO-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen abgeschlossen. Das Amt koordinierte die Vorlagen an den Landtag betreffend die Ratifikation sowie betreffend die für die Ratifikation zwingenden Gesetzesanpassungen. Die Ratifikationsurkunde wurde am 18. Dezember durch Regierungsrätin Dominique Hasler am Hauptsitz der UNO in New York hinterlegt. Damit tritt das Übereinkommen am 17. Januar 2024 für Liechtenstein in Kraft.

Im Juli wurde die Fotoausstellung «Breaking Barriers in Sports» zur Anerkennung und Unterstützung von Frauen in der Welt des Sports an den Vereinten Nationen in Genf eröffnet. Es wurden über 90 Sportlerinnen aus rund 40 Ländern, darunter auch zwei liechtensteinische Sportlerinnen in den Disziplinen Eisklettern und Ski Alpin, porträtiert.

Im September veröffentlichte das Amt die 13. Ausgabe des jährlichen Statusberichts zur Situation der Menschenrechte in Liechtenstein. Der Bericht wurde in Papierform und digital verteilt.

Auch in diesem Berichtsjahr zeichnete sich das Amt für die Organisation des Holocaust Gedenktages verantwortlich. Der im Januar durchgeführte Gedenktag war dem Stolperstein-Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig gewidmet und befasste sich mit der liechtensteinischen Geschichte, insbesondere der Erinnerung an Alfred und Gertrud Rotter-Schaie. Zudem beleuchtete die Veranstaltung, wie zwei Stolpersteine ihren Weg nach Liechtenstein fanden.

Zudem hat das Amt die Arbeiten an einer Datenbank für die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe Menschenrechte als Arbeitsinstrument bei der Einordnung, Priorisierung und Umsetzung von Menschenrechtsempfehlungen sowie für die Berichterstattung an internationale Gremien vorangetrieben. Die Datenbank ermöglicht einen zentralen Überblick über alle Menschenrechtsempfehlungen und wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik erarbeitet.

### Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Das Amt koordinierte wiederum die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Neben der Budgetierung und der Vorbereitung von regelmässigen Koordinationstreffen mit dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) beinhaltet dies auch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der Krieg im Nahen Osten nahmen dabei eine grosse Rolle ein. Regierungsrätin Dominique Hasler nahm im Juni an der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine in London teil, an welcher Liechtenstein seine Solidarität mit der Ukraine unterstreichen und bilaterale Kontakte pflegen konnte. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine setzte die Regierung eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Amtes ein, welche sich mit der Rolle Liechtensteins beim Wiederaufbau in der Ukraine befasst. Die Arbeitsgruppe erarbeitete dabei Vorschläge, welche der Regierung unterbreitet wurden.

Das Amt war in den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern, für die Vorbereitung und Auszahlung von Projektbeiträgen sowie für das Monitoring und die Evaluation der von Liechtenstein unterstützten Projekte zuständig. Im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe wurden Beiträge für humanitäre Krisen in verschiedenen Ländern und Regionen gesprochen. So wurden Hilfsprojekte in den von bewaffneten Konflikten gebeutelten Ländern Afghanistan, Äthiopien (Region Tigray), Armenien und Aserbaidschan, Gaza, Irak, Jemen, der Demokratischen Republik Kongo, Mali, Nigeria, Sudan, Südsudan, Syrien und der Ukraine unterstützt. Als Reaktion auf humanitäre Krisen, die durch Natur- und Umweltkatastrophen ausgelöst wurden, wurden Hilfsprojekte nach den Erdbeben in der Türkei und in Syrien sowie nach Dürren, Bränden oder Überschwemmungen in Bangladesch und in Madagaskar mitfinanziert. In Georgien wurde zudem ein Projekt zur psychosozialen und schulischen Unterstützung von geflüchteten ukrainischen Kindern unterstützt. Themenbezogene Beiträge wurden vor allem im Rahmen der Hilfe von Minenopfern gesprochen. Zudem wurden allgemeine Beiträge an die Katastrophenfonds des Liechtensteinischen Roten Kreuzes, des IKRK, des Welternährungsprogramms und der UNO bewilligt, um im Krisenfall sehr rasche Nothilfe zu ermöglichen.

Wie in den vergangenen Jahren wurde wieder ein besonderer Fokus auf die vergessenen humanitären Krisen gelegt. Dazu zählten im Berichtsjahr insbesondere die Hungersnöte im Irak, in Jemen und Madagaskar. Der 2022 lancierte IKRK-Transitionsfonds für Klima und Umwelt wurde ebenfalls unterstützt. Liechtenstein war an der Entwicklung des Fonds beteiligt und ist einer der ersten Geldgeber des Fonds. Der Fonds fördert die

Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen von IKRK-Gebäuden rund um die Welt. Des Weiteren engagierte sich das Amt in der Staatengruppe für «Good Humanitarian Donorship», die sich das Ziel gesetzt hat, die humanitäre Hilfe anhand von festgelegten Prinzipien und durch den gemeinsamen Austausch zu verbessern.

Die drei thematischen Pfeiler der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wurden im Berichtsjahr weiterverfolgt: Förderung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und Schutz der Umwelt. Der Fokus lag dabei insbesondere auf der Festigung von strategischen Partnerschaften mit Akteuren aus dem UNO-System und der internationalen Zivilgesellschaft. Im Bereich der Förderung der Menschenrechte standen Frauen- und Kinderrechte im Fokus, sei es in Bezug auf die Dokumentation von Gräueltaten, aber auch den inklusiven Einbezug dieser Akteure in Friedensprozesse. Darüber hinaus blieb der Schutz von Menschenrechtsverteidigern eine langjährige Priorität. In diesem Bereich konnte der Fokus auf den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, die in der Korruptionsbekämpfung aktiv sind, ausgeweitet werden. In Bezug auf die gute Regierungsführung konzentrierte sich die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf die Verfolgung von Geldflüssen aus illegalen Aktivitäten, sei es im Bereich Umweltverbrechen oder Menschenhandel. Eine zentrale Rolle spielte dabei weiterhin das FAST-Projekt (Finance Against Slavery and Trafficking). Das Amt nahm im November an der FAST-Konferenz in Amsterdam teil, um sich mit den Verantwortlichen austauschen zu können. In Bezug auf Umweltthemen lag der Fokus nicht nur auf dem Zugang zu sauberem Trinkwasser und Bildungsprogrammen, sondern auch auf der Klimafinanzierung. Auch konnte ein Projekt in der Sahelzone weitergeführt werden, welches sich auf die Wiederbelebung von degradiertem Land konzentriert.

Im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe standen die Aktivitäten für die Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort im Vordergrund. Der Fokus wurde dabei weiterhin auf Regionen und Länder gelegt, welche für Liechtenstein und Europa von besonderem Interesse sind: der Ukraine-Kontext, der westliche Balkan, der Nahe Osten und Nordafrika. Zu erwähnen ist insbesondere das Sprachlernprogramm für Flüchtlinge in der Türkei, welches gemeinsam mit dem Verein «Liechtenstein Languages» (LieLa) und «RET International» erfolgreich in die zweite Phase von 2023 bis 2025 starten konnte. Im Westbalkan lag der Fokus weiterhin auf dem Kosovo sowie in Bosnien und Herzegowina, wo Projekte im Umfang von rund CHF 1.5 Mio. unterstützt wurden. Im Zentrum dieser Projekte standen wiederum die Verbesserung des Migrationsmanagements in der Region sowie die Linderung des Migrationsdrucks vor Ort durch die Verbesserung von Einkommensperspektiven und die Verbesserung des Zugangs zur Grundschulbildung für alle

Gesellschaftsgruppen. Das zweite Globale Flüchtlingsforum fand im Dezember in Genf statt. Liechtenstein betonte in seinem Statement, dass alle Zusagen von 2019 anlässlich des ersten Globalen Flüchtlingsforums vollumfänglich umgesetzt wurden und stellte die Fortsetzung des Sprachlernprojekts für syrische und türkische Flüchtlinge mit LieLa und RET International für die Jahre 2023 bis 2025 in Aussicht. Zudem wurden zwei bewährte Praktiken im Bereich der Integration von Flüchtlingen im Inland geteilt.

Die Visibilität der internationalen Solidarität Liechtensteins in den Zielländern der Projekte konnte im Berichtsjahr deutlich gestärkt werden. So organisierte das Amt in Zusammenarbeit mit dem LED einen Projektbesuch in Bolivien, welchen Regierungsrätin Dominique Hasler zugleich für Treffen auf politischer Ebene nutzte. Das Amt lancierte für die Stärkung der Kommunikation im In- und Ausland zudem die Arbeiten an einer Solidaritätsplattform. Diese soll die Wahrnehmung Liechtensteins als solidarisches Land fördern.

Der ODA-Prozentsatz betrug für das Jahr 2021 0.39% des BNE. Die internationale Zielvorgabe für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit beträgt 0.7% des BNE.

### Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

Der Krieg in der Ukraine, der terroristische Angriff der Hamas gegen Israel vom 7. Oktober und der sich daraus entwickelnde Krieg Israels gegen die Hamas sowie die allgemein angespannte geopolitische Lage erhöhten den Bedarf nach einer laufenden Beurteilung der Situation und Positionierung Liechtensteins und bestimmten die Tätigkeiten des Amtes im Bereich Sicherheit, aber auch in anderen Aufgabenbereichen. Weiter war das Amt als koordinierende Stelle massgeblich in die zeitaufwändigen Arbeiten rund um den autonomen Nachvollzug der EU-Sanktionen involviert. Mit der Einsetzung einer permanenten Arbeitsgruppe internationale Sanktionen wurde die Zusammenarbeit der Behörden in Liechtenstein weiter vertieft und institutionalisiert. Zudem intensivierte das Amt den Austausch und die Kontakte mit ausländischen Behörden.

Das Amt deckte im Bereich Sicherheit und Verbrechensbekämpfung diverse internationale Gremien und Konferenzen im Rahmen des Europarats, der OSZE und der UNO ab. Die zwischenstaatlichen Verhandlungen zur Ausarbeitung einer UNO-Konvention gegen Cyberkriminalität stellten erneut einen Schwerpunkt der Arbeiten des Amtes dar. Im Bereich Cybersicherheit tauschte sich das Amt regelmässig mit der Stabsstelle Cyber-Sicherheit aus.

Im Mai konnten mehr als 70 Staaten, darunter auch Liechtenstein, den Text des neuen multilateralen Übereinkommens von Ljubljana und Den Haag über die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung

und Strafverfolgung in Bezug auf das Verbrechen des Völkermords, auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere internationale Verbrechen verabschieden. Das Amt nahm anlässlich der zweiwöchigen diplomatischen Konferenz in Ljubljana aktiv an den Verhandlungen teil und setzte sich dabei insbesondere für die Stärkung des Opferschutzes und die Ermöglichung und Anwendung von Rechtshilfe im Fall aller vier Kernverbrechen des Römer Statuts ein.

Das Amt war zudem in die Arbeiten im Nachgang zur fünften Länderprüfung des Expertenausschusses des Europarats für die Bewertung von Massnahmen gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (MONEYVAL) involviert.

### Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Das Amt war im Berichtsjahr zuständig für die Erarbeitung des zweiten freiwilligen Umsetzungsberichts zur UNO-Agenda 2030 über nachhaltige Entwicklung. Zudem bereitete es die Berichtspräsentation im Inland und am hochrangigen politischen Forum vor und begleitete letztere.

Das Amt vertrat im Berichtsjahr die liechtensteinischen Interessen in der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) an der Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Slowenien, die Schweiz und Liechtenstein beteiligt sind. Liechtenstein war im Berichtsjahr mit einem Mitglied im EUSALP-Jugendrat vertreten, dessen 27 Mitglieder die Interessen der Jugend im Alpenraum in den Gremien der EUSALP einbringen. Die liechtensteinische Regierung hat im Berichtsjahr zudem entschieden, im Jahr 2025 den Co-Vorsitz in der EUSALP gemeinsam mit Österreich zu übernehmen. Die gemeinsamen Vorbereitungen für den Co-Vorsitz wurden im Berichtsjahr lanciert.

Im Bereich der Umweltaussenpolitik nahmen die Vorbereitung und aktive Teilnahme an der UNO-Klimakonferenz in Dubai (COP28) eine zentrale Rolle in den Tätigkeiten des Amtes ein. Mit einem Bekenntnis zum globalen Ausstieg aus fossilen Energieträgern im Rahmen der ersten weltweiten Bestandsaufnahme konnten die Verhandlungsziele der Regierung erfüllt werden. S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein nahm am Treffen der Staats- und Regierungschefs zu Beginn der Klimakonferenz teil. Damit war Liechtenstein zum zweiten Mal auf höchster Ebene an einer Klimakonferenz vertreten.

Das Amt vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr in einer Stimmgruppe im Vorstand des «Green Climate Fund» (GCF). Er wurde 2010 von der UNO-Klimarahmenkonvention gegründet. Im Berichtsjahr fand zudem die zweite Wiederauffüllung des GCF statt. Liechtenstein unterstützt den GCF seit 2014 im Rahmen seiner Klimafinanzierung mit regelmässigen Beiträgen und hat auch für dessen zweite Wiederauffüllung Gelder zugesagt.

## Öffentlichkeitsarbeit

Über das X-Konto @MFA\_LI wurden 273 Nachrichten zu Besuchen, Regierungs- und Landtagsgeschäften mit aussenpolitischem Bezug sowie zu aktuellen Ereignissen versendet. Im Laufe des Jahres wuchs die Follower-Anzahl um 4% auf rund 8'700 Follower. Die Tweets des Kontos wurden pro Monat durchschnittlich über 16'000 Nutzenden von X angezeigt.

Im November schuf das Amt zudem den Instagram-Kanal liechtenstein.mfa, auf welchem Beiträge zum Europaratsvorsitz geteilt werden. Der Kanal erreichte zum Berichtsjahresende knapp 9'000 Konten.

Mitarbeitende des Amtes hielten im Verlauf des Berichtsjahrs Vorträge an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen zu Tätigkeitsbereichen und zu aktuellen Initiativen der liechtensteinischen Aussenpolitik. Ein besonderer Schwerpunkt stellte die Kick-off Veranstaltung zum Vorsitz im Europarat Mitte November dar. Ausserdem wurden viele Vorarbeiten für die weiteren Veranstaltungen im Frühjahr 2024 geleistet.

## Mitarbeit in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen

Der Amtsleiter und die Diplomattinnen und Diplomaten arbeiteten im Berichtsjahr aktiv in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit.

Das Amt hatte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Korruptionsprävention, in der Arbeitsgruppe betreffend das geplante Abkommen zur fürsorgerischen Unterbringung von Personen aus Liechtenstein in Einrichtungen in der Schweiz, in der Arbeitsgruppe zur Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik, in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, in der Arbeitsgruppe Menschenrechte sowie in den neu eingesetzten Arbeitsgruppen internationale Sanktionen sowie für den Wiederaufbau in der Ukraine.

Das Amt arbeitete in folgenden Arbeitsgruppen und Kommissionen mit: in der Aussenpolitischen Kommission, im Ukraine Stab der Regierung, in verschiedenen gemischten Kommissionen zu bilateralen Abkommen mit der Schweiz (Gemischte Kommissionen Rahmenvertrag, LSVA-Vertrag sowie in der Waffenplatzkommission), im Lenkungsausschuss zum Zollvertragsjubiläum, in der Koordinationsgruppe Staatenbeschwerde, in sicherheitspolitischen Themen in der Arbeitsgruppe PROTEGE (Bekämpfung von Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung und Proliferation), in den Bereichen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Arbeitsgruppe Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), in der Task Force «Beschränkungen von liechtensteinischen Unternehmen und Finanzplatzteilnehmern»,

in den Quartalsgesprächen mit der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der Erfahrungsgruppe Finanzplatz (ERFAG), in der Task Force Asyl und auf dem Gebiet der Menschenrechte am Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels, in der Fachgruppe gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, in der Koordinierungsgruppe Istanbul-Konvention, in der Vernetzungsgruppe Sichtwechsel für Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf und in der Gewaltschutzkommission (GSK).

## Diplomatische und konsularische Beziehungen

Liechtenstein hatte per Ende 2023 diplomatische Beziehungen mit 131 Staaten sowie der Delegation der Europäischen Union und dem Souveränen Malteser Ritterorden. Im Berichtsjahr wurden direkte diplomatische Beziehungen mit St. Lucia aufgenommen.

Von den 131 Staaten sind 77 mit einer nicht residierenden Botschafterin bzw. mit einem nicht residierenden Botschafter in Liechtenstein akkreditiert, 30 Botschafterposten waren per Ende Berichtsjahr vakant, 24 der Staaten haben noch keine Botschafterin/keinen Botschafter akkreditiert. Des Weiteren gab es per Ende Berichtsjahr 42 konsularische Vertretungen in Liechtenstein:

Berufskonsuln	Generalkonsuln	4
	Konsuln	0
Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	6
	Honorarkonsuln	28
	Vizehonorarkonsuln	0
Vakant		4

Aktuell verfügt Liechtenstein über zwölf Honorarkonsulate (fünf in den USA, drei in Deutschland, eins im Vereinigten Königreich, eins in Singapur, eins in Hongkong und eins in der Tschechischen Republik).

## Ausgewählte Termine mit Mitwirkung des Amtes im Berichtsjahr

### EFTA

**Eröffnung der EFTA-Verhandlungen mit Singapur zum Abkommen über den digitalen Handel:** 16.2., virtuell (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Verhandlungsrunden zum EFTA-Abkommen mit Singapur über den digitalen Handel:** 8.3./17.4.–18.4./16.5.–17.5./7.6./15.11.–16.11. virtuell, 6.9.–8.9. in Singapur

**EFTA-Ministertreffen:** 26.6.–28.6. in Schaan (Regierungsrätin Dominique Hasler)



**Europarat**

**Plenarversammlungen des Ausschusses zu künstlicher Intelligenz (CAI):** 11.1.–13.1. in Strassburg/virtuell, 1.2.–3.2./19.4.–21.4./31.5.–2.6./24.10.–26.10./5.12.–7.12. in Strassburg

**Sitzung des Lanzarote-Komitees gegen sexuellen Missbrauch von Kindern zur Einschränkung der russischen Mitarbeit im Komitee:** 31.1., virtuell

**Austausch zwischen dem Europarat und der UNO zu Menschenrechtsthemen mit Beteiligung von Expertinnen und Experten aus den Hauptstädten:** 9.2., virtuell

**1. Länderbesuch der Expertengruppe des Europarates für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO):** 14.2.–17.2. in Vaduz

**6. Länderbesuch der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI):** 8.3.–10.3. in Vaduz

**Plenarversammlungen der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO):** 20.3.–24.3./5.6.–9.6./27.11.–1.12. in Strassburg

**64. Versammlung des Ausschusses von Rechtsberatern für Völkerrecht des Europarates (CAHDI):** 23.3.–24.3., virtuell

**Gipfeltreffen der Europaratsstaaten:** 16.5.–17.5. in Reykjavik (Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Treffen des Ausschusses des Übereinkommens des Europarats über Computerkriminalität (T-CY):** 27.6.–28.6. in Strassburg, 11.12.–12.12. in Bukarest

**Sitzung des Lanzarote-Komitees gegen sexuellen Missbrauch an Kindern:** 26.9.–27.9., virtuell

**1. Treffen der Arbeitsgruppe unter der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) zur Vorbereitung der VI. Evaluationsrunde:** 3.10.–4.10. in Paris

**Höflichkeitsbesuch der Generalsekretärin des Europarats, Marija Pejčinović Burić:** 26.10.–27.10. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Übergabe des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats von Lettland an Liechtenstein:** 14.11.–16.11. in Strassburg (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Kickoff-Event zum Europaratsvorsitz:** 17.11. in Schaan (Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**11. Plenarversammlung des Europarat-Komitees gegen Terrorismus (CDCT):** 11.12.–13.12. in Helsinki

**EWR/EU/Europäische Integration**

**Europäisches Humanitäres Forum:** 20.3.–21.3. in Brüssel

**Treffen des EUSALP Executive Board:** 30.3.–31.3. in Freiburg (inkl. Konferenz zur Kreislaufwirtschaft), 10.5.–11.5. in Bern (ausserordentliches Treffen), 15.6.–16.6. in Scuol

**Aussenpolitischer Austausch am Rande des Europatags mit den Botschafterinnen und Botschaftern der EU-Staaten:** 11.5. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**EWR-Rat:** 24.5. in Brüssel (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Treffen mit dem schwedischen Aussenminister Tobias Billström anlässlich der schwedischen EU-Präsidentenschaft:** 9.6. in Stockholm (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Generalversammlung und Jahresforum der EUSALP:** 18.10.–19.10. in Bad Ragaz (Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter)

**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)**

**Arbeitstreffen mit OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid:** 10.3. in Wien (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Sitzung der nationalen Anti-Menschenhandelskoordinatoren:** 6.6.–7.6., virtuell

**Konferenz zur Menschlichen Dimension der OSZE:** 2.10.–3.10. in Warschau

**Wiener Konferenz gegen den Menschenhandel:** 19.10. in Wien

**Besuch der OSZE-Generalsekretärin Helga Maria Schmid:** 5.11.–6.11. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**OSZE-Ministerrat:** 30.11.–1.12. in Skopje (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**UNO**

**Sitzungen des Ad-hoc-Komitees zu einem UNO-Übereinkommen über Cyberkriminalität:** 9.1.–20.1./11.4.–21.4. in Wien, 21.8.–1.9. in New York

**Sondersession der UNO-Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ) zu Menschenhandel:** 22. 1., virtuell

**Hochrangiges Segment der 52. Session des UNO-Menschenrechtsrats:** 26. 2.–28. 2. in Genf (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Vierte Universelle Überprüfung der Menschenrechte in Liechtenstein am UNO-Menschenrechtsrat:** 9. 5. in Genf (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Vertragsstaatenversammlung der Arbeitsgruppe zur Prävention der UNO-Konvention gegen Korruption:** 12. 6.–15. 6. in Wien

**Länderbesuch der unabhängigen Expertin des UNO-Menschenrechtsrats zur Auswirkung von Auslandsverschuldung und anderer finanzieller Verpflichtungen, Attiya Waris:** 19. 6.–26. 6. in Vaduz (Regierungschef Dr. Daniel Risch)

**Präsentation des zweiten Umsetzungsberichts zur Agenda 2030 am hochrangigen politischen Forum:** 14. 7.–17. 7. in New York (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**UNO-Generaldebatte:** 18. 9.–23. 9. in New York (S. D. Erbprinz Alois, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**67. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien:** 25. 9.–29. 9. in Wien

**Konferenz zur 2. Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds der UNO:** 5. 10. in Bonn

**28. Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Klimarahmenkonvention (UNFCCC):** 30. 11.–12. 12. in Dubai (S. D. Erbprinz Alois, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni)

**10. Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Konvention gegen Korruption (UNCAC):** 10. 12.–14. 12. in Atlanta (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Bilaterale Treffen  
Politischer Dialog mit der Tschechischen Republik:** 1. 2. in Vaduz

**Politischer Dialog mit der Schweiz:** 13. 2. in Bern

**Besuch des britischen Europaministers Leo Doherty:** 28. 2. in Vaduz

**Besuch der ukrainischen Vize-Justizministerin Iryna Mudra:** 16. 3. in Vaduz

**Eröffnung des Honorarkonsulats in Singapur mit Treffen mit Aussenminister Vivian Balakrishnan, Handelsminister S. Iswaran und Bildungsminister Chan Chun Sing:** 20. 3.–22. 3. in Singapur (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Feierlicher Gala-Abend zum Jubiläum «100 Jahre Zollvertrag»:** 29. 3. in Schaan (S. D. Erbprinz Alois, Regierung und Landtag)

**Bilaterales Treffen mit Bundesrat Ignazio Cassis:** 31. 3. in Lugano, Tessin (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Eröffnung der Gemeinschaftsausstellung «100 Jahre Zollvertrag» im Zollmuseum Gandria:** 31. 3. in Gandria (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Besuch in Litauen und Treffen mit Aussenminister Gabrielius Landsbergis:** 19. 4.–20. 4. in Litauen (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Besuch von Erzbischof Gallagher, Sekretär für die Beziehungen zu anderen Staaten und internationalen Organisationen des Heiligen Stuhls:** 23. 4.–24. 4. in Vaduz (Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Bevölkerungsfest «100 Jahre Zollvertrag»:** 29. 4. in Vaduz (S. D. Erbprinz Alois, Regierung und Landtag)

**Besuch in Lettland und bilaterales Treffen mit Aussenminister Edgars Rinkēvičs:** 8. 5. in Lettland (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Botschafterinformationstag zum Thema Finanzplatz:** 25. 5. in Schaan (Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Verhandlungen zum Abschluss eines Kooperationsabkommens zwischen Liechtenstein und Kambodscha:** 26. 5., virtuell

**Treffen mit dem maltesischen Aussenminister Ian Borg:** 29. 5. in Malta (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Besuch der ungarischen Präsidentin Katalin Novák:** 7. 6. in Vaduz (S. D. Erbprinz Alois, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Treffen mit dem georgischen Premierminister Irakli Garibashvili, Aussenminister Ilia Darchiashvili und Parlamentsvorsitzendem Shalva Papuashvili:** 12. 6.–13. 6. in Georgien (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Empfang zum Jubiläum «100 Jahre Zollvertrag»:** 15. 6. in Bern (Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, Regierungsrätin Dominique Hasler und Landtag)

**Politischer Dialog mit Österreich:** 19.6. in Vaduz

**Besuch des moldauischen Premierministers Dorin Recean und des Wirtschaftsministers Dumitru Alaiba:** 26.6.–28.6. in Schaan (S.D. Erbprinz Alois, Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Besuch des zuständigen Ministers für Handelsfragen in Singapur, S Iswaran:** 26.6.–28.6. in Schaan (S.D. Erbprinz Alois, Regierungschef Dr. Daniel Risch, Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Besuch der US-Kongressmitarbeitenden in Liechtenstein:** 20.8.–23.8. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Besuch der österreichischen Europaministerin Karoline Edtstadler:** 4.9. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Treffen mit dem slowakischen Aussenminister Miroslav Wlachovsky:** 11.9. in Bratislava (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Salongespräche im tschechischen Aussenministerium:** 20.9.–21.9. in Prag

**Jährliches Treffen mit der Schweiz zu den bilateralen Landwirtschaftsvereinbarungen:** 29.9. in Bern

**Arbeitsgespräch mit dem kosovarischen Vize-Aussenminister Kreshnik Ahmeti:** 4.10. in Vaduz

**Verhandlungen zwischen Liechtenstein und Lettland zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens:** 9.10.–13.10. in Vaduz

**Besuch des slowenischen Staatssekretärs Marko Štucin:** 19.10. in Vaduz

**Verhandlungen zwischen Liechtenstein und Estland zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens:** 14.11.–17.11. in Vaduz

**Politische Konsultation mit dem slowakischen politischen Direktor Michal Pavuk:** 17.11. in Vaduz

**Arbeitsmittagessen mit den lateinamerikanischen Botschafterinnen und Botschaftern:** 23.11. auf Masescha (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Besuch des Staatssekretärs aus dem indischen Aussenministerium Sanjay Verma:** 7.12. in Vaduz

**Besuch in Mexiko sowie Treffen mit Aussenministerin Alicia Bárcena und Vize-Finanzminister Gabriel Yorio González:** 13.12.–16.12. in Mexiko City (Regierungsrätin Dominique Hasler)

### Verschiedenes

**Besuch der IKRK-Präsidentin Mirjana Spoljaric Egger:** 16.1. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Treffen mit dem Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz Christoph Heusgen mit anschliessendem Vortrag:** 16.1. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Holocaust-Gedenktag:** 27.1. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Sitzungen der strategischen Partner des «International Centre on Asset Recovery»:** 13.2./27.3., virtuell

**Treffen mit dem tschechischen Richter Kandidat für den Internationalen Strafgerichtshof, Pavel Zeman:** 20.2. in Vaduz

**Sitzung der Experten der Krim-Plattform:** 28.2., virtuell

**Treffen der Staats- und Generalsekretäre der Aussenministerien von Österreich, der Schweiz, Slowenien und Liechtenstein:** 3.3. in Slowenien

**Reise in die Republik Moldau mit europäischen Amtskolleginnen:** 7.3.–9.3. (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Projektreise mit dem LED nach Bolivien:** 13.3.–18.3. (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Fünftreffen der deutschsprachigen Aussenministerinnen und Aussenminister:** 27.4. in Salzburg (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Diplomatische Konferenz zur Verhandlung eines multilateralen Vertragswerks zwecks Kooperation bei der Untersuchung und Verfolgung der schwersten internationalen Verbrechen (Ljubljana-Haager Konvention):** 15.5.–26.5. in Ljubljana

**Hochrangige Konferenz zu Frieden und Gerechtigkeit (Amsterdam Dialogue):** 22.5.–23.5. in Amsterdam

**Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine:** 21.6.–22.6. in London (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Treffen der Aussenministerinnen verschiedener Länder:** 29.6.–30.6. in Ulaanbaatar, Mongolei (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Gipfeltreffen der Krim-Plattform:** 23.8., virtuell (S.D. Erbprinz Alois)

**Veranstaltung «Klimaaktion in fragilen Kontexten» mit dem IKRK und dem LRK:** 13.9. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Treffen der strategischen ICAR-Gebergruppe und öffentliche Veranstaltung:** 30.10. in Vaduz (S.D. Erbprinz Alois, Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Besuch der Leiterin des UNHCR Büros für die Schweiz und Liechtenstein Anja Klug:** 17.11. in Vaduz (Regierungsrätin Dominique Hasler)

**Konferenz der liechtensteinischen Initiative «Finance against Slavery and Trafficking»:** 27.11.–28.11. in Amsterdam

**22. Vertragsstaatenversammlung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC):** 4.12.–14.12. in New York

## Übereinkommen

### Bilateral

- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich: 11. September

### EU/EFTA/EWR

- Unterzeichnung des EFTA-Freihandelsabkommens mit der Republik Moldau: 27. Juni
- Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln in Bezug auf das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik im Rahmen des Fonds für integrierte Grenzverwaltung für den Zeitraum 2021 bis 2027: 28.11. (vorläufige Anwendung ab dem 28. November)
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Sozialversicherungsabkommens zwischen dem Vereinigten Königreich und Island, Liechtenstein und Norwegen: 20. Dezember

### UNO

- Inkrafttreten der Änderungen des Römer Statuts des internationalen Strafgerichtshofs vom 26. November 2015, 14. Dezember 2017 und 6. Dezember 2019: 21. Januar
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum UNO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: 18. Dezember

---

## Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

---

**Amtsleiter:** Werner Kranz

*Beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB) waren Ende des Berichtsjahrs insgesamt 14 Mitarbeitende und eine lernende Person im Lehrberuf Kauffrau FZ tätig. Im Bereich Berufsberatung unterstützt das Amt Jugendliche und Erwachsene individuell in Berufs-, Studien-, Aus- und Weiterbildungsfragen. Zudem leitet das ABB auch das Berufsinformationszentrum (BIZ). Im Bereich Berufsbildung berät und begleitet das Amt Lernende sowie berufsbildungsverantwortliche Personen aus den Lehrbetrieben in Fragen rund um die berufliche Grundbildung (Berufslehre). Betreffend die berufliche Mobilität ermöglicht das ABB lernenden Personen und Berufsleuten während eines Auslandpraktikums Berufserfahrung zu sammeln, fremde Länder und Kulturen zu erleben sowie gegebenenfalls ihre Fremdsprachenkenntnisse zu vertiefen. Im Rahmen der Mobilität nutzen junge Berufsleute und lernende Personen die Möglichkeit, ein mehrmonatiges Berufspraktikum (MOJA) bzw. einen rund vierwöchigen Austausch unter Lernenden (go to Europe) in Europa zu absolvieren.*

*Die laufende Weiterentwicklung der Berufsberatung und der Berufsbildung ist von zentraler Bedeutung, um den Bedürfnissen und den Anforderungen der Gesellschaft und somit auch der Wirtschaft gerecht zu werden. Im Berichtsjahr konnten nebst dem operativen Tagesgeschäft zahlreiche Ziele realisiert werden. Schwerpunkt-mässig konnten folgende Projekte und Einzelmassnahmen umgesetzt werden:*

- *Gemeinsame Informations- und Bildungsinitiative von Staat und Wirtschaft next-step: Positionierung des next-step-Labels mit gezielten Kommunikationsmassnahmen, Organisation und Durchführung der 9. Berufs- und Bildungstage und Teilnahme als Messeaussteller, Durchführen des Tages «Karriere mit Lehre» mit Radio L, laufende inhaltliche Weiterentwicklung der Webplattform next-step.li und Ausbau der digitalen Berufs- und Bildungstage next-step (Plattform als interaktives Informationstool für Webbesucher)*
- *Weiterentwicklung des digitalen Lehrbetriebsportals auf next-step.li*
- *Umsetzung der geplanten Massnahmen des Projekts «Energie- und Klimawerkstatt» von myclimate, um Lernende zu befähigen, aktiv an der Analyse und Bewertung von Entwicklungsprozessen mit ökologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Bedeutung teilzuhaben, sich an Kriterien der Nachhaltigkeit im eigenen Leben zu orientieren und nachhaltige Entwicklungsprozesse gemeinsam mit anderen in Gang zu setzen*
- *Weiterentwicklung der Amtssoftware (Kompass 3) in den Bereichen Berufsberatung und Lehraufsicht*

- zweite Durchführung eines Workshops für Lehrpersonen zum Thema «Berufswahlprozess in Liechtenstein» in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden
- Abänderung des Berufsbildungsgesetzes, insbesondere in den Bereichen der datenschutzrechtlichen Vorgaben sowie Aufhebung der bislang vorgesehenen Altersbegrenzung für die Inanspruchnahme der staatlichen Laufbahnberatung und laufende Umsetzung der damit verbundenen Kommunikationsmassnahmen
- Durchführung einer Mitarbeitenden- sowie einer Kundenzufriedenheitsbefragung sowie Prüfung von möglichen Verbesserungspotentialen und deren laufende Umsetzung
- Mitarbeit bei der Interpellationsbeantwortung betreffend die berufliche Weiterbildung zur Sicherung von inländischen Arbeits- und Fachkräften
- Erarbeiten eines Konzepts für die geplante Einführung der digitalen Aktenverwaltungslösung beim Amt (Aktenplan LiVE)
- sowie die Mitarbeit in verschiedenen ämterübergreifenden Projekten, länderübergreifenden Arbeitsgruppen und Kommissionen.

## Berufsberatung

### Einzelberatung

Im Berichtsjahr wurde die Einzelberatung im Bereich Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungen von 336 Personen (Vorjahr 274) beansprucht. Die Beratung vor Ort wird von den Kundinnen und Kunden mit 97% am häufigsten nachgefragt. Fernberatungen werden per E-Mail, Telefon oder Video durchgeführt. Pro Kundin oder Kunde wurden durchschnittlich zwei bis drei Einzelberatungstermine in Anspruch genommen. Bei rund 56% der Ratsuchenden werden psychologisch-diagnostische Testverfahren im Rahmen der Beratung eingesetzt (Vorjahr 60%).

Aufgeteilt nach Beratungsschwerpunkten stellte die erste Berufswahl für Jugendliche in Bezug auf die eingesetzten Beratungsaufwendungen die stärkste Kundengruppe dar, gefolgt von der Laufbahnberatung für Erwachsene. An dritter Stelle stand die Studienberatung für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

### Laufbahnberatung – Aufhebung der Altersbegrenzung

Auf Anfang Juni wurde die gesetzliche Altersbeschränkung für Einzelberatungen aufgehoben, womit alle in Liechtenstein wohnhaften Erwachsenen eine Laufbahnberatung in Anspruch nehmen können. In den Vorjahren konnten Personen, welche älter als 25 Jahre waren nur beraten werden, wenn diese zu der in Art. 55 des Berufsbildungsgesetzes aufgeführten Sondergruppe zählten. Die Kommunikation dieser Anpassung erfolgte über Printmedien, Drucksachen und Online. Mit dieser Aufhebung erhöhte sich die Zahl der

Beratungssuchenden, welche älter als 25 Jahre war, auf 64 Personen gegenüber dem Vorjahr mit 20 Personen.

### Begleitung von Jugendlichen im ersten

#### Berufswahlentscheid

Der Übergang von der Pflichtschule in die Arbeitswelt, welcher auch als erste Berufswahl bezeichnet wird, ist ein erster wichtiger Meilenstein im Leben eines jungen Menschen. Damit dieser Übergang möglichst optimal gelingt, bedarf es der Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Die Berufswahlvorbereitung der 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschulen Formatio und Waldorfschule, des Freiwilligen 10. Schuljahres sowie des Liechtensteinischen Gymnasiums wurde gemeinsam umgesetzt. Im Berichtsjahr konnten alle geplanten Aktivitäten durchgeführt werden. Dazu gehören unter anderem nachfolgende Tätigkeiten und Dienstleistungen:

- Einführung ins Berufsinformationszentrum (BIZ) für die 3. Klassen der Ober- und Realschulen sowie für die Formatio und Waldorfschule
- Eltern-/Schülerabende zum Thema «Berufswahlvorbereitung» für die 3. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio, der Waldorfschule und des Liechtensteinischen Gymnasiums
- Mitwirkung an den Elternabenden für die 4. Klassen der Ober- und Realschulen zusammen mit dem Schulamt und den Wirtschaftsverbänden LIHK, Wirtschaftskammer, Bankenverband und Treuhandkammer betreffend Berufswahlfahrplan und Berufswahl Sommer 2024
- Kurzberatungen an den Schulzentren für die 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Privatschule Formatio und der Waldorfschule
- Durchführung der Infoveranstaltung «Stipendien – Bin ich anspruchsberechtigt?», «Weiter zur Schule» und «Zwischenjahr nach der Pflichtschule»
- Durchführung von psychodiagnostischen Verfahren in den Bereichen Interessen, Persönlichkeit und Fähigkeiten in Einzel- und Gruppensettings
- Vertiefte und den Bedürfnissen angepasste Betreuung von schulleistungsschwachen Jugendlichen mit Förderstufe 3 (verstärkte schulische Förderung), welche sich in der Regelschule befinden
- Klassenweise Informations- und Entscheidungsveranstaltungen zur «Profilwahl» in den 3. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums sowie zum Thema «Umstieg in eine Lehre»
- Studienwahlworkshop für die 7. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums
- Teilnahme an den 9. Berufs- und Bildungstagen «nextstep»
- Moderation «Studierende berichten» für die 7. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums
- 10. Schuljahr: Durchführung der Workshops zum Thema «Vorstellungsgespräch» in Kooperation mit dem AHA



- Workshops zum Thema «usgwählt wöra» im Rahmen der BerufsCHECK-Woche
- Mitwirkung im Projekt «Betriebslehrpraktikum» des Liechtensteinischen Gymnasiums

## **Berufsinformationszentrum BIZ**

Das Berufsinformationszentrum BIZ ist ein Selbstinformationszentrum für Fragen rund um die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Studienmöglichkeiten an Universitäten und Fachhochschulen. Die Anzahl der Ratsuchenden war gegenüber dem Vorjahr konstant. Ansätze, damit das Informationszentrum als Anlaufstelle attraktiv bleibt, werden geprüft. Im Berichtsjahr erfolgte der Start zur Prüfung bestehender und neuer Kundenangebote.

63% der Ratsuchenden waren erwachsene Personen und 37% waren Jugendliche. Die Eltern- und Schülerabende mit den beiden Schwerpunkten Informationen zum Berufswahlprozess sowie Beratungsdienstleistungen wurden im BIZ abgehalten. Rund 1'055 Personen haben an den BIZ-Einführungen und Info-Veranstaltungen im Berichtsjahr teilgenommen. Erneut konnten alle Infoveranstaltungen und Workshops durchgeführt werden.

## **Koordinationsstelle Spitzensport**

Die Aufgabe der Koordinationsstelle Spitzensport besteht vor allem darin, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern über die Vereinbarkeit von Lehre und Spitzensport aufzuklären, über vorhandene Angebote zu informieren sowie Herausforderungen dieses Modells zu kommunizieren. Zum Thema Leistungssport und Berufslehre wurde im Herbst ein Elternabend in Zusammenarbeit mit der Sportschule durchgeführt. Ebenso fanden individuelle Beratungsgespräche statt, da dieses Setting eine gute Möglichkeit bietet, geeignete Lösungen zu suchen, welche aufgrund der unterschiedlichen Trainingsbedingungen von Sportart zu Sportart sowie der differenzierten beruflichen Interessen von Sportlerinnen und Sportlern nötig sind.

Ausserdem bietet die Koordinationsstelle Spitzensport eine Begleitung der Sportlerinnen und Sportler über die Ausbildungszeit hinweg an, so dass eventuelle Schwierigkeiten schon frühzeitig abgefangen und individuelle Lösungen zwischen Lernenden und Betrieben gefunden werden können.

## **Weitere Aktivitäten der Abteilung Berufsberatung**

Die Berufsberatung arbeitet an der Nahtstelle zwischen Schule und Wirtschaft. Deshalb ist ein gutes Einvernehmen mit Institutionen, die ebenfalls in diesen Bereichen tätig sind, von zentraler Bedeutung. Im Berichtsjahr konnten diverse Aktivitäten in Zusammenarbeit mit folgenden Organisationen umgesetzt werden:

- Zusammenarbeit mit dem Schulamt sowie den Sekundarschulen bei der Planung und Weiterentwicklung

der Aktivitäten im Bereich «Berufs- und Studienwahlvorbereitung»

- Ausarbeitung Weiterbildungsangebot und Workshop-Durchführung für Lehrpersonen zum Thema «Berufswahlprozess Liechtenstein» in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden
- Arbeitsmarktservice: Zusammenarbeit in Bezug auf die Reintegration von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt sowie im Speziellen in Bezug auf die Erstellung von Bewerbungsunterlagen bei Erwachsenen
- KBSB (Schweizerische Konferenz der Stellenleitenden der kantonalen Berufsberatungsstellen): Mitgliedschaft und aktive Teilnahme in der KBSB als schweizweite Organisation sowie ihrer ostschweizerischen Untergruppe
- Freiwilliges Soziales Jahr Liechtenstein: Durchführung Workshop Soziale Berufe
- Infra: Workshopleitung für die Informations- und Beratungsstelle für Frauen zum Thema «Wie weiter nach der Lehre»
- Teilnahme an fachlichen Weiterbildungsveranstaltungen des SDBB (Schweizerisches Dienstleistungszentrum Berufsbildung/Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) und des Kantons St. Gallen

## **Berufswahlverhalten der Jugendlichen im Sommer des Berichtsjahres**

Berufswahlverhalten der insgesamt 303 erfassten Schulabgängerinnen und Schulabgänger (aus den Ober- und Realschulen, Privatschule Formatio, Waldorfschule, Freiwilliges 10. Schuljahr):

- 75% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten den dualen Berufsbildungszweig (228)
- 12% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten ein Brückenangebot, wie bspw. das 10. Schuljahr, das Sozial- oder Hauswirtschaftsjahr (37)
- 6% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wählten den Weg über eine Mittelschule oder ein Gymnasium (17)
- 4% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger entschieden sich für eine Zwischenlösung, wie bspw. ein Praktikum oder den direkten Einstieg in die Arbeitswelt oder eine andere Lösung (12)
- 3% der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verfügten Anfangs August des Berichtsjahres über keine Anschlusslösung (9)

## **Berufsbildung**

### **Gesamtzahl der Lernenden**

Die Gesamtzahl aller Lernenden per 31. Dezember betrug 1'082 in rund 100 verschiedenen Berufen. 38% der Lernenden sind Frauen und 62% Männer.

### **Lehrstellensituation per Sommer des Berichtsjahres**

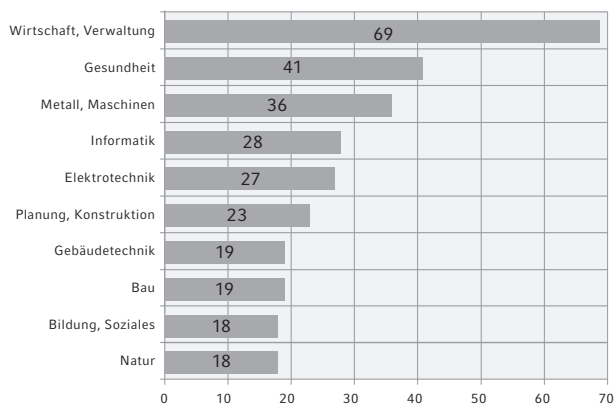
Bis 31. August sind insgesamt 390 Lehrverträge beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung zur

Genehmigung eingegangen. Im Jahr 2022 waren es total 384 genehmigte Lehrverträge. Nach wie vor ist das Berufsfeld «Wirtschaft, Verwaltung» mit 69 genehmigten Lehrverhältnissen das meistgewählte Berufsfeld. Die Statistik zeigt neben den bewährten Berufsfeldern leichte Schwankungen in anderen gewerblichen Lehrberufen. So unterscheidet sich – je nach Jahrgang – das Berufswahlverhalten der Jugendlichen. Die in der Statistik aufgeführten Berufsfelder machen rund 76% der gewählten Berufsfelder aus.

Per 31. August waren 109 (Vorjahr: 89) von den Lehrbetrieben angebotenen Lehrstellen unbesetzt. Die von der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Anzahl an Ausbildungsplätzen hat im Vergleich zu den vergangenen vier Jahren erneut zugenommen.

**Berufswahl-Statistik der 10 meistgewählten Berufsfelder**

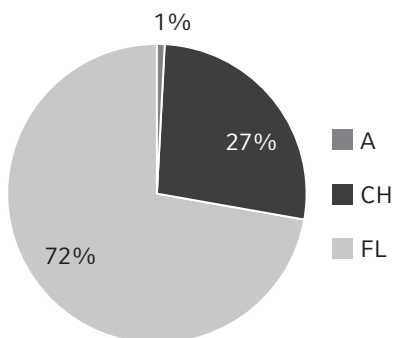
Lehrbeginn Sommer 2023 (Stand 31. August 2023)  
Total genehmigte Lehrverträge = 390 (Vorjahr 384)



**Aufteilung der Gesamtzahl an Lernenden nach Wohnsitzland**

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil an Lernenden – bezogen auf ihr Wohnsitzland (Liechtenstein, Schweiz oder Österreich) – minimal verändert (Vorjahr: FL 71%, CH 28%, A 1%).

**Anzahl Lernende nach Wohnsitzland (Liechtenstein/Schweiz/Österreich)**



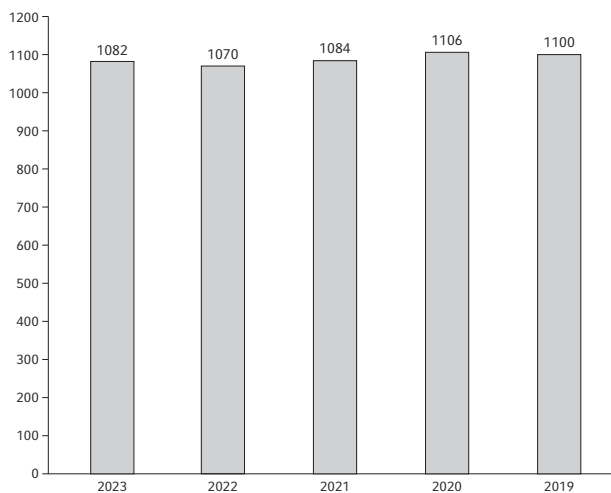
**Aufteilung der Gesamtzahl an Lernenden nach Wirtschaftsbereich**

Die Aufteilung nach Anzahl Lernende pro Wirtschaftsbereich zeigt, dass die beiden Bereiche «Gewerbe» und «Industrie» rund 70% der lernenden Personen in Liechtenstein ausbilden.

**Anzahl Lernende je Wirtschaftsbereich**

Wirtschaftsbereich	Lehrverhältnisse	
	Anzahl	in %
Bank	64	5.9
Hotellerie/Gastronomie	16	1.5
Gemeinden und Verwaltung	47	4.3
Gesundheit	89	8.2
Gewerbe	411	38.0
Haus- und Landwirtschaft	19	1.8
Industrie	335	31.0
Kindertagesstätten	30	2.8
Öffentlich-rechtliche Unternehmen	37	3.4
Treuhand	27	2.5
Versicherung	7	0.6
<b>Total</b>	<b>1'082</b>	<b>100</b>

**Entwicklung Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung 2019 bis 2023**



Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil an Lernenden bzw. die beim Amt registrierte Anzahl an Lehrverhältnissen um 1.1% gestiegen.

**Lehrvertragsauflösungen**

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 72 Lehrverhältnisse aufgelöst. Dies entspricht einer Auflösungsquote von 6.7% (Vorjahr: 6.2%).

Nach der Lehrvertragsauflösung:

- haben 15 lernende Personen die Lehre in einem anderen Betrieb fortgesetzt
- haben acht lernende Personen den Lehrberuf gewechselt
- hat eine lernende Person ein Brückenangebot wahrgenommen
- haben sich drei Lernende für ein Praktikum entschieden
- wählten fünf jugendliche Personen den direkten Einstieg in die Arbeitswelt
- nahmen drei jugendliche Personen die Dienstleistungen der Abteilung Berufsberatung in Anspruch
- sind dem Amt von 37 lernenden Personen die Anschlusslösungen per Ende Berichtsjahr (Vorjahr 29) nicht bekannt bzw. nahmen diese keine weiteren Dienstleistungen des Amtes in Anspruch. Davon haben elf Lernende ihren Wohnsitz in der Schweiz bzw. in Österreich, welche gegebenenfalls weitere Dienstleistungen in ihrem jeweiligen Wohnort in Anspruch genommen haben.

### Abschlussprüfungen

Im Berichtsjahr haben gesamthaft 336 Lernende die Lehrabschlussprüfung absolviert. 319 Lernende haben die Lehrabschlussprüfung mit Erfolg bestanden, 17 Lernende haben die Lehrabschlussprüfung nicht bestanden. Die Erfolgsquote liegt bei 95%. 14 Lernende haben gleichzeitig die lehrbegleitende Berufsmittelschule abgeschlossen (zehn in kaufmännischen und vier in industriellen/gewerblichen Lehrberufen).

### Standortbestimmungen (Zwischenprüfungen)

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 25 Standortbestimmungen abgenommen. 20 waren generell angeordnete Standortbestimmungen für bestimmte Lehrberufe (d. h. auf Antrag der Wirtschaft) und fünf wurden infolge Erstausbildung durchgeführt.

### Teilprüfungen

Im Berichtsjahr wurden 55 Teilprüfungen – Bestandteil des Qualifikationsverfahrens (Lehrabschlussprüfung) – abgenommen. 49 Lernende haben die Teilprüfung erfolgreich abgelegt, sechs Lernende haben die Teilprüfung nicht bestanden. Diese Teilprüfungen wurden in den Lehrberufen Anlagen- und Apparatebauer/in FZ, Automatikmonteur/in FZ, Automatiker/in FZ, Baumaschinenmechaniker/in FZ, Coiffeur/Coiffeuse FZ, Elektroniker/in FZ, Konstrukteur/in FZ, Polymechaniker/in FZ, Produktionsmechaniker/in FZ, Physiklaborant/in FZ und Schreiner/in FZ durchgeführt.

### Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz

Die 50. Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz fand am 18. August statt. 45 junge Berufsleute (27 Frauen/18 Männer), welche ihre Ausbildung mit einem Gesamtnotendurchschnitt von  $\geq 5.3$  abgeschlossen haben, durften sich ins «Goldene Buch» eintragen.

### Anzahl Lehrabsolventinnen/Lehrabsolventen nach Berufen, die sich ins Goldene Buch eintragen durften

Lehrberuf	w	m	Total
Anlagenführerin FZ	1		1
Assistentin Gesundheit und Soziales	1		1
Automobil-Mechatroniker FZ		1	1
Bäckerin-Konditorin-Confiseurin FZ und EFZ	3		3
Buchhändlerin FZ	1		1
Büroassistentin BA	1		1
Dentalassistentin/Dentalassistent FZ	1	1	2
Elektroniker FZ		2	2
Fachfrau Betreuung FZ	3		3
Fachfrau Gesundheit FZ	1		1
Holzbearbeiter BA		1	1
Kauffrau/Kaufmann FZ und EFZ	6	5	11
Informatiker/Informatikerin FZ	1	1	2
Koch EFZ		1	1
Konstrukteur FZ		1	1
Lackierassistentin BA	1		1
Landwirt/Landwirtin EFZ und FZ	1	1	2
Lebensmittelpraktikerin FZ	1		1
Malerin FZ	1		1
Mediamatiker FZ		1	1
Medizinische Praxisassistentin EFZ	2		2
Medizinproduktetechnologin EFZ	1		1
Metallbaukonstrukteur EFZ		1	1
Milchpraktiker BA		1	1
Pharma-Assistentin FZ	1		1
Zeichner FZ		1	1
<b>Total</b>	<b>27</b>	<b>18</b>	<b>45</b>

### Lehrstellenumfrage

Für Lehrbeginn Sommer 2024 wurde im August des Berichtsjahres bei den Lehrbetrieben die erste Lehrstellenumfrage durchgeführt. Von den Lehrbetrieben wurden insgesamt 402 Lehrstellen als frei gemeldet, was im Vergleich zum Vorjahr (440) eine Reduktion von rund 9% bedeutet.

### Ausbildungsbewilligungen

Im Berichtsjahr wurden 59 Ausbildungsbewilligungen in verschiedenen Lehrberufen erteilt. Aktuell sind beim Amt 544 Lehrbetriebe registriert, wovon derzeit 272 Betriebe aktiv lernende Personen in verschiedenen Lehrberufen ausbilden.

### Amts-EDV

Liechtenstein ist seit 2007 Mitglied des Vereins Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF). Im Berichtsjahr wurden verschiedene Weiterentwicklungen vorgenommen sowie Benutzerverbesserungen an der Amtssoftware (Kompass 3, Firma Abraxas AG) umgesetzt.

## Kommissionen und Konferenzen

Das Amt hat im Berichtsjahr an folgenden Anlässen teilgenommen:

- Am 23. Februar wurde die Plenarversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in Bern abgehalten. Besprechungsschwerpunkte bildeten die Rechnung 2022 und das Budget 2024, die Wahlen der Fachkommissionen der SBBK, der Berufsabschluss für Erwachsene, die Pflegeinitiative, die Massnahmen zur Förderung der Berufsmaturität, das Konzept einer Datenförderung sowie die Umsetzung des neuen Datenstandards für die Berufsbildung.
- Die jährliche Mitgliederversammlung des Vereins Interessengemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF) erfolgte am 14. März in Zürich. Zirkularbeschlüsse waren nebst der Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung die Beschlüsse der strategischen Handlungsfelder betreffend Kompass und deren laufende Weiterentwicklung (Amtssoftware), die Kenntnisnahme der Finanzplanung 2025 bis 2028, die Festsetzung der Mitgliederbeiträge für das Budget 2024 sowie die erforderlichen Wahlen für die Besetzung des Vereinsvorstandes.
- Am 17. März wurde in Schwanden im Kanton Glarus die Tagung Lehraufsicht Ost abgehalten. Die Teilnehmenden tauschten sich über verschiedene Themen zur beruflichen Grundbildung aus.
- Am 5./6. Mai wurde die Plenarversammlung der Schweizerischen Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (KBSB) abgehalten. Besprechungsschwerpunkte bildeten: Swiss-Skills 2022, berufliche Standortbestimmung für Personen über 40 (Projekt viamia), nationale Strategie Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.
- Am 23./24. Mai wurde die Mitgliederversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in St. Gallen abgehalten. Schwerpunktthemen waren: der Jahresbericht 2022 und die Ziele 2023, die Positionierung der Höheren Fachschulen, die Pflegeinitiative, die Lehrmedien in der Berufsbildung, die Datenförderung in der Berufsbildung, der Bildungsbericht, die Talentförderung Sport sowie die Verabschiedung von Anpassungsempfehlungen in den Bereichen Langzeitpraktikum, Fremdsprachendiplome und Lehrzeitverkürzungen.
- Am 14. September wurde die Plenarversammlung der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in Bern durchgeführt. Themenschwerpunkten waren der Vereinbarungsentwurf zum neuen Finanzierungsmodell sowie die laufenden Projekte des Schweizerischen Dienstleistungszentrums für Berufsbildung und Berufsberatung (SDBB), die Berufsmaturität 2023, die Präsentation und der Austausch betreffend möglichen Teilzeitlehren, Modularisierung und Teilqualifikation im Kanton Bern, das Projekt Sicherheitswochen, die Termine 2024 und die Wahlen der SBBK.

- Die Herbsttagung der Prüfungsleiter erfolgte am 26./27. Oktober in Schaffhausen. Neben Informationen aus der Subkommission Prüfungsleiter und dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung und Berufsberatung (SDBB) sowie der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung (EHB) wurden Erfahrungen im Bereich des Lehrabschlussprüfungswesens ausgetauscht. Innerhalb der Tagung fanden Workshops zu den Themen Reform des Qualifikationsbereichs Allgemeinbildung, Vollzugsfragen im Qualifikationsverfahren und Einsatz von künstlicher Intelligenz im Qualifikationsverfahren statt.
- An der Herbsttagung der Kommission Berufliche Grundbildung (KBGB) vom 2./3. November tauschten sich die Teilnehmenden zum Thema «Der Bildungsbericht und die künstliche Intelligenz in der Berufsbildung» in Les Bains de Lavey, Kanton Waadt, aus.

## Berufsbildungsbeirat

Der Berufsbildungsbeirat befasste sich im Berichtsjahr an vier Sitzungen mit Fragen zur Stärkung der Bildung, insbesondere der dualen Berufsbildung. Der Schwerpunkt lag dabei vor allem auf der Umsetzung der Teilprojekte Markenkommunikation next-step, Weiterentwicklung der Webplattform next-step.li sowie Organisation und Durchführung der 9. Berufs- und Bildungstage next-step im SAL in Schaan. Des Weiteren tauschten sich die vertretenen Organisationen und Verbände über aktuelle Fragen rund um den Berufswahlprozess, das Lehrvertragswesen sowie über die strategische Immobilienbedarfsplanung für die Sekundarstufe II des Kantons St. Gallen (Postulatsbericht) und deren möglichen Auswirkungen auf das Berufs- und Weiterbildungszentrum bzbs aus. Im Juni des Berichtsjahres wurde die Vertreterin des Schulamts, Frau Stefanie Portmann, für den Rest der Mandatsperiode 2021 bis 2025 als Nachfolgerin von Frau Carolin Meier in den Berufsbildungsbeirat bestellt.

## Mobilitätsprojekte

### MOJA

Zwei Arbeitnehmende aus Liechtenstein haben ihr Berufspraktikum in Europa erfolgreich abgeschlossen. Die Dauer der Praktika lag bei vier und sechs Monaten. Die Praktika wurden in Irland absolviert. Ein dritter Teilnehmer befindet sich derzeit in einem Berufspraktikum in Spanien. Die Dauer dieses Praktikums liegt bei 5 Monaten.

### go to Europe

Der Gruppenaustausch während den Herbstschulferien konnte im Berichtsjahr wieder durchgeführt werden. Sechs Lernende sind für ein Praktikum von vier Wochen nach Irland gereist und 12 Lernende haben einen Aufenthalt von 3 Wochen in Malta absolviert.

**xchange – Internationale Bodensee Konferenz (IBK)**  
Mittels Entscheides der Kommission Wirtschaft der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) wurde das Projekt xchange grenzüberschreitender Lehrlingsaustausch nach 23 Jahren per 30. Juni eingestellt.

---

## Schulamt

---

**Amtsleiterin: Rachel Guerra**

Die Hauptaufgaben des Schulamts sind die Planung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Bildungswesens im Kindergarten sowie im Schul- und Hochschulbereich. Dazu gehören die Aufsicht über die Schulen, die Verantwortung für das Lehrpersonal, das Schulleitungspersonal und das weitere Personal an den öffentlichen Schulen, die Erarbeitung von Rechts- und Planungsgrundlagen, die Verwaltung und der Betrieb von Schulen und schulnahen Betrieben (Hallenbad, Jugendhaus) sowie die damit zusammenhängende Vorbereitung der Regierungsgeschäfte und die Unterstützung der Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen im Hochschulbereich. Zentrale Aufgaben ergeben sich zudem im Zusammenhang mit den Schulübertritten, mit der Gewährleistung der Durchlässigkeit und Anschlüsse an weiterführende Schulen und Hochschulen sowie bei der Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Einen weiteren Aufgabenbereich bildet die Verwaltung des Stipendienwesens.

2019 wurde im gesamten Kindergarten- und Pflichtschulbereich der neue Liechtensteiner Lehrplan «LiLe» eingeführt, dessen Einführungsphase, die aufgrund der Coronapandemie um ein Jahr verlängert werden musste, mit dem Schuljahr 2023/2024 endet. Auch im Berichtsjahr wurde intensiv an allen Schulen an der Implementierung des Lehrplans gearbeitet. In einem weiteren Schritt ist die Durchführung einer umfassenden Evaluation nach Abschluss der Einführung geplant.

An den öffentlichen Schulen wurden 2023 die neuen Leistungserhebungen «Check dein Wissen», genannt «Checks», flächendeckend eingeführt. Die «Checks» werden jeweils am Ende des ersten, zweiten und dritten Zyklus des Lehrplans LiLe durchgeführt. Erfasst werden Kompetenzen in Deutsch und in Mathematik sowie am Ende des zweiten und dritten Zyklus zusätzlich in Englisch. Die «Checks» führen zu einer detaillierten Rückmeldung über die erbrachten Leistungen. Sie dienen den Lehrpersonen als Standortbestimmung und bieten ihnen eine Möglichkeit zur Reflexion des eigenen Unterrichts. Weiters können sie als Grundlage für die Förderplanung genutzt werden. Die Ergebnisse bieten generell einen punktuellen Einblick in die Qualität des Liechtensteiner Bildungswesens und fliessen in den Bildungsbericht ein, der alle vier Jahre erscheint.

Langfristige Bildungsqualität setzt gute und motivierte Lehrpersonen voraus. Die Revision des Lehrerdienstgesetzes (LDG) ist ein zentrales Anliegen von Schulamt und Schulen. Der Entstehungsprozess des Gesetzes wurde partizipativ gestaltet. So konnte im letzten Quartal des Berichtsjahres ein konkreter Gesetzesentwurf finalisiert werden, der in Zusammenarbeit mit den Schulen entstanden ist. In den Entwurf sind sowohl die Ergebnisse der beiden LDG-Workshops sowie die Rückmeldungen der Lehrpersonen eingeflossen. Zudem hatten alle Interessensgruppen nach erstmaliger Fertigstellung des Entwurfs noch einmal die Möglichkeit, sich an einer Online-Veranstaltung des Schulamts zu informieren sowie den Gesetzesentwurf samt Audio-Erläuterungen zu kommentieren.

Bildungsministerium und Schulamt setzen alles daran, die Attraktivität des Lehrberufs weiter zu erhöhen und haben deshalb eine «Machergruppe Attraktivität Lehrberuf» ins Leben gerufen, die aus Vertreterinnen und Vertretern des Lehrpersonals und des Schulamts besteht. Deren Kernaufgaben liegen in der Analyse des Ist-Standes in Liechtenstein, der Sammlung, Gegenüberstellung und Analyse verschiedenster Massnahmen anderer Länder beim Thema «Lehrpersonenmangel» sowie der Ausarbeitung eines Strategiepapiers zu Händen der Regierung. Dieses Strategiepapier soll Wege aufzeigen, wie die Attraktivität des Lehrberufs in allen Bereichen verbessert werden kann.

Zudem wurde im Berichtsjahr bei der Regierung eine Stellungnahme betreffend die Abänderung der Verfassung und Schaffung eines Gesetzes über die staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften sowie Abänderung weiterer Gesetze eingereicht.

Mit Start des neuen Schuljahres 2023/2024 bot das Schulamt neu für das gesamte Schulpersonal in Liechtenstein ein Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) an. Dazu wurde eine «BGM-Menükarte» mit einem vielfältigen Angebot zusammengestellt. Die «Menükarte» beinhaltet individuelle Angebote, welche einzelne Lehrpersonen, Schulleitende oder weiteres Schulpersonal bei Interesse und Bedarf in Anspruch nehmen können. Dazu gehören auch Angebote für ganze Klassen- oder Schulteams sowie Angebote für (gesamte) Schulen, die etwas für die Gesundheit des Schulpersonals und der Schülerinnen und Schüler unternehmen möchten.

Die Arbeiten rund um das Projekt LiSA (Liechtensteinische Schuladministration) konnten weiter voranschreiten. Die neue Schulverwaltungslösung umfasst die Bereiche Schulverwaltung, Fachprozesse Schulen, Kommunikation, Technik und Betrieb sowie Stundenplanung, die zukünftig digital gesteuert werden können. LiSA sorgt dafür, dass zahlreiche administrative und kommunikative Aufgaben der Schulen sowie des Schulamts harmonisiert und digitalisiert werden. Das Organigramm des Schulamts wurde im Berichtsjahr überarbeitet und per 1. September 2023 von der Regierung bewilligt. Die Abteilung «Kindergarten und Pflichtschule» wurde zur Abteilung



«Volksschule» umbenannt. Der Begriff wurde ehemals schon im Liechtensteiner Bildungswesen verwendet und 2019 mit der Einführung des neuen Liechtensteiner Lehrplans (LiLe) bereits wieder verankert. Zudem ist die gewählte Bezeichnung in den benachbarten Ländern Österreich, Schweiz und Deutschland etabliert. Der Abteilung «Volksschule» sind neu die Fachbereiche «Lebensraum Schule» (Zentrum für Schulmedien) und «Pädagogik und Schulqualität» zugeordnet. Die Stipendienstelle wurde der Abteilung «Mittel- und Hochschulen» angegliedert. In der Abteilung «Pädagogisch-Psychologische Dienste» wurde der Fachbereich «Pädagogische Arbeitsstelle» in den «Pädagogischen Support» umbenannt, der die Fach- und Supportstelle für Bildungsfragen darstellt. Hier ist die neugeschaffene Stelle «Inklusion und Diversität» zugeordnet.

Das Schulamt war im Berichtsjahr weiter gefordert, den Auswirkungen des Ukraine-Krieges adäquat zu begegnen und ukrainischen Schülerinnen und Schülern die Einschulung ins Liechtensteiner Schulsystem zu ermöglichen. Im «Lernhub» in Balzers und Triesen wurden die ankommenden Schülerinnen und Schüler im geschützten Rahmen unterrichtet. Im Anschluss an die Zeit im Lernhub wurden die Schülerinnen und Schüler in nahezu alle Schulen des Landes integriert; deren Einschulung wurde mit den Lehrpersonen und dem Schulamt vorbereitet. Nach dem Eintritt in den Regelunterricht erhielten die Schülerinnen und Schüler zusätzliche Förderung, um ihre sprachlichen Kompetenzen auszubauen.

Zusätzlich wurde das Bildungsangebot für ukrainische Schülerinnen und Schüler weiter ausgebaut: Dazu gehört das Angebot von Zusatzunterricht, in welchem Kenntnisse ihrer Herkunftssprache und Herkunftskultur (HSK) vermittelt werden.

## Öffentliche Schulen

### Ukraine und Schule

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hatte auch im Berichtsjahr Auswirkungen mit flüchtenden Menschen zur Folge, welche mit ihren Familien in Liechtenstein ankamen und deren Kinder hier beschult wurden.

Der «Lernhub» befindet sich seit dem 2. November 2022 im Swarovski-Gebäude in Triesen. Hier werden alle ukrainischen Kinder ab dem Primarschulalter nach ihrer Ankunft in Liechtenstein unterrichtet. Der «Lernhub» bestand im Berichtsjahr aus einer Klasse Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache (IK-DaZ) mit mehreren Teil- und Vollzeit Lehrpersonen (teilweise auch aus der Ukraine), wobei der Unterricht meist in Altersgruppen aufgliedert und mehrheitlich individualisiert stattfand. Durchschnittlich wurden 20 Schülerinnen und Schüler von vier Lehrpersonen unterrichtet. Dank geeigneter Infrastruktur mit geräumigen Klassenzimmern konnte qualitativ hochwertiger Unterricht gewährleistet werden.

Wöchentliche Neueintritte im «Lernhub» waren jederzeit durch die Flexibilität des Lehrerteams möglich. Die Überführung in die Regelschulen findet individuell, je nach dem Entwicklungsstand und der physischen sowie psychischen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler, statt.

### Datenschutz

Am 8. Februar 2023 wurde der Datenschutzkoordinator/Fachstelle Datenschutz des Schulamts gem. Art. 37 DSGVO i.V.m. Art. 6ff DSG zum Datenschutzbeauftragten der öffentlichen Schulen im Fürstentum Liechtenstein bestellt. Dieser Schritt erfolgte zur Lückenschliessung, da die Meldung der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten der Landesverwaltung zwar das Schulamt als Amtsstelle, nicht jedoch die öffentlichen Schulen umfasste. Der Datenschutzkoordinator des Schulamts erfüllte bereits zuvor de facto die Funktion des schulischen Datenschutzbeauftragten, die Meldung erfolgte aus formellen Gründen und trägt einer DSGVO-konformen Organisation und Schulverwaltung Rechnung.

Die datenschutzrechtliche Schulungsoffensive an den öffentlichen Schulen umfasste im Schuljahr 2023/2024 noch neben allgemeinen Fragestellungen auch jüngere Datenschutz-Themen, wie etwa den Umgang mit KI (ChatGPT, DeepL etc.). Die im Schuljahr 2022/2023 lancierten Datenschutzinputs werden im Schuljahr 2023/2024 wiederholt und sollen fortlaufend zu schulspezifischen Schwerpunkten für das gesamte Schulpersonal (Schulleitungen, Lehrpersonen, Verwaltungsmitarbeitende etc.) jedes Schuljahr angelegt werden. Aufgrund konkreter Fragestellungen von Klassenhilfen wurden für sämtliche Klassenhilfen auch drei separate Online-Termine durchgeführt.

Der Datenschutzbeauftragte der öffentlichen Schulen berät und unterstützt bei allgemeinen und konkreten datenschutzrechtlichen Fragen. Beispielsweise im Zusammenhang mit Bildaufnahmen im Rahmen von Schulveranstaltungen wie dem Tag der offenen Tür anlässlich des Jubiläums 50 Jahre Oberschule, bei der Nutzung sogenannter Telepräsenz-Roboter oder der Einführung der Multi-Faktor-Authentifizierung (MFA) im Schulwesen u.v.m. Des Weiteren unterstützt der Datenschutzbeauftragte bei Problemstellungen und im Zusammenhang mit Beschwerdeverfahren vor der Datenschutzstelle sowie bei der Vorbereitung und Erstellung datenschutzrechtlicher Dokumente (Formulare, Vertragsdokumente etc.).

Im Newsletter «schule heute/schule heute plus» werden regelmässig Beiträge zum Thema Schul-Datenschutz veröffentlicht (betreffend Einsatz KI, Datenschutz von Kindern, sicherer Passwortwahl usw.). Des Weiteren ist der schulische Datenschutzbeauftragte für die datenschutzrechtliche Prüfung und Einschätzung von Software-Anträgen/digitaler und elektronischer Lehrmittel zuständig.

## Personal an den öffentlichen Schulen

Auch im Berichtsjahr konnten alle Stellen an den Schulen im Land besetzt werden. Sowohl an den Gemeindeschulen, den Sekundarschulen, aber auch allen anderen Bildungsstätten war ein Rückgang der Bewerbenden spürbar. Als Reaktion auf den allfälligen künftigen Lehrpersonenmangel hat die Regierung einer Arbeitsgruppe den Auftrag erteilt, ein Strategiepapier mit zielführenden Wegen in Sachen «Attraktivität Lehrberuf Liechtenstein – Ausbildung, Rekrutierung und Verbleib» vorzulegen. Eine agile Machergruppe erarbeitet nun Vorschläge, um junge Erwachsene für die Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen zu begeistern, die Rekrutierung des Personals zu sichern und vor allem die angestellten Lehrpersonen im Beruf zu halten. Eine erste Grundlage soll 2024 vorliegen. Ergänzend arbeitet das Schulamt in einer von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe zum Arbeitskräftemangel mit.

Im Berichtsjahr hat das Schulamt gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Lehrpersonenverbände intensiv an einer neuen Fassung des Lehrerdienstgesetzes (LDG) gearbeitet. Ideen und Lösungsansätze wurden regelmässig mit den Schulleitenden und den Schulen reflektiert und Rückmeldungen eingearbeitet. Eine konsolidierte Fassung des LDG konnte mit Ablauf des Berichtsjahres der Regierung zur weiteren Beratung übergeben werden. Das neue LDG schafft in Bezug auf die Führung des Personals der öffentlichen Schulen neue Voraussetzungen und neue Verantwortlichkeiten.

Die Erweiterungen des «Schulzentrums Mühleholz II» und die Planungen am neuen «Schulzentrum Unterland II» schreiten voran. Die baulichen Massnahmen in Vaduz und der Neubau in Ruggell haben Konsequenzen auf das Personal an mehreren Standorten. So wurde der Mietvertrag für den Standort der Realschule Schaan per Ende Schuljahr 2024/2025 aufgekündigt. Auf Basis von Erfahrungswerten plant das Schulamt die personellen Veränderungen umsichtig und schafft u. a. mit Informationsveranstaltungen Transparenz. Das Schulamt geht aufgrund der vorliegenden Schülerzahlen davon aus, dass das bestehende Personal auch künftig weiter vollumfänglich eingesetzt wird.

## Koordination und Zusammenarbeit

Neben der bereits engen Zusammenarbeit zwischen der Schulaufsicht und den Schulleitungen im Tagesgeschäft fanden im Berichtsjahr regelmässig auch Schulleitungskonferenzen und -tagungen statt, die der Koordination, der Information, aber auch dem Austausch dienen. Auf Gemeindeebene traf sich das Schulamt ausserdem regelmässig mit den Vorsitzenden der Gemeinschulräte in Konferenzen, informierte dabei über aktuelle Entwicklungen und Beschlüsse, klärte Fragen und diskutierte aufkommende Fragestellungen.

Nach zwei Online-Veranstaltungen konnte im Berichtsjahr der 7. Pädagogische Dialog wieder als

reguläre Tagung durchgeführt werden. Das Schulamt führt seit 2016 mit dem Pädagogischen Dialog eine Veranstaltung durch, die dazu dient, mit Lehrpersonen und Schulleitungen ein aktuelles Thema zu diskutieren. Im Berichtsjahr stand das Thema «Lernen im Freien» im Fokus. Prof. Dr. Dr. Jürgen Kühnis, Pädagogische Hochschule Schwyz, erläuterte, wie Aussenräume als Lernorte dienen können. Der Referent gab den über 100 Teilnehmenden einen Blick ins Konzept der Naturpädagogik und zeigte, wie Lernen im Freien gelingen kann.

Der Austausch mit dem Dachverband der Elternorganisationen und mit einzelnen unabhängigen Elternorganisationen hat sich etabliert und fand regelmässig statt. Spezifisch auf die Eltern zugeschnitten ist der Newsletter «schule heute», der 2023 in 6 Ausgaben via Schulen an die Eltern versandt und über die sozialen Medien sowie auf der Webseite des Schulamts publiziert wurde.

Der Kontakt mit Vertretungen der Lehrpersonenvereinen wurde intensiviert. Einerseits wurde zur Erarbeitung des neuen Lehrerdienstgesetzes (LDG) eng mit den Vertreterinnen und Vertretern zusammengearbeitet, andererseits gab es auch strukturierte Sitzungen, die einen guten Austausch mit den Lehrpersonenvereinen ermöglichten.

## Frühe Förderung

Die «Frühe Förderung» hat zum Ziel, Kinder von der Geburt bis zum Kindergarteneintritt gezielt zu fördern, die persönlichen Ressourcen zu stärken und damit zur Chancengerechtigkeit beizutragen. Das Schulamt legt dabei den Fokus auf den Kindergarteneintritt und ermöglicht schulische Angebote, welche Kinder im Jahr vor dem Kindergarteneintritt gemeinsam mit ihren Bezugspersonen auf diesen wichtigen Schritt vorbereiten. Dabei werden vor allem die sprachlichen Kompetenzen gefördert. Dazu bietet das Schulamt geeignete Weiterbildungen an, welche auch Fachpersonen aus anderen Institutionen der Frühen Förderung (z. B. Spielgruppen, Kindertagesstätten etc.) besuchen. Das Schulamt steht in ständigem Austausch mit der Koordinations- und Beratungsstelle «Frühe Förderung» beim Eltern-Kind-Forum. Seit dem Schuljahr 2022/2023 finden Angebote zur Frühen Förderung an den Gemeindeschulen Balzers, Triesen, Vaduz, Schaan, Planken, Mauren-Schaanwald, Eschen-Nendeln, Gamprin und Ruggell statt.

Im Berichtsjahr konnte der Betrieb nach der Coronapandemie wieder regulär geführt werden. Total ergaben sich 294 Angebote mit insgesamt 1846 Kindern und 1540 erwachsenen Begleitpersonen. Knapp 59% der Teilnehmenden waren nichtdeutscher Erstsprache. Pro Veranstaltung nahmen im Durchschnitt ca. sechs Kinder und fünf erwachsene Begleitpersonen teil.

## Qualitätssicherung

Landesweite Leistungsdaten dokumentieren die Leistungsentwicklung über die Jahre hinweg und bilden

eine weitere Grundlage für den Bildungsbericht. So wurden im Berichtsjahr landesweite Leistungsmessungen in insgesamt sieben Kompetenzbereichen aus drei Fachbereichen an den öffentlichen Schulen durchgeführt. Diese Messungen namens «Check dein Wissen» (kurz «Checks») fanden jeweils am Ende des ersten, zweiten und dritten Zyklus laut Liechtensteiner Lehrplan statt. In der 2. Schulstufe wurden die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in den Fachbereichen «Deutsch» und «Mathematik» getestet, in der 6. und 9. Schulstufe jeweils in den Fachbereichen «Deutsch», «Mathematik» und «Englisch». Die Resultate der Checks fliessen ab der 2. Durchführung in den Bildungsbericht ein.

Daten sind ein wertvolles Reflexionssystem auf allen Ebenen und tragen zu einem lebendigen Bildungsdiskurs bei. Evaluationen sind ein Bestandteil des Bildungscontrollings. Sie tragen zur Wissensgewinnung bei, unterstützen die Schulentwicklung und fliessen in die Rechenschaftslegung der einzelnen Schulen ein.

Im Berichtsjahr wurde vom Schulamt die Fokusevaluation zur «Frühen Förderung» an den Gemeindeschulen vorbereitet, die im Frühjahr 2024 landesweit durchgeführt wird.

### **Statistik**

Im Schuljahr 2023/2024 waren insgesamt 725 Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen beschäftigt. Davon waren 22 Lehrpersonen mit Schulleitungsaufgaben betraut. Im Berichtsjahr traten 54 Personen aus dem Schuldienst aus, 10 davon aus Altersgründen (Pensionierungen, Frühpensionierungen sowie vorzeitige Altersrücktritte). 58 Neuanstellungen (28 Personen mit liechtensteinischer Staatsbürgerschaft), davon 15 Klassenhilfen, wurden vorgenommen. Im Berichtsjahr wurden ca. 110 Leistungsmeilensteine durchgeführt. Mit den Schulleitungspersonen wurden die jährlichen Personalgespräche abgehalten.

# ÄUSSERES, BILDUNG UND SPORT

162 |

## Schülerinnen/Schüler und Lehrpersonen an öffentlichen Schulen, Schuljahr 2023/2024

Stufe	Anzahl Schulen	Anzahl Klassen	Anzahl Schüler <sup>1)</sup>			Schüler pro Klasse ø	Lehrpersonal an Schulen in VZÄ (Vollzeitäquivalente) <sup>2)</sup>
			männlich	weiblich	Gesamt		
<b>Gemeindeschulen</b>	<b>14</b>	<b>150</b>	<b>1'446</b>	<b>1'252</b>	<b>2'698</b>	<b>18</b>	<b>269.01</b>
Kindergarten		38	400	377	777	20	65.38
Primarschule		112	1'046	875	1'921	17	203.63
<b>Oberschulen</b>	<b>3</b>	<b>33</b>	<b>230</b>	<b>199</b>	<b>429</b>	<b>13</b>	<b>70.29</b>
Triesen	1	11	77	57	134	13	
Vaduz	1	9	56	60	116	12	
Eschen	1	13	97	82	179	14	
<b>Realschulen<sup>3)</sup></b>	<b>5</b>	<b>39</b>	<b>363</b>	<b>326</b>	<b>689</b>	<b>18</b>	<b>71.66</b>
Balzers	1	6	48	55	103	17	
Triesen	1	8	69	66	135	17	
Vaduz	1	8	67	56	123	15	
Schaan	1	5	51	32	83	17	
Eschen	1	12	128	117	245	20	
<b>Gymnasium<sup>3)</sup></b>	<b>1</b>	<b>41</b>	<b>324</b>	<b>361</b>	<b>685</b>	<b>17</b>	<b>74.50</b>
1. bis 4. Klasse		21	177	192	369	18	
5. bis 7. Klasse		20	147	169	316	16	
<b>Freiw. 10. Schuljahr</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>24</b>	<b>20</b>	<b>44</b>	<b>11</b>	<b>7.64</b>
<b>Berufsmaturitätsschule<sup>3)</sup></b>	<b>1</b>	<b>6</b>	<b>76</b>	<b>43</b>	<b>119</b>	<b>15</b>	<b>14.16</b>
<b>Zwischentotal</b>	<b>25</b>	<b>273</b>	<b>2'463</b>	<b>2'201</b>	<b>4'664</b>		<b>507.26</b>
Intensivkurs DaZ/Lernhub	3	3	20	21	41	14	6.71
Timeout Schule							1.77
<b>Gesamttotal</b>	<b>28</b>	<b>276</b>	<b>2'418</b>	<b>2'187</b>	<b>4'605</b>		<b>515.74</b>

<sup>1)</sup> Schülerstatistik per 1. September

<sup>2)</sup> Effektive Beschäftigung mit Stichtag 31. Dezember (Lehrpersonal: Klassen- und Fachlehrpersonen, Sprachassistentinnen, Klassenhilfen, naturwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne Schulleitungspersonal)

<sup>3)</sup> inkl. Sportschule Schaan

## Aufnahmeverfahren 2023 – Schülerzuteilung von den Primar- in die Sekundarschulen

Oberschule 29.2%			Realschule 48.2%			Gymnasium 22.6%			Total
m	w	Gesamt	m	w	Gesamt	m	w	Gesamt	
56	55	111	92	91	183	41	45	86	380

**Übertritte (aufsteigend) innerhalb der Sekundarstufe I (auf Beginn Schuljahr 2023/2024)**

	1. OS-1. RS	1. OS-2. RS	2. OS-2. RS	4. OS-4. RS	1. RS-2. LG	2. RS-3. LG	3. RS-4. LG	4. RS-4. LG
ohne Prüfung	7	–	5	–	10	–	10	10
mit Prüfung	–	–	0	–	2	1	1	2
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>–</b>	<b>5</b>	<b>–</b>	<b>12</b>	<b>1</b>	<b>11</b>	<b>12</b>

**Repetitionen und Umteilungen in eine andere Schulart auf der Sekundarstufe I (während/nach Schuljahr 2022/2023)**

	1. RS – 1./2. OS	2. RS – 2./3. OS	3. RS – 3./4. OS	1. LG – 1./2. RS	2. LG – 2./3. RS	3. LG – 3./4. RS
Freiwilliger Wechsel	2	–	–	3	2	2
Umteilung	5	4	1	–	2	2
<b>Gesamt Schulwechsel</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>4</b>
Repetitionen	5	1	5	–	0	0

**Volksschule – Kindergarten bis 9. Schuljahr**

Aufgrund der Einführung des Liechtensteiner Lehrplans bis im Sommer 2024 und dessen Kompetenzorientierung, muss auch die Beurteilung der Schülerinnen und Schüler neu diskutiert und entsprechend angepasst werden. Während der erste Teil des Konzepts mit den theoretischen Grundlagen zum Thema Beurteilung bereits länger vorliegt und den Schulen übergeben werden konnte, wurde die Praxismappe als zweiter Teil im Berichtsjahr den Schulleitungen vorgestellt. Am Ende dieses Berichtsjahres gab das Schulamt den Schulleitungen Einblick in die Planung zum dritten Teil des Beurteilungskonzepts: 2024 werden sich Pilotschulen mit neuen Formen der Codierung, die der Kompetenzorientierung entsprechen, auseinandersetzen und wähen zwei Jahren Erfahrungen sammeln. Die Beurteilung im Rahmen eines kompetenzorientierten Unterrichts benötigt eine intensive Auseinandersetzung, weshalb diese zusätzlich eingesetzte Planungszeit benötigt wird.

Im schulischen Kontext bezieht sich Beurteilung auf die Bewertung und Einschätzung der Leistungen, Fortschritte und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler. Die Beurteilung in der Schule dient dazu, den Lernstand der Schüler zu erfassen, ihre Stärken und Schwächen zu identifizieren und ihnen Rückmeldungen zu geben sowie sie dann entsprechend zu fördern.

Die Anmeldezahlen zeigen ein hohes Interesse am Waldkindergarten in Eschen. Auch im zweiten Jahr kann von einer gelingenden und pädagogisch wertvollen Umsetzung berichtet werden. Organisatorische und administrative Abläufe haben sich unterdessen eingespielt und sich zu routinierten Abläufen entwickelt. Die Zufriedenheit seitens Eltern sowie durchführenden Lehrpersonen ist sehr hoch und auch bei den Kindern feststellbar.

Die Zusammenlegung aller Kindergartenstandorte in das Schulhaus der Gemeindeschule Mauren wurde abgeschlossen und der Neubau bezogen. Mit einer festlichen Eröffnung konnte der Betrieb aufgenommen werden und der Unterricht reibungslos fortgesetzt werden. Die neuen Räumlichkeiten zeigen in akustischer, visueller und ebenso atmosphärischer Weise eine sehr hohe Qualität.

Für ein Kind mit einer längerfristigen Erkrankung konnte mittels eines sogenannten Avatars erstmalig in Liechtenstein eine weitere Beschulung in direktem Austausch mit der Schulklasse ermöglicht werden. Durch dieses technische Hilfsmittel wurde nicht nur der fortlaufende Lernzuwachs unterstützt, sondern auch die soziale Anbindung des Kindes an die Klasse sichergestellt.

Klassenhilfen leisteten an den Gemeindeschulen, aber auch an den Oberschulen einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Bildungsqualität. Sie entlasten Klassenlehrpersonen und unterstützen die Klassen oder einzelne Schülerinnen und Schüler. Auch wenn den Klassenhilfen keine pädagogische Funktion zugeteilt ist, stossen sie an den Schulen auf breite Akzeptanz. Im Berichtsjahr führte die Pädagogische Hochschule St. Gallen im Auftrag des Schulamts eine Weiterbildung aller neuen Klassenhilfen durch. Zusätzlich wurden alle Klassenhilfen im Rahmen eines Workshops zum Datenschutz sensibilisiert.

Alle geplanten Meilensteine (Beurteilungen des Schul- und Lehrpersonals) des Berichtsjahres wurden von der Schulaufsicht wie vorgesehen durchgeführt, die Stellenplanung und -besetzung wurde in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverantwortlichen sichergestellt und die Leistungsdialoge mit den Schulleitungen wurden ebenfalls umgesetzt. Zusätzlich tauschte sich die Schulaufsicht im Rahmen der Koordinationssitzungen mit den Schulleitungen aus.



Die Zuteilungsquoten in den Oberschulen zeigen sich mehr oder weniger konstant. Die Oberschulen Vaduz und Triesen starteten im Vergleich zum vergangenen Schuljahr mit einer Klasse mehr ins Schuljahr 2022/2023. Die Zahlen der Oberschule Eschen sind gleichbleibend.

Durch die Leitidee der Inklusion sind an den Oberschulen vermehrt Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen zu verzeichnen. Daher werden verstärkt individuelle Klassenhilfen eingestellt, um die Lehrpersonen zu entlasten und den betroffenen Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Schulbesuch zu ermöglichen. Gleichzeitig stellen die unterschiedlichen Leistungsniveaus die Lehrpersonen vor zusätzliche Herausforderungen. So hat die Oberschule auch die Verantwortung, begabtere Schülerinnen und Schüler, die manchmal einseitig herausragende Fähigkeiten besitzen, zu fördern. Diese Schülerinnen und Schüler müssen befähigt werden, sich im Wettbewerb mit Gleichaltrigen anderer Schularten in der Berufswelt zu behaupten.

Das bewährte Klassenlehrpersonensystem ist an den Oberschulen weiterhin Praxis. Dadurch erhalten die Schülerinnen und Schüler den Grossteil ihres Unterrichts von ihren Klassenlehrpersonen. Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler profitiert von diesem System, da es Sicherheit sowie Beständigkeit gewährleistet. Auch die Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten wird dadurch zielgerichteter und niederschwelliger gestaltet. Ab der 3. Stufe nimmt der Berufswahlprozess einen wesentlichen Platz ein. Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB) sowie diversen Berufsverbänden werden die Erziehungsberechtigten optimal beraten und die Lernenden ganzheitlich auf den Wechsel in die Berufslehre vorbereitet.

Auch die Realschulen beschäftigte die Einführungsphase des LiLe weiterhin. Der kompetenzorientierte Unterricht und die damit verbundene Schulentwicklung standen im Fokus. Dies wurde durch Standortanalysen im Rahmen von «DigiBoost», kombiniert mit dem pädagogisch-didaktischen Einsatz der digitalen Geräte, unterstützt. Die Begleitung durch externe Fachpersonen erweist sich als wertvoll, da die Teams bei ihren Stärken abgeholt und in der Weiterentwicklung unterstützt werden.

Die regulären Schulanlässe für die Schülerinnen und Schüler sowie die Veranstaltungen zur Berufswahl konnten im bewährten Rahmen durchgeführt werden. Im Berichtsjahr erhielten Liechtensteiner Realschulen Preise im Rahmen von Erasmusprojekten: Die Realschule Vaduz gewann den EITA-Award und die Realschule Schaan zwei eTwinning-Anerkennungspreise.

Die einzelnen Realschulen haben sich mit schulhaus-spezifischen Schwerpunkten auf Themen spezialisiert, welche die Teams besonders intensiv bearbeiteten. Solche Themen waren: Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM), die sowohl aus Lehrpersonen- als

auch Schülerinnen- und Schüler-Perspektive bearbeitet wurden, Lernetelier und Coaching, Einführung des sogenannten «Churer Modells», Einführung von selbst-reguliertem Lernen sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

### **Freiwilliges 10. Schuljahr (ZSJ)**

Im Schuljahr 2022/2023 besuchten insgesamt 54 Schülerinnen und Schüler das Freiwillige 10. Schuljahr. Zusätzlich ist ein Intensivkurs DaZ am Standort angegliedert, den 11 Schülerinnen und Schüler besuchten. Die Lernenden am ZSJ wurden im abgelaufenen Schuljahr in zwei Normalklassen (Pro lingua und Cyberclass) und zwei Kleinklassen (Zukunftsbrücke, Werkklasse) unterrichtet und betreut.

Erneut zeigte sich, dass es, bedingt durch fortwährende Mutationen, zu erheblichen Schwankungen bei den Schülerzahlen kommt. Im ersten Semester wechselten einige Schülerinnen und Schüler bereits zu Beginn des Schuljahres in eine Lehrausbildung oder eine weiterführende Schule. Die intensiven Bemühungen im Bereich der Berufswahlvorbereitung (Bewerbungstraining, Beratung, Lehrstellensuche) zeigten hier rasch Wirkung und das zentrale Schulziel – eine adäquate Anschlusslösung für jede Schülerin und jeden Schüler zu realisieren – wurde für sie bereits in den ersten Schulwochen erreicht. Die freiwerdenden Kapazitäten wiederum ermöglichten die Aufnahme von Jugendlichen, die nach einem Lehrabbruch auf der Suche nach einer Brückenlösung waren und die im zweiten Anlauf den Einstieg in die Berufswelt realisieren. Eine besondere Herausforderung stellte die Aufnahme von insgesamt dreizehn Jugendlichen aus der Ukraine dar. Vier davon meldeten sich bereits während der ersten Schulwochen wieder ab, um ein Fernstudium in der Ukraine zu beginnen.

Von den Absolventen im Schuljahr 2022/2023 traten rund 82% (30 Schülerinnen und Schüler) eine Lehre oder ein Praktikum (zwei Schüler) an, drei Schülerinnen und Schüler wechselten an eine weiterführende Schule. Drei Jugendliche aus der Ukraine nutzten die ausserordentliche Möglichkeit ein weiteres Jahr im ZSJ anzuhängen.

Die guten konzeptionellen, organisatorischen und räumlichen Rahmenbedingungen, ein erfahrenes Lehrpersonenteam und die enge Zusammenarbeit mit den Partnern aus der Wirtschaft, mit Ämtern und Behörden sowie Fachpersonen externer Institutionen tragen Jahr für Jahr zum Erfolg der Schule bei.

### **Liechtensteinisches Gymnasium (LG)**

Das Liechtensteinische Gymnasium feierte sein 85-Jahr-Jubiläum mit einem Tag der offenen Tür genau 85 Jahre nach dem ersten Schultag des Marianums. Dieses Jubiläum wurde zusätzlich mit zwei Vorträgen gefeiert. Dr. Peter Geiger schaute zurück in das Jahr 1937 und erläuterte allen Schülerinnen und Schülern die historischen Rahmenbedingungen rund um das

Gründungsjahr. Dr. Karin Frick vom Gottlieb Duttweiler Institut wagte einen Blick in die Zukunft und sprach über die Weiterentwicklung der Digitalisierung und über das Leben im «Metaverse».

«Was ist guter Unterricht?», diese Frage stand im Zentrum der Gesamtkonferenzen und der internen Weiterbildungen. Alle Schülerinnen und Schüler, die Lehrpersonen, die Mitglieder der Unterrichtskommission sowie der Vorstand der Elternvereinigung konnten zu dieser Frage ihre Meinung äussern. Die umfangreichen Rückmeldungen wurden von der Steuergruppe ausgewertet und zusammen mit dem Rektorat wurde beschlossen, das Thema Methodenvielfalt ins Zentrum der Schulentwicklung im kommenden Schuljahr zu setzen.

Die konkreten Bauarbeiten am Erweiterungsbau «Haus Rot» begannen auf Beginn des Berichtsjahres. Die Arbeiten gingen gut voran und am 12. Mai erfolgte der offizielle Spatenstich mit den Ansprachen der

Regierungsrätinnen Dominique Hasler und Dr. Graziella Marock-Wachter sowie des Architekten Ivan Cavegn.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Neubaus und des Erweiterungsbaus verfasste die «Arbeitsgruppe Umnutzung» ein Konzept, in dem sie ihre Vorstellungen zur zukünftige Raumnutzung der freiwerdenden Zimmer und Flächen im bestehenden Gebäude schriftlich darlegte.

### Sportschule Liechtenstein auf der Sekundarstufe I und II

Im Berichtsjahr besuchten 74 Schülerinnen und Schüler aus neun verschiedenen Sportfachverbänden die Sportschule Liechtenstein. 48 Talente nutzten die schulische Sportförderung auf der Sekundarstufe I (an der Realschule Schaan) und 26 auf der Sekundarstufe II (am Liechtensteinischen Gymnasium). Insgesamt sind neun verschiedene Sportarten an der Sportschule vertreten, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.

### Übersicht der Sportschülerinnen und Sportschüler 2023

Verband	LFV	LVB	LRV	LEV	LSV	LTV	LSCHV	JVL		
	Fussball	Volleyball	Radsport	Eislauf	Skisport Alpin	Skisport Nordic	Tennis	Schwimmen	Judo	<b>Gesamt</b>
Sportschule Schaan	22	1	0	2	15	3	2	0	3	<b>48</b>
Gymnasium Oberstufe	11	4	1	0	1	5	1	2	1	<b>26</b>

## **Berufsmaturitätsschule Liechtenstein (BMS)**

Im Schuljahr 2022/2023 wurden vier Vollzeitlehrgänge sowie zwei berufsbegleitende Tageslehrgänge geführt. 57 Studierende hatten die Ausbildung im Vollzeitlehrgang in den Schwerpunkten «Gestaltung und Kunst», «Gesundheit und Soziales», «Technik, Architektur, Life Sciences» sowie «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Wirtschaft und Typ Dienstleistungen» gestartet. 20 Studierende begannen im berufsbegleitenden Tageslehrgang (Schwerpunkt «Technik, Architektur, Life Sciences»). Die Ungewissheit im Zusammenhang mit den durch den Kanton St. Gallen gesprochenen Kostenübernahmen hat sich erschwerend auf die Planung ausgewirkt. Definitiv zugesagt wird eine Kostenübernahme für die Schwerpunkte «Gestaltung und Kunst» sowie «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Dienstleistungen». Für die Ausrichtung «Technik, Architektur und Life Sciences» wird die Kostengutsprache (je nach Wohnsitz) für berufsbegleitende Studierende gewährt. Die mangelnde Kostenübernahme durch den Kanton St. Gallen senkt die Attraktivität der Berufsmaturitätsschule Liechtenstein für die in der Schweiz wohnhaften Studierenden erheblich. Entsprechende Massnahmen, um die Studierendenzahl stabil zu halten bzw. zu erhöhen, wurden getroffen. 22 Studierende im 3. Semester des berufsbegleitenden Tageslehrgangs besuchten die Schwerpunkte «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Wirtschaft» sowie «Technik, Architektur, Life Sciences».

## **Koordination Fachbereich Sprachen**

Der Fachbereich Sprachen umfasst die Teilbereiche Deutsch als Erstsprache, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und die Fremdsprachen. Über das Schulamtskontingent werden Koordinationsaufgaben im Bereich Fremdsprachen einer Lehrperson übertragen. Sie organisiert Weiterbildungen, klärt verschiedene Fragen zu Lehrmitteln und übernimmt Kommunikations- und Vernetzungsaufgaben gegenüber dem Schulamt und den Lehrpersonen der verschiedenen Schularten. Zudem finden regelmässig pädagogisch-didaktische Treffen mit den Sprachassistentinnen statt. Die Steuergruppe Sprachen des Schulamts koordiniert unter der Leitung der Koordinationperson Themen im Bereich des Sprachlernens auf Schulamtsebene, bereitet Lehrmittelentscheide vor und bearbeitet Aufgaben und Fragen aus Gremien der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen- und -direktoren (EDK) oder aus dem Europäischen Fremdsprachenzentrum (EFZM) in Graz.

Ebenfalls wird der Austausch über die aktuellen Arbeiten im Rat für deutsche Rechtschreibung in dieser Gruppe gepflegt. Liechtenstein war im Rat der Deutschen Rechtschreibung bis zum Ende des Berichtsjahres durch Renate Gebele-Hirschlehner vertreten. Die Nachfolge wurde durch die Regierung mit Dr. Karina Frick bereits designiert.

Im Berichtsjahr konnte zur Umsetzung der Massnahmen zur Förderung des Faches Französisch auf

Sekundarstufe I über den Leistungsauftrag mit dem Verein «Liechtenstein Languages» ein interaktives Atelier «Vivre la langue» entwickelt werden, welches bereits erste Einsätze an den Schulen vor Ort realisieren konnte. Im Fachbereich Englisch wurden grundlegende Rahmenbedingungen für den Übertritt von der Primarschule in die Sekundarstufe I geklärt.

## **Koordination Fachbereich Ethik und Religionen**

Von den 1'921 Kindern der Primarschulen Liechtensteins besuchen 33.0% (633 Schülerinnen und Schüler) den Unterricht in Ethik und Religionen, 66.3% (1'274 Schülerinnen und Schüler) sind im katholischen, 0.7% (14 Schülerinnen und Schüler) im evangelischen Unterricht und 11 Schülerinnen und Schüler im Islamunterricht. Sie werden von 14 Katechetinnen und Katecheten und 14 Priester unterrichtet. Darüber hinaus ist eine Lehrperson für den Evangelischen Unterricht und eine Lehrperson für den Islamunterricht eingeteilt.

In den Ober- und Realschulen besuchen von den 1'118 Schülerinnen und Schüler 928 Schülerinnen und Schüler (83%) den Unterricht in Ethik und Religionen sowie 190 Schülerinnen und Schüler (17%) den konfessionellen Religionsunterricht. Sie werden von 21 Lehrpersonen unterrichtet.

Im Berichtsjahr fanden Treffen mit der Katholischen Kirche, der Evangelischen Kirche, dem Verein für Offene Kirche sowie dem aha statt. Darüber hinaus fanden im Mai und November Vernetzungstreffen der Lehrpersonen für Ethik und Religion statt.

An der Planung der Fortbildungen für das kommende Jahr wurde mitgewirkt und die Koordination des Islamunterrichts wurde unterstützt. Auch wurden Anfragen des Schulamts bearbeitet und Kolleginnen und Kollegen bei inhaltlichen Fragen unterstützt. Ein daraus resultierendes Treffen der Katechetinnen und Katecheten mit Vertreterinnen und Vertretern des Schulamts ist in Planung. Ergänzend wurden Online-Gruppen der Primarschule und der Sekundarstufe I moderiert sowie Lehrmittel gesichtet.

## **Koordination Fachbereich Sport**

Die Aufgaben des Fachbereichs Schulsport sind die Qualitätssicherung und -entwicklung des Schulsports, die Koordination des Fachbereichs Schulsport und die Leitung der Arbeitsgruppe Schulsport. Im Berichtsjahr konnten 17 Kurse im Freiwilligen Schulsport mit 160 Teilnehmenden auf der Primarstufe durchgeführt werden. Auf der Sekundarstufe I wurden landesweit drei Kurse mit 40 Schülerinnen und Schülern angeboten. Dieses fakultative Angebot ergänzt den obligatorischen Schulsport und wird von den Schülerinnen und Schülern in ihrer Freizeit besucht. Es bietet eine gute Grundlage, um koordinative und konditionelle Fertigkeiten zu entwickeln und das Bewegungsrepertoire zu erweitern.

Die beliebten nationalen Schulsportmeisterschaften erfreuten sich über eine hohe Schülerinnen- und

Schülerbeteiligung. Erstmals wurde auch ein Wintersportangebot in die Agenda aufgenommen. An den neun Veranstaltungen wurden rund 1'400 Schülerinnen und Schüler gezählt. Der Olympic Day für die Primarstufen wurde in Kooperation mit dem Liechtenstein Olympic Committee zum fünften Mal durchgeführt. Der dezentrale Sportanlass mit 31 Sportstationen im ganzen Land und über 780 aktiven teilnehmenden Kindern konnte wiederum als voller Erfolg gewertet werden.

### **Koordination Fachbereiche Gestalten und Wirtschaft, Arbeit und Haushalt**

Die Koordinatorin für Gestalten und Wirtschaft, Arbeit und Haushalt (WAH) koordiniert den Austausch in den Fachbereichen über die Stufen hinweg, leitet gemeinsame Projekte und organisiert sowie begleitet fachrelevante Weiterbildungsangebote. Die Koordinatorin steht im Auftrag des Schulamts auch in der Verantwortung, die Lehrpersonen im Fachbereich WAH auf dem Laufenden zu halten, als Ansprechperson bei fachlichen Fragen zur Verfügung zu stehen und die freiwillige Reflexionsgruppe WAH zu führen.

Im Fachbereich Gestalten startete im Berichtsjahr die landesinterne Weiterbildung. Die Nachqualifikation befähigt Lehrpersonen, alle drei Teilbereiche des Fachbereichs Gestalten (textil, technisch und bildnerisch) gemäss neuem Lehrplan zu unterrichten. Die Weiterbildung dauert bis 2025. Das Angebot wird insgesamt von 15 Lehrpersonen genutzt. Acht Lehrpersonen qualifizieren sich für das Fach bildnerisches Gestalten und sieben Lehrpersonen für das Fach textiles Gestalten. Nebst zwei Tagen Fachdidaktik werden in Blockwochen verschiedene Techniken praxisnah vermittelt. Geleitet werden die Kurse durch ausgewiesene Fachpersonen. Zusätzlich wird von den Teilnehmenden ein Praktikum im entsprechenden Fach absolviert.

Im Berichtsjahr konnte die Gruppe «handmacht» wieder als Gast am Kunsthandwerkmarkt in Schaan dabei sein. Die vier angebotenen Workshops gaben Einblicke in das gestalterische Arbeiten, dessen Wichtigkeit in der Schule und Freizeit. Zudem wurde die Bevölkerung dazu animiert, sich selbst kreativ zu betätigen.

### **Gesundheitskoordination**

Die Gesundheitskoordinatorin unterstützt Schulen und Lehrpersonen bei der Umsetzung von Gesundheitsprojekten für die Schülerinnen und Schüler der Primar- und der weiterführenden Schulen. Im Berichtsjahr wurde die neu überarbeitete Ausstellung «Mein Körper gehört mir» für die Primarschulen angeboten, 16 Primarschulklassen mit insgesamt 223 Kindern nahmen an diesem interaktiven Parcours teil. Für die weiterführenden Schulen wurde die Jugendschutzausstellung «Love Limits» vom Kinderschutz St. Gallen für zehn Tage angemietet. 11 Schulklassen mit insgesamt 155 Schülerinnen und Schülern wurden durch die interaktive Ausstellung begleitet. Sowohl bei der Kinderschutz- als

auch bei der Jugendschutzausstellung wurden die Schülerinnen und Schüler von Fachpersonen der Institutionen «fa6» und «love.li» durch die interaktiven Parcours begleitet.

Im Berichtsjahr fanden vier Tages-Workshops des Gesundheitsförderungsprogramms «Gorilla» an unterschiedlichen Schulen statt, welche zum Ziel haben, das positive Bewegungs- und Essverhalten der Jugendlichen zu stärken.

Der Wettbewerb «WALK'N'BIKE TO SCHOOL» wurde in diesem Schuljahr sowohl im Frühjahr als auch im Herbst für die Primarschulen und weiterführenden Schulen erfolgreich durchgeführt. Im Frühjahr legten über einen Zeitraum von neun Wochen insgesamt 26 Schülerinnen und Schüler den Schulweg entweder zu Fuss oder mit dem Velo zurück. Im Herbst machten 358 Schülerinnen und Schüler bei der Veranstaltung mit. Das langfristige Ziel dieses Wettbewerbs ist es, die Kinder und Jugendlichen zu mehr Bewegung im Alltag zu animieren.

Eine weitere Tätigkeit ist die Organisation und die Vorbereitung des Schulprojekts «Triolog». Ziel dieses Schulprojekts ist die Entstigmatisierung psychischer Störungen. Dabei arbeiten Betroffene einer psychischen Störung, Angehörige von Betroffenen und eine Psychologin mit einzelnen Schulklassen der weiterführenden und höheren Schulen zusammen. Im Berichtsjahr wurden acht dieser Trialoge an den weiterführenden Schulen durchgeführt.

Eine Aufgabe der Koordinatorin Gesundheitsförderung sind zudem die Betreuung, die Qualitätssicherung und der Ausbau des regionalen Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen in Liechtenstein. Dazu gehört die Teilnahme an den Netzwerktreffen der Koordinatoren in Bern und Luzern sowie der Wissenstransfer ins Bildungssystem Liechtensteins.

Mit Ende des Schuljahres 2021/2022 wurde das langjährige Gesundheitsangebot «Back Academy» eingestellt. Dieses wird ab dem Schuljahr 2023/2024 durch das Projekt «FlickFlack» ersetzt. Seit Januar sind der «Flick-Flack»-Coach und zehn Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angestellt und mit der Ausarbeitung des Feinkonzepts des Programms beschäftigt. Ein ständiger bilateraler Austausch mit der Gesundheitskoordinatorin sowie fortlaufende Weiterbildungen für die Multiplikatorinnen sollen einen guten Projektstart und -verlauf sicherstellen.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld der Gesundheitskoordinatorin ist die Organisation von Weiterbildungsangeboten zum Thema Gesundheit und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für die Lehrpersonen.

### **MINT-Förderung**

Verschiedene Projekte prägten das Berichtsjahr aus Sicht der MINT-Förderung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik): In der Zusammenarbeit mit dem pepperMINT-Experimentierlabor wurden die

«Infento-Boxen» auf Initiative des MINT-Koordinators für die Schulen angeschafft. Diese Kits wurden erfolgreich mit der Realschule Vaduz im Herbstlager und während der Projektstage vor Weihnachten eingesetzt. Bei regelmässigen Meetings werden Ideen ausgetauscht, evaluiert und z. T. umgesetzt bzw. erprobt.

Im Rahmen des Kursangebots Weiterbildung für Lehrpersonen (WFL) wurden zwei MINT-Kurse ausgeschrieben. Einer der beiden Kurse wurde auch Industriepartnern und dem pepperMINT-Labor zugänglich gemacht. Das Projekt «Dream machine» wurde durch Kontakte mit der Universität Liechtenstein weiterentwickelt und um einen wichtigen Schritt erweitert.

Im Berichtsjahr waren die notwendigen Vorarbeiten für die «School Maker Faire» ein weiteres wichtiges Handlungsfeld, ging es doch darum, Schulen für die Teilnahme zu motivieren und die Informationen zum Schulbeginn bereitzustellen. In diesem Zusammenhang wurde auch das SWISE-Gremium [www.swise.ch](http://www.swise.ch) informiert und es ergab sich eine Zusammenarbeit mit dem Volksschulamt Glarus.

Auch mit der Arbeitsgruppe Industrielehrer (AGIL) besteht ein reger Austausch. So wurden unter anderem ein Round-Table mit Vertreterinnen und Vertretern der Realschulen und ein Round-Table mit den Oberschulen organisiert.

Der MINT-Award 2023 wurde geplant und erfolgreich umgesetzt. Gemeinsam wurde auch ein neues Format für den MINT-Award entwickelt, welches im Schuljahr 2023/2024 erstmals erprobt werden wird.

Darüber hinaus haben sich durch die Erasmus-Projekte des MINT-Koordinators viele internationale Möglichkeiten der Zusammenarbeit entwickelt. Bei diesen Gelegenheiten wird die landesübliche Zusammenarbeit zwischen Schule, Industrie und dem pepperMINT-Labor erwähnt, welche international grosse Beachtung findet.

### Private Schulen

Das Schulamt nimmt nach Massgabe der Gesetze die Aufsicht über die privaten Schulen in Liechtenstein wahr. Privatschulen müssen von der Regierung bewilligt werden und demselben Lehrplan folgen wie die öffentlichen Schulen. In Liechtenstein gibt es zwei bewilligte Privatschulen: Die formatio in Triesen und die Liechtensteinische Waldorfschule. Das Schulamt prüft und genehmigt die Anstellung von Lehrpersonen und macht im Rahmen der Schulaufsicht auch Unterrichtsbesuche. Das Handbuch «Aufsicht der Privatschulen im Fürstentum Liechtenstein» vom 1. Juli 2015 präzisiert die Aufgaben.

Des Weiteren koordiniert das Schulamt die Einrichtung der Subventionen für Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulalter an Privatschulen und beaufsichtigt die Einhaltung der Leistungsvereinbarungen mit Schulen, die im Auftrag der Regierung besondere Aufgaben übernehmen.

### Stiftung für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein

Das Heilpädagogische Zentrum in Schaan stellt die einzige Sonderschule in Liechtenstein dar. Auf der Basis von Leistungsvereinbarungen wurden die Aufgaben im Sonderschulbereich sowie im Bereich der pädagogisch-therapeutischen Massnahmen der Stiftung für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein übertragen. Die Vereinbarungen regeln die Leistungserbringung des Heilpädagogischen Zentrums des Fürstentums Liechtenstein (hpz).

Die Sonderpädagogische Tagesschule des hpz bietet Kindern und Jugendlichen in den Förderklassen sonderpädagogischen Unterricht mit individueller Förderung und Vorbereitung auf die Berufsbildung. Kinder mit einer erheblichen Sprach- bzw. Sprechproblematik im normalen Begabungsbereich werden in den Sprachförderklassen unterrichtet. Die Förderung der Schülerinnen und Schüler werden durch verschiedene Therapieformen ergänzt.

Im Schuljahr 2023/2024 besuchen 25 Kinder – davon 5 aus Liechtenstein und 20 aus der Schweiz – die Sprachförderklassen des Kindergartens und 28 Kinder – davon neun aus Liechtenstein und 19 aus der Schweiz – die Sprachförderklassen bzw. Einführungsklassen der Primarstufe. Die Förderklassen besuchen insgesamt 55 Schülerinnen und Schüler. Das hpz verfügt auch über einen Bereich «Therapie», welcher aus den pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM) Logopädie, Psychomotorik und Heilpädagogischer Früherziehung sowie – jedoch ausserhalb der Leistungsvereinbarung – den medizinischen Therapien Physiotherapie und Ergotherapie besteht. Für einen grossen Teil der Kinder war es notwendig, mehr als eine Therapiemethode in Anspruch zu nehmen. Der regelmässige Kontakt zum Schulamt und zu den verschiedenen Ämtern und Ärzten sowie die intensiven Besprechungen und Runden Tische in Schulen und Kindergärten gewährleisteten auch im Berichtsjahr eine gute Zusammenarbeit.

### Waldorfschule

Im Schuljahr 2023/2024 sind 114 Schülerinnen und Schüler in zwei Kindergärten und neun Schulstufen an der Waldorfschule eingeschrieben. Das Personal setzt sich aus zwei Kindergärtnerinnen sowie neun Lehrpersonen zusammen. Die Waldorfschule bietet ausserdem eine KiTa an (Spielgruppe, Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung). Die pädagogische Arbeit basiert auf der Waldorfpädagogik Rudolf Steiners (1861 – 1925) mit Fokus auf der künstlerischen Unterrichtsgestaltung. Österreich setzt das Abschlusszeugnis der Waldorfschülerinnen und Waldorfschüler nach dem 9. Schuljahr dem Hauptschulabschluss gleich. Die Liechtensteinische Waldorfschule arbeitet im Projekt «Wege zur Qualität» mit der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf-Steiner-Schulen der Schweiz zusammen.



### **formatio Privatschule**

Die formatio Privatschule ist eine Schule mit Öffentlichkeitsrecht. Sie wird als Ganztageschule geführt und besteht aus einer Primar- und Sekundarschule sowie einem Oberstufengymnasium, das nach dem Profil «Lingua» mehrsprachig geführt wird. Plurilingualität ist neben Digitalisierung, Vernetzung und Persönlichkeitsbildung einer der vier Kernbereiche der Schule und spiegelt sich in allen Unterrichtsfächern wider.

Alle acht Kandidatinnen und Kandidaten des Schuljahres 2022/2023 haben im Juni des Berichtsjahrs ihre Reifeprüfung erfolgreich bestanden. Im aktuellen Schuljahr 2023/2024 besuchen 111 Schülerinnen und Schüler die formatio Privatschule, welche von insgesamt 28 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet und begleitet werden.

### **Hochschulen und hochschulähnliche Einrichtungen**

Das Schulamt unterstützt die Regierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hochschulbereich gemäss Hochschulgesetz. Im Auftrag der Regierung nimmt eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schulamts beratend an den Sitzungen der Leitungsorgane der Hochschulen und Trägerhochschulen teil und vertritt Liechtenstein in regionalen und internationalen Gremien wie beispielsweise der Ostschweizer Fachhochschule, der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK), der Bologna-Follow-Up-Group und entsprechenden EWR-Konferenzen. Zudem ist das Schulamt Kontaktstelle für das In- und Ausland bei Fragen betreffend die Anerkennung akademischer Diplome und Abschlüsse. Alle in Liechtenstein und von Liechtenstein aus tätigen Hochschulinstitutionen, die akademische Titel verleihen, müssen von der Regierung bewilligt werden und sind zu jährlicher Berichterstattung verpflichtet. Der Hochschulbereich Liechtensteins umfasst aktuell zwei anerkannte Hochschulen und das Liechtenstein-Institut als hochschulähnliche Einrichtung. Daneben zählt Liechtenstein gemeinsam mit verschiedenen Schweizer Kantonen zu den Trägern der Ostschweizer Fachhochschule (OST) sowie der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich (HfH).

Ein besonderes Ereignis ist die alljährliche Vergabe der Liechtenstein-Preise zur Förderung von Forschungsleistungen in Innsbruck und Liechtenstein. Der Liechtenstein-Preis, der seit 1983 an den beiden Innsbrucker Universitäten, der Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck verliehen wird, gilt als eine der renommiertesten Auszeichnungen für wissenschaftliche Forschung in Innsbruck. Der mit gesamthaft EUR 14'000 dotierte Preis für das Jahr 2022 wurde im Rahmen der Vergabefeier im Berichtsjahr zu gleichen Teilen verliehen an Dipl.-Ing. Dr. Matthias Neuner, Institut für Grundlagen der Technischen

Wissenschaften der Universität Innsbruck, Dipl.-Ing. Dr. Gertraud Medicus, Institut für Infrastruktur der Universität Innsbruck, Dr. Jonathan Singerton, Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie der Universität Innsbruck und Dr. med. univ. Julian Schwärzler Universitätsklinik für Innere Medizin der Medizinischen Universität Innsbruck. Der Liechtenstein-Preis für Nachwuchsforschende an der Universität Liechtenstein wird seit 2010 verliehen. Dieser ist mit einer Gesamtsumme von CHF 10'000 dotiert und ging an Matthias Herrmann-Romero, Lindsay Howe und Thomas Grisold.

### **Universität Liechtenstein**

Im Universitätsrat nimmt jeweils eine Vertreterin des Schulamts als Mitglied mit beratender Stimme teil.

Das Land richtete an die Universität Liechtenstein im Berichtsjahr einen Staatsbeitrag von CHF 14.8 Mio. für Lehre und Forschung sowie Mieten, Betrieb und Unterhalt sowie CHF 500'000 für die Erneuerung der IT-Infrastruktur aus. Zudem richtete das Land CHF 742'000 für eine 1%ige Lohnanpassung sowie 2.9% für den Teuerungsausgleich an die Universität aus.

Zudem hat der Hohe Landtag in seiner Sitzung vom 2. März der Gewährung eines Staatsbeitrages an den Forschungsförderungsfonds der Universität Liechtenstein für die Jahre 2023 bis 2026 in der Höhe von jährlich CHF 1 Mio. zugestimmt.

Mit Berichtsjahr sind die drei fachbezogenen und drei servicebezogenen Schools an der Universität Liechtenstein in Kraft getreten. Damit ist das Transformationsprojekt auf Organisationsebene erfolgreich abgeschlossen. Zudem erhielten die Liechtenstein Business School und die Liechtenstein Business Law School nach einem intensiven und mehrjährigen Akkreditierungsverfahren im Berichtsjahr die international anerkannte AACSB-Akkreditierung. Die Association to Advance Collegiate Schools of Business (AACSB) ist eine der bedeutendsten, unabhängigen Akkreditierungseinrichtungen mit Sitz in Tampa, Florida. Die AACSB-Akkreditierung fördert und unterstützt Bildungseinrichtungen der Wirtschaftswissenschaften dabei, die Qualität in allen Bereichen – Forschung, Lehre, Weiterbildung und Transfer – kontinuierlich zu verbessern. Weltweit erfüllen nur sechs Prozent der universitären Business-Schools die AACSB-Akkreditierungsstandards.

### **Ostschweizer Fachhochschule (OST)**

Nachdem der Landtag im Jahr 2019 dem Beitritt zur Vereinbarung über die «OST – Ostschweizer Fachhochschule» vom 15. Februar 2019 und der Aufhebung der «Vereinbarung über die Hochschule für Technik Buchs» vom 20. Juni 1968 zugestimmt hat, ist die Vereinbarung über die «OST – Ostschweizer Fachhochschule» seit 1. Januar 2020 in Kraft. Liechtenstein ist einer von sieben Trägern der Fachhochschule und ist in deren

strategischen Organen, der Trägerkonferenz und dem Hochschulrat vertreten. In der Trägerkonferenz nimmt die Bildungsministerin zusammen mit ihren kantonalen Amtskolleginnen und Kollegen teil. Die Trägerkonferenz tagte am 21. Juni und am 7. Dezember des Berichtsjahrs.

### **Internationale Akademie für Philosophie (IAP)**

Die Internationale Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein (IAP) wurde 1986 als staatlich anerkannte liechtensteinische Hochschule gegründet. Basierend auf der Feststellung, dass die Voraussetzungen zur Führung einer Hochschule gemäss Hochschulgesetz nicht mehr erfüllt sind, sowie einem Gutachten der österreichischen Qualitätssicherungsagentur AQ Austria wurde der IAP am 28. Januar 2020 die Bewilligung zur Führung einer Hochschule entzogen. Gespräche über die weitere Entwicklung der International Akademie für Philosophie wurden aufgenommen.

### **Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL)**

Die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein UFL ist eine von der Regierung gemäss Hochschulgesetz bewilligte private Hochschule. Sie bietet Doktorsstudiengänge in medizinischer Wissenschaft und in Rechtswissenschaften an. Laut Art. 38 des Hochschulgesetzes ist die Qualität der Hochschule mindestens alle sechs Jahre zu überprüfen, in der Regel durch eine staatlich zugelassene Akkreditierungsstelle. Als solche gelten gemäss Art. 13 der Hochschulverordnung die im Europäischen Register der Qualitätssicherungsagenturen angeführten Akkreditierungsstellen. Die letztmalige Überprüfung der UFL erfolgte im Jahr 2022 durch die deutsche Akkreditierungsagentur ACQUIN. Damit hat die UFL die gesetzliche Pflicht gemäss Art. 38 HSG erfüllt.

### **Liechtenstein-Institut**

Laut Hochschulgesetz gilt das Liechtenstein-Institut als Forschungsinstitut als hochschulähnliche Einrichtung. Gemäss Finanzbeschluss vom 22. Oktober 2019 erhält das Liechtenstein-Institut für die Jahre 2020 bis 2023 einen Staatsbeitrag von CHF 1.25 Mio. jährlich. Im Berichtsjahr gelangte das Liechtenstein-Institut mit einem Finanzgesuch für die Jahre 2024 bis 2027 an den Hohen Landtag. Gemäss Finanzbeschluss vom 31. Mai 2023 erhält das Liechtenstein-Institut für die Jahre 2024 bis 2027 einen Staatsbeitrag von CHF 1.325 Mio. jährlich. Im Berichtsjahr führte das Liechtenstein-Institut diverse Umfragen und zahlreiche Veranstaltungen durch. Einen Schwerpunkt des Berichtsjahrs bildeten dabei Veranstaltungen und Publikationen zum 100-Jahr-Jubiläum des Zollvertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein.

### **Wissenschaftsverbund Vierländerregion Bodensee WIR**

Zum 1. Januar 2023 hat der Wissenschaftsverbund Vierländerregion Bodensee EVTZmbH als Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit die Rechtsnachfolge der Internationalen Bodensee-Hochschule IBH angetreten. Der Wissenschaftsverbund organisiert und unterstützt die Kooperation der Universitäten und Hochschulen in der Vierländerregion Bodensee. Die Universität Liechtenstein und die Ostschweizer Fachhochschule (OST) sind Mitglieder des Wissenschaftsverbundes. Der aktuelle Leistungsauftrag sowie die Finanzierung sind in der Leistungsvereinbarung 2022 bis 2025 der Internationalen Bodenseekonferenz mit der Internationalen Bodensee-Hochschule IBH festgelegt.

### **Lindauer Nobelpreisträgertagung**

Liechtenstein beteiligt sich seit 2008 durch eine Zustiftung des Landes und führender privater Unternehmen an den Lindauer Nobelpreisträgertagungen. Dadurch wird die Teilnahme talentierter Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforscher aus Liechtenstein an den Veranstaltungen ermöglicht. Das «Gremium zur Umsetzung des Memorandums of Understanding mit der Stiftung Lindauer Nobelpreisträgertreffen» führte seine Tätigkeiten entsprechend den Vorgaben im Berichtsjahr durch.

Vom 25. bis 30. Juni fand in Lindau die 72. Lindauer Nobelpreisträgertagung statt. Sie war der Disziplin Physiologie/Medizin gewidmet. Für Liechtenstein hat Dr. Carole Marxer, Postdoktorandin an der Universität Basel, teilgenommen. Im Rahmen der Tagung hat das Kuratorium der Lindauer Nobelpreisträgertagungen zudem einen Empfang für die akademischen Partnerinstitutionen veranstaltet, an dem ein Vertreter der Universität Liechtenstein teilgenommen hat. Dabei wurde über das Auswahlverfahren und die Auswahlkriterien für die zukünftigen Tagungen informiert.

Im Berichtsjahr wurde ausserdem für die Tagung 2024 (Physik) die Ausschreibung vorbereitet und über die Regierung in den Landeszeitungen der Öffentlichkeit kommuniziert. Mit Hilfe ehemaliger Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie über die Verbreitung der Ausschreibung an diversen Universitäten haben sich drei Kandidatinnen und Kandidaten beworben. Zwei Bewerbungen konnten aufgrund der ausgewiesenen Qualifikationen der Lindauer Stiftung zur Nomination vorgeschlagen werden.

Weiterhin wurde im Januar 2023 auf Basis des Memorandums of Understanding mit der Regierung das Reglement des Gremiums Nobelpreisträgertagungen an der Universität Liechtenstein in Kraft gesetzt. Auf der Grundlage des Reglements wurde im August nach den altersbedingten Rücktritten der bisherigen Mitglieder Dieter Gunz und Ludwig Kaminski das Gremium neu besetzt. Zu neuen Mitgliedern wurden Prof. Dr. Thomas Meier und PD Dr. med. Rebecca M. Hasler vom Rektor der Universität Liechtenstein, Dr. Christian Frommelt ernannt.

## Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit konnte im Schuljahr 2022/2023 den Aufbau der Schulsozialarbeit an den Gemeindeschulen abschliessen. Insgesamt ist die Schulsozialarbeit in Liechtenstein nun mit 830 Stellenprozent an den Schulstandorten der öffentlichen Schulen vertreten. Davon sind rund 460 Stellenprozent (im Vorjahr noch 180 Stellenprozent) an den Gemeindeschulen angesiedelt und 370 Stellenprozent an den Sekundarschulen. Dieser Stellenausbau von rund 280% führt unweigerlich zu einer Zunahme der bearbeiteten Fälle. So wurden im Berichtsjahr durch zwölf Fachpersonen gesamthaft 562 Beratungen bei Schülerinnen und Schülern, 227 Gruppenberatungen, 67 Klasseninterventionen und 7 Interventionen mit gesamten Stufen durchgeführt. Lehrpersonen wurden 66 beraten, Eltern und Erziehungsberechtigte 13 und rund 7 Beratungen fanden mit anderen Personen aus dem Umfeld der Schulen statt.

In diesen Beratungen wurden folgende Themen bearbeitet: Konflikte (568), Freundschaft (348), Soziales Verhalten (346), Klassenklima (296), Familie (280), Gewalt (193), Freizeit (172), Lernen (158), Druck (113), Gesundheit (109), Psychische Auffälligkeiten (88), Mobbing (86), Stress (62), Schulabsentismus (42), Soziale Medien (39), Unstimmigkeiten mit Schülerinnen und Schülern (29), Scheidung (28), Cyber-Mobbing (27), unorganisiert sein (26), Gamen (25), Unstimmigkeiten mit Lehrpersonen (25), Unstimmigkeit mit Eltern (23), Migration (22), Ängste (22), Ritzen (20), Berufswahl (18), Trauer (18), AD(H)S (18), Suizidalität (15), Essstörungen (14), Selbstvertrauen (14), Inklusion (13), Diskriminierung (12), Sexualität (11), Diebstahl und Tabak (11) sowie weitere in tiefer Anzahl.

«Konflikte» und «Freundschaft» sind auch in diesem Jahr die Spitzenreiter der bearbeiteten Themen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr haben «Sexting», «Stress» und «Druck» am stärksten abgenommen. Zugenommen haben die Themen «Cybermobbing» und «Mobbing» und «Unstimmigkeiten mit Eltern». Bei der Einordnung der Zahlen gilt es zu bedenken, dass der Stellenausbau an den Gemeindeschulen konsequenterweise auch zu einer Zunahme an Fällen führt.

Workshop-Themen in den Bereichen Früherkennung, Prävention und Partizipation waren neben «Digitale Medien» und «Sucht» vor allem auch «Klassenklima», um so möglichst frühzeitig präventiv Mobbing-situationen vorzubeugen. Die Schulsozialarbeit agiert weiterhin nahe bei den Jugendlichen und beobachtet relevante Entwicklungen, wie zum Beispiel im Bereich Sucht oder der Psychischen Gesundheit.

## Koordinationsstelle Inklusion und Diversität

Zur Koordinationsstelle Inklusion und Diversität (früher Besondere Schulbereiche), welche dem Pädagogischen Support (früher Pädagogische Arbeitsstelle) angehört, zählen die Schulischen Fördermassnahmen. Diese umfassen die Besonderen schulischen Massnahmen (BSM), die Pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM),

die Sozialpädagogischen Massnahmen, die Begabtenförderung sowie den Schulpsychologischen Dienst.

Ebenso koordiniert diese die Sonderschulung ausserhalb der Regelschule. Die Sonderschulung richtet sich an Kinder und Jugendliche, die in ihrer Entwicklung stark beeinträchtigt sind und einen ausgeprägten Bildungsbedarf aufweisen, welcher gemäss SchulFMV (Verordnung über die schulischen Fördermassnahmen) nicht durch andere Fördermassnahmen abgedeckt werden kann.

Die Zusammenarbeit mit dem hpz als einzige Sonderschule in Liechtenstein erfolgt auf Basis von einer Leistungsvereinbarung im Bereich Schule und einer Leistungsvereinbarung im Bereich der PTM, welche in einem jährlichen Controlling-Gespräch mit dem Schulamt besprochen wird.

Die Umsetzung des Förderkonzepts der öffentlichen Kindergärten und Pflichtschulen ist weiterhin intensiv im Gange. Die viermal jährlich stattfindenden BSM-Austauschtreffen der BSM-Lehrpersonen widmeten sich auch vermehrt dem Thema Inklusion. Caroline Sahli Lozano hielt im Berichtsjahr ein Online-Inputreferat, an welches auch im nächsten Kalenderjahr angeknüpft wird. Auch bei der Einführung und Umsetzung des LiLe liegen die Bemühungen darauf, dass alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Leistungsmöglichkeit im Rahmen der schulischen Fördermassnahmen bestmöglich unterstützt und gefördert werden.

Im Kursheft «Weiterbildung für Lehrpersonen» werden in jedem Schuljahr Kurse zum Bereich Inklusion und Diversität angeboten.

In diesem Jahr wurde die Zusammenarbeit mit dem Dachverband Eltern und Schule im Bereich Inklusion und Förderkonzept intensiviert. Es fanden drei Austauschgespräche statt, in welchen Fragen geklärt und Diskussionen geführt werden konnten. Auch im neuen Jahr soll daran angeknüpft werden, da die Eltern zu den wichtigen Stakeholdern gehören.

Generell ist das Thema Inklusion allgegenwärtig und es wurden mehrere Gespräche mit den Schulleitungen auch darüber geführt, damit die Lehrpersonen in der Umsetzung bestmöglich unterstützt werden können. Es besteht die Möglichkeit für externe Beratung und Unterstützung für Lehrpersonen direkt an der Schule, damit sie für ihre tägliche Arbeit mit der Schülerin oder dem Schüler Kompetenzen aufbauen können, ihr Wissen erweitern und auch weitergeben können.

Bei der Rechenschaftslegung werden Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen Bildungsbedarf resp. einem hohen Unterstützungsbedarf statistisch erfasst. Hierzu zählen

- Kinder und Jugendliche der Förderstufe 3, einer individuellen Klassenhilfe und einem PTM-Beratungs- und Unterstützungsbedarf über 4 Stunden der Förderstufen 1 und 2 sowie
- Kinder und Jugendliche, die in der Sonderpädagogischen Tagesschule Schaan, in einer Schweizer oder in einer Österreicher Sonderschule separativ gefördert werden.

## Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf im Berichtsjahr im Vergleich zu 2022

	2023	2022
Förderung von Kindern und Jugendlichen mit einem besonderen Bildungsbedarf in der Regelschule	83	68
Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Sonderpädagogischen Tagesschule Schaan (hpz) im Rahmen einer Sonderschulung	67	70
Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz im Rahmen einer Sonderschulung	14	9
Förderung von Kindern und Jugendlichen in Österreich im Rahmen einer Sonderschulung	4	4
<b>Total der Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen Bildungsbedarf</b>	<b>168</b>	<b>151</b>

### Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Beim Schulpsychologischen Dienst gingen im Berichtsjahr insgesamt 292 Anmeldungen ein. Sie verteilen sich auf folgende Schularten:

Kindergarten	41	10. Schuljahr	1
Primarschulen	108	Heilpädagogisches Zentrum	59
Oberschulen	20	Privatschule formatio	1
Realschulen	14	Waldorfschule	0
Gymnasium	3	Berufslehre	7
Timeout Schule	2	Kleinkinder, Spielgruppen	14
IK-DaZ/LernHub	4	Internat und Privatschulen im Ausland	16
Privatunterricht	2	Total	292

Die Gründe zur Anmeldung bei den meisten Kindern und Jugendlichen waren Lern- und Verhaltensprobleme. Andere Anmeldegründe waren Fragen zur psychischen Gesundheit und Fragen zur Schullaufbahn: Ist eine Sonderschulung angezeigt? Soll das Kind eine Schulstufe überspringen? Soll es vorzeitig eingeschult werden? Ist es schulfähig? Soll es vorzeitig in den Kindergarten eintreten?

Zusätzlich zu den erwähnten Abklärungen und Beratungen nahm der Schulpsychologische Dienst (SPD) im Berichtsjahr folgende Aufgaben wahr: Beratung bei der Inklusion, Beratung und Stellungnahmen zum Nachteilsausgleich, Praxisberatung von Lehrpersonen bei der Berufseinführung, Praxisberatung von Lehrpersonen in schwierigen schulischen Situationen, Gruppenbeobachtungen, Auskünfte an Medien zu Fragen der Kinder- und Jugendpsychologie. Die Mitarbeitenden des SPD nahmen an Weiterbildungen zu den Themen Inklusion, psychische Gesundheit, Neue Autorität, Künstliche Intelligenz, Beurteilung im Kontext Schule, schwierige Schülerinnen und Schüler sowie Wertschätzende Führung teil und waren Mitglied in den Arbeitsgruppen Inklusion und Psychische Gesundheit. Sie trafen sich regelmässig zu gemeinsamen interdisziplinären Fallbesprechungen mit der Schulsozialarbeit und mit Ergänzungslehrpersonen und nahmen wiederholt an einer externen Interventionsgruppe teil.

### Timeout Schule (TOS)

Jugendliche der Sekundarstufe I, die in der Regelschule gemäss Stufenmodell keine Möglichkeiten mehr haben, werden auf Antrag der Schule und mit Zustimmung der Eltern aus der Stammklasse herausgenommen und besuchen für eine bestimmte Zeit, in der Regel für drei Monate, die Timeout Schule Liechtenstein in Gamprin. Der Besuch der Timeout Schule ist als schulische Variante zu sehen, welche Kindern und Jugendlichen die Chance eröffnen soll, durch erweiterte Betreuungs- und Beratungsstrukturen aufgefangen, geführt und stabilisiert zu werden. Es handelt sich dabei um eine Interventionsmöglichkeit bei Problemsituationen, welche sozial- bzw. sonderpädagogische Massnahmen umfasst, die letztendlich eine Wiedereingliederung eines Kindes oder eines Jugendlichen in die Stammklasse ermöglichen soll.

Im Berichtsjahr konnten, wie im Schuljahr davor, insgesamt 15 Jugendliche betreut werden. Davon waren sieben Mädchen und acht Jungen. Auch in diesem Berichtsjahr kamen die Jugendlichen aus allen drei Schularten. Insgesamt waren es vier Schülerinnen und Schüler aus den drei Oberschulen, sieben Schülerinnen und Schüler aus den Realschulen Vaduz, Schaan und SZU I und drei Schülerinnen und Schüler vom liechtensteinischen Gymnasium. Ein Schüler kam über den Kinder- und Jugenddienst zur Timeout Schule.

Im vergangenen Schuljahr wurden 80% der Schülerinnen und Schüler durch Therapeuten psychologisch und/oder psychiatrisch begleitet. Ein Viertel davon wurde während des TOS-Aufenthalts installiert. Ab November 2022 bis Ende des Schuljahres war die Auslastung nahezu konstant auf 100%. Gegen Ende des Schuljahres wurden auch die Notfallplätze benötigt.

Die Timeout Schule wird von sehr vielen Betrieben und Firmen des Landes unterstützt. Die Jugendlichen können einen Teil ihres Timeouts durch Arbeitseinsätze ausserhalb der Schule absolvieren und dabei im Arbeitsprozess mit Erwachsenen eine andere Rolle einnehmen.

Die Eltern- bzw. Familienarbeit ist ein wesentlicher Teil der Timeout Schule. Wöchentlich treffen sich alle Jugendlichen und jeweils mindestens ein Elternteil zur

Multifamilienarbeit. Ein wichtiges Ziel ist es, die Erziehungskompetenz der Eltern (wieder) zu stärken. Die Timeout Schule wird von einem interdisziplinären Fachgremium begleitet, welche sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Schulamts (Schulaufsicht, Pädagogische Arbeitsstelle, Leitung Schulsozialarbeit) und der zuständigen Fachperson des Amtes für Soziale Dienste zusammensetzt. Am Ende des Berichtsjahres fand eine Klausurtagung statt, in welcher das vergangene Jahr mit den Fachpersonen der Multifamilienarbeit, der Schulaufsicht und der Schulsozialarbeit reflektiert wurde und Massnahmen zur Verbesserung des Schulbetriebes beschlossen sowie umgesetzt werden konnten.

### Zentrum für Schulmedien

Zum «Zentrum für Schulmedien» (ZfS) gehören die Didaktische Medienstelle (DMS), der Amtliche Lehrmittelverlag (ALV), die Weiterbildung für Lehrpersonen (WFL) sowie der Schul-IT-Koordinator (SIK), eine Koordinationsstelle zwischen den Schulen und das pädagogische Medienmentorat (PMM).

Das Zentrum für Schulmedien eröffnete im Januar des Berichtsjahres die neuen Räumlichkeiten in der Pflugstrasse 28, Vaduz. Es wurde ein moderner Schulungsraum und ein Meetingraum neben dem Mehrfachbüro eröffnet. Die Modernisierung zeigt sich in einer transparenten Gestaltung sowie modernster Technik für Audio, Präsentationen und Videokonferenzen.

Die Angebote der DMS wurden von den Lehrpersonen rege genutzt. Während des letzten Jahres wurden von den gut 15'000 Medien rund 2'000 Medien physisch ausgeliehen. Für Verwaltung und Online-Reservierungen stand ab März ein neues Ausleihsystem zur Verfügung. Zusätzlich konnten die Lehrpersonen über eine im Juli eingeführte kollaborative Online-Mediathek und Filmplattform auf mehr als 8'600 digitale Medientitel zugreifen. Gesamthaft wurden im letzten Schuljahr rund 6'000 Medien online oder physisch abgerufen bzw. ausgeliehen, was als guter Wert bezeichnet werden kann.

Lehrpersonen finden zudem unter [www.medienstelle.li](http://www.medienstelle.li) ein neues Ausleihprogramm und damit verbunden einen neuen Online-Katalog. Hier können für physische Medienrecherchen, Reservationen sowie Verlängerungen der Ausleihfristen vorgenommen werden.

Ebenfalls zu den Aufgaben des ZfS gehören die Konzipierung der Weiterbildung der Pädagogischen Medienkoordinatoren und -koordinatorinnen und die Begleitung des DigiBoost-Projektes. Die Partnerschaft zwischen privaten Anbietern und den Schulen funktioniert sehr gut und wurde im Berichtsjahr noch besser genutzt.

Der Amtliche Lehrmittelverlag ist für den termingerechten Ankauf, die Bereitstellung sowie Organisation der Lieferung der analogen als auch digitalen Lehrmittel für alle Schulstufen zuständig. Auch im Berichtsjahr konnten sowohl zu Hauptbestellzeiten als

auch zwischendurch die Schulen optimal bedient werden.

Im Berichtsjahr wurden durch das Weiterbildungsprogramm (WfL) 117 Kurse geplant und über die Administrationswebsite [www.wfl.li](http://www.wfl.li) sowie ein Leporello publiziert. Im Schuljahr 2022/2023 konnten 75.2% der angebotenen Kurse durchgeführt werden, bei den anderen Kursen gab es entweder zu wenig Anmeldungen oder andere Gründe (krankheitsbedingte Ausfälle der Dozenten u.Ä.). Dieser Wert deckt sich mit den Erfahrungen der letzten Jahre.

Zum Thema Medienprävention wurde die Live-Performance «angeklickt» im Berichtsjahr viermal aufgeführt. Die Aufführungen, die von den Lehrpersonen für ihre Schulklassen zur Sensibilisierung von realer und virtueller Welt gebucht werden können, bieten eine gute Ausgangslage, um das Thema in allen Zyklen erlebbar zu machen. Der Umgang mit Medien und Medieninhalten ist in der Wissensgesellschaft eine wichtige Kompetenz.

### Verein Liechtenstein Languages (LieLa)

Der Verein Liechtenstein Languages (LieLa) hat eine Leistungsvereinbarung mit der Regierung. Der Auftrag des Vereins ist eine effektive Sprachvermittlung in einer interaktiven und ermutigenden Weise. Als kleine Organisation setzt LieLa auf ein Kaskadenmodell: LieLa produziert die Lehrmittel und trainiert Lehrpersonen und Kursleitende. Bei grossen Projekten bildet es Trainee-Rinnen und Trainer aus, die ihrerseits Kursleitende ausbilden und begleiten.

Im Auftrag des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und in Zusammenarbeit mit RET INTERNATIONAL wurde im Berichtsjahr in der Türkei erfolgreich Sprachkurse in Englisch und Türkisch für Flüchtlinge angeboten. Evaluationen zeigen, dass die gewählte Methode den sozialen Zusammenhalt in aussergewöhnlicher Weise fördert und stärkt.

Durch die Finanzierung der Hilti Family Foundation konnten im ersten Halbjahr vier Intensivkurse Deutsch für die Geflüchteten aus der Ukraine durchgeführt werden. Über 60 Lernende haben mit viel Freude und Motivation an den acht Wochen dauernden Kursen teilgenommen. Im Auftrag des Schulamts wurden auch zwei Intensivkurse Deutsch für Jugendliche durchgeführt.

Im Schulbereich konnten Workshops für Lehrpersonen und Sprachassistenten durchgeführt werden. Das Sprachsensibilisierungsprojekt «Live-the-Language-Angebot» für Schulklassen erfreute sich grosser Beliebtheit. Es wurden 34 Workshops mit insgesamt 600 Schülerinnen und Schülern durchgeführt. «Vivre la Langue» startete mit Testworkshops für die Sekundarstufe I. Das neue Angebot zur Sprachsensibilisierung in Französisch wurde Ende Jahr offiziell gestartet.

Im Auftrag der Regierung vertrat «Liechtenstein Languages» das Land an der Internationalen



Deutschlehrertagung (IDT) in Wien, die alle drei Jahre stattfindet. Die Konferenz im Berichtsjahr war eine einmalige Gelegenheit, die Arbeit von LieLa 2'500 interessierten Lehrerinnen und Lehrern aus aller Welt zu zeigen und sich mit ihnen über guten Sprachunterricht auszutauschen.

Die Arbeit im Atelier konzentrierte sich auf Verbesserungen und die Entwicklung von neuen Kursen mit dem zugehörigen Kursmaterial. Der neue WORKS-Kurs mit 120 Stunden wurde fertiggestellt und für Englisch und Türkisch übersetzt und angepasst.

### Schülertransport

Die LIEmobil erbringt den Schülerzubringerdienst im Sinne von Art. 124 des Schulgesetzes. Der Schülerzubringerdienst stellt eine Zusatzleistung zum Grundangebot der LIEmobil dar. Im Einvernehmen mit dem Schulamt organisiert die LIEmobil alljährlich für Schulen, deren Träger der Staat ist, die Schülerzubringerdienste. Für die der Schulpflicht unterstehenden Schülerinnen und Schüler trägt der Staat die Kosten des Zubringerdienstes. Zur Nutzung des Angebots des Schülerzubringerdienstes der LIEmobil erhalten die Schülerinnen und Schüler ein auf die Schultage beschränktes Abonnement. Das Land Liechtenstein vergütet dieses mit CHF 200. Die Schülerinnen und Schüler können für einen Aufpreis von CHF 80 ein in der Gültigkeit unbeschränktes Jahresabonnement der LIEmobil erwerben. Der Gesamtaufwand für ermässigte Schülerabonnemente betrug im Berichtsjahr CHF 434'312.

### Schulbauten

Im Jahr 2018 genehmigte der Landtag die Schulbautenstrategie und in der Folge den Verpflichtungskredit für den Neubau eines «Schulzentrums Unterland II» in Ruggell. Mit dem Finanzbeschluss über CHF 56.1 Mio. durch den Landtag soll in erster Linie Schulraum geschaffen werden, welcher den Schülerinnen und Schülern der Ober- und Realschule aus den Gemeinden Ruggell, Gamprin und Schellenberg Platz bietet. Im Weiteren wurde die Schulanlage so konzipiert, dass darin Platz für die Berufsmaturitätsschule (BMS) entsteht. Damit kann für den Vollzeit- und Teilzeitlehrgang der BMS an einem Standort eine sach- und erwachsenengerechte Infrastruktur geschaffen werden. Durch die Nutzung der verschiedenen Räumlichkeiten durch die beiden Schulen werden Synergieeffekte erwartet. Für das aus dem Projektwettbewerb im 2021 erkorene Siegerprojekt «Fünf Freunde» konnte im Berichtsjahr die Vorprojektierung abgeschlossen werden.

### Hallenbad Schulzentrum Unterland

Im Berichtsjahr besuchten 84'930 Besucherinnen und Besucher das Hallenbad Schulzentrum Unterland. Das sind 802 Besucher mehr als im vergangenen Jahr.

Diese Eintritte verteilten sich auf 47'300 Erwachsene und 37'624 Kinder. In den Kindereintritten enthalten sind 19'589 Eintritte im Rahmen des Schulschwimmunterrichts. Die Eintritte von Vereinssportlerinnen und -sportlern des In- und Auslands beliefen sich auf 7'213. Der stärkste Monat im Jahr war der Januar mit 9'733 Besucherinnen und Besuchern, gefolgt vom November mit 9'261. Im Berichtsjahr wurde zudem das Kassasystem gewechselt. Die Anlage ist auf dem neuesten Stand der Technik und wurde von den Gästen gut aufgenommen. Im Dezember musste die alte Chloranlage (MZE) durch eine neue Anlage ersetzt werden, welche nun mit ihrer neuen Technologie den hohen Anforderungen entspricht und einen zuverlässigeren Betrieb gewährleistet. Die Mehrkampfmeisterschaften und Nachwuchswettkämpfe sowie der Tag der offenen Tür konnten erfolgreich durchgeführt werden. Die gesetzlich vorgeschriebenen Selbstkontrollen von Abklatsch- und Wasserproben gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlass.

### Jugendhaus Malbun

Der Alltag im Lagerbetrieb Jugendhaus hat sich im Berichtsjahr wieder vollständig normalisiert, da alle Massnahmen, welche durch die Covid-19-Pandemie notwendig wurden, wieder aufgehoben werden konnten. Das erste Winterlager fand wie jedes Jahr bei Schulstart nach Dreikönig statt. Die im Winter angebotenen Lagerwochen waren gut ausgebucht. Bereits in der ersten Maiwoche startete der Sommerlagerbetrieb mit einem Schullager aus Wien, welches durch das Fürstenhaus zu Stande gekommen ist. Sämtliche geplanten Belegungswochen konnten bis Herbst durchgeführt werden.

Das Jugendhaus Malbun wurde von 32 verschiedenen Gruppen aus dem In- und Ausland besucht (20 Gruppen aus Liechtensteinischen Schulen, 6 Gruppen aus Liechtenstein und 6 Gruppen aus dem Ausland). Für diese rund 1'100 Gäste wurden 9'400 Mahlzeiten zubereitet. Hinzu kamen noch 4'260 Übernachtungen mit Frühstück. Unabhängig von der Auslastung des Hauses ist der jährliche Gebäudeunterhalt und die Pflege der Aussenanlage durchzuführen. Grösstenteils werden diese Arbeiten in den belegungsfreien Wochen erledigt. Die budgetierten Vorgaben konnten eingehalten werden.

Gespräche mit Gästen und Lagerverantwortlichen belegen, dass das Jugendhaus und deren Verantwortliche auch in diesem Berichtsjahr seine Gäste bestens betreut und umorgt haben.

**Stipendienstelle**

**Anträge im Jahr 2023**

neue Anträge	Anzahl Personen
510	464

**Entscheide im Jahr 2023**

Anträge	Ablehnungen	zugesagte Stipendien in CHF	zugesagte Darlehen in CHF
511	151	2'366'741	2'006'540

**Ausgaben und Darlehensrückzahlungen für das Jahr 2023**

	Anzahl	Veränderung in % zum Vorjahr	in CHF	Veränderung in % zum Vorjahr
Stipendien	339	-4.78%	2'292'740	-3.82%
Darlehen	213	-15.14%	1'247'389	-5.08%
In Rechnung gestellte Rückzahlungsraten für Studiendarlehen	464	-9.38%	1'711'187	-5.00%

**Stipendien und Darlehen setzten sich im Jahr 2023 wie folgt zusammen**

		Stipendien	Darlehen
Hochschulen	Doktorat	17'857	37'088
	Bachelor, Master	1'922'449	1'044'715
Höhere Fachschulen		153'389	93'653
Berufsbildung Sek II	Fachschulen	27'311	9'870
	Berufslehren	56'573	25'098
Allgemeinbildung Sek II Weiterbildung	Gymnasium, BMS, DMS	15'390	6'437
		99'771	30'528
<b>Total</b>		<b>2'292'740</b>	<b>1'247'389</b>

Gemäss Art. 30 des Stipendiengesetzes kann gegen Entscheidungen und Verfügungen der Stipendienstelle Beschwerde bei der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten erhoben werden. Im Berichtsjahr wurde eine Vorstellung eingereicht. Die Stipendienstelle ist auf diese eingegangen und hat einen positiven Entscheid verfügt. Neben der Bearbeitung der Stipendienanträge und der Darlehensverwaltung ist die Implementierung der neuen Fachapplikation ein Schwerpunkt in der Stipendienstelle zur Optimierung einzelner Prozesse.

**Eurydice**

Liechtenstein beteiligt sich seit 1994 am europäischen Bildungsinformationsnetzwerk Eurydice. Die Teilnahme am Eurydice-Arbeitsprogramm wird von der Europäischen Kommission über Zuschüsse im Rahmen der EU-Bildungsprogramme (Erasmus+) finanziell unterstützt. Wesentliche Aufgaben des Netzwerks sind die Erstellung und Aktualisierung von umfassenden Beschreibungen der Bildungssysteme, die regelmässige Aktualisierung von Schlüsselzahlenberichten (z.B. Löhne von Lehrpersonal und Schulleitungen, Ferienkalender, Unterrichtszeiten) sowie die Teilnahme an vergleichenden Studien zu aktuellen bildungspolitischen

Themen. Für die Programmlaufzeit von April 2023 bis März 2025 wurden der Eurydice Informationsstelle Liechtenstein Finanzzuschüsse von gesamthaft EUR 81'855 zugesprochen. Mit diesen Mitteln wird die Erfüllung eines Teilauftrags für die Betreuung der Länderinformationen auf der Eurypedia-Bildungsinformationsplattform durch das Liechtenstein-Institut finanziert. Im Berichtsjahr wurden unter anderem Berichte «Förderung von Vielfalt und Integration in Schulen in Europa» und «Eckdaten des schulischen Fremdsprachenunterrichts in Europa – Ausgabe 2023» veröffentlicht.

### Diplomanerkennung

Als zuständige Behörde für die berufliche Anerkennung des Lehrberufs sowie als Informationsstelle für akademische Anerkennungsfragen (NARIC) beantwortet das Schulamt Fragen von Einzelpersonen, Hochschulen, Behörden sowie Unternehmen im In- und Ausland, arbeitet Empfehlungen aus und entscheidet über die Lehrbefugnis von Lehrpersonen an den öffentlichen sowie privaten Schulen. Anfragen zu beruflicher Anerkennung in anderen Berufsbereichen werden an die zuständigen Stellen weitergeleitet (Amt für Gesundheit, Amt für Volkswirtschaft, Finanzmarktaufsicht oder Rechtsanwaltskammer). Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 25 Anfragen im Bereich der beruflichen Anerkennung sowie 15 Anfragen im Bereich der akademischen Anerkennung beantwortet.

### Kommissionen/Verbände

#### Übertrittskommission

Bei der Aufnahme der Schülerinnen und Schüler der Primarschule an die weiterführenden Schulen kommt das Aufnahmeverfahren zum Zug, das in einen gemeinsamen Entscheid zwischen Schule und Erziehungsberechtigten mündet. Falls keine Einigkeit erzielt wird, kann durch eine Übertrittsprüfung der Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler festgestellt und eine Zuordnung in die Oberschule, Realschule oder das Gymnasium bestimmt werden.

Die Prüfungen werden von einer Übertrittskommission vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Die Übertrittskommission setzt sich aus mindestens je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Primar-, der Ober-, der Realschule und des Gymnasiums zusammen. Sie wird von der Regierung bestellt. Den Vorsitz hat das Schulamt. Im Berichtsjahr traten 27 Schülerinnen und Schüler der Primarstufe sowie 25 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe (Oberschule-Realschule: 18, Realschule-Gymnasium: 7) zu den Prüfungen an.

#### Kommission Sportschule

Im Berichtsjahr hat die Kommission Sportschule fünf Sitzungen abgehalten. Schwerpunktthemen waren die Überprüfung der Aufnahmegesuche sowie die sportlichen Verbleibkriterien. Zwei Sitzungen wurden dafür

aufgewendet, um an der konzeptionellen Umsetzung der Sportschule 2.0 gemeinsam mit den Interessensgruppen der Sportschule weiter zu arbeiten.

Im Rahmen des Aufnahmeprozesses wurden im Berichtsjahr 27 Schülerinnen und Schüler an der Sportschule Liechtenstein aufgenommen.

### Übersicht der aufgenommenen Sportschüler im Berichtsjahr

Klassenstufe	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	5. Klasse	6. Klasse	Gesamt
Sportschule Schaan	11	5	1	0	-	-	17
Gymnasium Oberstufe	-	-	-	9	0	1	10

### Unterrichtskommission Liechtensteinisches Gymnasium (LG)

Die Unterrichtskommission für das Gymnasium übt im Auftrag der Regierung Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus. Die Fachexpertinnen und Fachexperten besuchen regelmässig den Unterricht am Gymnasium und wirken auch in der schulinternen Weiterbildung der Lehrpersonen mit. Überdies liegt zudem die Überprüfung der Unterrichtsqualität und die Einhaltung des Lehrplans am Oberstufengymnasium der formatio Privatschule in der Zuständigkeit der Unterrichtskommission. Neben Unterrichtsbesuchen, Treffen mit den Fachschaften und Beurteilungen als Teil der Meilensteingespräche im Rahmen des leistungsabhängigen Lohnsystems waren einige Kommissionsmitglieder auch in diesem Jahr wieder als Expertinnen und Experten bei den Maturaprüfungen tätig. Die Jahresversammlung fand am 2. September statt.

### Unterrichtskommissionen Berufsmaturitätsschule (BMS)

Im Auftrag der Regierung übt die Unterrichtskommission der BMS Beratungs- und Kontrollbefugnisse an der BMS aus. Sie leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Neben Unterrichtsbesuchen umfasst die Tätigkeit der Kommission die Zusammenarbeit mit den Fachschaften in Fragen gemeinsamer Maturaaufgaben und Beurteilungskriterien. Die Fachexpertinnen und Fachexperten der Kommission wirken unterstützend bei der Evaluation und Weiterentwicklung des Prüfungs- und Ausbildungsniveaus der BMS mit. Neben Unterrichtsbesuchen, Treffen mit den Fachschaften, Beurteilungen als Teil der Meilensteingespräche im Rahmen des leistungsabhängigen Lohnsystems waren auch in diesem Jahr einige Kommissionsmitglieder wieder als Expertinnen und Experten bei den Maturaprüfungen tätig. Die Jahresversammlung fand am 20. September statt.

## Maturakommission

Die Maturakommission trägt gemeinsam mit dem Rektorat die Verantwortung für die Durchführung der Maturaprüfungen am Liechtensteinischen Gymnasium.

Die schriftlichen Prüfungen absolvierten die 57 Schülerinnen und 47 Schüler Ende Mai und Anfang Juni in der Mehrzweckhalle Spörry in Vaduz, die mündlichen Prüfungen fanden anschliessend an der Schule statt. Alle Schülerinnen und Schüler erfüllten die Zulassungsbedingungen zu den Prüfungen. Die Verteilung auf die Profile sah in diesem Jahr wie folgt aus: 30 im Profil «Wirtschaft und Recht» (davon 13 Sportschülerinnen bzw. -schüler), 30 im Profil «Neue Sprachen», 19 im Profil «Mathematik und Naturwissenschaften», 15 im Profil »Kunst, Musik und Pädagogik« sowie 10 im Profil «Lingua». 15 Schülerinnen aus den beiden Sprachprofilen besuchten den bilingualen Unterricht.

In einer gemeinsamen Maturafeier aller sieben Klassen im SAL mit anschliessendem Apéro im Lindahof konnte in einem würdigen Rahmen im Berichtsjahr 102 Maturantinnen und Maturanten das Maturazeugnis übergeben werden.

## Berufsmaturakommission

Die Berufsmaturakommission leitet und beaufsichtigt zusammen mit dem Rektorat das Verfahren zur Erlangung der Berufsmaturität. Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählen die Expertentätigkeit bei den mündlichen Abschlussprüfungen, das Genehmigen und Festsetzen der Prüfungs- und Abschlussnoten, der Entscheid über die Erlangung der Berufsmaturität und Entscheide über besondere Anträge von Kandidatinnen und Kandidaten. An der Prüfungssession im Juni traten insgesamt 75 Studierende zu den Maturitätsprüfungen an. 33 Studierende im Vollzeitlehrgang in den Schwerpunkten «Gesundheit und Soziales», «Gestaltung und Kunst», «Technik, Architektur, Life Sciences», «Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Dienstleistungen und Typ Wirtschaft»; 18 Studierende der berufsbegleitenden Lehrgänge «Gesundheit und Soziales» und «Technik, Architektur, Life Sciences» und neun Repetentinnen und Repetenten erhielten ein Berufsmaturazeugnis. Zusätzlich erhielten 15 Studierende ein Zertifikat für den Abschluss in einzelnen Fächern. An der Sitzung der Berufsmaturakommission vom 26. Mai wurde über die Erfahrungen des bestehenden Anwesenheitsreglements berichtet. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde eine neue überarbeitete Version auf das neue Schuljahr in Aussicht gestellt. Diese ist am 21. August in Kraft getreten. Zusätzlich befindet sich die Berufsmaturitätsschule Liechtenstein in einem grösseren Umbruch. Zusammen mit den Lehrpersonen wurde ein Leitbild erarbeitet, welches als Basis für die weiteren Schulentwicklungsprozesse dient.

## Kommission zur Prüfung von provisorisch angestellten Lehrpersonen

Eine mündliche Prüfung im liechtensteinischen Schulrecht, die im Dezember 2022 verschoben werden musste, fand im Januar 2023 statt. Eine mündliche Prüfung vom Vorjahr in liechtensteinischer Staatskunde wurde im Januar abgelegt. Im April fand eine Berufseinführungsveranstaltung in liechtensteinischer Geschichte in zwei Gruppen statt. Insgesamt nahmen 30 Lehrpersonen daran teil. Die schriftliche Prüfung fand im Mai statt.

Im August und September erteilte der Leiter Stabsstelle Recht an drei Abenden den Kurs liechtensteinisches Schulrecht. Es nahmen 34 Lehrpersonen daran teil. Die schriftliche Prüfung fand im September statt. Eine mündliche Prüfung wurde auf Januar 2024 angesetzt.

Der Kurs «Liechtensteinische Staatskunde» wurde anfangs Oktober an zwei Abenden abgehalten. Es nahmen insgesamt 27 Lehrpersonen teil. Die schriftliche Prüfung fand im November statt. Eine mündliche Prüfung fand im Dezember statt.

## Aussenkontakte und Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit in diversen Gremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen auf nationaler, regionaler und europäischer Ebene verfolgt das Ziel, die Qualität und die Anschlussfähigkeit des liechtensteinischen Bildungswesens zu gewährleisten und relevante Entwicklungen mitzugestalten. Sie bildet einen wichtigen Tätigkeitsbereich des Schulamts. Auf nationaler Ebene sind insbesondere die folgenden Ebenen der Zusammenarbeit von grosser Wichtigkeit:

- Elternvereinigungen
- Lehrpersonenvereine
- Gemeinden bzw. Vorsitzende der Gemeindeschulräte als Träger der Primarschulen und Kindergärten (u. a. Genehmigung Stellenplan)
- Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (Anschlussfragen und Laufbahnberatung), dem Amt für Soziale Dienste (Schulschwierigkeiten und familiäre Probleme, Frühförderung und Elternarbeit) und dem Amt für Bau und Infrastruktur (Neubauprojekte)
- Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden
- Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschafts-, Industrie- und Technikbetriebe

Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit ist die Einsitznahme in den Gremien und die Mitarbeit in den Fachgruppen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sowie in der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) und der Arbeitsgemeinschaft Schulevaluation (ARGEV), beides Gremien der Deutschschweizer Regionalkonferenzen, zu erwähnen. Durch die direkte Beteiligung an

Bildungseinrichtungen wie der OST – Ostschweizer Fachhochschule, der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH), der Interstaatlichen Maturitätsschule für Erwachsene St.Gallen/Sargans (ISME) und über Vereinbarungen wie dem Regionalen Schulabkommen und der Interkantonalen Fachhochschul- und Universitätsvereinbarung wird zudem der Zugang zu Ausbildungsstätten in der Schweiz sichergestellt. Weitere Abkommen und Netzwerkaktivitäten fördern die Anerkennung der liechtensteinischen Abschlüsse in Europa.

Das Schulamt hat eine leitende Rolle in zwei Erasmus+ Projekten «Co-Creating Inclusive School Communities» (Gemeinsame Schaffung von inklusiven Schulgemeinschaften) und «Mehrsprachigkeitsfördernde Module für den Fremdsprachenunterricht (MEMO) – Beispiele für einen sprachen- und kulturensensiblen Anfangsunterricht Französisch».

Am 15. November übernahm Liechtenstein den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates in Strassburg. Der Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee des Europarats wird auch an den Schulen in Liechtenstein stufenübergreifend thematisiert. Der Vorsitz wird genutzt, um verschiedene Ziele des Lehrplans zu vertiefen, an einem aktuellen Beispiel zu veranschaulichen und mit erlebbaren Ereignissen zu verknüpfen.

Schulamtsmitarbeitende nehmen zudem Vertretungsaufgaben in diversen bildungspolitischen Gremien des Europarates, der Europäischen Kommission sowie der EFTA wahr:

- EFTA Working Group for Education Training and Youth
- Steering Committee for Educational Policy and Practice (CDPPE)
- EFTA Working Group on Mutual Recognition of Professional Qualifications
- GRP Working Group on Equality and Values in Education and Training
- GRP Working Group on Schools
- Pathways to School Success
- EEA Strategic Framework Working Group on Digital Education: Learning, Teaching, Assessment
- European Commission: National advisory Services for digital education
- European Network of Information Centres in the European Region (ENIC)/National Academic Recognition Information Centres in the European Union (NARIC); Netzwerk der Nationalagenturen für Diplomanerkennung
- 5-Länderkonferenz der deutschsprachigen ENIC/NARICs
- Europäisches Register der Qualitätssicherungsagenturen EQAR

- Bologna-Follow-Up Group (Der Delegierte Liechtensteins in der Bologna Follow-Up Group fungierte als Mitglied einer Arbeitsgruppe, welche die Aufnahme der Republik San Marino in die Gemeinschaft der Bologna Staaten begleitet)
- Lenkungsausschuss des Europäischen Sprachenzentrums in Graz
- Eurydice-Bildungsinformationsnetzwerk

---

### Stabsstelle für Sport

---

#### Stabsstellenleiter: Jürgen Tömördy

*Die Aufgaben der Stabsstelle für Sport umfassen die Unterstützung der Regierung in sämtlichen Fragen betreffend den Sport, die Ausrichtung von Förderbeiträgen, die Durchführung von Jugend und Sport, die Förderung einer gesundheitswirksamen Bewegung und aktiven Freizeitgestaltung in allen Bevölkerungsgruppen, die Unterstützung der Bereitstellung bedürfnisgerechter Sportinfrastruktur und Raumnutzung sowie die Koordination von Sport- und Bewegungsförderungsprogrammen und -projekten des Landes, der Gemeinden und der Dachorganisation der liechtensteinischen Sportverbände. Die Stabsstelle für Sport ist unverändert mit 230 Stellenprozent besetzt.*

#### Jugend und Sport (J+S)

Jugend und Sport ist das staatliche Sportförderungsprogramm in Liechtenstein für den Breitensport. Es umfasst die Jugendausbildung für Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 20 Jahren und die Kaderbildung (Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm). Das Sportförderprogramm unterstützt ein regelmässiges, nachhaltiges und qualitatives Training mit Kindern und Jugendlichen. Für das Förderwerk «Jugend und Sport in Liechtenstein» wurde ein Betrag in Höhe von CHF 840'000 aufgewendet. Darunter fallen der Grundbeitrag an das Bundesamt für Sport, die Kinder- und Jugendausbildung sowie die Kaderbildung (Aus- und Fortbildungskurse für J+S-Leiter/innen).

#### Kinder- und Jugendsport

Jugend und Sport unterscheidet Kurse für Fünf- bis Zehnjährige (Kindersport) und Zehn- bis 20-Jährige (Jugendsport). Kindersportangebote sind Kurse mit der Philosophie der kindergerechten und vielseitigen Gestaltung. Jugendsportkurse werden in den spezifischen Sportarten angeboten. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 644 Kurse mit 4'580 Teilnahmen registriert.



	2023	2022	2021	2020
Organisationen, Vereine und Verbände	54	50	53	51
Sportarten	23	21	22	24
Kurse/Lager	644	613	672	673
Leitende	1'030	960	1'027	1'034
Knaben (Teilnahmen)	2'844	2'811	3'124	3'179
Mädchen (Teilnahmen)	1'736	1'630	1'906	2'128
Total (Teilnahmen)	4'580	4'441	5'030	5'307

## Kaderbildung

170 in Liechtenstein wohnhafte Leiterpersonen besuchten ein Aus- oder Weiterbildungsangebot (Kaderbildung) in Liechtenstein, eines der kantonalen Sportämter der Schweiz oder des Bundesamtes für Sport in Magglingen. An Jugend und Sport Leiterkursen werden pädagogische, methodische und sportartspezifische Grundkenntnisse vermittelt. Vereine, die das Jugend- und Sportprogramm umsetzen, benötigen einen Coach. Der Coach ist das Bindeglied zwischen seinem Verein und der Stabsstelle für Sport. Die Kaderbildung umfasst die Aus- und Weiterbildung von Leiterpersonen, Expertinnen und Experten sowie Coaches. Die Stabsstelle für Sport organisierte im Berichtsjahr diverse Kaderbildungskurse in Liechtenstein, welche in der nachfolgenden Auflistung dargestellt sind. 198 Personen absolvierten eine J+S Aus- und Weiterbildung in Liechtenstein.

Kursart	Sportart	Anzahl Kurse	Anzahl Frauen	Anzahl Männer	Total
Grundausbildung	Skifahren	1	4	11	15
	Fussball	1	1	31	32
	Lagersport/Trekking	1	14	9	23
Weiterbildung 1	Coach	1	6	4	10
	Fussball	1	2	28	30
	Lagersport/Trekking	1	5	5	10
	Bewegungsgrundformen Kindersport	1	16	2	18
Kindersport	Sport und Handicap	1	9	7	16
	Einführungskurs für Leiter	1	12	15	27
	Fussball	1	1	16	17
<b>Total</b>		<b>10</b>	<b>70</b>	<b>128</b>	<b>198</b>

Neben den regulären J+S Aus- und Weiterbildungen konnte auch die 1418 Coachausbildung in Liechtenstein durchgeführt werden. Der 1418 Coach ist ein Programm für den Jugend und Sport Leiternachwuchs. Die Ausbildung richtet sich an Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. Insgesamt 29 Jugendliche konnten an einem Ausbildungswochenende Leitererfahrungen für Trainings mit Kindern und Jugendlichen erwerben.

## Prämien und Auszeichnungen

Lorena Beck (Eisklettern), Nico Gauer (Skifahren) und das Team Artistic Swimming Noemi Büchel, Leila Marxer und Nadine Klauser wurden im Berichtsjahr als Sportlerin, Sportler und Team des Jahres ausgezeichnet und erhielten eine Prämie. Die Auszeichnung Botschafterin

und Botschafter Special Olympic ging an Andrea Hardegger und Anderson da Silva. Mittlerweile zum 13. Mal wurde das Goldene Lorbeerblatt verliehen. Tina Weirather und Peter Frommelt erhielten die höchste Anerkennung, welche die Regierung im Bereich des Sports vergibt.

## Förderung Breitensport

### Sportlager und Sportwoche

Beim Wintersportlager in Damüls nahmen in diesem Jahr 17 Jugendliche teil. Das Sommersportlager konnte mit 19 Jugendlichen in Tenero durchgeführt werden. Bei der Sportwoche, welche in der Region Sarganserland, Werdenberg, Fürstentum Liechtenstein und Bündner Herrschaft durchgeführt wird, haben 110 Kinder aus

Liechtenstein teilgenommen. Neben der organisatorischen Hilfestellung unterstützt die Stabsstelle für Sport die Sportwoche finanziell mit CHF 2'000.

### **Sportveranstaltungen**

Die Stabsstelle für Sport unterstützte verschiedene Organisationen für die Durchführung von Sportveranstaltungen in Liechtenstein. Die Sportveranstaltungen können gefördert werden, wenn an deren Durchführung ein öffentliches Interesse besteht, ein Grossteil der Bevölkerung daran teilnehmen kann oder sie zu einer positiven Aussenwirkung des Landes beiträgt. Die Sportveranstaltungen wurden insgesamt mit knapp CHF 100'000 unterstützt.

### **Behindertensport**

Die Special Olympics Stiftung konnte mit CHF 225'000 zur Förderung und Weiterentwicklung des Sports für Menschen mit einer geistigen und/oder mehrfachen Behinderung unterstützt werden. Für besondere Vorhaben und Projekte, insbesondere die Durchführung und Beschickung von nationalen und internationalen Sportveranstaltungen und Wettkämpfen im In- und Ausland konnte die Special Olympics Stiftung zusätzlich mit CHF 40'000 unterstützt werden. Der Behindertenverband erhielt den jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 17'500.

### **Infrastruktur und Unterhalt**

Der Liechtensteinische Skiverband erhält für die Kosten der Infrastruktur im Berggebiet Malbun, insbesondere der Bergbahnen und für die Aufwände der Transportkosten, einen jährlichen Beitrag gemäss Leistungsvereinbarung. Ebenso bekommt die Gemeinde Schaan eine Unterstützung für die Bereitstellung und den Unterhalt der Leichtathletikanlage. Des Weiteren verwaltet die Stabsstelle für Sport die fünf Landesturnhallen beim Mühleholz 1 und 2, dem Schulzentrum Unterland, der weiterführenden Schule in Triesen und der Schulanlage Giessen ausserhalb der Schulsportzeiten über ein Online-Reservationssystem. Die reguläre Auslastung der Turnhallen beträgt während der Woche im Sommer über 92% und im Winter über 97%. Ausserdem wurden im Berichtsjahr 140 Termine für Wettkämpfe und Veranstaltungen an Wochenenden vergeben. Der mobile Pumptrack konnte vier Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Für den Auf- und Abbau und die Jahreseinteilung ist die Stabsstelle für Sport verantwortlich. Seit September kann mittels Rundenzähler die Nutzung des Pumptracks überprüft werden. 11 Organisationen haben bei der Stabsstelle für Sport Sportmaterial wie Bubble Soccer, Street Racket, Golf Disc usw. ausgeliehen. Im November hat der Landtag der Landessubvention in Höhe von CHF 3.5 Millionen zum Bau eines Langlaufzentrums Steg zugestimmt.

### **Weitere Förderbereiche**

Das Konditionstraining für jedermann/frau sowie das Training bei der Sportbox konnte zu den regulären Terminen im Sommer und Winter mit 59 Einheiten durchgeführt werden. Der Verein ValünaLopp erhielt neben seinem Jahresbeitrag für den Unterhalt der Langlauf-Infrastruktur in Höhe von CHF 22'500 zusätzlich eine Subvention für die Anschaffung eines neuen Spurgeräts in Höhe von CHF 40'000. Zur Vernetzung der Gesundheits- und Sportkommissionen der Gemeinden wurde im Berichtsjahr die vierte offizielle Sport- und Gesundheitskonferenz unter dem Titel «Sport- und Bewegungsimpulse» durchgeführt.

### **Schulsport**

Die Aufgaben des Fachbereichs Schulsport sind die Qualitätssicherung und -entwicklung des Schulsports, die Koordination des Fachbereichs Schulsport, die Leitung der Arbeitsgruppe Schulsport sowie die Mitarbeit in der Kommission Sportschule.

### **Freiwilliger Schulsport**

Im freiwilligen Schulsport konnten 17 Kurse mit 160 Teilnehmenden durchgeführt werden. Auf der Sekundarstufe 1 wurden landesweit drei Kurse mit 40 Schülerinnen und Schülern angeboten. Dieses fakultative Angebot ergänzt den obligatorischen Schulsport und wird von den Schülerinnen und Schülern in ihrer Freizeit besucht. Es bietet eine gute Grundlage, um koordinative Fertigkeiten optimal zu entwickeln und das Bewegungsrepertoire zu erweitern.

### **Schulsportwettkämpfe und Veranstaltungen**

Die beliebten nationalen Schulsportmeisterschaften erfreuten sich über eine hohe Beteiligung an Schülerinnen und Schülern. Erstmals wurde auch ein Wintersportangebot in die Agenda aufgenommen. An den neun Veranstaltungen wurden ca. 1'400 Teilnehmende gezählt. Der Olympic Day für die Primarstufen wurde in Kooperation mit dem Liechtenstein Olympic Committee zum fünften Mal durchgeführt. Der dezentrale Sportanlass mit 31 im ganzen Land verteilten Sportstationen und über 780 aktiven Teilnehmenden konnte wiederum als voller Erfolg gewertet werden.

### **Liechtenstein Olympic Committee (LOC)**

Die Leistungsvereinbarung definiert die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem LOC. Mit Finanzbeschluss vom 29. September 2022 konnte zudem die verbandsorganisierte Sportförderung für die Jahre 2023 bis 2026 verankert werden.

## Jahresbeitrag an den LOC

Das Liechtenstein Olympic Committee erhielt gemäss Leistungsvereinbarung mit der Regierung einen Jahresbeitrag von CHF 1.015 Mio., welcher für Personal- und Betriebsaufwand, Funktionärs- und Trainerausbildung, Kommunikation und Marketing sowie die Initiierung, Organisation, Koordination und Durchführung von Veranstaltungen eingesetzt wurde.

### Breitensportförderung

Für die verbandsorganisierte Breitensportförderung wurde dem LOC ein Beitrag in Höhe von CHF 565'000 zur Verfügung gestellt. Dieser Beitrag wurde gemäss Leistungsvereinbarung mit der Regierung als Basisbeitrag für die Grundsicherung der Verbandsstrukturen und Verbandsentwicklung, die Kostenbeteiligung für Mitgliederbeiträge an Internationale Sportfachverbände sowie die Unterstützungsbeiträge für Breitensportprojekte und Dienstleistungen im Breitensport eingesetzt.

### Leistungssportförderung

Für die verbandsorganisierte Leistungssportförderung erhält das LOC einen jährlichen Beitrag in Höhe von CHF 2.265 Mio. Dieser Beitrag wurde für die Leistungssportförderung der Verbände und der Athletinnen und Athleten eingesetzt. Die Leistungssportförderung der Verbände beinhaltet insbesondere den Trainingsbetrieb, den Wettkampfbetrieb und die Vorbereitungsprojekte auf Olympische Events der Verbände. Im Weiteren unterhält das LOC den grundlegenden Medical Support. Die Leistungssportförderung der Athletinnen und Athleten umfasst Beiträge für die Anstellung beim LOC und die Direktzahlungen, Beiträge für Trainings und Material sowie einen Athletensupport in Form von Sportuntersuchungen, Leistungstests, Mentaltraining, Sporternährung, Athletiktraining und Ausbildungsprogrammen. Sechs Sportlerinnen und Sportler aus fünf Sportarten erhielten erstmalig eine Anstellung beim LOC.

### Olympische Missionen

Für die Förderung der Olympischen Missionen wurde dem LOC ein Beitrag in Höhe von CHF 200'000 zur Verfügung gestellt. Sowohl im Winter in Friuli Venezia Giulia als auch im Sommer in Maribor konnte eine Delegation aus Liechtenstein am European Youth Olympic Festival (EYOF) teilnehmen. Die Kleinstaatenspiele wurden vom 28. Mai bis 3. Juni in Malta durchgeführt. Insgesamt nahmen 19 Athletinnen und Athleten in sieben Sportarten aus Liechtenstein daran teil. Im Juli fanden die dritten Europaspiele (European Games) in Krakau (Polen) statt. Liechtenstein war in zwei Sportarten und mit sieben Athletinnen und Athleten vertreten.

### Dopingprävention/Dopingkontrollen

Das LOC und die Regierung arbeiten bei der Bekämpfung des Dopings im Sport zusammen. Gemäss Sportgesetz ist das LOC verpflichtet, für die notwendigen Dopingkontrollen zu sorgen. Ein Vertrag zwischen Antidoping Schweiz und dem LOC regelt die Durchführung von Dopingkontrollen und die Sanktionierung von Dopingvergehen. Die anfallenden Kosten für die Dopingkontrollen und Prävention wurden aus der Sportförderung mit CHF 65'000 finanziert. Der Landesbeitrag an die WADA – World Anti-Doping Agency – belief sich auf CHF 12'437.

---

## Liechtensteinische Botschaft in Bern

---

**Leiterin: Botschafterin Dr. Doris Frick**

*Hauptaufgabe der Botschaft ist die Vertretung der Interessen Liechtensteins in der Schweiz und damit verbunden die Pflege der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen sowie gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Im Rahmen mehrerer Anlässe zum 100-Jahr-Jubiläum des Zollvertrags und aufgrund der über 110 vertraglichen Verbindungen zwischen den beiden Nachbarstaaten sowie der engen Verflechtung ihrer Wirtschaftsräume fand während des ganzen Berichtsjahres ein reger Austausch zwischen Liechtenstein und der Schweiz statt. Ausserdem tauscht sich die Botschaft regelmässig mit den rund 90 für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern aus.*

### Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz

Im ersten Halbjahr standen Anlässe und Feierlichkeiten zum 100-Jahr-Jubiläum des Zollanschlussvertrags zwischen Liechtenstein und der Schweiz im Vordergrund. Damit wurden die besonders nahe sowie freundschaftliche Verbundenheit zwischen Liechtenstein und der Schweiz und die spezielle Bedeutung des Abkommens für die Region gewürdigt und wertgeschätzt. Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz wurden im Berichtsjahr auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung gepflegt. Zusätzlich tauschten sich die Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder im Rahmen der traditionellen Treffen der deutschsprachigen Länder mit den Schweizer Regierungsmitgliedern aus.

Im Berichtsjahr konnten mehrere Vereinbarungen aktualisiert und abgeschlossen werden. Am 12. Juli fand der Notenaustausch betreffend die Änderung der Anlage zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über

die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile statt. Am 18. Oktober wurde die Vereinbarung zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an den Einnahmen des Tabakpräventionsfonds unterzeichnet. Präventionsabgaben, welche beim Verkauf von Zigaretten auch in Liechtenstein anfallen, werden rückwirkend ab 2022 an Liechtenstein ausbezahlt. Im Oktober sowie Dezember fand je ein Notenaustausch betreffend die Vereinbarung zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik statt. Dabei ging es um die Änderung und Aktualisierung des Anhangs u.a. mit Wirkung auf das Folgejahr. Im Berichtsjahr hat Liechtenstein der Schweiz mitgeteilt, dass die liechtensteinischen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung des Vertrags betreffend den Austausch von Daten gesperrter Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich erfüllt sind. Am 25. Oktober hat der Bundesrat die Botschaft zum diesbezüglichen Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz gutgeheissen. Die Botschaft wird von den eidgenössischen Räten voraussichtlich im Jahr 2025 behandelt. Im November wurde eine neue Vereinbarung zwischen dem SECO und dem Amt für Volkswirtschaft im Bereich der Produktesicherheit unterzeichnet. Damit können Synergien in der Marktüberwachung genutzt werden, indem die vom SECO mandatierten Kontrollorgane wie die Suva oder die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) in Zusammenarbeit mit dem Amt für Volkswirtschaft auch in Liechtenstein Maschinen stichprobenweise kontrollieren können. Weiters wurde im November die Änderung des Anhangs zur Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Berufsattesten und Fähigkeitszeugnissen der beruflichen Grundausbildung zwischen der Schweiz und Liechtenstein von der liechtensteinischen Regierung genehmigt. Im Dezember fanden die seit 2021 laufenden Diskussionen betreffend die Herkunftsdeklaration für Brot und Backwaren in der Schweiz einen Abschluss. Gestützt auf das Markenschutzgesetz benötigen in Liechtenstein produzierte Backwaren (insbesondere Teiglinge) auch künftig keine spezielle Deklaration, sofern sie aus Schweizer Rohstoffen gefertigt sind.

### **Anlässe im Zusammenhang mit dem 100-Jahr-Jubiläum des Zollanschlussvertrags**

Am 29. März fand ein Gala-Abend mit über 240 geladenen Gästen mit Ansprachen von Bundespräsident Alain Berset und S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sowie einer Podiumsdiskussion zum Zollvertrag zwischen Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauini, Regierungsrätin Dominique Hasler und Regierungsvertretern der Kantone St.Gallen und Graubünden im SAL in Schaan statt. Neben Parlamentarierinnen und Parlamentariern der nationalen Ebene waren die sechs Kantone der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) jeweils auf Präsidiumsebene der Regierungen wie auch der Kantonsparlamente vertreten.

Am 31. März wurde die Ausstellung «100 Jahre Zollvertrag Schweiz-Liechtenstein» im Zollmuseum in Gandria (Tessin) im Beisein von Bundesrat Ignazio Cassis und Regierungsrätin Dominique Hasler eröffnet.

Am 26. April trat der Landtag zu einer Sondersitzung unter Teilnahme von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller zusammen.

Am 26. April wurde die Sonderausstellung «100 Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein» im Landesmuseum in Vaduz u.a. mit einer Ansprache von Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller eröffnet.

Am 29. April fand das grenzüberschreitende Fest für die Bevölkerung rund um die zwei Rheinbrücken zwischen Vaduz und Sevelen statt. Offiziell wurde der Tag durch Ansprachen von Landtagspräsident Albert Frick, Nationalratspräsident Martin Candinas, Regierungschef Dr. Daniel Risch und Bundesrätin Karin Keller-Sutter sowie einer drei Monate dauernden Kunstausstellung auf der alten Rheinbrücke eröffnet. Im Sinne der grenzüberschreitenden Freundschaft haben Künstlerkollektive aus Liechtenstein und dem Kanton St.Gallen Kunstinterventionen zum Thema Zollvertrag bzw. der Freundschaft beider Länder entwickelt.

Am 6. Juni war der Landtag aus Anlass des 100-Jahr-Zollvertragsjubiläums von der Vereinigten Bundesversammlung nach Bern eingeladen. Landtagspräsident Albert Frick sprach vor der Vereinigten Bundesversammlung über die Beziehungen Schweiz-Liechtenstein.

Am 15. Juni befassten sich rund 80 Staatsangestellte aus der Schweiz und Liechtenstein im Rahmen einer Konferenz mit dem Zollvertrag. Am offiziellen Empfang gleichentags würdigten Regierungschef Dr. Daniel Risch, Bundesrat Guy Parmelin und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauini in ihren Ansprachen die Bedeutung des Zollvertrags sowie die vielfältige Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Am Empfang nahmen auch Landtagspräsident Albert Frick, Regierungsrätin Dominique Hasler, weitere Mitglieder des Landtagspräsidiums, Schweizer National- und Ständeräte, Nationalbankpräsident Thomas Jordan sowie Vertretende der Schweizer und liechtensteinischen Wirtschaft und Verwaltung teil.

Während des Berichtsjahrs erhielt Botschafterin Dr. Doris Frick wiederholt die Möglichkeit, Referate zu den Beziehungen Schweiz-Liechtenstein mit Schwerpunkt 100 Jahre Zollvertrag zu halten.

### **Kontakte auf den Ebenen Staatsoberhaupt, Landtag und Regierung**

Am 16. Januar nahm Regierungsrat Manuel Frick auf Einladung von Bundespräsident Alain Berset im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums (WEF) an der 2. Konferenz der europäischen Kulturministerinnen und -minister in Davos teil.

Vom 17. bis 20. Januar nahmen S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Dr. Daniel Risch am WEF in Davos teil. Es ergaben sich im Rahmen verschiedener Spezialanlässe viele Möglichkeiten zum bilateralen und multilateralen Austausch auf hoher Ebene.

Am 17. Januar traf sich Regierungschef Dr. Daniel Risch mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter zu einem bilateralen Austausch in Davos.

Am 17. Januar fand ein Treffen zwischen Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Bundesrätin Viola Amherd in Vaduz statt.

Am 16. Februar besuchte Regierungsrat Manuel Frick das Ostschweizer Kinderspital in St.Gallen.

Am 17. März tauschten sich Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Bundesrat Albert Rösti bei einem Arbeitsgespräch in Bern aus.

Am 29. März empfing S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein Bundespräsident Alain Berset auf Schloss Vaduz zu einem bilateralen Austausch.

Am 30. März trafen sich Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Oberzolldirektor Christian Bock zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz.

Am 31. März fand ein bilaterales Treffen von Regierungsrätin Dominique Hasler und Bundesrat Ignazio Cassis in Lugano statt.

Am 2. Mai empfing die Bündner Regierung die liechtensteinische Regierung im Rahmen des jährlich stattfindenden Austauschs der zwei Regierungen in Chur.

Am 15. Juni fand in Bern ein Treffen zwischen Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Staatssekretärin Helene Budliger Artieda zu verschiedenen Wirtschaftsfragen statt.

Am 29. August empfing die liechtensteinische Regierung die Regierung des Kantons St.Gallen zum jährlichen Treffen in Eschen.

Am 5. und 6. Oktober eröffnete Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni das Arbeitstreffen der Glücksspielbehörden aus Liechtenstein, der Schweiz, Österreich und Deutschland in Vaduz.

Am 19. Oktober nahm Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter an der Generalkonferenz der makroregionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) unter dem Schweizer Vorsitz in Bad Ragaz teil.

Am 30. Oktober fand ein Arbeitstreffen zwischen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter in Bern statt.

Am 22. November hielt Regierungsrätin Dominique Hasler vor Führungskräften im Rahmen des Lucerne Dialogues ein Referat zu verschiedenen Aspekten der Rolle Liechtensteins in Europa.

### Kontakte auf Amts- und Expertenebene

Im Berichtsjahr fanden mehrere Treffen der gemeinsamen Arbeitsgruppe «Motorfahrzeug-Haftpflicht, Insolvenzdeckung in Liechtenstein durch den NGF» statt.

Im Laufe des Jahres gab es mehrere Austausche der zuständigen Arbeitsgruppe in Zusammenhang mit einem Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zur fürsorglichen Unterbringung von liechtensteinischen Erwachsenen und Minderjährigen in der Schweiz.

Am 21. April besuchte der Stellvertretende Direktor des Bundesamts für Umwelt, Herr Paul Steffen, die Abteilung Wärmepumpen der Firma Hoval AG und traf sich anschliessend mit Vertretenden des Ministeriums für Inneres, Wirtschaft und Umwelt sowie des Amts für Umwelt.

Am 11. und 12. Mai wurde Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni von Botschafterin Dr. Doris Frick an der Jahreskonferenz der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr in Islikon vertreten.

Am 24. Mai fand in Bern die 60. Sitzung der Gemischten Kommission gemäss dem Mehrwertsteuervertrag und der diesbezüglichen Vereinbarung an der Botschaft statt.

Am 30. Mai fand das jährliche Arbeitstreffen zwischen dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zum Thema «Humanitäre Hilfe» in Schaan statt.

Am 13. September sprach der Präsident der Wirtschaftskammer Liechtenstein, Dr. Martin Meyer, am Jubiläumsanlass der Klimastiftung Schweiz über den Beitrag der liechtensteinischen KMUs zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050.

Am 29. September fand das jährliche Treffen der Expertengruppen im Rahmen der Vereinbarungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sowie zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an den Einnahmen aus der Versteigerung von Zollkontingenten in Bern statt.

Am 27. Oktober referierte Prof. August Mächler, Richter am Liechtensteiner Staatsgerichtshof, am Europa Institut in Zürich über die Übernahme von Recht der Nachbarstaaten in Liechtenstein.

### Kontakte mit Botschaften in Bern

Die Aufgaben der Botschaft Bern umfassen auch die Pflege der Kontakte zu in Liechtenstein akkreditierten Vertreterinnen und Vertretern von Botschaften von Drittstaaten mit Sitz in Bern. Dazu gehören das Einstehen für liechtensteinische Interessen, die Entgegennahme und Bearbeitung von Demarchen sowie Positionspapieren und die Unterstützung bei der Organisation von Besuchen in Liechtenstein wie auch bei Visiten hoher liechtensteinischer Delegationen im Ausland.

Im Berichtsjahr gab es Anfragen zur Unterstützung von diversen Kandidaturen, beispielsweise den UNO-Sicherheitsrat, den UNO-Menschenrechtsrat oder den



Internationalen Strafgerichtshof. Auch zahlreiche Anfragen in Zusammenhang mit den Konflikten und entsprechenden Resolutionen in Bezug auf den Ukraine-Krieg und den Krieg zwischen Israel und der Hamas gingen bei der Botschaft Bern ein. Weiters wurde die Umsetzung von Sanktionen durch Liechtenstein, Fragen zum Europaratsvorsitz Liechtensteins und offenen Fragen beim Europarat, wie z.B. der Beitritt Kosovos, häufig thematisiert. Von Interesse waren auch die Positionen Liechtensteins im Rahmen der COP28 oder die liechtensteinische Blockchaingesetzgebung sowie die Vergabe von Frequenzen durch Liechtenstein.

Am 11. Mai lud die EU-Delegation zum Europatag in Vaduz ein. Der Tag war der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und dem «Europäischen Jahr der Kompetenzen» gewidmet. Es fand zudem ein Arbeitsgespräch zwischen Regierungschef Dr. Daniel Risch und EU-Botschafter Petros Mavromichalis statt. Regierungsrätin Dominique Hasler empfing die EU-Botschafterinnen und -Botschafter anschliessend zu einem ausserpolitischen Dialog.

Am 25. Mai fand der Botschafterinformationstag der Regierung mit Fokus Finanzplatz in Schaan statt. Rund 65 der in Liechtenstein akkreditierten Länder waren vertreten.

Am 1. November trafen sich die Berner Vertretenden der Mercosur-Staaten sowie der EFTA-Staaten, um die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen EFTA-Mercosur zu diskutieren. Die Schweiz war durch Staatssekretärin Helen Budliger Artieda vertreten.

Am 23. November empfing Regierungsrätin Dominique Hasler die Botschafterinnen und Botschafter der lateinamerikanischen Staaten für einen Austausch in Liechtenstein.

### Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die über 1'700 in der Schweiz und rund 1'200 in Drittländern gemeldeten liechtensteinischen Staatsangehörigen zu konsularischen Themen. Sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netzwerk der Schweiz eingehen und einen Bezug zu Liechtenstein haben, werden vom EDA an die Liechtensteinische Botschaft in Bern weitergeleitet. Dies betrifft in der Regel Angelegenheiten liechtensteinischer Staatsangehöriger in Drittländern – u.a. im Zusammenhang mit Eheschliessungen, Geburtseintragungen, Todesfällen, Ausstellungen von Identitätsdokumenten, Aufenthaltbewilligungen, Notsituationen, Rechtshilfefälle sowie Beglaubigungen. Die Botschaft in Bern unterstützt auch liechtensteinische Unternehmen bei der Lösungsfindung zu Problemen in Verbindung mit ihren internationalen Tätigkeiten.

---

## Liechtensteinische Botschaft in Berlin

---

**Leiterin: Isabel Frommelt-Gottschald**

*Das Berichtsjahr war geprägt vom immer noch andauernden Ukraine-Krieg und der zunehmenden Involvierung Deutschlands, von hoher Inflation und Warnstreiks und der Fortsetzung der Energiewende durch die Abschaltung der letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke. Das Berichtsjahr zeigte ausserdem verstärkt die unterschiedlichen Grundhaltungen der drei Ampel-Parteien im Bundeskabinett und dadurch auch das öffentlich ausgetragene Ringen um Einigung bei Sachthemen – von der Kindergrundsicherung über das Gebäudeenergieeffizienzgesetz bis hin zum Budget, das mit einem höchstgerichtlichen Urteil am Ende des Jahres um 60 Mia. Euro gekürzt werden musste. Die Alternative für Deutschland (AfD) nutzte diese Streitfragen in der Regierung, um sich weiter zu profilieren. Die Union, als grösste Oppositionspartei, konnte zwar den regierenden Bürgermeister von Berlin stellen und die Landtagswahlen in Bayern und Hessen für sich entscheiden, die grosse Herausforderung für sie aber bleibt die Abgrenzung zur AfD. Die FDP musste bei allen Landtagswahlen Verluste hinnehmen und stand deshalb vor der Frage, ob der Verbleib in der Ampel-Regierung der Partei langfristig schadet. Sarah Wagenknecht gründete durch Abspaltung einiger Mitglieder der Links-Fraktion mit dem «Bündnis Sarah Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit» eine neue Partei und versucht damit, zur «Königsmacherin» bei den Landtagswahlen 2025 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu avancieren. Die kommende Europawahl wird deshalb auch ein Test für die innenpolitisch-aufgeheizte Stimmung in Deutschland werden. Wirtschaftlich trieben Deutschland im Berichtsjahr Rezessionsängste und hohe Energiepreise sowie die damit verbundene Abwanderung von Arbeitskräften und Unternehmen um. Sicherheitspolitische Herausforderungen sind neben der zunehmend regierungsfeindlichen Stimmung und der Radikalisierung der Klimabewegung auch der Umgang mit nicht integrierten und radikalisierten Migrantinnen und Migranten sowie mit rechtsradikalen oder staatsfeindlichen Personen. Ausserpolitisch lag der Fokus Ende Jahr auf dem Gaza-Krieg und den Vermittlungsversuchen im Nahen Osten seitens Ausserministerin Baerbock und auf dem zum Teil offenen Antisemitismus auf deutschen Strassen.*

*Trotz vieler Krisen und innenpolitischer Konflikte konnte die Botschaft auch im Berichtsjahr zahlreiche hochrangige bilaterale Regierungsbesuche in der Bundeshauptstadt und in den Bundesländern aufgleisen. Auch die verschiedenen Teilnahmen an internationalen Formaten wie der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), dem Ludwig-Erhard-Gipfel (LEG) und den deutschsprachigen Ministertreffen führte zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Dadurch sowie durch Informationsver-*

anstaltungen zu aktuellen Themen der liechtensteinischen Aussen- und Wirtschaftspolitik etwa durch die Vorstellung der Prioritäten des Liechtensteinischen Europaratsvorsitzes bei der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) konnte sowohl das aussenpolitische Profil Liechtensteins geschärft als auch der bilaterale Austausch zu Sachthemen auf hoher Ebene ausgeweitet werden. Schliesslich organisierte die Botschaft einen Sommer-Empfang in der Residenz mit über 120 hochrangigen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien sowie mit Regierungschef Dr. Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Hasler als Ehrengäste.

## Das Jahr 2023 in den Beziehungen Liechtenstein – Deutschland

### Kontakte auf Regierungs- und Landesebene

Am 17. Februar fand die Münchner-Sicherheitskonferenz unter der Teilnahme von S. D. dem Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein und Regierungsrätin Dominique Hasler statt. Das Hauptthema war die angespannte geopolitische Lage, ausgelöst durch den Ukraine-Krieg und die Grossmachtbestrebungen zwischen China und den USA. Die Konferenz konnte für eine Reihe bilateraler Kontakte, darunter mit der slowenischen Staatspräsidentin, dem Präsidenten und dem Aussenminister von Lettland und der Staatspräsidentin des Kosovo genutzt werden. Auch fanden Zusammentreffen mit der deutschen Aussenministerin Baerbock (Grüne), der Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) und der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja sowie Treffen mit zahlreichen Think-Tanks statt.

Am 3. und 4. Mai nahm S. D. der Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zusammen mit Botschafterin Frommelt-Gottschald am «Ludwig-Erhard-Gipfel» in Bayern teil. Der jährlich stattfindende Gipfel bringt Spitzenvertreterinnen und Vertreter der deutschen Politik-, Wirtschafts- und Medienlandschaft zusammen. S. D. der Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein hielt dabei einen Impulsvortrag zur Rolle Liechtensteins als diversifizierter Kleinstaat und schilderte dabei auch die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in Liechtenstein. Das Staatsoberhaupt nutzte die Gelegenheit zudem, sich u. a. mit dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der Co-Vorsitzenden der Grünen Ricarda Lang und der bayrischen Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) auszutauschen. Begleitet wurde die Delegation von liechtensteinischen Vertreterinnen und Vertretern der Industrie und des Finanzplatzes.

Am 14. Juni fand in Berlin erstmals in dieser Form ein Sommer-Empfang für hochrangige Gäste statt. Darunter folgten u. a. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP), Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Katja Hessel (FDP), Bundespräsident a. D. Joachim Gauck und Bundestagspräsident a. D. Norbert Lammert sowie zahlreiche Bundestagsabgeordnete, Botschafterinnen und Botschafter befreundeter Staaten sowie

Vertreterinnen und Vertreter der Medien- und Wissenschaftsgemeinschaft der Einladung. Im Vorfeld des Empfangs hielt Regierungschef Dr. Daniel Risch eine Impulsrede an der «European Economic Conference» der FAZ und traf dort mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und mit dem SPD-Bundesvorsitzenden Lars Klingbeil zusammen.

Am 14. Juni traf sich Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter mit dem bayrischen Justizminister Georg Eisenreich (CSU) zu einem Arbeitsgespräch zu den Themen Digitalisierung der Justiz, des Strafvollzugs und der Verfolgung von Cyberkriminalität.

Am 17. Juni nahmen I. D. Prinzessin Nora von und zu Liechtenstein sowie Regierungsrätin Dominique Hasler an der Eröffnung der «Special Olympics» und in den nachfolgenden Tagen an den Sportwettbewerben in Berlin teil. Zu Ehren der liechtensteinischen «Special Olympics»- Delegation veranstaltete die Botschaft für die Athletinnen und Athleten einen Empfang im Garten der Residenz.

Am 27. und 28. Juni besuchte Regierungschef Dr. Daniel Risch Nordrhein-Westfalen. Bilaterale Arbeitsgespräche mit Ministerpräsident Hendrik Wüst, Europaminister Nathaniel Liminski und Finanzminister Marcus Optendrenk (alle drei CDU) sowie der Impulsvortrag zum Thema «Unternehmen Staat» am Neuland-Kongress in Aachen bildeten die Höhepunkte des Besuchs im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland.

Am 21. August nahm Regierungschef Dr. Daniel Risch am Treffen der deutschsprachigen Finanzminister in Aschau im Chiemgau teil. Gemeinsam mit seinen Amtskollegen Christian Lindner (FDP) und Magnus Brunner und seinen Amtskolleginnen Karin Keller-Sutter und Yuriko Backes wurden eine Reihe aktueller Fragestellungen diskutiert, die vom Umgang mit der Inflation, über finanzielle Bildung bis zum Ukraine-Krieg reichten. In einer gemeinsamen Erklärung wurden die Erkenntnisse und gemeinsamen Standpunkte zusammengefasst.

Ebenfalls am 21. und 22. August nahm Regierungsrat Manuel Frick auf Einladung von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) am Treffen der deutschsprachigen Sozial- und Gesundheitsminister in Potsdam teil. Hauptthemen des Arbeitstreffens waren die Digitalisierung von Sozialversicherungen, die Rekrutierung von Fachkräften in Sozial- und Gesundheitsberufen sowie das Thema Klimawandel und Gesundheit.

Am 9. Oktober führte Regierungsrätin Dominique Hasler bilaterale Gespräche mit dem Ersten Bürgermeister der Hansestadt Hamburg Peter Tschentscher (SPD). Im Rahmen der strategischen Besuchsdiplomatie ist auch Hamburg neben Bayern und Nordrhein-Westfalen ein Schwerpunkt-Bundesland. Neben der engen Partnerschaft zwischen Deutschland und Liechtenstein standen die Positionierung und das Engagement Liechtensteins im Ukraine-Krieg sowie aktuelle

Sicherheitsthemen auf der Agenda des Besuches. Hamburg ist ein bedeutendes Zentrum für Forschung und Entwicklung im Bereich Künstliche Intelligenz. So fanden auch eine Führung durch das «Artificial Intelligence Center Hamburg (ARIC)» und ein Wissensaustausch mit der Präsidentin des «German Institute for Global and Area Studies (GIGA)» statt.

Am 29. und 30. November kam Regierungsrätin Dr. Graziella Marok-Wachter für Arbeitsgespräche mit Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP), Justizstaatssekretärin Angelika Schlunck und Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) nach Berlin. Ausserdem nahm sie am «Digital Justice Summit» teil, der sich mit dem Ausbau des Justizwesens mithilfe Künstlicher Intelligenz befasste.

Am 1. Dezember nahm Regierungschef Dr. Daniel Risch am zweiten Pilottreffen der Regierungskommission der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) in München teil. Bei dieser Gelegenheit traf er Staatsminister Eric Beisswenger (CSU), zuständig für Europa und Internationales, zu einem Arbeitsgespräch. Zudem nutzte er den Besuch, um die Deutschlandniederlassung der Firma HOVAL zu besuchen. Gemeinsam mit dem liechtensteinischen Honorarkonsul Christian Waigel lud Botschafterin Frommelt-Gotschald zu einem Business Lunch ein, an dem neben Staatsminister Beisswenger rund 20 hochrangige Gäste aus Wirtschaft und Politik teilnahmen.

### Weitere deutsch-liechtensteinische Kontakte

Auf verschiedenen Veranstaltungen hat die liechtensteinische Botschafterin in Berlin in Vorträgen und Grussworten über die Grundzüge der Aussenpolitik und die Besonderheiten eines Kleinstaats referiert, u. a. beim Internationalen Club des Auswärtigen Amts in Berlin, bei einem Finanzplatz-Anlass in Frankfurt und im Rahmen von Interviews. Ausserdem fanden auf ihre Einladung verschiedene Arbeitssessen in der Residenz statt, u. a. mit der deutsch-schweizerischen Parlamentariergruppe und den europäischen Botschafterinnen und Botschaftern.

### Teilnahme an virtuellen Konferenzen

Im Berichtsjahr nahm die liechtensteinische Botschaft ausserdem an zahlreichen virtuellen Konferenzen und Briefings teil. Darunter Veranstaltungen des Aussen-, Wirtschafts- und Innenministeriums zu Themen der Aussenpolitik, Wirtschaftsentwicklung Deutschlands und der deutschen Innen- und Nachhaltigkeitspolitik. Regelmässige Teilnahmen an Tagungen und Jahrestagungen deutscher Wirtschaftsverbände und Think Tanks in Berlin ergänzen das Informationsportfolio.

### Liechtensteinische Honorarkonsulate

Die liechtensteinischen Honorarkonsulate an den Standorten Hamburg und München unterstützten die Arbeit der Botschaft auch im Berichtsjahr. So organisierte das

Honorarkonsulat in Hamburg ein Abendessen mit hochrangigen Gästen aus Politik und Kultur für Regierungsrätin Dominique Hasler und das Honorarkonsulat in München zeichnete sich für einen Business Lunch mit Regierungschef Dr. Daniel Risch verantwortlich.

### Liechtensteinisches Künstleratelier/Kontakte im Bereich Kultur

Auch im Berichtsjahr bekamen vier Kunstschafter (Markus Mündle, Brigitte Hasler, Laura Lampert und Sabine Bockmühl) die Möglichkeit sich im liechtensteinischen Künstleratelier in Berlin zu entfalten. Dabei wurden Projekte in den Bereichen Fotografie, Film, Druckgrafik und Literatur vorangetrieben. Berlin ist seit vielen Jahren Inspirationsort für die liechtensteinische Künstlerinnen und Künstler. Durch diese Möglichkeit leistet Liechtenstein einen wichtigen Beitrag, den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Liechtenstein zu fördern. Liechtenstein war auch im Berichtsjahr sowohl an der Leipziger- als auch der Frankfurter Buchmesse vertreten. Die Botschaft trug dabei zum reibungslosen Ablauf bei.

---

## Mission bei der Europäischen Union in Brüssel

---

### Leiter: Botschafter Pascal Schafhauser

*Hauptaufgabe der Mission ist die Wahrnehmung der liechtensteinischen Interessen bei der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen der Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sowie der Assoziation mit Schengen/Dublin. Die Mission dient dabei auch als Bindeglied für Stellen ausserhalb des Aussenministeriums, darunter die Stabsstelle EWR, das Ministerium für Inneres (Schengen/Dublin) sowie das Präsidium (Finanzthemen, Steuern).*

*Auch im Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hatte dieser weiterhin grossen Einfluss auf die Aktivitäten der Mission. Im Laufe des Jahres verstärkte die EU, nebst dem Erlass von weiteren Sanktionspaketen gegen Russland und Belarus, insbesondere die Arbeiten zur Umsetzung der Sanktionen wie auch zur Verhinderung von Sanktionsumgehungen. Die Mission nahm auch weiterhin an den Sitzungen zum erweiterten Krisenmanagement der EU (Zivilschutz und humanitäre Hilfe, Umgang mit Fluchtbewegungen, etc.) zum Krieg teil. Darüber hinaus nahm die Mission an den Sitzungen dieses Formats zum Erdbeben in der Türkei und Syrien wie auch zur Situation im Nahen Osten teil.*

*Im Bereich EWR konnte der gute Übernahmetrend von EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen auch 2023 beibehalten werden. Während des Liechtensteinischen*

*EWR-Vorsitzes in der zweiten Jahreshälfte konnte nicht nur die Zusammenarbeit und Koordination unter den EWR/EFTA-Staaten wie auch gegenüber der EU weiter vorangetrieben, sondern auch eine Einigung über den neuen EWR Finanzierungsmechanismus 2021 bis 2028 erzielt werden.*

*Aus den Bereichen Schengen und Dublin ist der Abschluss der Verhandlungen zur Teilnahme Liechtensteins am BMVI-Fonds im Bereich Grenzmanagement und Visumpolitik hervorzuheben, wie auch die politische Einigung auf das Neue Europäische Asyl- und Migrations-system (Pakt) und die Erweiterung des Schengen-Raums auf Rumänien und Bulgarien (mit Ausnahme der Landgrenzen).*

*Schliesslich war die Mission bei den Treffen der European Political Community (EPC) in der Republik Moldau und in Spanien, an denen Regierungschef Dr. Daniel Risch teilnahm, involviert.*

## **Übernahme von EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen (Binnenmarkt)**

Die Mission vertritt Liechtenstein in den rechtsetzenden Organen des EWR. Im Berichtsjahr fasste der Gemeinsame EWR-Ausschuss 342 Beschlüsse, mit denen 624 EU-Rechtsakte in das EWR-Abkommen übernommen wurden. Damit wird der solide Übernahmetrend aus dem Vorjahr (628 EU-Rechtsakte) aufrechterhalten. Der Rückstau an Rechtsakten, die noch nicht Bestandteil des EWR sind, aber bereits in der EU gelten (sog. Backlog), bleibt weiterhin hoch, war jedoch mit 472 Rechtsakten Ende Jahr auf dem niedrigsten Stand seit Jahren.

## **Vertretung in EWR-relevanten Organen**

Das höchste politische Gremium des EWR, der EWR-Rat, tagte im Berichtsjahr zweimal (24. Mai bzw. 20. November). Im EWR-Rat trafen die zuständigen Ministerinnen und Minister Islands, Liechtensteins und Norwegens auf die jeweilige EU-Ratspräsidentschaft (Schweden in der ersten Jahreshälfte, Spanien in der zweiten), um das Funktionieren des EWR zu diskutieren. Wichtigstes Thema der beiden Räte war, die strategische Unabhängigkeit der EU in den Bereichen Rohstoffe und Energie unter gleichzeitiger Wahrung der Ziele des grünen Wandels (Green Transition). Im Rahmen des Politischen Dialogs mit der EU wurde jeweils schwerpunktmässig die Situation in der Ukraine und im Nahen Osten diskutiert.

Leider musste auch dieses Jahr von der Annahme gemeinsamer Schlussfolgerungen an beiden Räten abgesehen werden. Ungarn, welches in der aktuellen EEA-Grants Periode 2014 bis 2021 keine Kohäsionszahlungen der EWR EFTA-Staaten erhält, verhinderte erneut (bereits das fünfte Mal in Folge) die für die Verabschiedung notwendige Einstimmigkeit. Nichtsdestotrotz wurden von allen Seiten die Bedeutung und das gute Funktionieren der EWR-Zusammenarbeit hervorgehoben.

Liechtenstein hatte in der zweiten Jahreshälfte (Juli bis Dezember) den EWR-Vorsitz inne. Prioritäten des Vorsitzes waren insbesondere die Beschleunigung des Übernahmeprozesses von EU-Recht in das EWR-Abkommen durch eine Stärkung der Zusammenarbeit und Koordination, inkl. eines Treffens der drei Regierungschefs im Oktober, die Vorbereitung des 30-jährigen EWR-Jubiläums in 2024 sowie die raschere Aufhebung von verfassungsrechtlichen Vorbehalten.

Im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft unterhalten Island, Liechtenstein und Norwegen auch politische Dialoge mit der EU zu ausserpolitischen Themen (z.B. Afrika, Osteuropa und Zentralasien, Westlicher Balkan, OSZE/Europarat). Diese Gespräche finden zweimal jährlich auf Ministerebene statt (am Rande des EWR-Rats) und werden ansonsten von der Mission abgedeckt. Zudem lädt die EU Liechtenstein regelmässig ein, Erklärungen zu ausserpolitischen Themen mitzutragen (z. B. zu den Sanktionen gegen Russland, Belarus und Iran, dem internationalen Tag der Menschenrechte oder der Situation im Nahen Osten). Die Mission koordiniert Liechtensteins Position zu diesen Erklärungen, welche in der Regel (125 von 126 Erklärungen im Berichtsjahr) mitgetragen werden. Zudem informiert die Mission die zuständigen Amtsstellen über neue EU-Sanktionen, damit deren innerstaatlicher Nachvollzug autonom geprüft werden kann. Aufgrund der umfassenden Sanktionstätigkeiten der EU in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fiel im Berichtsjahr wiederum mehr Arbeit in diesem Bereich als in vergangenen Jahren an. Die Mission stand bezüglich der Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland und Belarus im Austausch mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst, der Europäischen Kommission sowie den zuständigen Stellen in Vaduz. Die Mission vertrat Liechtenstein zudem zwei Mal am neu einberufenen Format des sogenannten «Sanctions Coordinators Forum», wo neben den EU-Mitgliedstaaten, die G7, Neuseeland, Australien und die EFTA-Staaten eingeladen sind.

Im Juni tagte zum dritten Mal seit Inkrafttreten des Austrittsabkommens zwischen den EWR/EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich dessen Gemischter Ausschuss. Der Ausschuss sorgt dafür, dass Aktualisierungen im Bereich der Sozialen Sicherheit auch in das Austrittsabkommen übernommen werden.

Auch im Berichtsjahr war die Mission in den Vorbereitungen für die Treffen der «European Political Community» (EPC) involviert und Botschafter Schafhauser hat Regierungschef Dr. Daniel Risch nach Chişinău (Moldau) und Granada (Spanien) begleitet.

## **EWR-Finanzierungsmechanismen**

Der EWR-Finanzierungsmechanismus stellt den gemeinsamen Beitrag Islands, Liechtensteins und Norwegens zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb des EWR dar. Für die



Periode 2014 bis 2021 (wobei Projektgelder noch bis 2024 ausbezahlt werden) beläuft sich Liechtensteins Beitrag (1.33% der Gesamtkosten) voraussichtlich auf ca. EUR 16 Mio. Die Mission vertritt Liechtenstein in den Leitungsgremien dieses auch als EEA-Grants bekannten Programms.

Im Berichtsjahr traten alle 97 Programme in den 14 Empfängerstaaten in die Umsetzungsphase. Es fanden Ausschreibungen für Projektfördermittel statt, bei denen sich auch liechtensteinische Partner mitbewerben konnten. Die Umsetzung ist in vollem Gange, da die Förderfähigkeit der Programme Ende April 2024 auslaufen wird.

Die nominelle Periode des Finanzierungsmechanismus 2014 bis 2021 ist 2021 ausgelaufen. Die Verhandlungen mit der EU über einen neuen Finanzierungsmechanismus konnten am 30. November nach rund 1.5 Jahren abgeschlossen werden. Die Verhandlungen haben u. a. so lange gedauert, weil sich Norwegen und Island bei den traditionsgemäss parallel stattfindenden Verhandlungen hinsichtlich des Marktzugangs für Fischereiprodukte lange nicht mit der EU einigen konnten.

Für die Periode 2021 bis 2028 wird sich der Gesamtbetrag von EUR 1'548 Mio. auf EUR 1'805 Mio. (inkl. EUR 100 Mio. für Projekte mit Ukrainebezug) erhöhen, was einer Erhöhung von ca. 16% entspricht. Inhaltlich stehen die Gelder in den Themenbereichen Grüner Wandel, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, soziale Inklusion oder auch Resilienz zur Verfügung, wobei die Feingliederung dann auch Bildung, Forschung, Kultur, öffentliche Gesundheit, Katastrophenschutz, Asyl und Migration umfasst. Wie bisher steht auch weiterhin ein spezifischer Fonds für die Unterstützung der Zivilgesellschaften zur Verfügung, wie auch Gelder zur Kapazitätsbildung und Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen – allen voran der Europarat und die EU Grundrechtsagentur.

### Schengen- und Dublin-Assoziierung

Die Mission Brüssel nimmt in den Bereichen Schengen/Dublin an Sitzungen einschlägiger EU-Gremien teil, die sich mit dem Funktionieren und der Weiterentwicklung dieser Rechtsbereiche befassen. Schengen sieht die Abschaffung der stationären Personenkontrollen an den Binnengrenzen sowie den gemeinsamen Schutz der Aussengrenzen des Schengenraums vor. Das Dublin-System soll sicherstellen, dass ein Asylgesuch nur im Erstankunftsland geprüft wird.

Im Berichtsjahr hervorzuheben ist der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen zum Zusatzabkommen über die Teilnahme Liechtensteins am BMVI-Fonds (Border Management and Visa Instrument). Die Mission nahm im Rahmen der Schengen-Assoziierung auch an den Sitzungen des EU-Krisenschutzgremiums IPCR teil. Diese wurden wie im vergangenen Berichtsjahr hauptsächlich zu den Themen des Kriegs in der Ukraine, dem Erdbeben in der Türkei und Syrien sowie zu den Geschehnissen im Nahen Osten abgehalten.

Als Schengen/Dublin-assoziierter Staat wird Liechtenstein auch zu den Treffen der EU-Innenministerinnen und -minister eingeladen. Diese fanden weiterhin auch im Format des «Schengen-Rats» statt, welches im Vorjahr geschaffen wurde. Im Berichtsjahr fanden zwei informelle, zwei ordentliche sowie ein ausserordentliches Treffen statt (letzteres zu den Themen Bekämpfung des Drogenhandels sowie Asyl und Migration). An mehreren dieser Räte kam es zu Etappenentscheiden zum Pakt, dem neuen europäischen Asyl- und Migrationssystem, was schliesslich im Dezember 2023 zu einer politischen Einigung über dieses neue System führte. Ebenfalls im Dezember beschlossen die Schengen-Staaten, den Raum ohne Binnengrenzen mit Rumänien und Bulgarien auf nun 29 Schengen-Staaten auszudehnen (aktuell noch mit Ausnahme der Landgrenzen).

Im Berichtsjahr hat die EU 35 Rechtsakte beschlossen, die den Schengen/Dublin-Besitzstand weiterentwickeln und auch von Liechtenstein umzusetzen sind (rechtlich unverbindliche Rechtsakte werden nicht mitgezählt).

### Finanzthemen und Steuerkooperation

Die Mission unterstützte wie in früheren Jahren das Ministerium für Präsidiales und Finanzen bei der Teilnahme am Austausch der Finanz- und Wirtschaftsministerien der EFTA-Staaten mit der EU, inklusive am Ministertreffen des EFTA-ECOFIN im November. Der ECOFIN-Rat, welcher sich aus den EU-Wirtschafts- und Finanzministerinnen und -ministern zusammensetzt, tauscht sich traditionell einmal jährlich mit den Wirtschafts- und Finanzministerinnen und -ministern der EFTA-Staaten aus. Das Thema des Treffens war «Geopolitik, Energiepreise und Inflation». Vor dem Treffen finden Vorbereitungstreffen zwischen den EFTA-Staaten, dieses Jahr im aktuellen Vorsitzland Schweiz, als auch mit der EU-Kommission in Brüssel statt. Nebst der Unterstützung und Begleitung solcher Treffen steht die Mission auch in Finanz- und Steuerthemen auf europäischer Ebene mit dem Ministerium für Präsidiales und Finanzen in engem Austausch.

---

## Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone

---

**Leiter: Botschafter Pascal Schafhauser**

*Die Botschaft verfolgte aktuelle Entwicklungen in Belgien und erstattete Bericht an die Regierung, so etwa über den Gerichtsprozess zu den Terroranschlägen von 2016 in Brüssel oder die Massnahmen der belgischen Polizei*



und Justiz. Dies in Anbetracht des Umstandes, dass Belgien aufgrund seiner Häfen einer der grössten Drogenumschlagplätze Europas ist. Gleichzeitig sind die Häfen aber auch wichtig für die Versorgung von Europa mit Flüssiggas (LNG). Auf Einladung Belgiens trafen sich im April die neun Nordseestaaten im neu gegründeten Format des Nordseegipfels in Ostende mit Fokus auf Windkraft.

Im September fand das Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Brüssel und Eupen statt, an dem S.D. der Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein teilnahmen. Des Weiteren nahm die Botschaft zum ersten Mal an den sogenannten Heritage Days (Tage des Kulturerbes) am 16. und 17. September der Stadt Brüssel teil und öffnete während zwei Tagen die Räumlichkeiten der Botschaft für Besucherinnen und Besucher. Im Berichtsjahr nahm die Botschaft auch erstmals an der belgienweiten «Woche für Deutsch» teil, welche vom 16. bis 22. Oktober stattfand. Die Botschaft organisierte zusammen mit dem jungen Theater Liechtenstein Theaterworkshops an Schulen in Antwerpen, Brügge und Lüttich.

Die Botschaft nahm auch einige Termine in Den Haag (Niederlande) wahr und vertrat Liechtenstein im Mai an der Überprüfungs-konferenz der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). Ebenfalls nahm Botschafter Pascal Schafhauser im September an der mündlichen Verhandlung des Internationalen Gerichtshofs in der Rechtssache Ukraine gegen Russland, in welcher Verstösse gegen die UN-Völkermordkonvention geltend gemacht wurden, teil.

---

## Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl

---

**Leiter: S. D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein**

*Der für die Beziehungen zu Staaten zuständige Kurien-Erzbischof Paul Richard Gallagher besuchte Liechtenstein im April des Berichtsjahres.*

Erzbischof Paul Richard Gallagher, Sekretär für die Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen, besuchte vom 23. bis 25. April Liechtenstein. Es war der ranghöchste formelle Besuch durch einen Vertreter des Heiligen Stuhls seit dem Besuch von Papst Johannes Paul II. im Jahre 1985. Die Einladung zu diesem Besuch hatte Regierungsrätin Dominique Hasler bereits im Herbst 2021 in Rom ausgesprochen. Das Programm umfasste einen Höflichkeitsbesuch bei S.D. Erbprinz

Alois von und zu Liechtenstein sowie Arbeitstreffen mit Regierungschef Dr. Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Hasler. Ein informelles Treffen ohne staatliche Vertretung mit dem damals amtierenden Erzbischof von Vaduz, Msgr. Wolfgang Haas, rundete das Programm ab. Erzbischof Gallagher wurde vom Apostolischen Nuntius Martin Krebs begleitet. Der Besuch unterstrich die ausgezeichneten, direkten Beziehungen zwischen Liechtenstein und dem Heiligen Stuhl. Das Berichtsjahr hatte am 5. Januar mit den offiziellen Begrüßungsfeierlichkeiten für den zuvor am 31. Dezember verstorbenen ehem. Papst Benedikt XVI. begonnen. Auf Wunsch des Heiligen Stuhls war Liechtenstein, so wie die meisten Staaten, durch die Botschaft vertreten. Die insgesamt seit 2021 intensivierten Kontakte auf hoher Ebene sind in Zeiten des Wandels hilfreich.

---

## Liechtensteinische Botschaft in Washington

---

**Leiter: Botschafter Georg Sparber**

*Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA entwickelten sich weiter positiv. Die Besuchsdiplomatie konnte auf hohem Niveau fortgeführt werden, mit Besuchen S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sowie Aussenministerin Dominique Hasler und zahlreichen Besuchen auf Verwaltungsebene. Regierungschef Dr. Daniel Risch nahm auf Einladung von Präsident Biden am virtuellen Demokratiegipfel teil. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dominierte über weite Teile die Agenda, die US-Unterstützung verlor aber in der zweiten Jahreshälfte an politischer Dynamik. Ein von Präsident Biden vorgeschlagenes militärisches Hilfspaket für die Ukraine fand zunächst keine Mehrheit im Kongress. Die knappen Mehrheiten im Kongress verstärkten tendenziell den Einfluss der politischen Ränder. Liechtensteins Zusammenarbeit im Sanktionsbereich wurde durchwegs als positiv wahrgenommen. Liechtenstein beteiligte sich an Arbeitsgruppen der Financial Intelligence Unit (FIU) zu illegalen Geldern mit Russland Bezug sowie zur Hamas. Die in den USA tätigen liechtensteinischen Firmen fanden ein grundsätzlich positives Marktumfeld vor. Inflation, Lieferkettenunterbrüche und Arbeitskräftemangel konnten reduziert werden. Für die USA blieb die Eindämmung Chinas eine übergeordnete aussenpolitische Priorität. Im Bereich der kritischen Zukunftstechnologien wurden Exportbeschränkungen erlassen. Die Kontrolle ein- und ausgehender Investitionen wurde verstärkt und der Austausch mit Europa zu diesem Thema intensiviert. Im beginnenden Vorwahlkampf für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2024 zeichnete sich eine Neuaufgabe von Trump gegen Biden ab.*

## Liechtenstein-Spezifisches

### Besuche, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtsjahr fanden erneut Gespräche auf politischer Ebene statt. S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein besuchte Washington, DC, und hielt Treffen mit dem stellvertretenden Finanzminister Wally Adeyemo sowie Senatoren und Abgeordneten des Repräsentantenhauses ab. Im Zentrum der Gespräche standen geopolitische Entwicklungen und Möglichkeiten, die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

Regierungschef Dr. Daniel Risch nahm auf Einladung von Präsident Biden am Demokratiegipfel teil, der virtuell ausgetragen wurde und untermauerte Liechtensteins Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit sowie den Kampf gegen Korruption und Autokratie. Zudem fand ein bilaterales Gespräch auf politischer Ebene mit dem US-Finanzministerium zu Sanktionen und weiteren Finanzplatzthemen statt.

Regierungsrätin Dominique Hasler nahm an der von den USA ausgerichteten Vertragsstaatenversammlung der UNO-Konvention gegen Korruption in Atlanta, Georgia, teil. Anlässlich der Konferenz fanden auch hochrangige bilaterale Gespräche mit der Leitung der US-Delegation statt, bei denen eine weitere enge Zusammenarbeit im Bereich der Korruptionsbekämpfung vereinbart wurde. Liechtenstein spielte eine führende Rolle in der Hauptveranstaltung zum Eröffnungstag zu Korruption und Umweltverbrechen. Bereits im Vorfeld der Konferenz organisierte Liechtenstein eine gut besuchte Veranstaltung in Washington, DC, zu diesem Thema, das für das US-Finanzministerium eine Priorität darstellt. Die Regierungsrätin nahm auch an einem hochrangigen Panel zu Geschlechtergleichheit und Korruption teil.

Im Berichtsjahr fanden abermals Besuche von Vertreterinnen und Vertretern der liechtensteinischen Verwaltung in Washington, DC, statt, darunter der Stabsstelle FIU und des Amtes für Kommunikation.

Erneut organisierte die Botschaft gemeinsam mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten eine Reise für leitende Mitarbeitende von Senatsabgeordneten nach Liechtenstein.

Die Botschaft veranstaltete im Rahmen der etablierten Partnerschaft mit den Think Tanks Wilson Center und Women in International Security Veranstaltungen zu diversen Themen, darunter Rechtsstaatlichkeit, die Rolle von Frauen in der Sicherheitspolitik sowie strafrechtliche Verantwortlichkeit für schwere Völkerrechtsverstöße.

Zudem fanden diverse Reisen in US-Bundesstaaten und Treffen mit lokalen Behörden statt, unter anderem in Rhode Island, Georgia und Alabama.

### Honorarkonsulate

Sämtliche fünf Honorarkonsulate in den USA waren im Berichtsjahr besetzt und nahmen ihre Funktion im

gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich war.

### Erwähnung Liechtensteins in Berichten der US-Administration

Das US-Aussenministerium veröffentlichte seinen jährlichen Bericht zur weltweiten Lage der Menschenrechte. In Liechtenstein wurden erneut keine schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte festgestellt, jedoch wurden Bereiche mit Verbesserungspotential erwähnt, z. B. Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, Behindertenrechte und Asylwesen. Das US-Aussenministerium stützt sich bei seiner Berichterstattung jeweils auf Informationen von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen oder Think Tanks sowie auf Daten von offiziellen Stellen.

Gleiches gilt für den Bericht über Religionsfreiheit, in dem Liechtenstein im Zusammenhang mit der Trennung von Kirche und Staat und dem Aufbau religiöser Infrastruktur wie einer Moschee oder muslimischen Grabstätte erneut Erwähnung fand. Die Holocaust-Erinnerungskultur in Liechtenstein wurde als positives Element hervorgehoben.

## Wirtschaftliche Zusammenarbeit

### Liechtensteinische Firmen in den USA

Die Marktlage für liechtensteinische Firmen in den USA wurde generell als positiv eingeschätzt. Zu den Hauptherausforderungen zählte der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Produktionsstätten, Folgen der hohen Inflation sowie das Fehlen eines Doppelbesteuerungsabkommens. Liechtensteinische Firmen unterhalten in den USA ca. 6'300 Arbeitsplätze. Die liechtensteinischen Exporte in die USA blieben unter dem Vorjahr. Die USA blieben im Berichtsjahr einer der Hauptexportmärkte Liechtensteins.

### Ukrainekrieg

In Antwort auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine etablierte sich eine enge und intensive Zusammenarbeit und Abstimmung mit den USA. Insbesondere auf Ebene der Verwaltung konnte diese Zusammenarbeit erneut vertieft werden. Liechtenstein beteiligte sich an einer FIU-Arbeitsgruppe zu illegalen Geldern mit Russland-Bezug sowie zur Hamas. Liechtensteins Zusammenarbeit im Sanktionsbereich wurde durchwegs als positiv wahrgenommen. Die USA legten neben der Sanktionierung von russischen Oligarchen vermehrt ein Augenmerk auf die Unterbrechung von Warenströmen für die russische Kriegswirtschaft. Die USA konzentrierten ihre Hilfslieferungen auf militärisches Material, während Europa verstärkt die ukrainische Regierung mit Budgethilfen unterstützte.

Ein von Präsident Biden vorgeschlagenes Hilfspaket fand jedoch im Kongress, unter dem neuen Sprecher des Repräsentantenhauses Mike Johnson (R-Louisiana),

zunächst keine Mehrheit, da dieses mit der politisch heiklen Frage der Grenzsicherung verknüpft wurde. Auf beiden Seiten des Atlantiks gewann die politische Dynamik an Fahrt, eingefrorene Gelder unter den geltenden Sanktionen zu konfiszieren und für die Unterstützung bzw. den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Liechtenstein verwies in der Diskussion mit US-Partnern auf die hohen rechtsstaatlichen Standards, die es für die Konfiszierung von Vermögenswerten zu wahren gilt.

### Handelsbeziehungen USA-Europa

Die Handelsgespräche zwischen den USA und der EU wurden im Format des Trade and Technology Council (TTC) fortgesetzt. Inhaltlich konnten keine entscheidenden Fortschritte erzielt werden. Die US-Wahlen 2024 legten bereits ihren Schatten über Handelsgespräche der USA mit Partnern aus aller Welt. Das Moratorium zu den Stahl- und Aluminiumzöllen wurde bis nach den Wahlen 2024 verlängert.

Zentrales Anliegen der USA im Handelsdialog mit der EU blieb das Finden einer gemeinsamen Linie gegen China. Dabei spielen immer stärker Fragen der eingehenden und ausgehenden Kontrolle von Investitionen eine Rolle mit dem Ziel, den Transfer kritischer Technologie nach China einzuschränken. Die USA etablierten ein neues Exportkontrollregime zu diesem Zweck.

Auch die EFTA-Staaten hielten erneut ihren jährlichen Handelsdialog mit den USA in Washington, DC, ab.

### Steuern

Die Umsetzung der OECD-Einigung zu einer Digitalsteuer und einem globalen, effektiven Minimalsteuersatz von 15% ist im derzeitigen Kongress gescheitert.

### Relevante innen- und aussenpolitische Entwicklungen

Beide Parteien bereiteten sich auf den Wahlkampf 2024 vor. Präsident Biden sieht sich in der Pflicht, erneut eine zweite Amtszeit von Donald Trump zu verhindern, welcher sich weiter auf eine sehr starke Wählerbasis im konservativen Lager verlassen kann. Trump stand in den Umfragen als Kandidat der Republikaner weit vorne und entzog sich den diversen Wahlkampfdebatten unter den anderen Anwärtern. Dass in der republikanischen und in der demokratischen Partei eine Verjüngung an der Spitze stattfinden kann, ist unwahrscheinlich.

Auf republikanischer Seite stehen die Themen wirtschaftlicher Aufschwung, Inflation, Grenzsicherung sowie konservative Werte im Fokus des Wahlkampfes. Auf demokratischer Seite liegt das Augenmerk auf sozialen Fragen wie Abtreibung und Inklusion, dem wirtschaftlichen Aufschwung sowie der Stärkung der demokratischen Strukturen. Der republikanischen Partei wird in Umfragen mehr Wirtschaftskompetenz zugestrahlt.

Die knappe republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus führte zu einer Stärkung der politisch konservativen Kräfte, die unter anderem die Abwahl von Kevin McCarthy (R-Kalifornien) und eine wochenlange Vakanz beim dritthöchsten politischen Amt der USA zur Folge hatte. Mit der Wahl des wertekonservativen Mike Johnson (R-Louisiana) gelangte das Repräsentantenhaus wieder zu einer gewissen Stabilität.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stand im ersten Halbjahr im Zentrum der aussenpolitischen Aufmerksamkeit. Mit dem Hamas-Terroranschlag vom 7. Oktober rückte die Ukraine zunehmend in den Hintergrund, auch weil entscheidende Gebietsgewinne während der Sommeroffensive ausblieben. Aus handelspolitischer, wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und menschenrechtlicher Hinsicht bleibt China der Hauptantagonist der USA. Gleichzeitig wurde der Dialog auf höchster Ebene wieder aufgenommen mit dem Ziel der Minimierung unbeabsichtigter Risiken. Nach längerem Unterbruch gab es wieder offene Kanäle zwischen den Militärs der beiden Grossmächte.

### Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Liechtenstein ist seit 2014 Beobachterstaat in der OAS und nimmt in dieser Funktion an Treffen und Aktivitäten der Organisation teil. Liechtenstein nahm an der jährlichen Generalversammlung in Washington, DC, teil und beteiligte sich am Dialog mit den Beobachterstaaten. Zudem fanden bilaterale Gespräche mit OAS-Generalsekretär Luis Almagro sowie weiteren Spitzenfunktionären der OAS statt. Anlässlich der Übernahme des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates wurde mit der OAS ein engerer Austausch über gemeinsame Prioritäten vereinbart, darunter das Schadensregister für die Ukraine.

Liechtenstein unterstützte erneut die OAS-Aktivitäten mit einem freiwilligen Beitrag von insgesamt CHF 70'000 im Bereich «Women, Peace & Security». Zudem ermöglichte Liechtenstein die Teilnahme von Jugendvertretern an einem Dialog über derzeitige Herausforderungen im OAS-Raum, im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von Liechtenstein, den USA und Kanada.

### Internationaler Währungsfonds (IWF)

Liechtenstein hinterlegte offiziell sein Beitrittsgesuch beim IWF in Washington, DC, wodurch der Beitrittsprozess formal angestossen wurde. Eine liechtensteinische Delegation wohnte den Frühjahrstreffen bei. Eine Delegation des IWF stattete Liechtenstein im Juli einen Besuch ab und entsandte im November eine Mission, um Liechtensteins Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kennenzulernen.

## Liechtensteinische Botschaft in Wien

**Leiterin: I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer**

*Der Schwerpunkt der liechtensteinischen Aussenpolitik liegt auf der Pflege der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und in der Region. Im Berichtsjahr konnte die enge Zusammenarbeit mit Österreich durch zahlreiche Besuche und Treffen auf politischer und Verwaltungsebene weitergeführt werden. Im Vordergrund standen Themen in den Bereichen, Wirtschaft, Äusseres, Europa, Justiz, Kultur, Soziales, Gesundheit, Inneres, Umwelt sowie Infrastruktur und Verkehr. Die Botschaft diente als Anlaufstelle für Politik, Verwaltung und liechtensteinische Staatsangehörige. Ein wichtiges Thema in beiden Ländern blieb der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und seine Folgen.*

### Die Beziehungen Liechtenstein – Österreich

Im Berichtsjahr konnten die exzellenten Beziehungen zu Österreich weitergeführt werden. Es fanden zahlreiche Veranstaltungen und Treffen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene statt. Ein regelmässiger Austausch zu bilateralen und regionalen Themen sowie die Zusammenarbeit auf europäischer und multilateraler Ebene wurde gepflegt. Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und seine vielfältigen Folgen waren weiterhin ein Schwerpunktthema bei vielen Arbeitsgesprächen. Im kulturellen Bereich stand das Berichtsjahr im Zeichen des 20-Jahr-Jubiläums des Liechtenstein-Regals in den 65 Österreich Bibliotheken im Ausland, überwiegend im mittel-, ost- und südosteuropäischen Raum.

Im Rahmen ihres Besuchs im Februar in Wien führte Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni ein bilaterales Gespräch mit Innenminister Gerhard Karner. Dabei wurde die Vereinbarung zwischen Österreich und Liechtenstein betreffend die flugpolizeiliche Zusammenarbeit sowie die Vereinbarung zum Austausch von Deckkennzeichen unterzeichnet.

Als Weiterführung des von Europaministerin Karoline Edtstadler im Zuge einer Konferenz zum Thema «The Next Generation is Female» ins Leben gerufenen «Salzburg-Formats» reiste Regierungsrätin Dominique Hasler zusammen mit Aussen- und Europaministerinnen anderer europäischer Staaten im März in die Republik Moldau. Bei den Treffen mit der Präsidentin und Regierungsvertreterinnen und -vertretern der Republik Moldau wurden Herausforderungen der Republik Moldau in Folge des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine sowie die Reformbestrebungen im Zusammenhang mit dem EU-Kandidatenstatus besprochen. Nach dem Besuch in Kiew Ende 2022 war dies die zweite Reise in diesem parteiübergreifenden Dialogformat.

Im Rahmen eines anschliessenden Besuchs von Regierungsrätin Dominique Hasler in Wien fand ein Abendessen zu ihren Ehren statt, an dem hochrangige österreichische und internationale Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Diplomatie teilnahmen. Die Aussenministerin traf sich zudem mit der Generalsekretärin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Helga Maria Schmid, zu einem Arbeitsgespräch. Dabei standen die sicherheitspolitische Lage in Europa und der Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee des Europarates im Vordergrund.

Im Juni reiste Regierungsrat Manuel Frick nach Wien und führte Arbeitsgespräche mit Gesundheitsminister Johannes Rauch und Staatssekretärin für Kultur Andrea Mayer. Ausserdem fanden die Feierlichkeiten anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums des «Liechtenstein-Regals» in den Österreich-Bibliotheken unter Anwesenheit von Regierungsrat Manuel Frick statt. Im Juli nahm er an der Eröffnung der Bregenzer Festspiele teil. Am Vorabend lud die Österreichisch-Liechtensteinische Gesellschaft (ÖLI) zum traditionellen Empfang im Casino Bregenz ein. Gastredner war Finanzminister Magnus Brunner.

Im September waren Regierungschef Dr. Daniel Risch und Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni im Zusammenhang mit dem jährlichen Liechtenstein-Empfang zu Besuch in Wien. Regierungschef Dr. Daniel Risch traf sich mit dem österreichischen Bundeskanzler Karl Nehammer zu einem Arbeitsgespräch. Im Mittelpunkt standen dabei die Pflege der bilateralen Beziehungen, die Zusammenarbeit in Europa sowie der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine und seine Folgen. Regierungschef-Stellvertreterin Monauni führte ein Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Susanne Raab, zuständig für die Themen Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt. Dabei wurden die Medienpolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Integration ukrainischer Flüchtlinge besprochen.

Zeitgleich weilte die Aussenpolitische Kommission zu einem Besuch in Wien und in Südmähren/Tschechien. Das Programm umfasste Treffen bei der OSZE, der UNO in Wien, in Südmähren und im österreichischen Nationalrat sowie die Teilnahme am Liechtenstein-Empfang.

Besuche österreichischer Regierungsmitglieder in Liechtenstein fanden im Berichtsjahr ebenfalls statt. Im April empfing Regierungschef Dr. Daniel Risch den österreichischen Finanzminister Magnus Brunner. Die allgemeine Wirtschaftslage in Europa und die Folgen für die Haushaltspolitik sowie internationale Finanzthemen standen auf der Tagesordnung.

Im September reiste Europaministerin Karoline Edtstadler nach Liechtenstein, wo ihr auf Schloss Vaduz von S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein das Grosskreuz des Fürstlich Liechtensteinischen Verdienstordens verliehen wurde. Während ihres Besuchs in

Liechtenstein fand auch der jährliche Europapolitische Dialog mit Aussenministerin Dominique Hasler statt.

Zum Politischen Dialog zwischen Österreich und Liechtenstein im Juni reiste der Generalsekretär des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal, nach Liechtenstein und traf Amtsleiter und Botschafter Dr. Martin Frick. Es wurde eine breite Palette von Themen im Bereich der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit besprochen.

Die zahlreichen deutschsprachigen Formate und Arbeitstreffen, bei denen auch der Kontakt zu Österreich gepflegt wird, wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Im Februar nahm Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni am Treffen der deutschsprachigen Wirtschaftsministerinnen und -minister in Wien teil. Im Zentrum der Gespräche standen die allgemeine Wirtschafts- und Energielage in Europa, die Zukunft der europäischen Industriepolitik und die Reaktion Europas auf den «Inflation Reduction Act» der USA. Ende April fand auf Einladung von Aussenminister Alexander Schallenberg das Treffen der deutschsprachigen Aussenministerinnen und -minister in Salzburg statt. Neben Themen wie dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine war auch der Zusammenhalt in Europa auf der Agenda. Das Treffen der deutschsprachigen Justizministerinnen und -minister wurde im Mai in Langenlois/Niederösterreich abgehalten, um über aktuelle Entwicklungen im Bereich Familien- und Kindschaftsrecht sowie Cybercrime und Hass im Netz zu diskutieren. Ebenfalls im Mai trafen sich die deutschsprachigen Umweltministerinnen und -minister in Luxemburg. Themen wie die Wiederherstellung der Natur, Biodiversität, diverse Fragen der internationalen Umweltpolitik und nachhaltige Finanzen standen im Mittelpunkt der Gespräche. Beim Treffen der deutschsprachigen Finanzministerinnen und -minister im August in Deutschland waren die Hauptthemen die zukünftigen finanzpolitischen Strategien und die Inflation, finanzielle Bildung sowie der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine. Im September fand das jährliche Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Belgien statt. Die Schwerpunktthemen waren der Weltraum und die Kreislaufwirtschaft.

Das jährliche Arbeitsgespräch der liechtensteinischen Regierung mit der Vorarlberger Landesregierung fand im November in Vaduz statt. Als Schwerpunkte wurden die Zollabwicklung an den Grenzübergängen und der aktuelle Stand des Stadtunnens Feldkirch besprochen.

Auf parlamentarischer Ebene besuchte die 2022 konstituierte österreichisch-liechtensteinische Gruppe des österreichischen Nationalrats im Februar erstmals Liechtenstein und traf dabei die liechtensteinisch-österreichische Gruppe im liechtensteinischen Landtag. Zentrale Themen waren die Vereinbarung von Familie und Beruf, die S-Bahn Liechtenstein,

Energiesicherheitsfragen infolge des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine und die Migration. Im Dezember besuchte Landtagspräsident Albert Frick den österreichischen Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka in Wien. Im Rahmen eines Arbeitsgesprächs im österreichischen Nationalrat wurden die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich gewürdigt und internationale Themen wie Multilateralismus, Rechtsstaatlichkeit, die Lage im Nahen Osten und der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine besprochen.

Liechtenstein Finance setzte im Berichtsjahr seine Veranstaltungen in Wien fort. Im Mai fand ein «Top Talk» gemeinsam mit der Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein zum Thema «Finanzplatz Liechtenstein – ein sicherer Hafen in unsicheren Zeiten» statt. Der bereits dritte Finance Talk wurde im September gemeinsam mit der Tageszeitung «Die Presse» unter dem Titel «Innovation im Spannungsfeld der Regulation» veranstaltet.

Das Europäische Forum Alpbach fand im Spätsommer unter dem Motto «Bold Europe» statt. S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Dr. Daniel Risch nahmen teil. Der Regierungschef tauschte sich mit Staatssekretär für Digitales Florian Tursky aus.

Der traditionelle Liechtenstein-Empfang, welcher der Pflege der Beziehungen zur österreichischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Diplomatie dient, konnte wieder im September in Wien durchgeführt werden.

Die Zusammenarbeit mit Österreich im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels konnte fortgesetzt werden. Im Februar führte das österreichische Finanzministerium in Zusammenarbeit mit der von Liechtenstein unterstützten Initiative «Finance Against Slavery and Trafficking» (FAST) und der Geldwäschemeldestelle des Bundeskriminalamts einen «Roundtable» zur Bekämpfung des Menschenhandels durch. An diesem nahm unter anderem Finanzminister Magnus Brunner teil. Bereits zum dritten Mal fungierte Liechtenstein als Partner bei der Durchführung der Wiener Konferenz gegen Menschenhandel im Oktober, bei welcher Regierungsrätin Dominique Hasler virtuell eine Eröffnungsrede hielt. Zudem organisierte das Ludwig-Boltzmann-Institut für Grund- und Menschenrechte in Wien im Oktober ein von Liechtenstein unterstütztes Symposium zum Thema «Nutzergenerierte Inhalte und Menschenhandel».

Im Berichtsjahr wurden auch die Vorbereitungen für die erstmalige Übernahme des Co-Vorsitzes der EU-Alpenraumstrategie (EUSALP) gemeinsam mit Österreich im Jahr 2025 aufgenommen.

Im Bereich Kultur fanden im Berichtsjahr anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums des «Liechtenstein-Regals» in den Österreich-Bibliotheken Feierlichkeiten im Juni und November mit den Bibliothekarinnen und Bibliothekaren



sowie wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Österreich Bibliotheken statt. Im Januar stellte sich das Kunstmuseum Liechtenstein im Rahmen eines Kamingespräches in der liechtensteinischen Residenz bei Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur sowie Vertreter der Medien vor. Auf Einladung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten fand der Kulturpolitische Dialog zwischen Liechtenstein und Österreich statt. Die Eröffnung des «LIECHTENSTEIN X» Pavillons im Kunstsalon Schönbrunn, erfolgte im April. Im Rahmen des «Artists Solidarity Program Europe» erhielt die ukrainische Künstlerin Tetiana Pavliuk die Möglichkeit eines Aufenthalts im Künstleratelier Balzers. Das Poolbar-Festival in Feldkirch ging im Juli/August unter Beteiligung von liechtensteinischen Künstlerinnen und Künstlern wie unter anderem «Trimolon Jazzscapes» und «Mayvie» über die Bühne. Ende August fand eine Vernissage der Wanderausstellung des Architekturwettbewerbs «Constructive Alps» im Museumsquartier statt, die eine Woche lang ausgestellt war. Als gemeinsames Projekt brachten die schweizerische und die liechtensteinische Botschaft in Österreich diese Wanderausstellung nach Wien, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

---

### Liechtensteinische Botschaft in Tschechien

---

**Leiterin: I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer**

*Das Fürstentum Liechtenstein und die Tschechische Republik nahmen 2009 diplomatische Beziehungen wieder auf. Seit 2011 unterhält Liechtenstein eine nicht-residierende Botschaft in der Tschechischen Republik. Das Berichtsjahr wurde von der Wahl des neuen tschechischen Präsidenten, wirtschaftlicher Herausforderungen, einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung und den Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine geprägt. Seit über 70 Jahren bestehen offene Fragen zwischen Liechtenstein und der Tschechischen Republik. Diese konnten auf bilateralem Weg bisher nicht geklärt werden. Die im August 2020 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereichte Staatenbeschwerde läuft nach wie vor.*

#### **Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien**

Das erste Quartal des Berichtsjahres war durch die Wahl des neuen tschechischen Staatsoberhauptes und die damit zusammenhängende Veränderung im Amt des Präsidenten geprägt. Bei der Wahl zum Präsidenten am 27./28. Januar wurde der ehemalige General der tschechischen Armee, Petr Pavel, zum neuen tschechischen

Staatsoberhaupt gewählt. S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein traf sich im Berichtsjahr am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz und der UNO-Generalversammlung mit Präsident Pavel.

Am 1. Februar fand der jährliche Politische Dialog zwischen der Tschechischen Republik und Liechtenstein statt. Dabei tauschte sich der Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Martin Frick, mit Botschafter Jaroslav Kurfürst, Generaldirektor in der Sektion für Europäische Angelegenheiten im tschechischen Aussenministerium, über die aktuellen Themen betreffend die tschechisch-liechtensteinischen Beziehungen aus. Die zentralen Punkte waren der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie seine Auswirkungen in Tschechien und in Liechtenstein. Im Rahmen des Politischen Dialogs informierte die tschechische Delegation, dass das tschechische Honorarkonsulat in Liechtenstein zum Honorargeneralkonsulat erhoben wurde.

Im Berichtsjahr wurden Aktivitäten zur Popularisierung der historischen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien durchgeführt. Am 24. Mai fand die Vernissage der Ausstellung «Die Fürsten von Liechtenstein, Herren von Troppau und Jägerndorf» im Schlesischen Landesmuseum in Troppau statt. Anlässlich des 410. Jubiläums des Erwerbs des Herzogtums Troppau und des 400. Jahrestages des Erwerbs des Herzogtums Jägerndorf durch Karl I. von Liechtenstein befasste sich die umfassende Ausstellung mit der historischen Bedeutung der Familie und ihrem Einfluss auf die Entwicklung der Region in der frühen Neuzeit. Aus diesem Anlass und auf Einladung des Magistrats von Opava/Troppau besuchte am 24./25. Mai eine Delegation der Fürstlichen Familie die Region Mährisch-Schlesien. Neben Troppau wurde auch die Stadt Krnov/Jägerndorf besucht.

Im Berichtsjahr konnte der Schüleraustausch zwischen dem tschechischen Matyáš Lerch Gymnasium in Brno/Brünn und dem Liechtenstein Gymnasium in Vaduz erneut stattfinden. Vom 11. bis 15. September besuchte eine Schulklasse des Matyáš Lerch Gymnasiums Liechtenstein und vom 2. bis 6. Oktober war die liechtensteinische Schülergruppe zu Besuch in Brünn. Der Schüleraustausch wird seit 2014 durchgeführt und seit 2018 über den bilateralen Fonds des EWR-Finanzierungsmechanismus (EEA Grants) finanziert. Die bilateralen Projekte in diesem Rahmen zwischen Liechtenstein und der Tschechischen Republik haben sich bereits etabliert und gelten als Musterbeispiele für die Stärkung der bilateralen Beziehungen.

Ein wichtiges Instrument in den Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien stellt die unabhängige und paritätisch besetzte liechtensteinisch-tschechische Historikerkommission dar. Die Historikerkommission widmete sich im Berichtsjahr der Förderung des Bewusstseins über die gemeinsame Geschichte. Den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bildete im

Berichtsjahr ihrem Mandat entsprechend die Popularisierung ihrer Forschungsergebnisse. Dazu gehörten auch Buchvorstellungen und eine Exkursion nach Vranov/Wranau.

Im Laufe des Berichtsjahres nahm I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer eine Reihe von weiteren Terminen und Anlässen in Prag und in Brünn wahr. Dazu zählten Treffen mit Vertretern des tschechischen Aussenministeriums und des Präsidentenamtes, dem Vorsitzenden des Senates, der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses und mit Akteuren der regionalen Politik, insbesondere mit den Vertretern des Südmährischen Kreises.

---

## Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

---

**Leiterin: I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer**

*Die Arbeiten in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurden im Berichtsjahr weiterhin massgeblich vom russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und seinen Auswirkungen geprägt. Dazu kamen weitere Konflikte und Krisen wie die Entwicklungen betreffend Bergkarabach. Diese Konstellation erschwerte auch die Lösungsfindung für wichtige institutionelle Fragen in der OSZE. Erst beim Ministerrat in Skopje Ende Jahr konnte eine Einigung auf den OSZE-Vorsitz 2024 und zu einer Verlängerung der Mandate der vier Leitungsfunktionen der Organisation erzielt werden.*

*Liechtensteins Mitarbeit erstreckte sich auf das gesamte Spektrum der OSZE, die im Berichtsjahr unter dem Vorsitz Nordmazedoniens stand. Inhaltliche Akzente wurden von Liechtenstein neben einer klaren Positionierung im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg unter anderem in Bezug auf institutionelle Fragen sowie im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels gesetzt. Im November stattete erstmals eine OSZE-Generalsekretärin Liechtenstein einen Besuch ab.*

### Liechtensteinische Aktivitäten

Liechtenstein engagierte sich inhaltlich wie finanziell in allen drei OSZE-Dimensionen für die Sicherheit und Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation.

Im Zusammenhang mit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine setzte Liechtenstein im Berichtsjahr seine klare Positionierung in der OSZE auf politischer wie auch auf diplomatischer Ebene fort. Der russische Angriffskrieg stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht dar und bedeutet einen Bruch mit den grundlegenden Regeln der Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE. Liechtenstein schloss sich weiterhin den Appellen an Russland an und forderte die

unverzügliche Einstellung der Kriegshandlungen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Notwendigkeit gelegt, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten und die Zivilbevölkerung im Konfliktgebiet zu schützen.

Aufgrund der schwerwiegenden Verstösse in diesem Bereich wurde dem Thema «Accountability» (strafrechtliche Verantwortung) prioritäre Bedeutung beigemessen. Der liechtensteinische Einsatz dafür in der OSZE äusserte sich vor allem durch die Beteiligung an einer weiteren Lancierung des «Moskauer Mechanismus» in Bezug auf die Ukraine mit Fokus auf dem Thema Deportation von Kindern.

Auch im Berichtsjahr erfolgte Liechtensteins Positionierung in der OSZE in enger Abstimmung mit seinen Partnern, insbesondere der EU, deren Wortmeldungen zum russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine von Liechtenstein regelmässig mitgetragen wurden.

Auch mit freiwilligen Beiträgen unterstützte Liechtenstein das OSZE-Engagement im Zusammenhang mit dem russischen Aggressionskrieg in der Ukraine, insbesondere bei der Bekämpfung des Menschenhandels, einem Menschenrechtsüberwachungsprojekt des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) sowie der Unterstützung des Unterstützungsprogramms für die Ukraine (SPU).

Die liechtensteinische «FAST-Initiative» zur Rolle des Finanzsektors bei der Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel konnte in den Arbeiten der OSZE weiter verankert werden. Dies erfolgte insbesondere bei einer gemeinsamen Sitzung der drei Arbeitsausschüsse der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels im Juli, die aus Anlass des 20-Jahresjubiläums des OSZE-Aktionsplanes zu diesem Thema stattfand.

Der Umwelt- und Nukleardimension kam im Berichtsjahr in Bezug auf den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine zunehmende Bedeutung zu. Dies galt insbesondere für die Zerstörung des ukrainischen Kachowka-Staudamms und deren weitreichende Folgen.

Auch das Thema Cybersicherheit war von aktueller Relevanz und wurde von Liechtenstein in der OSZE vor allem in der Informellen Arbeitsgruppe zu Cybersicherheit verfolgt.

Im Berichtsjahr gestalteten sich die Diskussionen über die Durchführung wichtiger OSZE-Treffen, insbesondere der jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) und des Implementierungstreffens der menschlichen Dimension (HDIM), angesichts des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine erneut als besonders anspruchsvoll. Die Durchführung der ASRC wurde erstmalig durch Russland blockiert. Ebenfalls konnte das HDIM aufgrund fehlenden Konsenses zur Agenda bereits zum dritten Mal seit 2021 aus inhaltlichen Gründen nicht abgehalten werden. Als Alternativmassnahme initiierte Nordmazedonien – analog zu Polen im Vorjahr – eine Vorsitzkonferenz. Diese «Warschauer Konferenz zur Menschlichen Dimension» legte

einen Fokus auf den Austausch mit der Zivilgesellschaft. Liechtenstein war an dieser Konferenz aktiv vertreten und leistete auch finanzielle Unterstützung für ihre Durchführung.

Eine liechtensteinische Delegation nahm an der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE in Wien sowie an der PV-Jahrestagung in Vancouver und der PV-Herbsttagung in Jerewan teil.

Der Abgeordnete Sebastian Gassner war im Dezember einer von 70 Vertretern der PV der OSZE in der Wahlbeobachtungsmission in Serbien.

Finanziell unterstützte Liechtenstein im Rahmen der OSZE neben den Pflichtbeiträgen den langjährigen und bewährten ODIHR-Fonds zur Überprüfung von Gesetzesbestimmungen. Weitere Projekte wurden unter anderem zu den Themen Folgen des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine (inkl. im Bereich Menschenhandel), Rüstungskontrolle im Westbalkan, «Strukturierter Dialog» sowie Klimawandel/Sicherheit gefördert.

Anfang November weilte OSZE-Generalsekretärin Helga Maria Schmid auf Einladung von Aussenministerin Dominique Hasler zu einem Arbeitsbesuch in Vaduz. Es war dies der erste Besuch einer OSZE-Generalsekretärin in Liechtenstein und die Fortsetzung des Dialoges mit der Generalsekretärin, den Regierungsrätin Hasler bereits bei ihrem Wien-Besuch im März gepflegt hatte. Im Hauptfokus des Austausches beim Besuch der Generalsekretärin in Liechtenstein stand die Sicherheitslage in Europa angesichts der aktuellen Konflikte und Krisen. Vor diesem Hintergrund wurde auch der Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee des Europarats thematisiert. Regierungsrätin Hasler nutzte das Treffen mit Generalsekretärin Schmid für eine Präsentation der liechtensteinischen Vorsitzprioritäten. Der Dialog mit der OSZE-Generalsekretärin diente auch dem Ausblick auf den OSZE-Ministerrat in Skopje und der Diskussion institutioneller Fragen. Weiters erfolgte ein Höflichkeitsbesuch der Generalsekretärin beim Regierungschef Dr. Daniel Risch und S. D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein.

### **Nordmazedonischer OSZE-Vorsitz und Ministerrat in Skopje**

Im Berichtsjahr hatte Nordmazedonien den OSZE-Vorsitz inne. In Anbetracht des fortwährenden russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine setzte Nordmazedonien den unter polnischem Vorsitz (2022) eingeleiteten Ansatz «No-business-as-usual» fort. Der nordmazedonische Vorsitz artikulierte deutlich seine kritische Haltung gegenüber Russland im Kontext des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine und positionierte sich als Verfechter der Verpflichtungen und Prinzipien der OSZE. Weitere Konflikte und Krisen, insbesondere Entwicklungen betreffend Bergkarabach, belasteten zusätzlich die angespannte Sicherheitslage im OSZE-Raum.

In diesem Kontext gestaltete sich auch das Finden für Lösungen für die grossen institutionellen Herausforderungen der OSZE als sehr schwierig. Beim OSZE-Ministerrat in Skopje Ende Jahr konnte schliesslich eine Einigung im Konsens zugunsten eines OSZE-Vorsitzes Maltas für das Jahr 2024 sowie einer Verlängerung der Mandate der vier Leitungsfunktionen der Organisation erzielt werden. Letzteres jedoch lediglich für 9 Monate. Bei diesen «Top4-Leitungsfunktionen» handelt es sich um die OSZE-Generalsekretärin (Helga Maria Schmid, Deutschland), den Direktor des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau (Matteo Mecacci, Italien), den Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten (HKNM) in Den Haag (Kairat Abdrakhmanov, Kasachstan) und die OSZE-Bbeauftragte für Medienfreiheit (RFoM) in Wien (Teresa Ribeiro, Portugal). Diese Einigungen waren Teil eines Gesamtpakets, das im Vorfeld zum Ministerrat in Skopje vom nordmazedonischen Vorsitz geschnürt worden war. Dazu gehörte auch die kontrovers diskutierte Teilnahme des russischen Aussenministers Lavrov am Ministerrat.

Liechtenstein brachte sich in diese Prozesse ein und war insbesondere in Bezug auf den OSZE-Vorsitz 2024 in der Freundesgruppe des nordmazedonischen Vorsitzes vertreten. Diese half, den Beschluss im Konsens der 57 Teilnehmerstaaten zu erwirken. Die langwierigen Konsultationen zu diesen für die OSZE bedeutenden institutionellen Fragen sind ein gutes Beispiel dafür, wie schwierig es im aktuellen politischen Kontext geworden ist, konsensuale Lösungen im Rahmen internationaler Organisationen zu erreichen, denen nicht nur gleichgesinnte Staaten angehören.

Das fehlende Vertrauen in multilaterale Lösungsfindungen sowie die Notwendigkeit, diesem Trend mit Entschlossenheit zu begegnen, hob Aussenministerin Dominique Hasler in ihrer Plenarrede beim OSZE-Ministerrat in Skopje hervor. Weitere Schwerpunkte ihrer Rede waren die prekäre Sicherheitslage in Europa angesichts der zahlreichen Konflikte und Krisen, allen voran dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die Unterstützung Liechtensteins für die OSZE. Die Organisation bleibt mit ihrer breiten Mitgliedschaft und ihrem umfassenden Sicherheitsbegriff eine einzigartige und inklusive Plattform für europäische Sicherheitsfragen mit Russland am Tisch.

Des Weiteren nutzte Regierungsrätin Hasler ihre Teilnahme in Skopje für zahlreiche bilaterale Gespräche mit Fokus auf den Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee des Europarats und OSZE-Themen.

## Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

**Leiterin: I. D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer**

*Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein an den jährlichen Sessionen der UNO-Suchtmittelkommission (CND) sowie der Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ) teil. Auch an der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) war Liechtenstein vertreten. Des Weiteren trug Liechtenstein zu den Arbeiten des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO), des Ad-Hoc-Komitees zur Cyberkriminalität sowie zur UNO-Konvention gegen Korruption (UNCAC) und zum UNO-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) bei. Die Ständige Vertretung unterstützte dabei die jeweiligen Fachpersonen aus Liechtenstein. Auch die Arbeiten im Bereich der UNO Wien standen im Berichtsjahr weiterhin unter dem Einfluss des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine sowie von weiteren Konflikten und Krisen.*

### Suchtmittelkommission

Die 66. Session der UNO-Suchtmittelkommission (CND) fand vom 13. bis 17. März in Wien im hybriden Format statt, wobei Liechtenstein virtuell teilnahm. Die liechtensteinische Delegation wurde vom Amt für Soziale Dienste geleitet. Bei der Konferenz wurde ein Austausch auf Expertenebene zu aktuellen Entwicklungen, Herausforderungen und Ansätzen in der internationalen Drogenpolitik geführt. An der Session wurde beschlossen, eine synthetische Cannabinoid-Rezeptor-Agonistin, vier neue synthetische Opioide und zwei Cathinone/Stimulanzien international zu kontrollieren. Ausserdem wurden vier Resolutionen zu folgenden Themen verabschiedet: (i) Vorbereitungen für die Halbzeitüberprüfung 2024 des 2019 beschlossenen CND-Arbeitsplanes, (ii) Förderung der Alternativen Entwicklung (z. B. alternativer Pflanzenanbau, Förderung alternativer Einnahmequellen) als entwicklungsorientierte Drogenbekämpfungsstrategie, (iii) sicherer Umgang mit und Entsorgung von synthetischen Drogen und (iv) Stärkung des Informationsaustauschs.

### Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Bei der 32. Session der UNO-Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ) vom 22. bis 26. Mai in Wien wurde Liechtenstein durch die Ständige Vertretung in Wien vertreten. Der Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Verbesserung der Funktionsweise des Strafjustizsystems, um den Zugang zur Justiz zu gewährleisten und eine sichere Gesellschaft zu schaffen. Bei der Sitzung wurden fünf Resolutionen zu

den Themen Menschenhandel, Verringerung der Rückfälligkeit, gleicher Zugang zur Justiz für alle, Terrorismusbekämpfung sowie Beiträge der CCPCJ zur Agenda 2030 verabschiedet. Insgesamt wurden zudem über 100 Side-Events veranstaltet.

### IAEO-Generalkonferenz

Vom 25. bis 29. September fand die 67. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien statt. Liechtenstein wurde durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die Ständige Vertretung in Wien vertreten. Die Konferenz war geprägt von den internationalen Krisen und geopolitischen Spannungen. Dies gilt insbesondere für den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine sowie die Diskussionen über die Entwicklungen im Iran, in Nordkorea, in Bergkarabach und über die «AUKUS»-Sicherheitsallianz (Australien, UK und USA). Besonderes Gewicht in den Debatten hatte dabei die prekäre Situation um das Atomkraftwerk im ukrainischen Saporischschja und die Rolle der IAEO. Dies äusserte sich auch in der Tatsache, dass die Generalkonferenz erstmals eine separate Resolution zur Ukraine verabschiedete, die von Liechtenstein unterstützt wurde.

Liechtenstein schloss sich in der Plenardebatte der Rede der Schweiz an. Wie in den Vorjahren war Liechtenstein Co-sponsor der Resolutionen zu Nordkorea, nuklearer Sicherheit und Strahlungssicherung sowie zu Sicherungsmassnahmen (safeguards). Eine von Kasachstan angeführte Resolutionsinitiative zum Thema «Wiederherstellung der Souveränen Gleichheit der IAEO-Mitgliedstaaten» brachte Liechtenstein ebenfalls mit ein.

Bei den Wahlen für die Sitze im IAEO-Gouverneursrat für 2023 bis 2025 gingen die beiden zu vergebenden Sitze in der westeuropäischen Gruppe (WEG) ohne Abstimmung an die Niederlande und Spanien. Dies steht im Einklang mit dem WEG-Schema, das im Vorjahr von den damaligen WEG-Co-Vorsitzenden Deutschland und Liechtenstein vorgeschlagen worden war.

Bei der Generalkonferenz wurde zudem IAEO-Generaldirektor Grossi für eine zweite Mandatsperiode von vier Jahren wiedergewählt.

### UNO-Übereinkommen gegen Korruption

Vom 11. bis 15. Dezember fand in Atlanta (USA) das 10. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen Korruption (UNCAC) statt. Die liechtensteinische Delegation wurde von Regierungsrätin Dominique Hasler angeführt. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen, insbesondere zur «Atlanta-Resolution». Regierungsrätin Hasler wies in ihrer Plenarrede darauf hin, dass Korruption alle drei UNO-Säulen untergräbt: Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung sowie Menschenrechte. Zudem forderte sie nachdrücklich dazu auf, die Beteiligung der Zivilgesellschaft zu fördern.



Im Zuge der Konferenz gab Liechtenstein einen Empfang, an dem ca. 80 gleichgesinnte Partner sowie auch Vertreter der Wirtschaft aus Atlanta teilnahmen.

Darüber hinaus traf sich Regierungsrätin Hasler mit dem US-Koordinator für globale Korruptionsbekämpfung und tauschte sich mit den Leitungen von «Transparency International» und des «Basel Institute on Governance» aus.

### Weitere Aktivitäten mit liechtensteinischer Beteiligung

Bei einer Reihe von weiteren Treffen war Liechtenstein durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten bzw. die Ständige Vertretung in Wien vertreten.

Dazu zählten die vierte und fünfte Verhandlungsrunde im Rahmen des zuständigen Ad-hoc-Ausschusses über eine internationale Konvention zur Kriminalisierung von Kern-Cyberverbrechen im Januar bzw. April. Die sechste Sitzung des Ausschusses fand im Herbst in New York statt. Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten zum Konventionstext vorangebracht. Für ein paar wichtige Fragen wie dem Anwendungsbereich des Übereinkommens konnte aber noch keine Lösung gefunden werden.

---

## Europarat in Strassburg

---

### Leiter: Botschafter Domenik Wanger

*Die Ständige Vertretung in Strassburg setzt sich dafür ein, die Interessen Liechtensteins gegenüber den anderen Mitglieds- und Beobachterstaaten in den Kernbereichen des Europarates zu vertreten: Schutz der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Interessen werden im Ministerkomitee, dem höchsten Entscheidungsgremium des Europarats, vertreten. Die Aussenministerinnen und Aussenminister der jeweiligen Länder werden in den wöchentlichen Sitzungen vom Botschafter vertreten. Einmal jährlich versammeln sie sich persönlich, um politische Fragen und die europäische Zusammenarbeit zu erörtern, sowie notwendige politische Impulse zu geben. Der Botschafter und sein Team verfolgt zudem die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung (PACE), des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) sowie des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und nimmt Einsitz in den Organen der Entwicklungsbank des Europarats (CEB).*

*Für das Berichtsjahr hervorzuheben sind neben den Vorbereitungen sowie der Übernahme des Vorsitzes des Ministerkomitees des Europarats durch Liechtenstein im Besonderen das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Reykjavik. Anlässlich dieses Tref-*

*fens stellten sich die Europaratsstaaten nach dem Aggressionskrieg Russlands geschlossen hinter die Ukraine. Auch die Weitergabe des Beitrittsgesuchs an die parlamentarische Versammlung darf nicht unerwähnt bleiben. Neben den Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine waren die Nichtumsetzung des EGMR-Urteils Kavala gegen die Türkei, der Berg-Karabach Konflikt sowie die aktuellen Situationen in der Türkei, Georgien und Polen weitere Themen auf der Agenda des Ministerkomitees.*

### Gipfeltreffen in Reykjavik

Beim 4. Gipfeltreffen des Europarates vom 16. bis 17. Mai in Reykjavik waren 40 Staaten auf höchster Ebene vertreten, Liechtenstein durch Regierungschef Dr. Daniel Risch, begleitet von Aussenministerin Dominique Hasler. Anlässlich der feierlichen Eröffnung am Vorabend des formellen Treffens richteten sich neben Island auch Deutschland, Frankreich, Italien, Grossbritannien sowie Polen und die Ukraine an die Teilnehmenden. Zudem wurden thematische «Round Tables» organisiert, gefolgt von einem Arbeitessen. Regierungschef Dr. Daniel Risch brachte sich jeweils zum Thema Ukraine ein.

Die Gipfelerklärung wurde einstimmig verabschiedet. Sie stellt eine Wiederbesinnung auf die Grundwerte des Europarats – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – dar, und ist ein Bekenntnis zur Stärkung der Organisation – insbesondere auch für den EGMR. In der Gipfel-Erklärung wird anerkannt, dass insbesondere der Angriffskrieg auf die Ukraine, aber auch Entwicklungen in anderen Europaratsstaaten, wie beispielsweise Rückschritte in der Demokratie, Probleme bei der Einhaltung von rechtstaatlichen Grundsätzen sowie die (politisch motivierte) Nichtumsetzung von EGMR-Urteilen, welche Menschenrechtsverletzungen festgestellt haben, neuen Herausforderungen wie beispielsweise die mögliche missbräuchliche Verwendung von Künstlicher Intelligenz ein Zusammenstehen der Staats- und Regierungschefs notwendig erscheinen lassen.

Mit der Erklärung gemeinsam wurden ebenfalls verabschiedet: eine politische Erklärung zum Schadensregister für die Ukraine (siehe unten); eine politische Erklärung zur Situation der ukrainischen Kinder; die «Demokratieprinzipien»; eine Neuverpflichtung zum Konventionssystem als Kern des Menschenrechtsschutzes und Europarat und Umwelt.

Am Rande des Gipfeltreffens traf sich Regierungschef Dr. Daniel Risch mit der isländischen Premierministerin, um sich zu EWR-Themen auszutauschen. Aussenministerin Dominique Hasler hinterlegte bei der Generalsekretärin des Europarats die Ratifikationsurkunde der 108+ Konvention (Datenschutz). Während diesem Treffen fand ebenfalls eine Besprechung der sich nähernden Vorsitzübernahme durch Liechtenstein statt.



### Schadensregister für die Ukraine

Das Register für Schäden, die durch den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine verursacht wurden, ist am 12. Mai durch Beschluss des Ministerkomitees des Europarates errichtet worden. Das Register wurde als sogenanntes «Enlarged Partial Agreement» (EPA) ausgestaltet und trat am Gipfeltreffen am 16. Mai in Kraft.

Liechtenstein ist eines der Gründungsmitglieder dieses Schadensregisters. Das Ziel, ein Schadensregister mit möglichst vielen Europaratsstaaten zu schaffen, wurde erreicht. Derzeit umfasst das Register 43 Staaten sowie die EU. Das Register, das als erster Bestandteil eines künftigen Entschädigungsmechanismus gedacht ist, wird als Nachweis und als Information über Schäden, Verluste oder Verletzungen dienen, die seit dem 24. Februar 2022 allen betroffenen natürlichen und juristischen Personen sowie dem Staat Ukraine entstanden sind. Die Vorbereitungsarbeiten erfolgten während des ganzen Berichtsjahres und Liechtenstein engagierte sich insbesondere dabei, weitere Staaten zu einem Beitritt zu überzeugen.

Mit dem Schadensregister wird in zweierlei Hinsicht ein starkes Signal gesendet: Einerseits wird starke Unterstützung gegenüber der Ukraine und deren Bevölkerung demonstriert und der Russischen Föderation andererseits aufgezeigt, dass deren Aggression entschieden entgegengetreten wird und letztlich eine Entschädigung für durch diesen Krieg erlittene Schäden erfolgen soll.

### Liechtenstein stellt sich erstmals zur GREVIO

#### Wahl auf

Am 1. Juni wurden zehn der insgesamt 15 Sitze in der Expertengruppe des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO) neu bestellt. Erstmals stellte Liechtenstein eine eigene Kandidatin, welche sich am Ende nicht durchsetzen konnte.

### Vorbereitung und Vorsitzübernahme im Ministerkomitee

Das Berichtsjahr war geprägt von intensiven Vorbereitungsarbeiten zur Vorsitzübernahme im Ministerkomitee des Europarats, weil sowohl die inhaltlichen Prioritäten, das dazugehörige Vorsitzprogramm sowie weitere Aktivitäten erarbeitet werden mussten. Darüber hinaus wurde eine Homepage zum Vorsitz [www.europarat.li](http://www.europarat.li) erstellt. Neben der Ständigen Vertretung waren insbesondere das Ministerium für Äusseres, das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, das Schulamt und Liechtenstein Marketing in die Vorbereitungsarbeiten involviert.

Die Übernahme des Vorsizes im Ministerkomitee des Europarats erfolgte am 15. November im Rahmen einer Sitzung des Ministerkomitees in Strassburg. Bei dieser Sitzung stellte Aussenministerin Dominique Hasler den Botschafterinnen und Botschaftern der

46 Mitgliedstaaten sowie den Beobachterstaaten die Prioritäten des liechtensteinischen Vorsizes vor.

Liechtenstein nutzt seinen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats zur Förderung und Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Förderung einer zukunftsgerichteten und inklusiven Ausrichtung des Europarats. Der Vorsitz bietet zudem die wichtige Gelegenheit, die Arbeit und das Wirken des Europarats auch in Liechtenstein sichtbar zu machen.

Während des Vorsizes werden folgende Prioritäten verfolgt:

«United by our values towards a future for the needs of all»

a) «United by our values»

- Stärkung der Grundwerte Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des Europarats
- Follow-up zum Gipfeltreffen in Reykjavik, darunter Verantwortlichkeit für schwerste Verbrechen im Ukraine-Krieg
- Stärkung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, insbesondere bessere Umsetzung der Urteile
- Ministersession in Kombination mit den Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen des Europarats
- Meinungsäusserungsfreiheit und insbesondere Sicherheit von Journalisten

b) «Towards a future»

- Kinder, Jugend und Bildung
- Jugendevent in Verbindung mit der Ministersession und den Feierlichkeiten zum 75-jährigen Jubiläum des Europarats
- Umwelt
- Künstliche Intelligenz

c) «For the needs of all»

- Frauen und Mädchen, insbesondere Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
- Menschenhandel

Auf der Grundlage dieser inhaltlichen Prioritäten wurde auch das konkrete Vorsitzprogramm festgelegt.

Im Rahmen des Vorsitzprogramms sind verschiedene Konferenzen und Sitzungen, insbesondere im Bereich der thematischen Schwerpunkte Liechtensteins, vorgesehen. Diese wurden bzw. sollen auch 2024 teilweise in Strassburg, teilweise in Liechtenstein durchgeführt werden. Folgende Aktivitäten fanden in den einzelnen Schwerpunktbereichen im Berichtsjahr statt:

- Treffen aller liechtensteinischer Expertinnen und Experten, Abgeordneten und Gemeindevorsteherinnen und Gemeindevorsteher, die Liechtenstein in Expertengremien des Europarats, der Parlamentarischen

- Versammlung oder dem Kongress der Gemeinden und Regionen vertreten (1. September 2023, Liechtenstein), Teilnahme Aussenministerin Dominique Hasler
- «Liechtenstein Empfang» in Strassburg, zu Ehren von Aussenministerin Dominique Hasler, mit hochrangigen Persönlichkeiten der Europaratsinstitutionen sowie den Botschafterinnen und Botschaftern beim Europarat (12. September 2023, Strassburg)
  - Pressekonferenz zum Vorsitz Liechtensteins im Europarat; dabei Vorstellung des Vorsitzprogramms und der Aktivitäten (23. Oktober 2023, Liechtenstein).
  - Infoveranstaltungen zum Vorsitz (Ruggell und Vaduz am 25. Oktober und 2. November), Teilnahme von Aussenministerin Dominique Hasler
  - Besuch Generalsekretärin des Europarats (26. bis 27. Oktober 2023, Liechtenstein), u.a. Höflichkeitsbesuche bzw. Arbeitstreffen mit S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, Regierungschef Dr. Daniel Risch und Aussenministerin Dominique Hasler
  - Präsentation der Briefmarke der Philatelie Liechtenstein zum Vorsitz (13. November 2023, Liechtenstein), Teilnahme von Aussenministerin Dominique Hasler
  - Sitzung des Standing Committee der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (27. bis 28. November 2023, Liechtenstein), Teilnahme Aussenministerin Dominique Hasler
  - Expertenkonferenz zum Thema «Inklusion von Flüchtlings- und Migrant\*innen in und durch Sport» (28./29. November 2023, Liechtenstein); Teilnahme von Sportministerin Dominique Hasler.

Seit der Vorsitzübernahme ist ein massgeblicher Arbeitsaufwand der Ständigen Vertretung auf die Vor- und Abarbeitung des Tagesgeschäfts des Ministerkomitees zurückzuführen.

Dazu gehört auch die Vorbereitung und Bestreitung der jeweils am Mittwoch stattfindenden Sitzungen des Ministerkomitees. Diese Sitzung findet auf Ebene der Botschafterinnen und Botschafter statt. Durch die Mitgliedschaft im Bureau sowie den Vorsitz in den Sitzungen zur Überwachung der Umsetzung der EGMR-Urteile (kurz: Human Rights Meetings, CMDH, siehe unten) hat die Anzahl der abzudeckenden Sitzungen im Berichtsjahr erheblich zugenommen. Darüber hinaus müssen Anliegen und Forderungen anderer Europaratsstaaten behandelt und beantwortet werden.

Liechtenstein übt die Vorsitzrolle mit dem Anspruch aus, die Rolle eines «honest broker» einzunehmen. Liechtenstein lässt sich dabei von seinen Vorsitzzprioritäten und aussenpolitischen Werten leiten.

## **Fortschritte in der Behandlung des Beitrittsgesuchs der Republik Kosovo**

Das Beitrittsgesuch der Republik Kosovo wurde am 24. April im Rahmen einer Sondersitzung des Ministerkomitees an die Parlamentarische Versammlung des

Europarats überwiesen. Eingereicht wurde das Gesuch im Jahr zuvor durch Donika Gërvalla-Schwarz, stellvertretende Ministerpräsidentin und Aussenministerin der Republik Kosovo. Im Kontext des Europarats ist Kosovo bereits Mitglied der Entwicklungsbank des Europarats sowie der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission).

Das Büro der Parlamentarischen Versammlung mandatierte folgend das «Komitee für politische Angelegenheiten und Demokratie» zur Erstellung eines Gutachtens zum Beitrittsgesuch. Das finale Dokument kann Kriterien und Bedingungen enthalten, die vom ansuchenden Staat noch vor oder innerhalb einer bestimmten Frist nach dem Beitritt zum Europarat umzusetzen sind. Zusätzlich wurden zwei unabhängige Juristen zur Beurteilung der Kompatibilität des kosovarischen Rechtssystems mit den Standards des Europarats mandatiert. Erkenntnisse von Berichterstatte\*innen des «Komitee für Recht und Menschenrechte» und des «Komitee für Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung» werden ebenfalls zur Erstellung des Gutachtens hinzugezogen.

Die finalisierten Dokumente werden in einer Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung behandelt und abgestimmt. Für eine Zurücküberweisung des Beitrittsgesuchs an das Ministerkomitee ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Im Anschluss daran wird im Ministerkomitee über eine Aufnahme Kosovos in den Europarat abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt entweder während einer Ministersession mit einer Zweidrittelmehrheit oder in einer Sitzung des Ministerkomitees auf Botschafterebene mit Einstimmigkeit.

Zum Ende des Berichtsjahrs ist die juristische Beurteilung des kosovarischen Rechtssystems bereits publiziert worden. Die restlichen Dokumente sowie das finale Gutachten der Parlamentarischen Versammlung befinden sich in der Ausarbeitungsphase.

## **Überwachung der Umsetzung von EGMR-Urteilen durch das Ministerkomitee**

Bei den sogenannten «Menschenrechtstreffen des Ministerkomitees» (CMDH), welche viermal jährlich stattfinden, wird die Umsetzung von EGMR-Urteilen in den jeweiligen Mitgliedsstaaten des Europarats überwacht. Es handelt sich dabei um eine Kernaufgabe des Ministerkomitees, deren Wahrnehmung das Funktionieren des Konventionssystems sicherstellt. Um weiterhin glaubhaft zu bleiben, ist es essentiell, dass die verurteilten Staaten ihre Menschenrechtsverletzungen beheben. Sie sind verpflichtet, EGMR-Urteile umgehend umzusetzen, was grösstenteils funktioniert. Liechtenstein hatte die Leitung der Menschenrechtstreffen im Juni und September 2023 inne. Folgende Urteile waren im Berichtsjahr von besonderem Interesse und werden auch im Jahr 2024 unter liechtensteinischem Vorsitz politisch bedeutsam sein: Kavala vs. Türkiye (Details dazu siehe unten) und Selahattin Demirtas vs. Türkiye sind beides Fälle, bei denen sich die Kläger

ungerechtfertigterweise in Haft befindet. Chiragov and other vs. Armenia und Sargsyan vs. Aserbeidschan, welche beide den Bergkarabach-Konflikt und damit zusammenhängende Enteignungen sowie ausstehende Entschädigungszahlungen betreffen, waren ebenso von grosser Bedeutung. Reczkowicz group, Broda and Bojara, sowie Xero Flor w Polsce vs. Poland betreffen verschiedene Aspekte der polnischen Justizreform der vergangenen Jahre, zu welchen der EGMR eine Verletzung des Rechts auf ein «Gericht, welches basierend auf einem Gesetz errichtet wurde», sowie des Rechts «auf einen Zugang zu einem Gericht». Im Fall Baka vs. Hungary, der die ungarische Justizreform und die willkürliche Absetzung des Präsidenten des Höchstgerichts betrifft, werden mögliche weitere Schritte zur Durchsetzung in Form eines Briefes durch die Präsidentschaft des Ministerkomitees an die ungarischen Behörden im kommenden Sommer in Betracht gezogen. Im Fall Zypern vs. Türkei, welche den Nordzypernkonflikt betrifft, ist es insbesondere die Frage der Entschädigungen für Enteignungen, welche ungerechtfertigterweise politisiert. Eigentlich sollte die Überwachung dieses Falles eingestellt werden, da die Türkei alles getan hat, um das Urteil umzusetzen. Aus politischen Gründen wurde die Mehrheit im Ministerkomitee zur Schliessung des Falls bisher jedoch nicht erreicht. Darüber hinaus hat der Fall McKerr vs. Grossbritannien, bei dem es um Mängel bei den Ermittlungen zu mehreren Todesfällen in Nordirland in den 1980er und 1990er Jahren durch Einsätze der Sicherheitskräfte geht, insofern Brisanz gewonnen, als Irland im Dezember angekündigt hat, wegen eines neuen britischen Gesetzes, das eine bedingte Immunität einführen möchte, Staatenbeschwerde zu erheben.

### Fall Kavala vs. Türkei

In diesem Fall wurde das Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 46 Abs. 4 EMRK eröffnet, da sich die Türkei nach wie vor weigert, den türkischen Menschenrechtsaktivisten Osman Kavala frei zu lassen, auch trotz eindeutigem EGMR-Urteil und wiederholter Aufforderung vieler Europaratsstaaten, inklusive Liechtensteins, das Urteil umzusetzen. Im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 46 Abs 4 entschied die Grosse Kammer des EGMR am 11. Juli 2022, dass das Urteil des EGMR nicht umgesetzt wurde und die Konventionsverletzung weiterbesteht. Obwohl sich Herr Kavala immer noch in Haft befindet, wurde das Vertragsverletzungsverfahren bisher aber nicht signifikant vorwärtsgetrieben. Ein unter liechtensteinischem Vorsitz vorgelegter Entscheidungsentwurf zur Eröffnung eines Monitorings wurde nicht verabschiedet, die Türkei wurde aber in die Pflicht genommen, einen technischen Austausch mit dem Europarat abzuhalten. Im kommenden Berichtsjahr wird wohl mehr Bewegung in diesem Fall zu erwarten sein, zumal die PACE zunehmend Druck macht und einige Mitgliedsstaaten ein entschlossenes Vorgehen fordern. Aktuell wird auf allen Ebenen versucht, die Türkei zur

Umsetzung des Urteils zu bewegen, um einer Eskalation entgegenzuwirken.

### Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Am Ende des Berichtsjahres waren 68'450 Fälle beim EGMR hängig und somit rund 8% weniger Fälle als im Vorjahr. Gleichzeitig erliess der EGMR 1'014 Urteile im Hinblick auf 6'931 Beschwerden. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg der entschiedenen Beschwerden von 66%, bei rund 13% weniger Urteilen. Fast zwei Drittel der hängigen Fälle betrafen drei der (ehemaligen) 47 Mitgliedsstaaten, nämlich die Türkei, Russland und die Ukraine.

Darüber hinaus wurden rund 31'329 Beschwerden, und damit 12% weniger als 2022, vom EGMR für unzulässig erklärt oder abgelehnt. Das heisst, dass insgesamt 81% der Beschwerden unzulässig waren oder abgelehnt wurden. Zum Zeitpunkt der Einreichung des Rechenschaftsberichts waren fünf Beschwerden gegen Liechtenstein bekannt (Zeitraum Januar bis Juli 2023), die im Berichtsjahr für unzulässig erklärt oder abgelehnt wurden.

### Parlamentarische Versammlung (PACE)

Zu den inhaltlichen Aspekten und Themen der Parlamentarischen Versammlung wird auf den Jahresbericht der PACE-Delegation verwiesen. Die Teilnahme an den vier Sessionen (23. bis 27. Januar; 24. bis 28. April; 19. bis 23. Juni; 9. bis 13. Oktober) erfolgte durch die liechtensteinischen Abgeordneten Franziska Hoop, Peter Frick, Hubert Büchel und Thomas Hasler in unterschiedlichen Zusammensetzungen. Es fanden jeweils virtuelle Vorbereitungstreffen mit der Ständigen Vertretung in Strassburg statt. Zudem wurden die Abgeordneten während ihrer physischen Teilnahme in Strassburg jeweils von der Ständigen Vertretung empfangen.

### Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE)

Liechtenstein wurde an der 44. Session des Kongresses, die vom 21. bis 23. März durchgeführt wurde, durch Maria Kaiser-Eberle und Sylvia Pedrazzini vertreten. Rainer Beck nahmen an der 45. Sitzung des KGRE vom 24. bis 26. Oktober in Strassburg teil. Die Delegation wurde während ihrer physischen Teilnahme in Strassburg jeweils von der Vertretung empfangen.

In Folge der Gemeinderatswahlen wurde die liechtensteinische Delegation beim Kongress der Gemeinden und Regionen wie folgt neu bestellt: Rainer Beck (Delegationsleiter), Petra Miescher, Daniela Erne (Stellvertretung) und Christian Öhri (Stellvertretung).

### Entwicklungsbank des Europarats (CEB)

Im Laufe des Berichtsjahrs fanden fünf ordentliche Sitzungen des Verwaltungsrates der CEB sowie drei ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates der CEB statt. Das jährlich gemeinsam stattfindende Treffen der beiden Gremien wurde am 9. Juni in Athen abgehalten.

## Group of Friends on the Safety of Journalist

Liechtenstein ist Mitglied der Freundesgruppe zur Sicherheit von Journalisten. Die Gruppe äusserte sich im Berichtsjahr traditionell zum Internationalen Tag zur Pressefreiheit und zum Internationalen Tag zur Beendigung der Straffreiheit von Verbrechen gegen Journalisten. Liechtenstein trägt seit 2015 zur Finanzierung der Plattform für die Sicherheit von Journalisten mit freiwilligen Beiträgen bei. Ausserdem war Liechtenstein an der Konferenz «The pen is mightier than the sword?» Anfang Oktober in Riga vertreten.

## Freiwillige Beiträge für Projekte und Aktionspläne des Europarats

Anlässlich der Übernahme des liechtensteinischen Vorsitzes im Ministerkomitee wurden die Mittel zur Auszahlung freiwilliger Beiträge an den Europarat für das Jahr 2023 verdoppelt. Entsprechend den Prioritäten für den liechtensteinischen Vorsitz im Ministerkomitee wurden die folgenden thematischen Projekte des Europarats unterstützt: CHF 15'000 für ein Projekt zur Förderung der Kinderrechte; CHF 15'000 für ein Projekt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen; CHF 20'000 für die Plattform zur Sicherheit von Journalisten; CHF 20'000 für ein Projekt zum Abbau des Rückstands in der Vollstreckung ausstehender Leiturteile des EGMR; CHF 20'000 für das Spezialkonto des EGMR zur Reduzierung des Rückstaus in der Bearbeitung gut begründeter Fälle. Zusätzlich konnten die insgesamt sechs Aktionspläne zu Ukraine, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Armenien, Republik Moldau, Aserbaidschan mit je CHF 20'000 unterstützt werden, welche der Europarat zur Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vor Ort implementiert.

## Teilnahme an Sitzungen

Neben dem 4. Gipfeltreffen in Reykjavik vom 16. bis 17. Mai unterm isländischen Vorsitz fanden 29 formelle, fünf informelle und eine ausserordentliche Sitzung des Ministerkomitees auf Botschafterebene statt, einschliesslich der sogenannten CMDH-Sitzungen zur Umsetzung der Urteile des EGMR. Zudem nahm die Ständige Vertretung an diversen Berichterstatter-Gruppen des Ministerkomitees sowie im Rahmen ihrer Möglichkeiten an den Sitzungen des Verwaltungsrates und des Aufsichtsrates der CEB teil.

## Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

### Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

*Die anhaltende Aggression Russlands gegen die Ukraine sowie der Ausbruch des Gaza-Krieges beeinflussten die Arbeiten der Ständigen Vertretung stark. Die Ständige Vertretung nahm an zahlreichen zusätzlichen Treffen, u. a. Dringlichkeitssitzungen der Generalversammlung und des Sicherheitsrates sowie an Koordinationen zu Resolutionen und Interventionen teil. Ebenso wurden die Arbeiten zu einem Sondertribunal zum Aggressionsverbrechen Russlands weitergeführt. Die Ständige Vertretung setzte sich für die konsistente Umsetzung der «Veto Initiative» ein. Im Berichtsjahr veranlassten drei Vetos eine Debatte der Generalversammlung im Rahmen der Veto-Initiative. Die Ständige Vertretung engagierte sich ausserdem in den traditionellen prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC), Abrüstung, Reformthemen, finanzplatzrelevante Fragen und nachhaltige Entwicklung – letztere auch im Rahmen der liechtensteinischen Mitgliedschaft im Wirtschafts- und Sozialrat. Regierungsrätin Dominique Hasler präsentierte den zweiten freiwilligen Bericht (VNR) Liechtensteins zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele, u. a. mit Bezug zum SDG-Leuchtturmprojekt «Finance Against Slavery and Trafficking» (FAST). Die liechtensteinische Delegation an der Generaldebatte der 78. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen führte S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein an und sprach am Nachhaltigkeitsgipfel. Die liechtensteinische Rede in der Generaldebatte hielt Regierungsrätin Hasler.*

## Prioritär behandelte Themen

### Hochrangige Woche – Generaldebatte

Die Generaldebatte stand unter dem Motto «Rebuilding trust and reigniting global solidarity: Accelerating action on the 2030 Agenda and its Sustainable Development Goals towards peace, prosperity, progress and the sustainability for all», ausgewählt von GV-Präsident Dennis Francis (Trinidad und Tobago). Die hochrangige Woche war erneut gut besucht. Insgesamt nahmen 136 Staatsoberhäupter und RegierungschefInnen sowie 40 MinisterInnen an der Generaldebatte teil. Im Zentrum der Debatte standen insbesondere der Krieg in der Ukraine, mit der ersten Rede des ukrainischen Präsidenten Selensky seit Beginn der Invasion 2022, sowie der Klimawandel.

In ihrer Rede vor der UN-Generalversammlung verurteilte auch Regierungsrätin Dominique Hasler die Aggression gegen die Ukraine und unterstrich die Bedeutung des Kampfes gegen die Straflosigkeit für die begangenen Verbrechen. Weitere zentrale Themen

ihrer Rede waren die Bemühungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeits- sowie der Klimaziele.

## **Finance against Slavery and Trafficking Initiative (FAST)**

Liechtenstein setzte sein Engagement für die «Finance Against Slavery and Trafficking» (FAST) Initiative (Liechtenstein Initiative) fort, welche die Rolle des globalen Finanzsektors bei der Bekämpfung von Sklaverei und Menschenhandel betrifft und ein internationales Nachhaltigkeitsprojekt Liechtensteins ist. Dabei koordinierte Liechtenstein eine informelle Gruppe von Unterstützerstaaten in New York, hielt relevante Veranstaltungen zum Thema ab (u. a. am hochrangigen politischen Forum für nachhaltige Entwicklung, HLPF) und bemühte sich um weitere finanzielle Unterstützung der FAST-Initiative. Botschafter Wenaweser nahm weiterhin eine Rolle im FAST-Beratungsausschuss wahr.

## **Weitere finanzplatzrelevante Themen**

Ein Hauptaugenmerk galt den Bestrebungen zur Etablierung eines globalen Steuerabkommens, welchem Liechtenstein wie auch zahlreiche gleichgesinnte Staaten sehr kritisch gegenüberstehen und sich entsprechend in Verhandlungen und Debatten einbrachten.

## **Nachhaltigkeit und Klimawandel**

Regierungsrätin Dominique Hasler präsentierte den zweiten freiwilligen Bericht (VNR) Liechtensteins zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda. Der liechtensteinischen Delegation gehörten zudem Kathrin Nesch-Stützel (AAA) und Sascha Thöny (SDG Allianz) an.

Liechtenstein wurde zudem in den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) gewählt, in welchem es für zwei Jahre Mitglied ist. Aufgrund der Mitgliedschaft nahm Liechtenstein aktiver an den Arbeiten des Rats, u. a. Sondertreffen zu Anti-Korruption, Haiti und Völkermordprävention, teil.

Liechtenstein beteiligte sich aktiv an Diskussionen zu der von Vanuatu angeführten Kerngruppe für ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zum Klimawandel. Die entsprechende Resolution wurde im Konsens von der Generalversammlung verabschiedet. Liechtenstein begann die Vorbereitungen für eine Eingabe (Frist Frühjahr 2024). Zudem verabschiedete die Generalversammlung das Abkommen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der marinen biologischen Vielfalt jenseits nationaler Hoheitsgewalt (BBNJ).

## **Rechtsstaatlichkeit und Internationale Strafjustiz**

Der Aggressionskrieg gegen die Ukraine prägte auch das Engagement Liechtensteins für die Stärkung der Rechenschaftspflicht. Die Bemühungen innerhalb der Kerngruppe für ein Sondertribunal zum Aggressionsverbrechen sowie zur Anpassung der Harmonisierung der Gerichtsbarkeit über alle Kernverbrechen des Römer Statuts (Anpassung der Kampala Zusätze) wurden

weitergeführt, einschliesslich Nebenveranstaltungen an der UNO sowie relevante Konsultationen in Europa.

Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit gehörte im Berichtsjahr weiterhin zu den liechtensteinischen Prioritäten, u. a. im Kontext der Arbeiten zu Nachhaltigkeitsziel 16, wobei die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, unabhängiger Justiz sowie die Bekämpfung der Korruption im Zentrum standen. Liechtenstein führte seine Zusammenarbeit im Rahmen der Freundesgruppe «Pathfinders» fort.

Liechtenstein setzte sich in verschiedenen UNO-Foren für rechtsstaatliche Prinzipien ein und koordinierte im Sechsten Ausschuss der Generalversammlung (Völkerrecht) zusammen mit Mexiko erneut die Resolution zu diesem Thema. Zudem nahm die prinzipielle Verteidigung der internationalen Rechtsordnung, insbesondere das Gewaltverbot gemäss UNO-Charta, eine zentrale Rolle ein.

## **Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung**

Das Hauptprodukt der Kommission zur Rechtstellung der Frau (CSW) war eine politische Erklärung zum Schwerpunktthema der Rolle von Frauen und Mädchen in Innovation und Technischem Wandel sowie Bildung im digitalen Zeitalter. Liechtenstein setzte sich bei den Verhandlungen u. a. erfolgreich für die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen im digitalen Raum ein. Regierungsrat Manuel Frick leitete die liechtensteinische Delegation an und nahm an einem Runden Tisch von Minister und Ministerinnen sowie weiteren Veranstaltungen teil.

Während der hochrangigen Woche im September lud Regierungsrätin Dominique Hasler zum jährlichen Treffen der Aussenministerinnen..

In den Arbeiten des Dritten Ausschusses der Generalversammlung (Menschenrechte) priorisierte Liechtenstein u. a. die Situationen in Myanmar und in Syrien. In Verhandlungen setzte sich Liechtenstein erfolgreich für stärkere Bestimmungen u. a. zur Finanzierung des UN-Mechanismus für die Untersuchung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) und strafrechtlicher Verantwortlichkeit ein und verteidigte langjährige Konsenssprache u. a. zum ICC und Geschlechtergleichheit.

Nach der Zustimmung des Landtags hinterlegte Regierungsrätin Hasler die Ratifikationsurkunde Liechtensteins zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNO-Behindertenrechtskonvention).

## **Abrüstung**

Im Kontext hoher geopolitischer Spannungen, einschliesslich des Ukrainekriegs, einer sich beschleunigenden Aufrüstungsspirale und nuklearer Bedrohung, priorisierte Liechtenstein die Teilnahme an den Abrüstungsdiskussionen, u. a. im Rahmen des Ersten Ausschusses der Generalversammlung (Abrüstung).



Liechtenstein nahm als Beobachter am zweiten Vertragsstaatentreffen des Vertrags zum Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) teil. Zudem führte Liechtenstein Bemühungen für eine angemessene völkerrechtliche Regulierung eines immer stärker militarisierten Cyberspace fort und beteiligte sich an den Verhandlungen für eine internationale Konvention für Cyberverbrechen.

### Sicherheit und Konfliktprävention

Liechtenstein verfolgte die Tätigkeit des Sicherheitsrats in Schwerpunktbereichen. Im Zentrum stand insbesondere der Krieg gegen die Ukraine, der Gaza-Krieg und dessen regionale Eskalation sowie weitere Konflikte, bei welchen Zivilisten schwersten Verbrechen ausgesetzt sind (z.B. Syrien, Myanmar, Sudan, Jemen). Liechtenstein beteiligte sich an über zehn offenen Debatten u.a. zum Völkerrecht, zum Schutz von Zivilisten, zur Nahrungsmittelsicherheit, zum Meeresspiegelanstieg, zu Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten, zu Konflikten in Europa und im Nahen Osten sowie zu Arbeitsmethoden des Rates. Zudem nahm Liechtenstein aktiv an zahlreichen «Arria-Formel» Treffen sowie informellen Debatten des Sicherheitsrates und den monatlichen Nachbereitungstreffen teil.

Liechtenstein führte seine Unterstützung für die thematischen Agenden des Sicherheitsrates fort, insbesondere Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS), Kinder in bewaffneten Konflikten (CAAC) und Schutz von Zivilisten. Im Rahmen seines Engagements gegen sexuelle und geschlechterbasierte Gewalt legte Liechtenstein besonderes Augenmerk auf die stark tabuisierte, jedoch weitverbreitete Problematik der sexuellen Gewalt gegen Männer und Jungen in Konflikten in enger Kooperation mit der liechtensteinischen NGO All Survivors Project (ASP). Ebenso unterstützte Liechtenstein Bemühungen von ASP, einen UNO-Konsultativstatus zu erhalten.

### Cyberkriegsführung

Im Einklang mit den Arbeiten zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit intensivierte Liechtenstein Bemühungen gegen Cyberkriegsführung, welche ein grosse Sicherheitsgefahr darstellt. In diversen Veranstaltungen präsentierte es die Erkenntnisse des Berichts des Expertenrats, der sich mit der Anwendung des Römer Statuts auf Cyberkriegsführung und den sich daraus ergebenden völkerrechtlichen Fragen befasst.

### Recht auf Selbstbestimmung

Die Ständige Vertretung führte mit dem Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) in Princeton die Arbeiten zum Selbstbestimmungsrecht als Instrument zur Konfliktprävention fort. Der Fokus lag insbesondere auf der Umsetzung des entsprechenden Handbuchs.

Im Rahmen seiner Arbeiten zu Selbstbestimmung legte Liechtenstein einen stärkeren Fokus auf die Frage, wie sich der Klimawandel und insbesondere der Meeresspiegelanstieg auf das Selbstbestimmungsrecht

der Staaten auswirkt, und nahm an zahlreichen Veranstaltungen zum Thema teil.

### UNO-Reform und Veto-Initiative

Liechtenstein setzte sich weiterhin für die Stärkung der Generalversammlung, insbesondere im Verhältnis zum Sicherheitsrat, einschliesslich in den Bereichen Frieden und Sicherheit, ein. Liechtenstein bemühte sich zudem um die konsistente Anwendung der Veto-Initiative. Im Berichtsjahr fanden zwei Debatten der Generalversammlung im Format der Veto-Initiative statt (zu grenzüberschreitender humanitärer Hilfe in Syrien und zum Sanktionsregime in Mali). Ein weiteres Veto zur Gaza-Resolution im Dezember veranlasste eine Debatte im Rahmen der Veto-Initiative im Folgemonat. Eine solche Debatte findet automatisch innerhalb von zehn Arbeitstagen nach einem Veto statt, sofern keine Notstands-sondersession einberufen wird. Liechtenstein nahm jeweils aktiv an den Debatten teil und koordinierte die informelle gleichgesinnte Gruppe zur Veto-Initiative.

Als Mitglied der Accountability, Coherence and Transparency Group (ACT-Gruppe) erhielt Liechtenstein regelmässigen privilegierten Zugang zu den Agenden zukünftiger Sicherheitsratspräsidentschaften und unterhielt einen Dialog mit den gewählten zehn Sicherheitsratsmitgliedern zu Reformen der Arbeitsmethoden des Rats, u.a. zu rechtsstaatlichen Standards im Sanktionsbereich. Ebenso wurde im Mai das 10-jährige Bestehen der ACT-Gruppe gefeiert. Der von Liechtenstein initiierte ACT-Verhaltenskodex betreffend Handeln des UNO-Sicherheitsrats gegen Massenverbrechen erfuhr mit mittlerweile 130 Unterzeichnerstaaten erneut wachsende Unterstützung. Liechtenstein beteiligte sich an weiteren Reformagenden, u.a. Sicherheitsratsreform sowie im Kontext der Arbeiten zum Zukunftsgipfel, welcher 2024 stattfinden wird.

---

## Ständige Mission in Genf

---

### Leiter: Botschafter Kurt Jäger

*Die Ständige Mission in Genf nimmt die liechtensteinischen Interessen in den Beziehungen zu den internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die Agenden der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der Welthandelsorganisation (WTO) sowie die Aktivitäten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) betreut.*

*In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) stand in der ersten Hälfte des Berichtsjahres die Fortführung des Vorsitzes Liechtensteins (bis 30. Juni 2023) im Mittelpunkt der Arbeiten. Höhepunkt des liechtensteinischen EFTA-Vorsitzes waren das EFTA-*

Ministertreffen vom 26. bis 28. Juni 2023 in Schaan, welches unter der Leitung von Regierungsrätin Dominique Hasler durchgeführt wurde. Mit Moldawien konnte am 27. Juni in Schaan ein Freihandelsabkommen unterzeichnet und mit Singapur über die laufenden Verhandlungen über ein digitales Wirtschaftsabkommen Bilanz gezogen werden. Anlässlich eines virtuellen Treffens zwischen den EFTA-Ministerinnen und -Ministern mit dem indischen Handelsminister wurden zudem die Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und Indien formell wieder aufgenommen. Schliesslich wurden in einem virtuellen Treffen die Verhandlungen über die Modernisierung und Aktualisierung des bestehenden Freihandelsabkommens mit der Ukraine auf Ministerebene lanciert. Wie üblich trafen sich die EFTA-Ministerinnen und -Minister auch mit den Mitgliedern des EFTA-Konsultativ- und Parlamentarierausschusses. Im Rahmen des Programms für die Teilnehmenden an diesem Grossanlass in Liechtenstein wurden diese auch von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der Mission lag im Berichtsjahr wie üblich auf den von Genf aus geführten Verhandlungen mit Drittstaaten im Handelsbereich. Die diesbezüglichen Aktivitäten haben sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte stark intensiviert, und die physischen Treffen in Genf und in den Partnerstaaten nahmen deutlich zu. So fanden diverse Verhandlungsrunden und Treffen v.a. mit Indien, Chile, Thailand und Malaysia statt. Die Verhandlungen mit MERCOSUR und Kosovo konnten hingegen aus verschiedenen Gründen im Berichtsjahr noch nicht finalisiert werden. Auch die sogenannten horizontalen EFTA-Themen, wie das Projekt zu den Nutzungsraten von Freihandelsabkommen und die Nachhaltigkeitsprüfung, die zum Freihandelsabkommen mit Thailand vorgenommen wird, standen weiterhin im Zentrum der EFTA-Aktivitäten. Das Modellkapitel zu kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) für künftige Freihandelsabkommen, das auf Initiative Liechtensteins geschaffen wurde, konnte im Berichtsjahr finalisiert werden. Das Kapitel definiert Massnahmen für eine erleichterte Inanspruchnahme von Vorteilen in Handelsabkommen durch kleine und mittlere Unternehmen.

In der WTO konzentrierten sich die Aktivitäten der Mission auf die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Follow-up zur 12. WTO-Ministerkonferenz vom Juni 2022 und den Vorbereitungen für die 13. WTO-Ministerkonferenz von Anfang 2024 in Abu Dhabi. Die Mitarbeitenden der Mission beteiligten sich vorwiegend bei den Themen Landwirtschaft (als Teil der G10-Staaten), digitaler Handel und Dienstleistungsregulierungen. Überdies konnten nach zwei Jahren politischer Blockade die Arbeiten im Ausschuss zum öffentlichen Beschaffungswesen wieder aufgenommen werden.

In Bezug auf die UNO richtete die Ständige Mission ihr Engagement weiterhin zur Hauptsache auf die Mitarbeit im Rahmen des Menschenrechtsrates. Die Mitarbeitenden der Ständigen Mission nahmen aktiv an allen Sessionen

des Rates sowie an der Überprüfung der Menschenrechtssituation anderer Staaten im Rahmen der «Universal Periodic Review (UPR)» teil. Im Rahmen dieser UPR-Session fand am 9. Mai die bereits vierte Überprüfung der Menschenrechtssituation in Liechtenstein statt. Die Delegation Liechtensteins nahm an der Überprüfung unter der Leitung von Regierungsrätin Dominique Hasler teil. Im Weiteren nahm Regierungsrätin Dominique Hasler wie in den Vorjahren am hochrangigen Segment des UN Menschenrechtsrates am 27. und 28. Februar in Genf teil. Am 11. und 12. Dezember nahm zudem Regierungschef Daniel Risch am Anlass des 75-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Genf teil.

### Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Der Tätigkeitsschwerpunkt der Mission lag im ersten Halbjahr auf dem liechtensteinischen EFTA-Vorsitz in Genf, der vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni des Berichtsjahres dauerte. Neben den Vorsitzen bei den regelmässigen Treffen (EFTA-Rat, Stellvertreter, Drittlandausschuss und im Berichtsjahr zusätzlich im Budgetausschuss) umfasste dies die inhaltliche Vorbereitung und vor allem die Organisation, Koordination sowie Durchführung des formellen EFTA-Ministertreffens (inkl. Treffen mit den Beratenden Ausschüssen und Drittstaaten). Dieses fand vom 26. bis 28. Juni unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dominique Hasler in Schaan statt. Die EFTA-Staaten einigten sich am eigentlichen Ministertreffen u.a. darauf, dass Liechtenstein per 1. September 2024 erstmals den EFTA-Generalsekretär – in der Person von Botschafter Kurt Jäger – stellen wird. Im Kontext des EFTA-Ministertreffens unterzeichneten Regierungsrätin Dominique Hasler und die EFTA-Minister und -Ministerinnen aus Island, Norwegen und der Schweiz ein Freihandelsabkommen mit ihrem Amtskollegen aus Moldawien. Es kam zudem in Schaan zu einem weiteren physischen Treffen mit dem Handelsminister Singapurs, an dem Bilanz zu den weit fortgeschrittenen Verhandlungen über ein digitales Wirtschaftsabkommen gezogen wurde. Zudem fanden zwei virtuelle Treffen auf Ministerebene mit Indien (formelle Wiederaufnahme der Verhandlungen) und mit der Ukraine statt. Mit der Ukraine wurden dabei die Verhandlungen über die Modernisierung und Aktualisierung des bestehenden Freihandelsabkommens lanciert. Die Minister und Ministerinnen trafen sich wie üblich zu einem Austausch mit den Mitgliedern des EFTA-Konsultativ- und Parlamentarierausschusses. Alle Teilnehmenden wurden ausserdem von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen.

Trotz des schwierigen internationalen wirtschaftlichen und geopolitischen Umfeldes konnten im Berichtsjahr beachtliche Fortschritte im Drittlandbereich erzielt werden. Die physischen Treffen und Verhandlungsrunden nahmen stark zu. Eine Reihe von Treffen und Verhandlungsrunden wurden auch in hybrider

Form durchgeführt. Zwischen den einzelnen physischen Verhandlungsrunden fanden weiterhin zahlreiche Zwischentreffen – intern und mit Partnerländern – in virtueller Form statt.

### **Aktivitäten im Drittlandbereich – Freihandelsabkommen**

Die Mitarbeitenden der Ständigen Mission nahmen im Berichtsjahr an den Treffen des EFTA-Rates auf Botschaferebene (7) und der Stellvertreter und -vertreterinnen der Missionschefs (8) sowie an den Treffen des Drittlandausschusses (2) und Budgetausschusses (2) teil. Im Februar wurde zudem unter liechtensteinischem Vorsitz ein sogenanntes Plattform-Treffen der ständigen Vertreter der EFTA-Staaten zur Strategieplanung der EFTA abgehalten, bei dem die schwierigen geopolitischen Rahmenbedingungen, die generelle internationale Entwicklung im Handelsbereich sowie die Prioritäten im EFTA-Drittlandbereich diskutiert wurden. Erstmals wurde zudem ein physisches Treffen des EFTA-Drittlandausschusses mit dem Parlamentarier- und Konsultativausschuss der EFTA abgehalten. Des Weiteren fanden im ersten Halbjahr diverse informelle Vorbereitungs- und Koordinierungstreffen im Vorfeld aller vorgenannten Treffen unter der Initiative und Federführung Liechtensteins in der Vorsitzrolle statt. Der Zeitaufwand für die Behandlung der diversen Themenbereiche, die während der Vorsitzdauer aktuell waren (v.a. die Diskussionen um die Ausarbeitung eines neuen Gehaltsanpassungsmechanismus für die Angestellten der EFTA, Budgetberatungen, Änderungen im Direktorium/Management der EFTA, die Vorbereitungen zum EFTA-Ministertreffen usw.) waren dabei sehr zeitintensiv.

Im November traf sich der EFTA-Vorsitz (Schweiz) am Rande des EWR-Rates auch mit den Mitgliedern des Parlamentarier- und des Konsultativausschusses zu einem Informations- und Gedankenaustausch zu handelspolitischen Themen. Liechtenstein war dabei durch Botschafter Kurt Jäger vertreten.

Mit Moldawien fand im Januar ein virtuelles Wrap-Up Treffen statt. Die Verhandlungen konnten nach weiteren Arbeiten anlässlich eines kurzen Online-Treffens unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dominique Hasler am 24. März abgeschlossen werden. Nach der rechtlichen Überprüfung des Abkommens fand die Unterzeichnung anlässlich des EFTA-Ministertreffens am 27. Juni in Schaan statt. Es handelt sich beim Freihandelsabkommen mit Moldawien um ein ambitioniertes Abkommen, das neben dem Waren- und Dienstleistungshandel Bereiche wie Niederlassungsrechte, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerb sowie Handel und nachhaltige Entwicklung enthält. Erstmals wurde zudem für ein EFTA-Abkommen mit einem Drittstaat ein Kapitel zum elektronischen Handel ausgehandelt.

Mit Indien wurden im Berichtsjahr grosse Anstrengungen unternommen, v.a. auch auf politischer

Ebene, um die Verhandlungen formell wieder aufzunehmen und weiterzuführen. Unter der Federführung der Schweiz fanden zahlreiche politische Kontakte und Besuche auf Ebene Minister und Staatssekretäre statt, um die Verhandlungen mit Indien zu beleben. Am 26. April reisten hochrangige Vertreter der vier EFTA-Staaten nach Indien und führten Gespräche mit dem zuständigen Handelsminister in Delhi. Diese Gespräche wurden anlässlich eines Verhandlungstreffens auf Ministerienebene am 14. Mai in Brüssel fortgesetzt. Für Liechtenstein nahm jeweils Botschafter Kurt Jäger an diesen Treffen teil. Auch die Mitglieder des EFTA-Parlamentarierausschusses reisten im April nach Indien und führten dort diverse Treffen durch. Diese grossen Anstrengungen führten schliesslich zur formalen Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und Indien anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 27. Juni in Schaan. Verhandlungsrunden mit Indien fanden dann vom 3. bis 6. Juli in Delhi und in einem virtuellen Format vom 17. bis 19. August statt. Die hochrangigen politischen Kontakte wurden parallel dazu intensiv weitergeführt (vor allem zwischen der Schweiz und Indien mit Treffen vom 27. August und 20. September) und im September fanden Zwischentreffen zum Bereich des Geistigen Eigentums (IPR) statt. Vom 20. bis 25. November wurde schliesslich eine 20. Verhandlungsrunde physisch in Genf abgehalten. Ziel war der Abschluss der Verhandlungen bis Ende Jahr. Dies sollte durch einen Besuch der zuständigen Minister Norwegens und der Schweiz mit dem indischen Handelsminister am 12. und 13. Dezember in Delhi erreicht werden. Obwohl vom 18. bis 22. Dezember täglich Videokonferenzen stattfanden, lag bis Ende Jahr noch keine endgültige Einigung vor.

Nach der grundsätzlichen Einigung im Jahr 2019 auf den Abschluss der Freihandelsverhandlungen mit MERCOSUR, bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay und den Bemühungen, das entsprechende Abkommen definitiv abzuschliessen sowie ein mögliches Zusatzabkommen zu Umweltfragen (Schutz des Amazonasgebiets) verhandeln zu können, fand im September des Berichtsjahres erneut ein virtuelles Treffen der Verhandlungsleiter und Experten und Expertinnen statt, um eine neue Bestandaufnahme vorzunehmen. Aufgrund der Wahlen und des Regierungswechsels in Argentinien bestand bis Ende Jahr noch keine Klarheit über den Fortgang des Verhandlungsprozesses. Hinsichtlich des Zusatzabkommens zu Nachhaltigkeits-themen tauschten sich die EFTA-Delegationsleiter Anfang des Berichtsjahres mit der EU aus. Die diesbezüglichen Entwicklungen beim Abkommen der EU mit MERCOSUR wurden eng verfolgt und Ideen über den Inhalt eines solchen Rechtsinstrumentes liegen auf Seiten der EFTA vor.

Hinsichtlich der im Vorjahr wieder aufgenommenen Verhandlungen mit Thailand konnten im Berichtsjahr grosse Fortschritte erzielt werden. Es fanden insgesamt

fünf Verhandlungsrunden statt (23. bis 27. Januar in Bangkok, 24. bis 28. März in Genf, 13. bis 16. Juni in Oslo, 11. bis 15. September in Bangkok und 6. bis 9. November in Genf). Thailand ist bisher das erste Land, zu welchem die EFTA-Staaten im Vorfeld eines Vertragsabschlusses eine Nachhaltigkeitsprüfung (sustainability impact assessment, SIA) durchführen. Die entsprechenden Arbeiten wurden im Berichtsjahr in der Arbeitsgruppe «Trade and Sustainable Development» (nachhaltige Entwicklung) vorangetrieben. Der Auftrag wurde nach einer Ausschreibung extern (London School of Economics) vergeben und die Studie sollte im ersten Quartal 2024 vorliegen.

Nach anfänglichen Verzögerungen aufgrund der Bildung einer neuen Regierung in Malaysia konnten in den Verhandlungen im Berichtsjahr insgesamt gute Fortschritte erzielt werden. Es fanden neben virtuellen Treffen der Delegationsleiter auch diverse virtuelle Treffen von Experten und Expertinnen statt. Die 14. Verhandlungsrunde wurde physisch vom 4. bis 7. Dezember in Genf durchgeführt. Ziel ist ein Abschluss der Verhandlungen im Jahr 2024.

Mit Vietnam besteht weiterhin grosser Verhandlungsbedarf. Nach einem hochrangigen Treffen anlässlich des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos im Januar des Berichtsjahres erfolgte im Mai in Genf ein Austausch mit einer hochrangigen Delegation aus Hanoi, um Bilanz zu ziehen. Im Juni fand ein weiteres (virtuelles) Treffen der Delegationsleiter statt. Nach einer Reihe von Zwischentreffen im September in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Warenhandel und Geistiges Eigentum trafen sich im Oktober die Delegationsleiter erneut, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

In den Verhandlungen mit Kosovo konnten im Berichtsjahr wenig Fortschritte erzielt werden. Nach zwei Verhandlungsrunden im Vorjahr brachte Kosovo den Wunsch auf, auch Dienstleistungen in das angestrebte Freihandelsabkommen zu integrieren. Im Berichtsjahr wurde dieses Anliegen in den EFTA-Staaten intern abgeklärt (Anpassung der Mandate).

Die Modernisierung und Erweiterung von bestehenden Freihandelsabkommen bilden ebenfalls wichtige Zielsetzungen der EFTA. Mit Chile wurden die Verhandlungen zur Aktualisierung des bestehenden Freihandelsabkommens aus dem Jahr 2003 intensiv weitergeführt. Die fünfte Verhandlungsrunde fand vom 27. bis 30. März in Santiago de Chile statt. Dabei einigten sich die Parteien auf ein neues Kapitel zu kleinen und mittleren Unternehmen (SMEs). Vom 30. August bis 1. September fand die sechste Verhandlungsrunde in Genf statt. Am 6. Oktober wurde virtuell ein weiteres Treffen der Delegationsleiter abgehalten und es folgten im gleichen Monat diverse Zwischentreffen per Videokonferenz (zu Dienstleistungen, digitalem Handel, Ursprungsregeln, Warenhandel und rechtlichen Aspekten). Da noch zu viele Punkte offen waren, konnten die Verhandlungen

nicht bis Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Ein Abschluss wurde für Anfang 2024 vorgesehen. Mit der Ukraine konnten Regierungsrätin Dominique Hasler und die drei anderen EFTA-Minister und Ministerinnen anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 27. Juni die Verhandlungen über die Modernisierung des bestehenden Freihandelsabkommens in einem virtuellen Treffen lancieren. Vorgängig wurden bereits die «Terms of Reference» ausgearbeitet, und im Nachgang zur Lancierung der Verhandlungen fand im Oktober ein Treffen der Delegationsleiter in Genf statt. Dieses diente dazu, über die nächsten Schritte bis zur ersten Verhandlungsrunde im Jahr 2024 zu entscheiden. Das Anliegen zur Modernisierung des Abkommens kam ursprünglich von der Ukraine. Sie strebt eine weitere Liberalisierung des Warenhandels durch die EFTA-Staaten analog dem Modell der EU sowie die Modernisierung des bestehenden Freihandelsabkommens an. Ein weiterer Erfolg konnte mit Singapur verzeichnet werden. Am 16. Februar wurden unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Dominique Hasler die Verhandlungen über ein digitales Wirtschaftsabkommen virtuell lanciert. Seitens Liechtensteins werden diese Verhandlungen durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten abgedeckt. Es ist das erste Abkommen dieser Art, das die EFTA-Staaten gemeinsam verhandeln. Im Berichtsjahr fanden vier Verhandlungsrunden im Format von Videokonferenzen statt (8. März, 17. bis 18. April, 15. bis 16. Mai, 7. Juni). Dazu wurden Zwischentreffen im Bereich Recht durchgeführt (22. Juni und 28. August). Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 27. Juni in Schaan kam es zu einem physischen Treffen auf Ministerebene unter dem Vorsitz von Liechtenstein. An diesem Treffen wurde eine Zwischenbilanz gezogen. Die fünfte Verhandlungsrunde fand physisch vom 6. bis 8. September in Singapur statt und die sechste Verhandlungsrunde vom 15. bis 16. November wurde wieder in virtueller Form abgehalten. Mit den Staaten der Südafrikanischen Zollunion (SACU), bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika und Eswatini, waren auch im Berichtsjahr keine Fortschritte zu verzeichnen, vor allem was die Aufnahme eines für die EFTA wichtigen neuen Vertragskapitels über Handel und nachhaltige Entwicklung angeht. Ein diesbezügliches Verhandlungsmandat der SACU-Staaten steht weiterhin aus. Mit Mexiko konnten im Berichtsjahr ebenfalls keine Fortschritte in den Verhandlungen über eine Modernisierung des Abkommens erzielt werden. Dies wird u. a. auch auf den Wechsel des zuständigen Wirtschaftsministers in Mexiko zurückgeführt. Ob und inwieweit dies das Interesse Mexikos an einer Modernisierung des Abkommens beeinflusst, war zum Jahresende noch in Abklärung.

Mit dem Golfkooperationsrat (GCC), bestehend aus Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten, fand im Frühling des Berichtsjahres das sechste Treffen des Unterausschusses für Zollangelegenheiten statt, an dem



weiterhin pendente Themen hinsichtlich der korrekten Umsetzung des Abkommens in verschiedenen Mitgliedsstaaten des GCC diskutiert wurden. Mit Palästina liefen die Arbeiten der Expertinnen und Experten im Hinblick auf eine Aktualisierung der bilateralen Landwirtschaftsabkommen der EFTA-Staaten in virtueller Form weiter.

Im Berichtsjahr fanden je das erste Treffen des Gemischten Ausschusses zum revidierten Freihandelsabkommen mit den Philippinen (10. Januar in Genf) und der Türkei (29. August, virtuell) statt. Die EFTA-Staaten nutzten beide Treffen, um den neu entwickelten Mechanismus zur Überprüfung der Umsetzung von Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung anzuwenden. Beide Abkommen funktionieren grundsätzlich gut und der Ablauf des Monitorings wurde ebenfalls positiv bewertet. Für die Philippinen wurde zudem im Bereich der technischen Hilfe im Berichtsjahr ein Webtool über Einfuhranforderungen im Warenbereich entwickelt.

Im Berichtsjahr fand mit Indonesien, als Follow-Up zum ersten Treffen des Gemischten Ausschusses aus dem Vorjahr, ein erstes Treffen des Unterausschusses zur technischen Zusammenarbeit statt. Indonesien hat diesbezüglich mögliche Projekte für technische Hilfe eingereicht. Durch die EFTA-Staaten wurden schliesslich fünf Projekte genehmigt, die teilweise bereits durchgeführt werden konnten.

Mit der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) wurde im Berichtsjahr die Ausarbeitung einer Zusammenarbeitserklärung weiter vorangetrieben. Diese ist weit fortgeschritten, konnte aber noch nicht unterzeichnet werden, da einige für die EFTA-Staaten wichtige Punkte weiterhin pendent sind.

Mitte Dezember führten die EFTA-Staaten zum neunten Mal einen handelspolitischen Dialog mit dem Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) in Washington D.C. durch. Dabei informierten sich die Parteien gegenseitig über ihre Handelsstrategien und -entwicklungen. Darüber hinaus hielten die EFTA-Staaten und das EFTA-Sekretariat in unterschiedlicher Besetzung Nebentreffen mit Handelsberatern beider politischer Parteien im US-Kongress sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Denkfabriken und dem Privatsektor ab.

### Horizontale Themen

Der vor zwei Jahren erarbeitete Mechanismus der EFTA zur Überprüfung der Umsetzung von Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung wurde im Berichtsjahr bei Treffen der Gemischten Ausschüsse mit der Türkei und den Philippinen erfolgreich angewandt und weiter verfeinert. Die Beratenden Ausschüsse der EFTA wurden in den Vorbereitungen jeweils konsultiert. Wie bereits in den Vorjahren nahmen die horizontalen Themen auch im Berichtsjahr einen wichtigen Platz in den Arbeiten der EFTA ein. Als Folge der Arbeiten in der Arbeitsgruppe zu den Anwendungsdaten von

Freihandelsabkommen (utilisation rates) wurde im Berichtsjahr das zweite Monitoring (Handelsstatistiken) ausgearbeitet und auf der EFTA-Webseite publiziert. Die Analysen wurden um weitere Handelsstatistiken (intra-EFTA-Handel, EU und Vereinigtes Königreich) erweitert. Es ist weiterhin wichtig, dass Freihandelsabkommen quantifizierbar gemacht werden und konkrete Zahlen vorliegen, um künftige strategische Entscheidungen in Handelsbeziehungen fällen zu können und eine wissenschaftliche Grundlage für die öffentliche Diskussion über den Nutzen von Freihandelsabkommen zu haben. Ein weiteres horizontales Thema bildete im Berichtsjahr auch Nachhaltigkeits-Folgeabschätzungen (SIAs; ex-post- sowie ex-ante-Untersuchungen). Im Vorjahr war beschlossen worden, ein solches SIA zum Freihandelsabkommen mit Thailand durchzuführen. Diese Arbeiten wurden in der bestehenden ad-hoc Arbeitsgruppe weitergeführt. Auf Initiative Liechtensteins wurden schliesslich die Arbeiten in der ad-hoc Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Modellkapitels für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für künftige Freihandelsabkommen intensiviert und schliesslich abgeschlossen.

### Welthandelsorganisation (WTO)

Das Hauptaugenmerk der Aktivitäten der Mission in Bezug auf die WTO lag im Berichtsjahr auf den Folgearbeiten, die sich aus den Ergebnissen der WTO-Ministerkonferenz vom Juni 2022 in Genf ergeben hatten. Im Hinblick auf die 13. WTO-Ministerkonferenz, die vom 26. bis 29. Februar 2024 in Abu Dhabi stattfinden wird, wurden die Diskussionen und Verhandlungen im zweiten Berichtshalbjahr mit dem Ziel intensiviert, konkrete Ergebnisse an der bevorstehenden Ministerkonferenz erzielen zu können.

Erst im Januar des Berichtsjahres, d.h. ein halbes Jahr nach dem historischen Abkommen über die Beseitigung schädlicher Fischereisubventionen, das anlässlich der 12. WTO-Ministerkonferenz im Juni des Vorjahres angenommen worden war, konnte der Vorsitz der Verhandlungsgruppe über Fischereisubventionen besetzt werden. Ziel der Verhandlungen ist der weitere Abbau von Subventionen, um Überfischungen in den Weltmeeren zu verhindern. Liechtenstein leistete im Berichtsjahr einen Beitrag von CHF 40'000 an den von der WTO geschaffenen Fonds zur Umsetzung des Fischereisubventions-Abkommens. Das WTO-Abkommen wird in Kraft treten, sobald zwei Drittel der WTO-Mitglieder es angenommen haben. Auch der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft in Sondersitzung (CoASS) konnte die Verhandlungen in diesem Bereich erst im Berichtsjahr aufnehmen, um die Beschlüsse der 12. WTO-Ministerkonferenz im Landwirtschaftsbereich umzusetzen. Bei beiden Verhandlungen geht es u. a. um zusätzliche Verbote von Subventionen. Der Vorsitzende des CoASS zielte darauf ab, sich in seiner Arbeit



hauptsächlich auf von Mitgliedstaaten eingereichten Vorschlägen abzustützen, weshalb im Berichtsjahr mehrere Vorschläge zur Weiterentwicklung einzelner Themen im Bereich der Landwirtschaft an der WTO eingereicht wurden. Auch Liechtenstein nahm jeweils im Rahmen der G10-Gruppe (Schweiz, Norwegen, Island, Japan, Südkorea, Taiwan, Israel, Liechtenstein) Stellung zu den Anregungen. Ein Konsens in der WTO bei den entsprechenden Verhandlungsthemen konnte bis Ende des Berichtsjahres jedoch noch nicht gefunden werden. Die unterschiedlichen Positionen und Interessen zwischen einzelnen Ländern und Staatengruppen lagen immer noch zu weit auseinander (Reduzierung von marktverzerrenden Subventionen, Exportrestriktionen, Nahrungsmittelsicherheit, Marktzugang, öffentliche Lagerhaltung, etc.). Während des Berichtsjahres fanden regelmässig G10-Treffen zu Koordinationszwecken statt, darunter im November unter Einbezug der Experten und Expertinnen der Landwirtschaftsministerien. Eine weitere Sitzung des Landwirtschaftsausschusses in Sondersitzung fand vom 20. bis 22. November mit liechtensteinischer Beteiligung statt. Es folgte dann am 28. November zur Vorbereitung des formellen Ministertreffens in 2024 ein sogenanntes Mini-WTO-Ministertreffen, an dem Liechtenstein durch Botschafter Jäger vertreten war.

Auf Einladung der Vorsitzenden des Allgemeinen Rates der WTO tauschten sich die Mitgliedsstaaten am 25. und 26. September informell zu zwei Themen aus, die als Input in die laufenden Reformgespräche zum Verhandlungspfeiler der WTO eingereicht worden waren. Es ging dabei vor allem um die Themen Industrie- bzw. Subventionspolitik und es zeigte sich, dass sich das Festlegen von gemeinsamen Prioritäten als äusserst schwierig erweist, auch weil dabei finanzielle Aspekte berücksichtigt werden müssen, für welche die spezielle Expertise bei anderen internationalen Organisationen liegt.

Anfangs des Berichtsjahres haben zudem die Vereinigten Staaten von Amerika dem Streitbeilegungsgremium der WTO ihre Entscheidung mitgeteilt, gegen die Panelberichte in den von China, Norwegen, der Schweiz und der Türkei angestregten Verfahren Berufung einlegen zu wollen. Da die USA nach wie vor die Besetzung der Stellen im Berufungsgremium der WTO blockieren, steht derzeit allerdings gar keine Abteilung des Berufungsgremiums zur Verfügung, um sich mit den Berufungen der USA zu befassen.

Am 7. Juni fand erstmals nach zwei Jahren wieder eine formelle Sitzung des plurilateralen Ausschusses über das öffentliche Beschaffungswesen statt. Gut zwei Jahre lang war der Ausschuss für öffentliches Beschaffungswesen an der Welthandelsorganisation blockiert gewesen, da ohne einen gewählten Vorsitz keine formellen Treffen abgehalten werden konnten. Die Wahl eines oder einer Vorsitzenden war durch die Delegation von Hongkong (China) blockiert gewesen, da die einzige

verbliebene Kandidatin aus Taiwan (Chinese Taipei) stammte und diese Kandidatin wegen ihrer Herkunft für China nicht akzeptabel war. Obwohl China selbst nicht Mitglied des Ausschusses ist, machte es über die Delegation von Hongkong seinen Einfluss geltend, um die Wahl der taiwanesischen Kandidatin zu verhindern. Diese Entwicklungen führten zu einer Misstimmung mit den westlichen Delegationen im sonst sehr apolitischen und konsensual agierenden Ausschuss. Um diese Blockade zu lösen, unterbreitete die EU den Mitgliedern einen Vorschlag zur Verabschiedung von schriftlich festgehaltenen Verfahrensregeln zur Wahl eines/r Vorsitzenden. Die Verfahrensregeln kodifizieren die bisher gängige Praxis, erlauben aber den Start eines neuen Fristenlaufes, womit auch ein Auswahlverfahren für den Posten des Vorsitzes gestartet werden konnte, ohne dass Taiwan seine Kandidatur formell zurückziehen musste. Diese neuen Verfahrensregeln wurden im Mai verabschiedet und der Schweizer Kandidat für den Vorsitz wurde anschliessend in der ersten formellen Sitzung des Ausschusses zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die Sitzungen des Ausschusses werden jeweils von den EFTA-Staaten auch dazu genutzt, um bilaterale Treffen mit anderen Organisationen durchzuführen und Positionen abzusprechen (so z. B. mit dem Vereinigten Königreich, Australien, Kanada und der EU). An der ersten formellen Sitzung nach der Blockade wurde zudem die Aufnahme von Nordmazedonien als Vertragsstaat des Abkommens beschlossen. Zudem hat Costa Rica als erstes lateinamerikanisches Land Interesse an einer Mitgliedschaft im Ausschuss bekundet, was von den Mitgliedsstaaten sehr begrüsst wurde. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit des Ausschusses wurde auch die Arbeit in den diversen Arbeitsgruppen (z. B. zu Sustainable Procurement, KMUs, Statistik) wieder aufgenommen. Am 8. November fand das zweite reguläre Treffen des Ausschusses statt.

Des Weiteren konzentrierte die Mission ihre Aktivitäten im Berichtsjahr auf Verhandlungen unter WTO-Mitgliedsstaaten, die sich der Erarbeitung und Aktualisierung von Standards zu aktuellen Handelsthemen widmeten. Im Berichtsjahr bemühten sich die an der WTO Joint Statement Initiative (JSI) zum Bereich E-Commerce beteiligten WTO-Mitgliedsstaaten weiterhin um eine Annäherung bei Themen wie Datenschutz, Telekommunikation, Quellcode und Kryptographie. Hierzu fanden auch diverse Informationssitzungen, wie zum Beispiel zum Kapazitätsaufbau für Entwicklungsländer, zu Datenflüssen, zu Zöllen auf elektronischen Übertragungen, zum elektronischen Zahlungsverkehr, E-Commerce und zum Thema Inklusivität statt. Ende Juli hielt die WTO eine Sitzung zur Initiative für eine gemeinsame Erklärung über die Regulierung von Dienstleistungen im Inland (Joint Statement Initiative on Services Domestic Regulation) ab. Die Verhandlungen über eine erste gemeinsame Erklärung über die Regulierung von Dienstleistungen im Inland hatten im

Dezember 2017 begonnen und waren im September 2021 abgeschlossen worden. Beim anschliessenden Verfahren wurde allerdings die Zertifizierung der Entwürfe zwecks Übernahme in den Rechtsrahmen der WTO durch schriftliche Einsprachen von Indien und Südafrika blockiert. Trotz vieler Bemühungen, vor allem von Seiten Australiens und der Europäischen Union (EU), wurden die Einsprüche bis zum Jahresende nicht zurückgezogen.

Der Botschafter und weitere Mitarbeitende der Mission nahmen im Berichtsjahr ausserdem an den regelmässig stattfindenden Sitzungen (hauptsächlich in virtueller Form) des Allgemeinen Rates sowie des Verhandlungsausschusses der WTO teil.

### **Vereinte Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen**

Die Arbeit am Büro der Vereinten Nationen in Genf wurde auch im Berichtsjahr stark vom russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine sowie im zweiten Halbjahr durch die Situation in Israel und Gaza und den damit einhergehenden geopolitischen Spannungen geprägt, was in der Folge viele Gespräche und Initiativen blockierte. Dies führte dazu, dass die multilaterale Arbeit noch stärker polarisiert wurde. Aufgrund der andauernden Renovationsarbeiten im Völkerbundpalast (Palais des Nations) standen im Berichtsjahr weiterhin nur die Hälfte der vorhandenen Räume an der UNO zur Verfügung. Daher wurde u.a. die Zahl von Nebenveranstaltungen reduziert. Die limitierte Kapazität wird voraussichtlich noch bis 2025 bestehen bleiben. Zudem mussten im Berichtsjahr aus Kostengründen diverse einschneidende Energiesparmassnahmen im Völkerrechtspalast eingeführt werden. Teilweise wurden ganze Trakte geschlossen resp. vor und während den Weihnachtsferien (und darüber hinaus) Remote Work (Home Office) für Angestellte der UNO in Genf eingeführt. Diese Massnahmen waren einerseits auf die steigenden Energiekosten in Europa, aber andererseits auch auf verspätet eintreffende Mitgliederbeiträge einzelner UN-Mitgliedsstaaten zurückzuführen.

### **UNO-Menschenrechtsrat und Universelle Periodische Überprüfungen (UPR) – Vierte Überprüfung Liechtensteins**

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission in Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in Genf stand auch im Berichtsjahr der UNO-Menschenrechtsrat. Liechtenstein ist zwar nicht Mitglied des aus 47 Staaten zusammengesetzten Menschenrechtsrates, nimmt jedoch eine aktive und weitreichende Beobachterrolle ein, was von der internationalen Gemeinschaft sehr geschätzt wird. Der Menschenrechtsrat führte im Berichtsjahr drei reguläre Sessionen durch (Sessionen 52–54: 27. Februar bis 4. April, 19. Juni bis 15. Juli und 11. September

bis 13. Oktober). Neben den ordentlichen drei Sessionen fand im Berichtsjahr zudem eine separate Sonder-session, nämlich zur Situation im Sudan, statt (11. Mai). In der letzten Woche der Ratssession im Juli kam es ausserdem auf Ansuchen der muslimischen Staaten zu einer Sondersitzung des Rats zu religiösem Hass und Aufruf zu Gewalt in Reaktion auf eine kurz zuvor erfolgte Koran-Verbrennung in Schweden. Zusätzlich fanden im Berichtsjahr die üblichen drei Sessionen der Arbeitsgruppe der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) statt (Sessionen 42–44: 23. Januar bis 3. Februar, 1. bis 12. Mai und 6. bis 17. November). Die regulären Sessionen erstreckten sich insgesamt auf 15 Wochen, was die bereits hohe Zahl von 13 Wochen vom Vorjahr sogar noch um zwei Wochen übertraf. Dies ist unter anderem auf die Vielzahl an Initiativen und vom Rat mandatierten Aktivitäten zurückzuführen. Die Zunahme an Sitzungszeit, die im Jahr 2024 voraussichtlich nochmals zuwachsen wird, stellt viele kleinere und mittelgrosse Delegationen, darunter auch die Mission Liechtensteins, zunehmend vor Herausforderungen.

Vom 27. bis 28. Februar weilte Regierungsrätin Dominique Hasler anlässlich des hochrangigen Segments der 52. Session des Menschenrechtsrats in Genf. In ihrer Rede vor dem Menschenrechtsrat betonte sie erneut, wie wichtig es sei, Länder für ihre Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Des Weiteren hielt sie eine Rede bei einem hochrangigen Treffen zur Situation in der Ukraine. Der Besuch in Genf war auch Anlass für diverse bilaterale Treffen der Regierungsrätin, u.a. mit dem Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, und dem Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi. Die liechtensteinische Delegation traf sich auch mit Vertretern und Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und mit der Leitung des «Geneva Science Diplomacy Anticipator (GESDA)».

In der Berichtsperiode befasste sich der Rat mit vielen Ländersituationen mit einer bedenklichen Menschenrechtslage, darunter u.a. zu den Situationen in Ukraine, Russland, Belarus, Iran, den besetzten palästinensischen Gebieten, Nordkorea, Afghanistan, Eritrea, Äthiopien, im Südsudan, Syrien, Myanmar, Somalia, Burundi und Sri Lanka. Die Ständige Mission brachte sich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazitäten aktiv in die Verhandlungen zu einigen dieser Resolutionen ein. Liechtenstein engagierte sich zudem auch in den interaktiven Dialogen mit den Sonderberichterstatterinnen zu Folter, Menschenrechtsverteidigern sowie zum Recht auf Privatsphären und äusserte sich des Weiteren zum Jahresbericht des OHCHR, zum jährlichen Bericht des Hochkommissars, dem OHCHR-Bericht zur Erfassung von Todesopfern (Casualty Recording) und zum Bericht des Generalsekretärs zu Repressalien gegen Menschen, die mit der UNO oder anderen Mechanismen im Menschenrechtsbereich zusammenarbeiten. Ausserdem bezog Liechtenstein Stellung in den interaktiven

Dialogen mit den Sondermandatsträgern zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen, zu willkürlichen Tötungen und zu Menschenhandel, zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI), zur Prävention von Genozid sowie im interaktiven Dialog mit der Arbeitsgruppe zum gewaltsamen Verschwindenlassen von Opfern (forced disappearances). Die Juni-Session war wie üblich stark von Gender-Diskussionen geprägt, hauptsächlich in den Verhandlungen zu den Resolutionen zur Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie zu Kinder- und Zwangsehen. Der interaktive Dialog mit dem Unabhängigen Experten zu Sexueller Orientierung und Geschlechteridentität (SOGI) war der letzte Dialog mit dem Mandatsträger, und Liechtenstein schloss sich einem Dankesstatement an und beteiligte sich im Rahmen der Freundesgruppe zu SOGI auch an einem Abschiedsempfang des Mandatsträgers. Thematische Resolutionen betrafen u.a. die Todesstrafe, Repressalien gegen Menschenrechtsaktivisten, Rassismus, Bildung und die Pflegearbeit. Liechtenstein schloss sich während den Sessionen auch mehreren EU-Statements in unterschiedlichen Generaldebatten und weiteren gemeinsamen Statements anderer Staaten an. Liechtenstein hielt auch das traditionelle Statement der quadrilateralen Gruppe, das sich in der Herbstsession mit der Arbeit der Arbeitsgruppe zu ungewolltem oder erzwungenem Verschwindenlassen befasste. Der Rat verlängerte im Berichtsjahr u.a. auch die Mandate von Sondermandatsträgern und Untersuchungskommissionen, darunter die Verlängerung der Mandate der Sonderberichterstatte oder der Untersuchungskommissionen zur Ukraine sowie zu Russland, Weissrussland, Eritrea und Syrien. Neu wurde auch eine Untersuchungskommission zur Situation im Sudan mandatiert. Im Gegenzug wurde das Mandat zur Expertenkommission zu Äthiopien nicht mehr verlängert. Im Dezember traf sich der UN-Menschenrechtsrat schliesslich noch zu einem mündlichen Lagebericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte zur Menschrechtssituation in der Ukraine und in Nicaragua.

Der Rat behandelte und verabschiedete im Berichtsjahr insgesamt 36 länderspezifischen Resolutionen und hohe 72 thematische Resolutionen. Bei den thematischen Resolutionen war wie im Vorjahr wiederum eine starke Zunahme zu verzeichnen. Die geopolitischen und ideologischen Differenzen in der Mitgliedschaft führten zu weiteren Spannungen in bereits schwierigen Themen, darunter bei Accountability für schwere Menschenrechtsverletzungen, Klimathemen, geschlechterspezifische Themen, der Privatsphäre und religiöser Intoleranz. Mit Bezug auf die meisten Themen ist eine zunehmende Blockbildung unter den Staaten zu verzeichnen.

Liechtenstein brachte sich in der Vorbereitung und während der Sessionen jeweils aktiv in die formellen und informellen Debatten und Verhandlungen ein und wird als aktiver und konstruktiver Partner über die Grenzen des Kontinents hinaus wahrgenommen und geschätzt.

Die Ständige Mission, in Zusammenarbeit mit den Delegationen von Litauen, Belgien, Costa Rica, Guatemala und der Ukraine, organisierte Anfang Juni eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung an der UNO. Diese widmete sich der Möglichkeit zur Schaffung eines Sondertribunals zum Aggressionsverbrechen gegen die Ukraine. Der Anlass mit hochkarätigen Rednern und Rednerinnen war sehr gut besucht. Im Berichtsjahr führten zudem die Niederlande, das «Global Centre for the Responsibility to Protect» und die Ständige Mission Liechtenstein zum zweiten Mal einen Workshop zu den Untersuchungsmechanismen des UN-Menschenrechtsrates durch. Es kamen Diplomattinnen und Diplomaten von etwa 40 Missionen aus allen Regionen sowie Expertinnen und Experten aus dem OHCHR und der Zivilgesellschaft sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger von UN-Untersuchungsmechanismen zusammen.

Im Rahmen der Arbeit im Menschenrechtsrat ist Liechtenstein in einer Reihe von formellen und informellen Gruppierungen eingebunden, die hauptsächlich dem Austausch von Informationen zu unterschiedlichen Themen dienen, darunter einige Freundesgruppen, die Staatengruppe der westlichen und weiteren Staaten (WEOG), die Mountains-Gruppe sowie die quadrilaterale Gruppe mit Österreich, der Schweiz und Slowenien. Die Ständige Mission tauschte sich jeweils auch bilateral aktiv und regelmässig mit einer Vielzahl an Staaten und Nichtregierungsorganisationen zu unterschiedlichen Themen betreffend den Menschenrechtsrat aus. So fanden auch informelle Treffen auf Expertenebene (mit Dänemark, Luxemburg, Niederlande und Deutschland) bezüglich der Diskussionen um einen ständigen Accountability-Mechanismus (SIIM) in Genf statt. Im Juni traf sich die Mountains-Staatengruppe zudem mit der Sonderberichterstatte des Menschenrechtsrates zu Russland, die im Berichtsjahr einen Bericht zur Menschenrechtssituation in Russland vorlegte. Liechtenstein unterstützte zudem einige Nebenveranstaltungen, darunter zur Menschenrechtssituation in Jemen, zur Opposition in Russland, zu Gefängnisbedingungen in Russland und zu moderner Sklaverei, wo u.a. auch Alice Eckstein vom Sekretariat der Initiative Finance Against Slavery and Trafficking (FAST) zu Wort kam, sowie zur Medienfreiheit in Hongkong. Letzterer Anlass wurde von der Mission des Vereinigten Königreichs organisiert und von 24 Staaten, darunter auch von Liechtenstein, der Schweiz und Österreich, unterstützt. Weitere von Liechtenstein unterstützte Veranstaltungen fanden statt zu aussergerichtlichen Tötungen in Afghanistan und zu «Casualty Recording».

Am 9. Mai, anlässlich der 43. Session der UPR-Arbeitsgruppe, fand u.a. auch die vierte Überprüfung der Menschenrechtssituation in Liechtenstein statt. Die Delegation wurde von Regierungsrätin Dominique Hasler angeführt. Anlässlich der 54. Session des Menschenrechtsrates schloss Liechtenstein mit der

Verabschiedung des Berichts seine vierte universelle periodische Überprüfung zur Menschenrechtssituation im Land ab. Im Berichtsjahr brachte sich Liechtenstein im Rahmen seiner Strategien schliesslich auch aktiv in die anderen Arbeiten der drei Sessionen der Arbeitsgruppe der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) ein. Liechtenstein reichte anlässlich der drei Sessionen der UPR-Arbeitsgruppe im Berichtsjahr jeweils vorgängig Fragen zu fast allen überprüften Ländern ein und wendete sich mit Empfehlungen an Tschechien, Argentinien, Gabun, Benin, Pakistan, die Schweiz, Frankreich, Rumänien, Mali, Burundi, Luxemburg, Montenegro, die Vereinten Arabischen Emirate, Israel, Kolumbien, Usbekistan, Deutschland, Bangladesch, Russland, Aserbaidschan, Kamerun und Kuba.

Am 11. und 12. Dezember fand in Genf an der UNO eine hochrangige Konferenz zu 75 Jahren Allgemeine Erklärung der Menschenrechte statt. Liechtenstein war an der Konferenz durch Regierungschef Dr. Daniel Risch vertreten. Regierungschef Dr. Daniel Risch nahm an der hochrangigen Eröffnungsveranstaltung sowie an einer Diskussionsrunde zum Thema «The Future of Human Rights & Digital Technology» sowie an einem hochrangigen Mittagessen teil. Zudem traf er sich bilateral mit diversen Vertreterinnen und Vertretern des internationalen Genfs.

### **Teilnahme an anderen Konferenzen und Konsultationen**

Die Mitarbeitenden der Mission vertraten Liechtenstein im Berichtsjahr zudem an verschiedenen Konferenzen und Experten-Treffen, u.a. vom 24. Januar bis 2. Februar an virtuellen Experten-Treffen zum Thema Umwelt und humanitäres Völkerrecht in militärischen Konflikten (organisiert durch die Schweiz und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes). Am 29. März erfolgte ein Treffen zwischen Botschafter Jäger mit der Vorsitzenden des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD). Weitere Treffen erfolgten am 14. Juni am Stiftungsratstreffen des Genfer Zentrums für Sicherheit (DCAF); vom 6. bis 14. Juli an der Generalversammlung der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO); am 19. Oktober am 19. Vertragsstaatentreffen der Antifolter-Konvention (CAT) in Genf und vom 13. bis 15. Dezember am Globalen Flüchtlingsforum in Genf. Zudem hielt die Mission anlässlich des vom 13. bis 15. Dezember stattfindenden «Global Refugee Forum» in Absprache mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten eine Rede. Die Mission deckt überdies jeweils die Vorbereitungen der zweimal jährlich stattfindenden Treffen des «UNAIDS Programme Coordination Boards» ab, in welchem sich Liechtenstein im Rahmen einer Gruppe mit Deutschland, Frankreich und Monaco an der Arbeit von UNAIDS beteiligt.

### **Diverses**

Botschafter Kurt Jäger führte verschiedene soziale Anlässe für die Vertreterinnen und Vertreter des internationalen Genfs durch oder nahm an solchen teil. Für die Jungdiplomaten und Jungdiplomatinnen der Schweiz und Liechtensteins führte er im Mai den traditionellen Empfang in der Residenz durch.

Botschafter Kurt Jäger sowie die anderen Missionsangehörigen trafen sich in der Berichtsperiode ausserdem regelmässig mit Vertretern und Vertreterinnen von internationalen Organisationen, anderen Ständigen Missionen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs), sei es zum Informationsaustausch oder zum Zweck der Abstimmung von Positionen und Interventionen in multilateralen Foren.

Die Mission wurde im Berichtsjahr erneut von Januar bis Ende September von einer Praktikantin unterstützt.

---

## Sportrat

---

**Vorsitzende: Biggi Beck-Blum**

*Die Aufgabe des Sportrates ist gemäss Sportgesetz die Beratung der Regierung in sämtlichen Fragen und Bereichen betreffend den Sport. Er übernimmt dabei unter anderem die Beratung bei Fragen der Sportinfrastrukturförderung und die Ausarbeitung von wissenschaftlich fundierten Entscheidungsgrundlagen.*

**Mitglieder des Sportrates:**

Biggi Beck-Blum (Präsidentin), Martina Augsburg, Hans Lichtsteiner, Hansjörg Lingg und Georges Lüchinger.

Die Regierung hat anlässlich ihrer Sitzung vom 22. Februar 2022 entschieden, auf Basis der Erkenntnisse aus dem Sportmonitoring 2021 zwei Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Frage- und Aufgabenstellungen zur Ausarbeitung verschiedener Sportkonzepte zu beauftragen. Im März 2022 wurde folglich eine Arbeitsgruppe zur Optimierung und Erweiterung der Sportinfrastruktur eingesetzt, die Kriterien und Prinzipien für eine gute und nachhaltig betriebene Sportinfrastruktur in Liechtenstein entwickeln und diese in einem Sportinfrastrukturkonzept festhalten soll. Eine zweite Arbeitsgruppe wurde mit der Klärung der Frage beauftragt, welche Entwicklungen im Bereich des Breiten- und Spitzensports in Gang gesetzt werden müssen, damit Liechtenstein auch künftig als Sportnation wahrgenommen wird. Die Empfehlungen sollen in einem Sport- und Bewegungskonzept festgehalten werden. Der Sportrat war in beiden Arbeitsgruppen vertreten und hat sich aktiv in die Erarbeitung der Konzepte eingebracht.

Nachdem die Regierung die Abschlussberichte zur Kenntnis genommen hat, konnten Regierungsrätin Dominique Hasler und Hans Lichtsteiner, Sportrat und Prozessbegleiter, im November die beiden Berichte mit ihren Empfehlungen der Öffentlichkeit präsentieren. Die Regierung empfiehlt auf Basis der Berichte acht Massnahmen zur Förderung des Sport- und Bewegungsverhaltens in Liechtenstein sowie die Erarbeitung eines Sportanlagenkonzeptes. Die Begleitung der entsprechenden Umsetzungsarbeiten werden den Sportrat im kommenden Berichtsjahr beschäftigen.

Der Sportrat hat im Berichtsjahr insgesamt 12 Sitzungen abgehalten. Hauptthemen der Treffen waren die Realisierung einer Kletterhalle, die Erarbeitung des Sport- und Bewegungskonzeptes sowie des Sportinfrastrukturkonzeptes und der regelmässige Austausch mit dem LOC über aktuelle Themen und Entwicklungen im Sport.



